

# 110. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Februar 2003, 9.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . .	8015	Dingreiter (CSU) . . . . .	8026
Nachruf auf die ehemalige Abgeordnete <b>Frau Renata Kaffl</b> und den ehemaligen Abgeordneten <b>Georg Bauer</b> . . . . .	8015	Herbert Müller (SPD) . . . . .	8029
Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Schopper, Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	8030
Kinder in den Mittelpunkt – Qualität in den Kindertagesstätten verbessern (Drs. 14/10538)		Kaul (CSU) . . . . .	8034
(s. a. Anlage 1 – Beratung siehe Plenarprotokoll der 109. Sitzung) . . . . .	8015	Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 14/11619 (s. a. Anlage 2) . . . . .	8039, 8042
<b>Stand des Projekts einer Magnetschnellbahn zwischen dem Münchner Hauptbahnhof und dem Flughafen München</b>		Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/11627 (s. a. Anlage 3) . . . . .	8040, 8042
(Abgabe einer Erklärung nach § 126 Abs. 1 der Geschäftsordnung)		Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/11629 (s. a. Anlage 4) . . . . .	8040, 8042
hierzu:		<b>Gesetzentwurf</b> der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Kellner u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		zur <b>Änderung des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts; Sicherung der kommunalen Finanzen durch die Vereinfachung der Erhebung der Beiträge für die Tierseuchenkasse</b> (Drs. 14/11503)	
<b>Kein Griff in Nahverkehrskassen für das bayerische Transrapid-Vorhaben</b> (Drs. 14/11619)		– Erste Lesung –	
und		Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	8040
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück, Dingreiter, Kaul u. a. u. Frakt. (CSU)		Frau Schweiger (CSU) . . . . .	8040
<b>Transrapidstrecke zwischen Flughafen München und Hauptbahnhof München unverzichtbar</b> (Drs. 14/11627)		Frau Lück (SPD) . . . . .	8041
und		Verweisung in den Verfassungsausschuss . . . . .	8041
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Maget, Schläger, Wörner u. Frakt. (SPD)		<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung	
<b>Solide Finanzierung des Transrapidprojekts</b> (Drs. 14/11629)		eines <b>Zweiten Gesetzes zur Aufhebung von Rechtsvorschriften (Zweites Aufhebungsgesetz)</b> (Drs. 14/11510)	
Staatsminister Dr. Wiesheu . . . . .	8015, 8037	– Erste Lesung –	
Maget (SPD) . . . . .	8022	Verweisung in den Verfassungsausschuss . . . . .	8041
Frau Schmidt-Sibeth (SPD) . . . . .	8024	<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung	
		zur <b>Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung</b> (Drs. 14/11561)	

– Erste Lesung –

Verweisung in den Haushaltsausschuss . . . . . 8041

**Gesetzentwurf** der Abg. Maget, Prof. Dr. Gantzer, Dr. Hahnzog u. a. u. Frakt. (SPD)

zur **Änderung des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz)** (Drs. 14/11564)

– Erste Lesung –

und

**Gesetzentwurf** der Abg. Christine Stahl, Elisabeth Köhler, Tausendfreund u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur **Änderung des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz); Schutz vor Wahlmanipulationen und Beschleunigung der Wahlüberprüfung** (Drs. 14/11578)

– Erste Lesung –

Prof. Dr. Gantzer (SPD) . . . . .	8041
Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . .	8042
Heike (CSU) . . . . .	8043

Verweisung in den Innenausschuss . . . . . 8044

**Gesetzentwurf** der Abg. Maget, Irlinger, Goertz u. a. (SPD)

zur **Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes** (Drs. 14/8602)

– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 14/11166)

und

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung

zur **Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs** (Drs. 14/9152)

– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 14/11165)

hierzu:

**Änderungsantrag** der Abg. Dr. Dürr, Münzel, Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum **Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs** (Drs. 14/10635)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 14/11165)

und

**Änderungsantrag** der Abg. Glück, Siegfried Schneider u. a. (CSU)

zum **Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs** (Drs. 14/11579)

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Glück, Siegfried Schneider, Dr. Kempfle u. a. u. Frakt. (CSU)

**Unterrichtung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf** (Drs. 14/11625)

Erklärung zur Geschäftsordnung

Glück (CSU) . . . . .	8045
-----------------------	------

Absetzung von der Tagesordnung und Zurückverweisung der Gesetzentwürfe und Anträge in den Bildungsausschuss . . . . . 8045

**Antrag** der Staatsregierung

**Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV)** (Drs. 14/10246)

– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 14/11577)

Schultz (SPD) . . . . .	8045
Unterländer (CSU) . . . . .	8046
Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	8047
Staatsminister Huber . . . . .	8048

Beschluss zum Antrag der Staatsregierung . . . . . 8049

Schlussabstimmung . . . . . 8049

**Abstimmung über Anträge etc.**, die gemäß § 63 Abs. 6 der GeschO **nicht einzeln beraten werden** (s. a. Anlage 5)

Beschluss . . . . .	8049
---------------------	------

Bestellung von Mitgliedern des **Bayerischen Landesdenkmalrats** (s. a. Anlage 6)

Beschluss . . . . .	8049	8. Fortbildungswunsch der Lehrkräfte der Grundschule St. Leonhard in Nürnberg Frau Schmitt-Bussinger (SPD) . . . . .	8119
<b>Besetzung des Bayerischen Verfassungsge- richtshofs;</b>		9. Altersteilzeit – Lehrkraft an der Volksschule in Heimenkirch, Landkreis Lindau Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	8119
Neuwahl und Wiederwahl berufsrichterlicher Mit- glieder		10. Lehrstellensituation in Nordostbayern Schläger (SPD) . . . . .	8120
Geheime Wahl . . . . .	8050, 8059	11. Eventuelle finanzielle Unterstützung der So- zialpsychiatrischen Dienste durch die Staats- regierung Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8120
<b>Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 1 GeschO</b>		12. Honorarstreit zwischen Kassenzahnärztlicher Vereinigung und Ersatzkassen Frau Hirschmann (SPD) . . . . .	8120, 8121
1. Amerikanische Investitionen für den Truppen- übungsplatz in Grafenwöhr		13. Schaffung von neuen Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen mit Kostenbeteiligung des Freistaates Bayern Schultz (SPD) . . . . .	8121
Georg Stahl (CSU) . . . . .	8050, 8051	14. Besondere Situation am Würzburger Sozial- gericht – Verstärkung des Richterpersonals Boutter (SPD) . . . . .	8122
Staatsminister Huber . . . . .	8050, 8051, 8052	15. Missbrauchsfälle mit so genannten 0190- Nummern Frau Förstner (SPD) . . . . .	8123
Möstl (SPD) . . . . .	8052	16. Radioaktive Belastung von Wildfleisch in Bayern Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	8124
Spitzner (CSU) . . . . .	8052	17. Abwehr von Kormoranen mit Lasergewehren der Klasse 3 B Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . .	8125
2. Leistungen der Beratungsagentur McKinsey		18. Möglichkeiten zur Aufnahme der Ebertbrücke in Aschaffenburg in die erste Dringlichkeits- stufe des Bedarfsplans für die Bundesfern- straßen Christ (CSU) . . . . .	8125
Odenbach (SPD) . . . . .	8053	19. Verstöße gegen tarifvertragliche und öffent- lich-rechtliche Bestimmungen auf der Groß- baustelle des Klinikums der Universität Würz- burg Hartmann (SPD) . . . . .	8126
Staatsminister Huber . . . . .	8053	20. Personenüberprüfung im „Tröpferlbad“ am 07.02.03 Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	8126
3. Wiederaufnahme des Schienenverkehrs Hof – Selb/Plößberg – Asch – Eger			
Frau Gote (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . .	8053, 8054		
Staatssekretär Spitzner . . . . .	8054		
4. Direktanbindung des Bahn-Fernverkehrs an den Flughafen München			
Volkmann (SPD) . . . . .	8055		
Staatssekretär Spitzner . . . . .	8055, 8056		
5. Schriftliche Anfrage, die nach § 76 Abs. 1 Satz 6 GeschO als Mündliche Anfrage gestellt wird: Eventueller Zuschuss des Freistaates Bayern zur Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke Bayreuth – Warmensteinach im Fichtelge- birge			
Hufe (SPD) . . . . .	8057		
Staatssekretär Spitzner . . . . .	8056		
Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	8057		
6. Dioxin-Gehalt von Überschwemmungsflä- chen			
Hartenstein (fraktionslos) . . . . .	8057, 8058		
Staatsminister Dr. Schnappauf . . . . .	8057, 8058		
7. Neuausweisung des Trinkwasserschutzge- biets für die Stadt Landshut			
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . .	8058, 8059		
Staatsminister Dr. Schnappauf . . . . .	8058, 8059		
<b>Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO (s. a. Anlage 7)</b>			

21. Aufbauhilfe für hochwassergeschädigte Vereine in Niederbayern Frau Peters (SPD) . . . . . 8127	Siegfried Schneider (CSU) . . . . . 8060 Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 8060 Frau Staatsministerin Hohlmeier . . . . . 8061
22. Priorisierungen der Staatsregierung beim Bundesverkehrswegeplan Dr. Scholz (SPD) . . . . . 8128	Beschluss . . . . . 8062 <b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Kellner u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
23. „Soziale Grundsicherung“ – Eventuelle Entlastung der bayerischen Kommunen durch die Staatsregierung Kobler (CSU) . . . . . 8128	<b>Subventionsabbau in Bayern</b> (Drs. 14/11621) und
24. Staatliche Bezuschussung der Generalsanierung der Schule in Rieneck (Landkreis Main-Spessart) Mehrlich (SPD) . . . . . 8128	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück, Ach, Sackmann u. a. u. Frakt. (CSU) <b>Ziele des Abbaus von Subventionen sowie der Deregulierung und des Bürokratieabbaus weiter verfolgen</b> (Drs. 14/11633)
25. Ermittlung der Einkommensteuerkraft für das Jahr 2003 – finanzielle Verluste der Kommunen Willi Müller (CSU) . . . . . 8129	Dr. Runge (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . . 8062, 8065, 8067 Sackmann (CSU) . . . . . 8064 Werner Schieder (SPD) . . . . . 8065 Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser . . . 8066, 8067 Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 8068
26. „Pfefferspray“ für Steuerfahnder zum Eigenschutz Werner Schieder (SPD) . . . . . 8130	Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 14/11621 . . . . . 8069
27. Personalsituation am Amtsgericht Lichtenfels Frau Steiger (SPD) . . . . . 8130	Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/11633 . . . . . 8069
28. Personalsituation am Amtsgericht Lichtenfels Frau Biedefeld (SPD) . . . . . 8131	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück, Welnhöfer, Dr. Fickler u. a. u. Frakt. (CSU)
29. Wahlskandal in Dachau Prof. Dr. Gantzer (SPD) . . . . . 8132	<b>Verbesserung des Sexualstrafrechts</b> (Drs. 14/11622) und
30. Kontrolle beim Münchner Trabrenn- und Zuchtverein e. V. (MTZV) Güller (SPD) . . . . . 8132	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Maget, Güller, Dr. Hahnzog u. a. u. Frakt. (SPD)
31. Gesamtdenkmal Maxhütte Donhauser (CSU) . . . . . 8133	<b>Keine Verzögerung des verschärften Sexualstrafrechts im Bundesrat</b> (Drs. 14/11630) Welnhöfer (CSU) . . . . . 8069 Dr. Hahnzog (SPD) . . . . . 8072 Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . . 8073
32. Ausstellung des Fränkischen Herzogschwerts in Würzburg im Jahr 2004 Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . 8133	Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/11622 . . . . . 8075
33. Etat der nichtstaatlichen Theater und Orchester in Bayern König (CSU) . . . . . 8133	Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/11630 . . . . . 8075
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Maget, Radermacher, Marianne Schieder u. Frakt. (SPD)	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Maget, Starzmann, Werner-Muggendorfer, Biedefeld u.a. u. Frakt. (SPD)
<b>Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung</b> (Drs. 14/11620) Frau Marianne Schieder (SPD) . . . . . 8059	<b>Raumordnungsverfahren an der Donau; Bringung der Planunterlagen und Annahme des Gesprächsangebot der Bundesregierung</b> (Drs. 14/11623)

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Christine Stahl, Kellner, Paulig, Dr. Runge u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Einleitung des Raumordnungsverfahrens für den ökologischen Donauausbau – sofortiger Beginn der Hochwasserschutzmaßnahmen** (Drs. 14/11628)

Frau Peters (SPD)	8075, 8081
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8077, 8082
Staatsminister Dr. Schnappauf	8077, 8083
Freiherr von Rotenhan (CSU)	8079
Weber (CSU)	8079, 8084
Franzke (SPD)	8083
Gartzke (SPD)	8084
Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8085

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/11623 (s. a. Anlage 8) . . . 8085, 8101

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 14/11628 (s. a. Anlage 9) . 8085, 8101

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Dr. Dürr, Elisabeth Köhler, Schopper, Gote, Münzel u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Behandlung auf Chipkarte sicherstellen** (Drs. 14/11624)

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Glück, Kobler, Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)

**Abrechnung vertragszahnärztlicher Leistungen – Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben sicherstellen** (Drs. 14/11632)

Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8086, 8088
Wahnschaffe (SPD)	8086, 8089
Kobler (CSU)	8087
Frau Staatsministerin Stewens	8088, 8090
Hofmann (CSU)	8089

Verweisung in den sozialpolitischen Ausschuss . 8090

**Antrag** der Abg. Franzke, Naaß, Marianne Schieder u. a. (SPD)

**Sicherung des Lehrernachwuchses an beruflichen Schulen** (Drs. 14/9864)

Beschlussempfehlung des Dienstrechtsausschusses (14/11240)

und

**Antrag** der Abg. Dr. Dürr, Sprinkart, Münzel u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen**

**zur Beseitigung des Nachwuchsmangels bei Lehrerinnen und Lehrern** (Drs. 14/9906)

Beschlussempfehlung des Dienstrechtsausschusses (14/11240)

und

**Antrag** der Abg. Prof. Dr. Eykmann, Nöth, Heckel u. a. (CSU)

**Maßnahmen zur Lehrgewinnung in Schularbeiten und Fächern mit Nachwuchsmangel – Einkommensverbesserung von Lehramtsanwärtern an beruflichen Schulen** (Drs. 14/9986)

Beschlussempfehlung des Dienstrechtsausschusses (14/11240)

Odenbach (SPD)	8090
Nöth (CSU)	8092
Sackmann (CSU)	8093

Mitteilung betreffend Erledigterklärung des CSU-Antrages 14/9986 . . . . . 8093

Beschluss zum SPD-Antrag 14/9864 . . . . . 8093

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 14/9906 . . . . . 8093

**Antrag** der Abg. Gartzke, Dr. Heinz Köhler, Hartmann u. a. u. Frakt. (SPD)

**Rückführung von wertvollem Kunstbesitz nach Franken** (Drs. 14/10348)

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (14/11158)

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Glück, Herrmann, Dr. Wilhelm u. a. u. Frakt. (CSU)

**Kunst und Kultur in allen Regionen Bayerns** (Drs. 14/11626)

Hartmann (SPD)	8094
Prof. Dr. Stockinger (CSU)	8095
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8096
Odenbach (SPD)	8097
Dr. Scholz (SPD)	8098
Staatsminister Zehetmair	8099
Herrmann (CSU)	8100

Namentliche Abstimmung zum SPD-Antrag 14/10348 (s. a. Anlage 10) . . . . . 8101, 8102

Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/11626 (s. a. Anlage 11) . . . 8101, 8102

**Antrag** der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Schopper u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Zukunft der Kindergärten I; Finanzierung auf drei Säulen stellen** (Drs. 14/9604)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
(Drs. 14/11511)

und

**Antrag** der Abg. Christine Stahl, Dr. Dürr, Schopper u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Zukunft der Kindergärten II; Qualität sichern und ausbauen** (Drs.14/9606)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
(Drs. 14/11512)

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 14/9604 . . . . 8101

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 14/9606 . . . . 8102

Schluss der Sitzung . . . . . 8102

(Beginn: 9.01 Uhr)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 110. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahme genehmigung gebeten. Sie wurde bereits erteilt.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken. – Am 3. Februar 2003 verstarb Frau Renata Kaffl im Alter von 84 Jahren. Sie gehörte von 1972 bis 1974 dem Bayerischen Landtag an und vertrat für die CSU den Wahlkreis Oberbayern. Ihre Erfahrungen als Journalistin brachte sie engagiert und kompetent in ihre parlamentarische Arbeit ein. Frau Kaffl war Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden und Mitglied des Gefängnisbeirats für die Jugendstrafanstalt Laufen-Lebenau. Ihr langjähriger Einsatz im Katholischen Deutschen Frauenbund, in der Erwachsenenbildung sowie in Gremien der Katholischen Kirche in Bayern und in der Frauen-Union war vorbildlich und galt dem Wohl der Menschen in ihrer oberbayerischen Heimat.

Am 4. Februar 2003 verstarb Herr Georg Bauer im Alter von 86 Jahren. Er war von 1950 bis 1958 Mitglied des Bayerischen Landtags und vertrat den Wahlkreis Unterfranken für den Gesamtdeutschen Block/BHE. Als Abgeordneter war er unter anderem in den Ausschüssen für Eingaben und Beschwerden sowie für kulturpolitische Angelegenheiten. Darüber hinaus engagierte er sich in der Kommunalpolitik, wobei er sich nach dem Krieg besonders für den Aufbau der Flüchtlingsverwaltung einsetzte.

Der Bayerische Landtag wird den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. – Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gebe ich das Ergebnis der am Schluss der – letzten – Plenarsitzung am 29. Januar 2003 durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Schopper, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Kinder in den Mittelpunkt – Qualität in den Kindertagesstätten verbessern“, Drucksache 14/10538, bekannt. Es wurden 58 Ja-Stimmen abgegeben, 83 Kolleginnen und Kollegen haben mit Nein gestimmt, Stimmenthaltungen hat es nicht gegeben. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Eine Aktuelle Stunde wurde nicht beantragt. Deswegen entfällt der Tagesordnungspunkt 1.

Mit Schreiben vom 10. Februar 2003 hat der Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie gebeten, ihm zu Beginn der heutigen Sitzung Gelegenheit zu geben zur Abgabe einer Erklärung nach § 126 Absatz 1 der Geschäftsordnung zum

### **Stand des Projekts einer Magnetschnellbahn zwischen dem Münchner Hauptbahnhof und dem Flughafen München.**

In die Beratung beziehe ich folgende zum Plenum eingereichte Dringlichkeitsanträge mit ein:

#### **Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Kellner und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

#### **Kein Griff in Nahverkehrskassen für das bayerische Transrapid-Vorhaben (Drucksache 14/11619)**

und den nachgezogenen

#### **Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dinglreiter, Kaul und anderer und Fraktion (CSU)**

#### **Transrapid-Strecke zwischen Flughafen München und Hauptbahnhof München unverzichtbar (Drucksache 14/11627)**

Nun hat Herr Staatsminister Dr. Wiesheu das Wort. Bitte schön.

**Staatsminister Dr. Wiesheu** (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich bedanke mich für die Gelegenheit, eine Regierungserklärung zum Sachstand Transrapid und zur derzeitigen Entwicklung abzugeben. Sie konnten ja in den Medien verfolgen, dass in der letzten Woche Verhandlungen mit dem Bund stattgefunden haben, und ich habe in den Medien verfolgt, dass in diesem Zusammenhang auch eine ganze Menge von Äußerungen gefallen sind, die den Eindruck erweckt haben, dass einige über die wesentlichen Zusammenhänge, um die es hier geht, noch nicht ausreichend informiert sind. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um einiges zur Verkehrssituation insgesamt und zu den Fragen, um die es geht, klarzustellen.

Erstens einmal: Um welches verkehrspolitische Problem geht es? – Wir haben für die Anbindung zwischen Hauptbahnhof und Flughafen derzeit zwei S-Bahnen, die S 1 und die S 8, die den Nahverkehr bedienen und die in der Region gut angenommen werden. Rund 38% der Passagiere aus der Region fahren mit der S-Bahn zum Flughafen. Das ist ein hoher Satz, damit liegen wir bei den Flughäfen international wohl bei den fünf besten nach Meinung von Fachleuten. Deswegen ist die Kritik an der S-Bahn, die da und dort zu vernehmen ist, falsch. Manche sagen, die Verbindung ist deswegen schlecht, weil der Zug an jeder Milchkanne hält. Das halte ich auch deswegen für falsch, weil es die Aufgabe der S-Bahn ist, die Orte an der Strecke zu bedienen. Deswegen hat die S-Bahn ihre Haltepunkte und sollte sie auch behalten. Hier erfüllt die S-Bahn ihren Zweck.

Nicht so gut ist die Anbindung an den Fernverkehr. Es gibt keine Fernverkehrsstrecke durch den Flughafen oder am Flughafen vorbei. Das ist anders als in Frankfurt. Es ist auch kaum sinnvoll, dass man, wie es einmal diskutiert worden ist, eine ICE-Strecke von Nürnberg nach München über den Flughafen leitet, weil dann der

gesamte Fahrzeitgewinn wieder weg wäre und der größte Teil derer, die mit dem Zug fahren, ohnehin nicht zum Flughafen will. Es hat auch wenig Sinn, dass man den ICE vom Hauptbahnhof zum Flughafen fahren lässt, weil dann der ICE mit Fluggästen voll wäre, aber nach dem Flughafen zu drei Viertel leer. Darum ist das keine Lösung. Außerdem hätte man mit der Strecke die anderen nicht eingebunden, die vom Westen, vom Süden etc. kommen und zum Flughafen wollen.

Die nächste Überlegung: Es gibt beim ICE keinen 10-Minuten-Takt, den man aber dort braucht. Deswegen fehlt eine Anbindung des Regional- und Fernverkehrs an den Flughafen. Wenn man das gesamte Fernverkehrssystem in Bayern und das Regionalsystem, das auf den Bahnhof München zuläuft, anbinden will, dann braucht man eine schnelle Shuttleverbindung vom Hauptbahnhof zum Flughafen und umgekehrt. Das ist das Thema, und darin waren wir uns eigentlich lange Zeit einig, weil auf diese Weise, wie gesagt, der Fernverkehr von Nürnberg, von Augsburg, von Ulm, von Kempten, von Garmisch, von Rosenheim oder von Innsbruck an den Flughafen angebunden werden muss. Deswegen noch einmal: Es geht nicht um den Durchgangsverkehr, sondern um eine klassische Shuttleverbindung Hauptbahnhof – Flughafen, um den Fernverkehr einzubinden.

Der zweite Punkt – und auch das wird jeder wissen, meine Damen und Herren, der sich einigermaßen mit den Themen befasst –: Die Autobahn von Nürnberg nach München ist die am meisten befahrene in Europa. Sie hat auch die meisten Staus. Die A 92 von Niederbayern zur A 99 und auch die A 99 sind sehr oft mit Staus belegt. Das sind aber auch die Verbindungsstrecken zum Flughafen. Wenn man sie entlasten will, muss man dafür sorgen, dass mehr Leute von der Straße weg auf das Fernverkehrsmittel Schiene umsteigen.

Das machen sie derzeit nach den Erhebungen nicht, und zwar nicht etwa deswegen, weil die Fahrt zum Beispiel von Augsburg nach München so lang wäre – da fährt man nur eine halbe Stunde –, sondern weil man vom Hauptbahnhof zum Flughafen eine Stunde oder mehr braucht: mit dem Umsteigen, mit den über 40 Minuten in der S-Bahn plus Umsteigen am Flughafen. Es ist der Zeitfaktor, der die meisten abschreckt. Die Leute steigen nicht auf den ICE um, der in ein paar Jahren von Nürnberg nach München eine knappe Stunde braucht, wenn man dann vom Hauptbahnhof zum Flughafen noch einmal eine Stunde braucht. Das ist unser Problem. Deshalb – noch einmal – brauchen wir eine gute Shuttleverbindung vom Hauptbahnhof zum Flughafen. Darin waren wir uns, zumindest im Verkehrsausschuss, eigentlich immer einig.

Es gibt zwei Varianten, die ernsthaft in Betracht kommen. Eine Variante, die nicht ernsthaft in Betracht kommt, nenne ich auch gleich: Das ist eine Express-S-Bahn auf der S 1. Dadurch würde die Fahrzeit statt 40 Minuten 30 betragen, und zusammen mit der Umsteigezeit ergäbe das keinen spürbaren Effekt. Außerdem bräuchte man für eine durchfahrende Express-S-Bahn – Herr Maget, Sie kennen die Situation – ein drittes, ein viertes Gleis. Das bringt man auf der Trasse in München gar nicht durch. Wir haben das untersuchen lassen. Das

geht nicht. Außerdem bringt man es auch in Schleißheim, in Lohhof, in Neufahrn und in Eching nicht durch. Wenn man so etwas machen würde, kämen die Leute und würden sagen: Wir wollen die Bahn im Tunnel.

Würde man die Bahn im Tunnel durch die Ortschaften und Siedlungsgebiete bauen, wären das immense Kosten. Darum ist diese Lösung – auch vom Zeitgewinn her – finanziell nicht darstellbar. Diese Idee ist vom Zeitgewinn her auch nicht die Lösung für die S 8.

Die von uns angestrebte Lösung ist eine Express-S-Bahn oder ein Transrapid auf einer eigenen Trasse. Wir haben seinerzeit im Wirtschaftsausschuss besprochen und beschlossen, beide Themen planerisch zu untersuchen, weil es noch gar nicht gesichert war, ob der Transrapid kommt. Beide Themen sind planerisch untersucht worden. Es hat sich herausgestellt, dass dann, wenn man sowohl für den Transrapid als auch für die Express-S-Bahn eine kurze Verbindung fordert, die Westverbindung, die jetzt für den Transrapid als Trasse geplant ist, die sinnvollste Verbindung ist, die in München bis zum Olympiagelände unterirdisch und dann oberirdisch verläuft und in Feldmoching wieder abtaucht. Das gilt sowohl für den Transrapid als auch für die Express-S-Bahn. Die Trasse taucht im freien Gelände wieder auf und führt dann nördlich der A 92 parallel dazu in Richtung Flughafen. Dies ist der eigentliche Kern der Diskussion.

Auf dieser Trasse kann man entweder den Transrapid oder die Express-S-Bahn errichten. Baut man eine Express-S-Bahn, hat man eine Fahrzeit von 20 Minuten. Beim Transrapid beträgt die Fahrzeit 10 Minuten. Bei einer Express-S-Bahn hat man eine hohe Lärmentwicklung, bei einem Transrapid bei höherer Geschwindigkeit eine niedrigere Lärmentwicklung. Nach den Untersuchungen kostet der Transrapid 1,6 Milliarden €, die Express-S-Bahn 1 Milliarde €. Weil man im Laufe der Zeit etwas bauen will und muss, haben wir die bei einer Express-S-Bahn auf den Freistaat entfallenden Kosten in unsere Kalkulationen für die Investitionen der nächsten zehn Jahre eingestellt.

Die Kosten für den zweiten Tunnel in Höhe von rund einer Milliarde Euro teilen wir uns mit dem Bund im Verhältnis 60:40. Bei einer Express-S-Bahn wäre das nicht anders, und wir hätten auch die Planungskosten zu tragen, sodass wir an Investitionskosten rund 400 Millionen € und bei der Express-S-Bahn auch Planungskosten, die zwischen 7 und 15% liegen, also rund 500 Millionen € insgesamt zu tragen hätten, wovon wir uns nicht verabschieden könnten. Wir erleben das derzeit auch beim zweiten Tunnel. An diesen Fakten kommt man nicht vorbei. Diese Fakten muss man, wenn man die Projekte realisieren will, in die Projektplanung der nächsten zehn Jahre, also für die Jahre bis 2010, einkalkulieren. Daraus folgen dann weitere Konsequenzen.

Die Kosten für eine Express-S-Bahn haben wir natürlich einkalkuliert. Der Auftrag des Landtags bzw. zumindest des Wirtschaftsausschusses war ja, beide Projekte planerisch vorzubereiten. An diesem Punkt sind wir jetzt; nun geht es ein Stück weiter.



Die Frage ist jetzt, wie es mit den weiteren Projekten, die wir in Bayern realisieren wollen, ausschaut. Folgende Projekte laufen; das muss man sich im Zusammenhang vorstellen: erstens das 520-Millionen-Programm in München, wofür der Freistaat Bayern 400 Millionen bezahlt. Ich weise hier darauf hin, dass bei Projekten im S-Bahnbau in Höhe von über 100 Millionen DM der Bund finanziert. Es hat seinerzeit geheißen, Finanzmittel dafür seien nicht vorhanden. Deswegen hat Bayern das Projekt weit überproportional mitfinanziert. Das heißt, von den 520 Millionen DM wurden 400 Millionen DM mit bayerischen Mitteln finanziert. Das Geld steht zur Verfügung. Aber unser Problem ist, dass das Geld von der Bahn nicht so zügig abgerufen wird wie vereinbart, sonst wären alle Maßnahmen – mit Ausnahme der Strecke in Obermenzing – bereits realisiert; das sind sie nicht.

Zweitens haben wir in den letzten Jahren ein Schnittstellenprogramm abgewickelt. Dafür hatten wir einmal 100 Millionen DM ausgewiesen; mittlerweile wurden 160 Millionen DM in Anspruch genommen. Dieses Programm wurde weitgehend durchgeführt und fand eine positive Resonanz. Einige Projekte stehen noch aus, aber nicht mit einem so großen Volumen. Drittens haben wir, obwohl es Aufgabe des Bundes wäre, weil er für die Schieneninfrastruktur und für die Bahnhöfe zuständig ist, mit der Bahn vereinbart, dass wir eine Reihe von S-Bahnhöfen behindertengerecht ausbauen. Wir haben dafür aus den uns zur Verfügung stehenden Mitteln 100 Millionen € im Laufe von 10 Jahren eingesetzt. Ich hätte das Programm gern in kürzerer Zeit abgewickelt, aber dafür fehlen bei der Bahn die Planungs- und Organisationskapazitäten. Ich sage aber noch einmal: Diese Mittel in Höhe von 100 Millionen € stellt Bayern bereit, obwohl dies Aufgabe des Bundes und der Bahn wäre. Das wird in der Diskussion meistens übersehen; denn da heißt es, da haben sie gerade Geld für den Transrapid. Nein, wir haben jetzt mehrere 100 Millionen € für Maßnahmen eingesetzt, die nicht Aufgabe des Landes, sondern des Bundes und der Bahn sind, weil sonst nichts vorangeht.

Ich will folgende weitere Themen auflisten. Sie wissen, zurzeit verhandeln wir mit der DB AG über den Verkehrsdurchführungsvertrag, also über die Bestellung von Verkehrsleistungen und über weitere Investitionen. Wie Sie in der letzten Zeit in der Presse lesen konnten, ist eine der Investitionen der zweite S-Bahn-Tunnel mit knapp einer Milliarde € Kosten bei einer Kostenaufteilung von 60:40. Das heißt, 60% zahlt der Bund, 40% das Land. Dabei ist der Anteil des Landes überproportional hoch. Aber damit das notwendige Projekt vorangeht, haben wir so entschieden; jeder hat ja in den letzten Tagen erlebt, dass man mit nur einem Tunnel nicht arbeiten kann. Dazu kommt ein kleineres Projekt, nämlich die Verlängerung der S 7.

In konstruktiven Verhandlungen stehen wir mit der Deutschen Bahn AG beim Thema S-Bahn-Ausbau in Nürnberg. Dafür hatten wir im letzten Jahr mit der Bahn einen Terminplan vereinbart, der mehr oder weniger den Charakter einer Absichtserklärung hat. Wir sind jetzt dabei, diese Absichtserklärung in eine fixe Zeitplanung umzuwandeln, die dann auch erreicht werden muss. In Nürnberg wird, ähnlich wie in München beim Tunnelbau, ein Projektmanagement eingesetzt. Das Projekt wird dann

von diesem Projektmanagement – in dem die Bahn vertreten sein wird – vorangetrieben werden. Der Zeitplan des letzten Jahres wird dann zu einem verbindlichen Vertrag. Das bedeutet, dass bis zum Jahr 2006 die S-Bahn nach Ansbach, bis zum Jahr 2007 oder 2008 die Strecke Hartmannshof, bis 2008/2009 die Strecke Nürnberg-Neumarkt – wenn möglich 2008 – und bis zum Jahr 2010 die Strecke Nürnberg – Erlangen – Forchheim fertig gestellt ist; dies muss verbindlich sein.

Für Nürnberg wird gleichzeitig geregelt, dass das Güterverkehrszentrum in den Hafen verlagert wird, dass auf dem Gelände des Güterverkehrszentrums das neue Ausbesserungswerk angesiedelt wird, das bis 2006, wenn der S-Bahnbetrieb Ansbach aufgenommen wird, fertig sein soll, damit dann dort die weitere Wartung stattfinden kann. Alle diese laufenden Themen vereinbaren wir verbindlich, weil in diesem Jahrzehnt der S-Bahn-Ausbau Nürnberg abgeschlossen werden soll. Die Finanzierung für die Strecke Nürnberg – Erlangen – Forchheim wird zwischen dem Bund und Bayern vernünftig geregelt und aufgeteilt; hierüber beschwere ich mich nicht. Die Kosten für die Einzelprojekte S-Bahn Ansbach, Neumarkt und Hartmannshof werden von Bayern allein getragen. Hätten wir uns auf den Standpunkt gestellt, das sei ein Gesamtsystem, die Gesamtsumme müsse zwischen Bayern und Bund aufgeteilt werden, wären größere Probleme aufgetreten.

Wir treiben das auf diese Weise voran. Der Zeitplan des letzten Jahres wird heuer in die Form eines Vertrages mit verbindlicher Wirkung gegossen. Es wird ein Projektmanagement organisiert, um diese Arbeiten voranzutreiben.

In Augsburg haben wir das Problem, dass dort ein S-Bahn-ähnlicher Verkehr organisiert werden soll. Das Gutachten der SMA liegt mittlerweile vor. In Augsburg hängt die Lösung des Problems ausschließlich davon ab, wie der Umbau des Bahnhofs organisiert wird. Dazu schlägt die Bahn eine Variante mit einem Aufwand von 36 Millionen € vor. Die Stadt schlägt eine Variante mit einem Aufwand von 300 Millionen € aufwärts vor. Wie jeder feststellen kann, sind das gewisse Unterschiede. Bei diesem Bahnhof muss sich jetzt die Stadt mit der Bahn und mit dem Bund einigen. Solange über den Ausbau des Bahnhofs in Augsburg keine Klarheit besteht, können wir mit dem Aufbau eines S-Bahn-ähnlichen Verkehrs und mit der Organisation des ÖPNV im Hinblick auf den S-Bahn-ähnlichen Verkehr nicht weitermachen. Ich kritisiere das nicht, sondern stelle es nur fest. Wir warten jetzt darauf, wie die Entscheidungen dort ausfallen werden.

Es gibt ein weiteres Problem, die gesamte Anbindung Ostbayerns. Hier läuft das Raumordnungsverfahren für die Marzlinger, die Pullinger und die Acheringer Spange. Vonseiten Erdings wird der Wunsch nach einem Ringschluss der S 6 mit der Flughafen-S-Bahn vorgetragen. Weiter gibt es eine Option für eine Anbindung der Strecke aus Mühldorf über die Walpertskirchener Spange an den Flughafen. Hier geht es nicht nur darum, dass Passagiere statt über die Straße über die Schiene zum Flughafen kommen. Auch der Flughafen selbst hat ein Inte-

resse daran, dass Arbeitskräfte aus anderen Regionen zum Flughafen kommen.

In der Arbeitsamtsstatistik können Sie feststellen, dass der Arbeitsamtsbezirk Freising die niedrigste Arbeitslosenquote hat. Das bedeutet, dass dort nicht mehr allzu viele Arbeitskräfte akquiriert werden können. Wenn der Flughafen weiter so wachsen wird, wie er momentan wächst, wird er im Laufe der nächsten 12 bis 15 Jahre weitere 12 000 bis 15 000 Arbeitskräfte benötigen. Diese müssen irgendwo akquiriert werden. Die Einwohnerzahl des Landkreises Freising ist in den letzten 15 Jahren von 100 000 auf 150 000 gewachsen. Einem derartigen Wachstum gegenüber ist man sehr skeptisch. Es hat auch wenig Sinn, um den Flughafen herum alles zuzubauen, wie es früher gemacht worden ist. Ich hoffe, dass wir uns darin einig sind. Von der positiven Entwicklung des Flughafens muss die gesamte Region profitieren. Das gilt sowohl für Betriebsansiedlungen – Stichwort: Greater Munich – als auch für die Akquirierung von Arbeitskräften, die weiter draußen natürlich günstigeren Wohnraum und günstigere Baugrundstücke finden. Deswegen müssen wir die Verkehrsverbindungen nicht nur für die Passagiere, sondern auch für die Arbeitskräfte schaffen.

Damit wir diese Maßnahmen auch finanzieren können, habe ich im Raumordnungsverfahren vorgeschlagen, die S 6 nach Erding nicht nur bis zum Flughafen, sondern über die Neufahrner Kurve bis Freising zu verlängern. Der Regionalverkehr aus Passau, aus Regensburg und aus Hof, der über Landshut führt, soll in Freising Halt machen, damit die Leute dort am gleichen Bahnsteig in die S-Bahn zum Flughafen umsteigen können. Diese Lösung ist zügig machbar und auch sinnvoll.

(Willi Müller (CSU): Was bedeutet zügig?)

– Zügig heißt noch in dem Jahrzehnt.

Die Marzlinger Spange birgt ökologische Probleme in sich, weil sie durch das Steilufer der Isar geht. Wir müssten dafür einen riesigen Tunnel bauen. Sie würde ein Flora-Fauna-Habitatgebiet durchkreuzen. Der Durchstich für die S 1 über die Isar ist dagegen längst genehmigt. Dafür bräuchten wir keine neuen Anlagen. Diese Maßnahme ist auch finanziell darstellbar. Bei dieser Strecke würde es sich um eine vernünftige Verbindung handeln, die später auch für den Regionalverkehr von Mühldorf über den Flughafen und Freising Richtung Norden genutzt werden könnte. Auch das wäre denkbar. Diese Lösung wäre angesichts des Verkehrsaufkommens angemessen und sinnvoll, weil der Flughafen über die Schiene gleichzeitig an Süd-Ost-Bayern und an Nord-Ost-Bayern angebunden würde. Diese Maßnahme wäre finanziell darstellbar, weil die Neufahrner Kurve keine so hohen Kosten verursacht und auch die Verbindung nach Erding sinnvoll gestaltet werden kann.

Diese Lösung würde auch deswegen Sinn machen, weil es dann keine Konkurrenz zwischen den einzelnen Projekten mehr geben würde. Bisher wurde ja immer darüber Streit geführt, ob die Verbindung nach Landshut oder die Verbindung nach Mühldorf Priorität hat. Auf diese Weise könnte man beide Verbindungen miteinander ver-

binden. Diese Verbindungen werden in den Verhandlungen mit der Bahn finanzplanerisch bereits einkalkuliert. An diesen Lösungen wird gearbeitet, sie sollen in einem bestimmten Zeitraum realisiert werden, und ich werde nach Abschluss der Verhandlungen mit der Bahn auch darüber berichten.

Damit komme ich jetzt zum Finanzierungsmodell für den Transrapid. Hier bitte ich Sie zuzuhören; denn in der letzten Zeit ist viel Seltsames verbreitet worden. Uns hat der Bund im letzten Jahr einen Zuschuss in Höhe von 550 Millionen € zugesagt. Ich wiederhole hier, dass uns dieser Zuschuss zu wenig war, weil wir der Meinung waren, dass uns eigentlich ein Drittel der Mittel im Haushalt zustehen würde. Die Strecke bei uns ist genau halb so lang wie die Strecke in Nordrhein-Westfalen. Deswegen wäre eine Aufteilung in ein Drittel für Bayern und zwei Drittel für Nordrhein-Westfalen richtig gewesen. Danach hätten wir nämlich 767 Millionen € bekommen müssen. Hier hat sich aber leider nichts bewegt. Der Empfehlung des Bundesrechnungshofes, beide Projekte noch einmal zu überprüfen und über die Kostenaufteilung neu zu entscheiden – diese Überprüfung war von mir angeregt worden –, ist der Bund nicht gefolgt. Ich werte das nicht, aber das war sowohl die Position des Verkehrsministeriums in Berlin als auch die Position des Haushaltsausschusses im Bundestag.

Zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Bund sind Verhandlungen geführt worden, in deren Rahmen die Mittel für Nordrhein-Westfalen um 250 Millionen € aufgestockt wurden. Nordrhein-Westfalen wurden im letzten Jahr 1,75 Milliarden € plus jetzt 250 Millionen € zugesagt sowie zusätzlich 300 Millionen € nach § 8 Absatz 2 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes. Im Übrigen sind diese Mittel – das sei an die Grünen gesagt – nicht als Darlehen, sondern als Zuschuss zugesagt worden. Insofern enthält Ihr Antrag einen Fehler, denn dort ist von einem Darlehen die Rede. Es sind 2,3 Milliarden € Zuschüsse, die dort zugesagt worden sind.

Wir haben letzte Woche mit Herrn Stolpe verhandelt. Herr Stolpe hat mir nach Neujahr gesagt, dass er erstens beide Projekte will, dass er zweitens an der bisherigen Finanzaufteilung nichts ändern könne und dass drittens ein Projekt nicht mehr Geld zulasten eines anderen bekommen sollte. Viertens hat er mir gesagt, dass dann, wenn ein Projekt mehr Geld bekommen sollte, auch das andere mehr bekommen sollte. Darüber haben wir letzte Woche verhandelt. Herr Stolpe hat dabei gesagt, er will dem Haushaltsausschuss vorschlagen, für Bayern weitere 125 Millionen € einzustellen.

Ein weiterer Betrag sind 100 Millionen €, die von der Bahn AG kommen. Hier handelt es sich zum Teil um Mittel, die nach § 8 Absatz 2 des Schienenwegeausbaugesetzes als Zuschuss gewährt werden. Hinzu kommen weitere Mittel, die die Bahn im Rahmen des Bahnhofumbaus mit einbringt. Bei diesem Zuschuss handelt es sich um keine karitative Aktion. Nach vorsichtigen Berechnungen der Gutachter verdient die Bahn im Fernverkehr dann, wenn der Transrapid fährt, aufgrund der Fahrgastverlagerungen von der Straße auf die Schiene um 15 Millionen € mehr. Das ist der kalkulierte Mehrertrag im Fernverkehr, der durch den Umsteigeeffekt von der

Straße auf die Schiene entsteht. Hier kalkuliert die Bahn allein 15 Millionen € per anno mehr an Ertrag. Daher ist es durchaus gerechtfertigt, dass auch die Bahn etwas zum Fernverkehr zahlt. Darüber habe ich mit Herrn Mehdorn zwei Gespräche geführt. Hier bedurfte es keiner langen Debatte, sondern er hat gesagt, dazu stehe er, weil er davon im Fernverkehr auch profitiere.

Im Übrigen profitiert die Bahn auch mehr als bei einer Express-S-Bahn auf der gleichen Trasse, weil beim Transrapid der Umsteigeeffekt nach Berechnungen der Bahn um 40% höher ist als bei einer Express-S-Bahn. Auch dieser höhere Umsteigeeffekt wird meistens unterschlagen.

Beim Transrapid-Verkehr haben die Gutachter – auch das ist vorsichtig gerechnet – Erträge in Höhe von 300 Millionen € über 20 Jahre verteilt angesetzt. Des Weiteren ist bei der Abzinsung ein hoher Zinssatz einkalkuliert, den wir als Staat bei einer Kreditaufgabe normal nicht tragen müssten. Es sind hier 7% angesetzt, wir bekommen es erheblich günstiger. Deswegen ist sowohl nach Berechnungen eines Gutachters als auch der Bahn der zurückfließende Betrag höher, nämlich mit über 400 Millionen € anzusetzen. Das ist nicht meine Rechnung. Das ist die Rechnung eines Gutachters. Das Gutachten von „Rödel & Partner“ ist von der Bahn AG überprüft worden. Deswegen kann man die Mittel der Industrie dort auch nach Meinung des Bundes einrechnen. Es ist schön, dass wir da gar nicht auseinander liegen.

Bei den Planungskosten kalkulieren wir mit 90 Millionen € vom Freistaat und mit 90 Millionen € Zuschuss von der EU. Ich sage auch ganz offen: Ob der EU-Zuschuss in dieser Größenordnung kommt, steht noch nicht fest. Eines ist aber nicht offen: Die EU betrachtet unser Projekt als voll förderfähig. Bei der EU gibt es an der Förderfähigkeit des Projektes München keinen Zweifel. An der Förderfähigkeit des Projektes in Nordrhein-Westfalen gibt es jedoch sehr wohl Zweifel, auch deswegen, weil die EU sagt, dass dort das Verkehrsbedürfnis bereits bedient ist, weil dort ICE, Regionalzug und S-Bahn verkehren. Förderfähig ist dort gegebenenfalls die Verbindung von Düsseldorf-Flughafen nach Düsseldorf, aber dort gibt es bereits eine Express-S-Bahn. Ich will dies aber nicht weiter werten; das ist nicht mein Bier. Ich sage nur: Die Förderfähigkeit wurde bejaht. Das theoretische Fördervolumen beträgt 10% des Gesamtvolumens – das wären 160 Millionen €. Der endgültige Betrag hängt von den verfügbaren Mitteln und von der Einwertung der TEN-Projekte in den nächsten Jahren ab. Deswegen wird dieser Posten auch so kalkuliert.

Meine Damen und Herren, bei den kalkulierten Fahrzeugkosten in Höhe von 163 Millionen € haben wir 120 Millionen € angesetzt – das sind etwa 75%. Dies ist im Übrigen der Prozentsatz, mit dem wir auch die Fahrzeuge für den Schwaben-Allgäu-Takt in der Region Kempten gefördert haben. Diesen Prozentsatz legen wir hier auch zugrunde. Offen ist ein Betrag von 125 Millionen €; wir waren uns mit Herrn Stolpe auch einig, dass dieser in der nächsten Zeit abgedeckt werden kann. Über den Gesamtbetrag befinden wir uns im Gespräch mit der Industrie.

(Maget (SPD): Ein Betrag von 100 Millionen!)

– Nein, nein, da kann man noch etwas drauflegen. Der Bund ist auch der Meinung, dass man die Flughafen München Gesellschaft dazu bewegen soll, einen Beitrag zu leisten. Der Bund sieht es als sinnvoll an, dass sich die FMG mit einem Zuschuss beteiligt. Rot-Grün in Berlin sagt dazu Ja. Ich hoffe, dass Rot-Grün in München dazu nicht auf Dauer Nein sagt.

(Kaul (CSU): Sehr gut!)

Im Übrigen – ich stelle das in aller Sachlichkeit dar – ist dies nicht neu. Beim seinerzeitigen Bau der S 8 hat die FMG 160 Millionen DM an Zuschüssen gezahlt. Damals hat es keine Debatte gegeben. Darüber hat es nicht einmal einen Zeitungsbericht gegeben. Das war so selbstverständlich, dass keiner eine Presseerklärung verfasst hat. Ich frage mich, warum dies beim Transrapid anders sein soll, der dem Flughafen sehr stark dient, der den Einzugsbereich und die Attraktivität des Flughafens erhöht.

(Kaul (CSU): Sehr gut! – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Übrigen werden 160 Millionen € auf der Fläche des Flughafens verbaut. Die FMG kann sich da durchaus beteiligen. Ich sage dazu: Der Bund sieht dies genauso.

Jetzt komme ich zum nächsten Thema. Ich frage mich, warum man sich über die Beteiligung Bayerns so aufregt. Bei einer Express-S-Bahn wären wir mit 400 Millionen bis 500 Millionen €, eher mit 500 Millionen € dabei. Beim Transrapid sind wir bisher mit 210 Millionen € dabei, noch nicht mit mehr. Wenn wir den Transrapid mit Kosten in dieser Größenordnung bekommen, sparen wir uns noch Geld für andere Projekte. Ich sage auch dazu: Eine exakte Kostenklarheit werden wir nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens haben. Bleibt es aber bei dieser Rechnung, fahren wir hinsichtlich bayerischer Mittel mit dem Transrapid erheblich besser als mit einer Express-S-Bahn. Deshalb ist es gerechtfertigt, hier Mittel einzusetzen, die wir auch ohne Transrapid, und zwar in erheblich größerem Volumen einsetzen müssten. Deswegen ist die Aufregung nicht berechtigt. Ich habe darüber mit Bundesminister Stolpe gesprochen. Er sagt: Das ist unsere Entscheidung; da gibt es nichts zu beanstanden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum nächsten Punkt. Der Mitteleinsatz geht nicht zulasten des Bestellvolumens. Seit wir in Bayern die Verantwortung haben, haben wir das Bestellvolumen im Nahverkehr von 82 Millionen Zugkilometer auf über 100 Millionen Zugkilometer ausgedehnt. Wir haben das größte zusätzliche Bestellvolumen aller Länder in Deutschland. Wir sind heute vor NRW der Kunde Nummer 1 der Bahn AG. Wir sind heute der größte Kunde der Bahn, weil wir das Bestellvolumen mit dem Bayerntakt und anderen Themen so ausgedehnt haben. Dies wird auch so bleiben und wird mit dem 10-Minuten-Takt in den Hauptverkehrszeiten bei der S-Bahn München eher noch zunehmen. Wir werden die Investitionen in den Nahverkehr, die ich vorher auf-

gezeigt habe, zeitgerecht vornehmen und auch finanzieren können. Nichts wird leiden.

Wir werden auch die Fahrzeugförderung beim Bus und bei der Bahn fortführen – wir haben sie bisher gemacht; sie wird bleiben. Man muss dazu auch wissen, warum die Bahn von uns Fahrzeugförderung will. Die Bahn spart sich bei Fahrzeugförderung Abschreibungen, weswegen die Bilanz besser aussieht. Unsere Förderung wird dann aber mit dem Bestellerentgelt verrechnet – das ist auch logisch. Bei dem für Bayern kalkulierten Bestellerentgelt ist die Beschaffung von Fahrzeugen eingerechnet. Der Betrag, mit dem wir Fahrzeuge fördern, muss sich auf das Bestellerentgelt mindernd auswirken. Darüber gibt es keinen Streit. Das ist der Hintergrund, warum wir sagen: Wir fördern die Fahrzeuge, solange wir Spielraum haben. Diesen haben wir.

Wir stellen die Kalkulation der gesamten Investitionen in die Infrastruktur bis zum Jahr 2010 auf. Bis 2010 sollen die Projekte auch durchgeführt werden. Der Verkehrsdurchführungsvertrag mit der Bestelleistung läuft bis 2013 – das ist also ein 10-Jahres-Vertrag. In einem Rahmenvertrag werden die Investitionen in die Infrastruktur und in die Fahrzeuge geregelt. Ich habe schon gesagt, dass die Investitionen, die ich vorher aufgelistet habe, bis zum Jahr 2010 erfolgt sein sollen.

Derzeit arbeiten wir daran, diese Kalkulation zu erstellen. Wir sind dabei, sie so zu gestalten, dass wir alle Projekte unterbringen. Deshalb ist es Unsinn zu sagen: Wenn der Transrapid realisiert wird, geht dies zulasten anderer Projekte. Das ist nicht der Fall. Ich sage noch einmal: Wenn es bei dem jetzigen Kostenrahmen bleibt, sparen wir uns mit dem Transrapid im Vergleich zu einer Express-S-Bahn eine Menge Geld. Ich wollte das nie laut sagen, weil dies unsere Verhandlungsposition beeinträchtigen könnte. Aufgrund der in den letzten Tagen öffentlich geführten Debatte muss man die Dinge aber einmal klarstellen.

(Kaul (CSU): Da hat Herr Maget nicht genau zugehört!)

Das sind die Zusammenhänge. Es gibt auch Personen, die sagen, dass man in verschiedene Nahverkehrstöpfe greift. Ich darf Ihnen ein paar Punkte erklären – auch das habe ich bisher öffentlich so nicht dargelegt, da sonst der Finanzminister Appetit bekommt.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Es ist doch so.

(Herrmann (CSU): Darum ist er da! – Zuruf des Abgeordneten Maget (SPD))

Ich erkläre es noch einmal. Herr Maget, wir fördern den ÖPNV mit 125 Millionen DM aus bayerischen Haushaltsmitteln. Andere Länder haben dies nicht in diesem Umfang gemacht, teilweise sogar überhaupt nicht. Wir haben eine Kooperationsförderung in Höhe von 30 Millionen – andere Länder verwenden hierfür Regionalisierungsmittel.

(Maget (SPD): Dem Finanzminister schwirrt schon der Kopf!)

Wir verwenden dafür eigene bayerische Mittel. Wir haben bisher auch die 45-a-Gelder aus eigenen bayerischen Mitteln abgedeckt. Herr Kollege Maget, ich darf auch darauf hinweisen, dass es rot-grün-regierte Länder gibt, die dies zu 100% aus den Regionalisierungsmitteln zahlen.

(Maget (SPD): Wollen!)

– Sie machen das. Es gibt sogar jemanden, der für sein städtisches Theater Gelder aus Regionalisierungsmitteln verwendet; den kennen Sie auch.

(Maget (SPD): Das macht das Ganze nicht vernünftiger!)

– Ja, das macht das Ganze nicht vernünftiger. Sie sehen: Wir haben im bayerischen Haushalt zusätzliche Finanzmittel eingestellt, während andere Länder für diese Zwecke Regionalisierungsmittel verwenden. Darum haben wir bisher größere Spielräume gehabt. Ich habe dies bisher in den Haushaltsverhandlungen und im Landtag nicht dargestellt, weil ich den Finanzminister nicht auf unkeusche Gedanken bringen wollte. Dies ist aber der Grund, warum wir bei den Investitionen nach wie vor größere Spielräume haben und auch behalten wollen.

Jetzt möchte ich noch ein paar Bemerkungen an die Adresse von Rot-Grün richten. Wir werden mit dem Transrapid im Betrieb Gewinn machen. NRW hat für den Betrieb des Transrapids von Haus aus 50 Millionen € Zuschuss pro Jahr zugesagt, damit er überhaupt in der Diskussion bleibt. Da zahlt man tatsächlich. Dort oben wird von Rot-Grün gesagt: Der Transrapid darf nichts kosten. Er kostet in NRW ab Inbetriebnahme – das ist schon beschlossen – 50 Millionen € Bestellerentgelt. Bei uns bringt er 25 Millionen € pro Jahr und zusätzlich Einnahmen im Fernverkehr.

Ich frage mich, wie das in NRW funktionieren wird, nachdem dort die Zahl der Fahrzeug-Sektionen von fünf auf drei reduziert worden ist. Gleichzeitig wurde die Passagierzahl von 25 auf 35 Millionen kalkulatorisch erhöht. Die Zahl der Sitze im Transrapid wird dort reduziert, damit die Leute stehend Platz haben. Die Frage ist nur, ob das gewichtsmäßig rausgeht, ob die Kiste dann überhaupt noch abhebt.

(Allgemeine Heiterkeit!)

Das ist jedoch nicht mein Problem. Hinzu kommt, dass in NRW über 70% der Passagiere von der S-Bahn umsteigen. Darum kann NRW beim Transrapid keinen höheren Fahrpreis als bei der S-Bahn kalkulieren. Niemand weiß, wer dort den Ausfall bei der S-Bahn ersetzen wird. Die Bahn ist davon nicht begeistert. Bei uns würde es sich um einen Zuwachs handeln. Man rechnet damit, dass die S-Bahn ein paar Jahre nach ihrer Inbetriebnahme mehr Fahrgäste haben wird als bisher. Das sollte man wissen. Darum stellen sich die Dinge unterschiedlich dar.

Die Grünen haben erklärt, dieses Projekt sollte wie der Fernverkehr behandelt und finanziert werden. Auch wir sind der Meinung, dass der Bund die Verantwortung für die Infrastruktur trägt. Der Bund drängt die Verantwortung ab und sagt, dies wäre die Verantwortung der Länder. Deshalb hat der Bund seine Transrapid-Gesetze gegen unseren Widerspruch aufgehoben. Ich war überrascht, dass dies von Nordrhein-Westfalen akzeptiert wurde. Wir sind leider gezwungen zu akzeptieren, dass dies zu unseren Lasten läuft. Deshalb müssen die Fahrzeuge wie Nahverkehrsfahrzeuge behandelt werden. Den Kollegen der SPD und der GRÜNEN, die sich darüber beschwerten, müssen sich bei Ihren Kollegen in Berlin beschwerten. Dort wurde diese Regelung gestaltet.

Die Mittel nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz werden hier als Zuschuss gewährt. Die 300 Millionen Euro Betriebsgewinn, von denen im Antrag der GRÜNEN die Rede ist, seien Illusion, weil bei dem gesamten Projekt Zinsen und Abschreibungen nicht eingerechnet sind. Meine Damen und Herren, wenn ein Projekt bezuschusst wird und es sich um verlorene Zuschüsse handelt, fallen für diese Beträge keine Abschreibungen und keine Zinsen an. Das ist der Sinn der Fahrzeugförderung. Das Zuschussvolumen ist für Abschreibungen nicht mehr relevant. Das Darlehen, das wir aufnehmen, kann bei einer vernünftigen Verzinsung aus den Einnahmen zurückgezahlt werden. Deshalb ist Ihre Aussage, wonach die Kapitalkosten nicht berücksichtigt worden seien, schlichtweg falsch. Meine Damen und Herren, es ist seltsam: Wir diskutieren über eine neue Technik, und schon treten bei manchen die alten Reflexe auf.

(Beifall bei der CSU)

Wir sprechen über eine neue Technologie, und schon wird Nein gesagt, ohne sich vorher mit dieser Technologie zu befassen. Sie sollten einmal die Chancen bedenken. Der Bundeskanzler musste mit einer großen Karawane nach Shanghai fahren, um dieses Projekt zum ersten Mal im Probebetrieb zu sehen.

(Beifall bei der CSU)

Der Bundeskanzler, der Verkehrsminister, der Wirtschaftsminister und der Ministerpräsident von NRW sind begeistert zurückgekommen.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind alles keine GRÜNEN!)

Diese Leute sind dann überein gekommen, dass dieses Projekt auch in Deutschland vorangebracht werden müsste. Ich frage mich, warum die Opposition in diesem Hause dagegen ist, wenn die Koalition in Berlin dafür ist. Die Fachleute in Berlin haben festgestellt, dass unser Projekt sinnvoll und richtig ist. In NRW stößt das Projekt hingegen auf Schwierigkeiten und ist fragwürdig. Ich möchte keine schärferen Formulierungen gebrauchen. Ich frage Sie, ob es nötig ist, dass Sie mit solchen Reflexen reagieren. Warum kann ein solches Thema nicht einmal in aller Sachlichkeit und Vernunft vorangebracht werden? –

(Maget (SPD): Das wäre hilfreich! – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor allem mit sauberen Zahlen!)

– Sie sind dazu eingeladen. Frau Kollegin Stahl, Sie haben saubere Zahlen bekommen.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht von Ihnen!)

In Berlin wurde immer wieder betont, dass das bayerische Projekt sinnvoll sei. Herr Stolpe hat erklärt, das Zahlengerüst, das wir vorgelegt haben, reiche aus, um im Bundestag die Freigabe der Planungsmittel zu beantragen. Sie müssen ja nicht mir glauben. Sie sollten aber wenigstens Herrn Stolpe glauben.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

– Wollen Sie ihm widersprechen? – Das ist Ihr Koalitionspartner.

(Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In jeder Ehe gibt es Streit!)

Berlin und Bayern stehen diesem Projekt positiv gegenüber. Rot-Grün in München ist jedoch skeptisch. In Nordrhein-Westfalen hat Rot-Grün zu einem zweifelhaften Projekt Ja gesagt. Da haben einige Leute in Berlin ein paar graue Haare bekommen. Muss man denn immer in die alten Rituale verfallen? Kann man ein solches Thema nicht einmal sinnvoll erörtern und den verkehrswirtschaftlichen Nutzen betrachten? – Dieser verkehrswirtschaftliche Nutzen steht in Bayern im Vordergrund. In NRW ist das nicht der Fall. Dort ist das Verkehrsbedürfnis bestens bedient. Bei uns soll ein Verkehrsproblem gelöst werden. Hinzu kommt der industriepolitische Nutzen, den wir anstreben sollten.

Wir sollten einmal dieses Thema und die Finanzierungsleistungen im Zusammenhang betrachten. Wer rational und logisch mitdenkt, müsste sagen, dass dieses Projekt vernünftig ist. Ich bitte Sie um Unterstützung für dieses Projekt. Einige Leute haben bemängelt, dass schon wieder etwas in München gemacht würde. Ich stelle fest: Dieses Projekt dient ganz Bayern. In zweiter Linie dient es auch München, es ist jedoch ein Projekt für ganz Bayern. Dieses Projekt deckt ein Verkehrsbedürfnis in Bayern. Dadurch wird die Attraktivität des Fernverkehrs und des Flughafens erhöht. Es erhöht darüber hinaus die internationale Attraktivität des Flughafens. Der Flughafen wird dadurch besser an die Landeshauptstadt und den Fernverkehr angebunden. Schließlich ist dieses Projekt technologisch hochinteressant.

Wie soll es mit unserem Industriestandort weitergehen, wenn wir bei der Verwirklichung eines solchen Projekts in China Beifall klatschen und den Kopf einziehen, wenn es bei uns realisiert werden soll? – Das wäre paradox.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Ich weise darauf hin, dass die SPD zu diesem Thema einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen hat. Ich rufe deshalb mit auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Schläger, Wörner und Fraktion (SPD)**

**Solide Finanzierung des Transrapid-Projekts (Drucksache 14/11629)**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Maget.

**Maget (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist es immer wieder verwunderlich, wie blauäugig und unseriös dieses Thema behandelt wird.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was der Wirtschaftsminister vorgetragen hat, erinnert sehr stark an eine Märchenstunde. Hier wird ein Wolkenkuckucksheim aufgebaut, das selbst beim bayerischen Finanzminister Sorgenfalten hervorruft. Ich werde darauf gleich noch eingehen.

Lassen Sie mich zunächst mit dem Vorwurf der Technologiefeindlichkeit beginnen, den der Wirtschaftsminister an uns gerichtet hat. In welcher Zeit wurde der Transrapid eigentlich entwickelt? – War das während Ihrer Regierungszeit oder während unserer Regierungszeit? –

(Kaul (CSU): Das war während unserer Regierungszeit. Das habe ich vor 14 Tagen an diesem Ort gesagt!)

– Während unserer Regierungszeit wurde diese moderne Technologie entwickelt. Sie wären darauf gar nicht gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wirtschaftsminister, Sie wollen sich seit einiger Zeit an die Spitze der Transrapid-Bewegung setzen. Ich frage Sie: Was ist während der 16 Jahre Ihrer Regierungszeit mit dieser Technologie passiert?

(Zuruf von der SPD: Nichts!)

Wann haben Sie in diesen 16 Jahren den Transrapid im Inland oder im Ausland vorangebracht? – Sie haben ihn im Emsland jahrelang im Kreis herumfahren lassen. Sie haben es jedoch nie geschafft, dieses Transrapid-Projekt irgendwo auf der Welt zu verkaufen und nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dafür gesorgt, dass der Transrapid in einem anderen Land gebaut wird.

(Kaul (CSU): Der Transrapid ist doch erst seit drei Jahren anwendungsreif!)

Das hat unsere Bundesregierung geschafft. Warum haben Sie in den 16 Jahren Ihrer Regierungszeit nicht dafür gesorgt, dass zum Beispiel China oder die USA dieses Projekt umsetzen? – Herr Dr. Wiesheu, ich habe in Ihrer Rede die Darstellung Ihrer Initiativen zum Transrapid während der 16 Jahre Ihrer Regierungszeit vermisst. Was haben Sie unternommen? Die Strecke Hamburg – Berlin haben Sie eingestellt.

(Kaul (CSU): Die haben Sie verhindert!)

Nirgendwo haben Sie die Transrapidtechnologie vorwärts gebracht.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU – Große Unruhe)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Können wir uns darauf einigen, dass jetzt Kollege Maget redet und Kollege Kaul hinterher? – Dann bekommen wir hier Ruhe herein.

(Kaul (CSU): So machen wir es!)

**Maget (SPD):** Es ist wirklich ungeheuerlich, ausgerechnet uns Technologiefeindlichkeit bei diesem Projekt vorzuwerfen, das nur wir vorangebracht haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

Wir haben dafür gesorgt, dass der Transrapid wenigstens in China fährt. Das haben Sie nicht zustande gebracht; so ist es.

((Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU – Zahlreiche Zurufe von der CSU))

– Natürlich ist das so. Sie ärgern sich doch nur darüber, dass Sie bei der Jungfernfahrt nicht mitfahren durften.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie haben nichts geschafft, nichts zuwege gebracht, aber Sie beschwerten sich darüber, dass Sie bei der Jungfernfahrt nicht dabei sein konnten. Das ist zu wenig.

(Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

– Man muss zu diesem Thema auch einmal Tacheles reden. – Der nächste Vorwurf von Ihnen lautet: Berlin benachteiligt Bayern.

(Zurufe von der CSU: Jawohl! Natürlich!)

In der Zeitung lese ich aber: „Faire Entscheidung für den Transrapid“. Wer sagt das? – Ihr Ministerpräsident.

(Kaul (CSU): Nach langen Verhandlungen!)

– Nicht nach langen Verhandlungen, sondern nach vernünftigen Verhandlungen.

(Kaul (CSU): Was hat die SPD dazu getan?)

Bei allen Verkehrsprojekten – das sage ich nicht nur zum Transrapid, sondern zu allen Verkehrsprojekten, über die wir uns in den nächsten Monaten hier noch unterhalten werden – haben die Bayern eine faire Behandlung in Berlin erfahren. Noch nie zuvor ist so viel Geld für Schienen- und Straßenverkehrsprojekte – –

(Widerspruch des Abgeordneten Dinglreiter (CSU))

– Das ist die Wahrheit. Dann bitte ich doch den bayerischen Wirtschaftsminister, dem zu widersprechen: Noch nie zuvor ist so viel Geld für Schiene und Straße nach Bayern geflossen wie im vorletzten, im letzten und in diesem Jahr, noch nie zuvor!

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Tatsache. Ich war erst am Montag dieser Woche im Verkehrsministerium, und wir haben es dort geschafft, ein Projekt für Nordbayern, nämlich die Elektrifizierung der Strecke Nürnberg – Marktredwitz, mit einem Volumen von 470 Millionen € zusätzlich in den Bundesverkehrswegeplan als Projekt des vordringlichen Bedarfs hineinzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Das war nicht einfach. Das wäre aber Ihr Job gewesen; Sie hätten das erreichen müssen. Sie sollen uns nicht immer die Arbeit machen lassen und anschließend großspurig behaupten, dass der Bund Bayern benachteiligen würde.

(Lachen bei der CSU)

Das ist nun wirklich mit nichts zu belegen; das Gegenteil ist richtig.

Nun zum Transrapid: Warum bin ich der Meinung, dass der Transrapid eine gute Technologie ist? – Ich will nicht lange darüber sprechen; weil in dieser Frage zwischen uns heute kein Dissens besteht. Ein Dissens besteht in der Frage der Finanzierung, und darauf will ich ausführlicher zu sprechen kommen. Die Pluspunkte des Transrapid liegen auf der Hand: Das sind technische Vorteile, das ist die Geschwindigkeit, das sind energetische Vorteile, und er ist eine technologische Chance für Deutschland,

(Kaul (CSU): Endlich!)

– nicht endlich, sondern immer schon, Herr Kollege Kaul –, und er schafft Arbeitsplätze.

(Zurufe der Abgeordneten Dinglreiter (CSU) und Kaul (CSU))

– Davon brauchen Sie mich nicht zu überzeugen; das haben Sie immer von mir gehört, Herr Kollege Kaul. Das ist eine Exportchance, und wir haben bewiesen, dass wir sie nutzen. Ich bin auch davon überzeugt, dass der Transrapid ein Besuchermagnet in München und auch anderswo sein würde. Ich teile auch nicht die Auffassung der GRÜNEN, deren Haltung ich eher als eine grundsätzliche Ablehnung des Transrapid verstehe.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich verstehe das so. Wenn dem so wäre, würde ich die Auffassung der GRÜNEN nicht teilen. Ich darf daran erinnern, dass SPD und GRÜNE im Koalitionsvertrag in Berlin verabredet haben, dass wir die Bundesmittel für dieses Projekt weiterhin bereitstellen wollen. Ich zitiere den einzigen Satz, der dazu in der Koalitionsvereinbarung zwischen Rot und Grün in Berlin verabredet wurde: „Für die finanzielle Unterstützung für den Bau von Anwendungsstrecken für die Magnetschwebebahn-technologie stehen auch weiterhin Bundesmittel in einer zugesagten Gesamthöhe bis zu 2,3 Milliarden € zur Verfügung.“ Wenn man eine solche Koalitionsvereinbarung abschließt, muss man sich auch daran halten; dann darf man nicht hinterher sagen, dass man das Projekt nirgendwo in Deutschland verwirklichen wolle.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht seriös; dann wäre diese Koalitionsvereinbarung letztlich Larifari.

Jetzt zur entscheidenden Frage, wie es mit dem Projekt in Bayern konkret aussieht, wie die betriebswirtschaftliche Rechnung und wie die Finanzierbarkeit dieses Projekts aussehen. Hier habe ich wirklich mehr Seriosität erwartet. Ich glaube, dass der Finanzminister des Freistaates Bayern hier noch jede Menge Sorgen im Gepäck hat. Herr Dr. Fallthäuser, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zu den Zahlen, die Herr Wiesheu hier vorgetragen hat, Stellung nehmen würden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Gedankenspielerien – mehr ist das im Endeffekt ja nicht – werden letztlich an Ihrem Etat ausgehen. Das prophezeie ich Ihnen. Es wäre schön, wenn Sie heute aus Ihrer Sicht hier eindeutig zu den von Ihrem Kollegen Dr. Wiesheu vorgetragenen Zahlen fachlich Stellung nehmen würden. Ich hoffe, dass wir das heute werden erleben dürfen.

Nun also zur Finanzierbarkeit, in die ich überhaupt noch nicht die Frage der Liquidität der Zuschussgeber einbeziehe, zum Beispiel des Bundes. Wir wissen, dass der Betrag von 2,5 Milliarden €, der da im Raum steht, samt und sonders kreditfinanziert ist. Es sind 2,5 Milliarden € zusätzliche Schulden des Bundes, über die wir hier reden. Ich bin mir nicht sicher, ob das zum gegenwärtigen Zeitpunkt – Sie sagen, die Maastricht-Kriterien müssten eingehalten werden – finanzpolitisch vernünftig ist. Diese Überlegung stelle ich jetzt einfach mal beiseite, aber man muss doch bei der Gesamtfinanzierung dieses Projektes auch irgendwo mitberücksichtigen, ob der Bund diese 2,5 Milliarden € überhaupt hat, ob eine weitere Verschuldung in dieser Größenordnung wirklich sinnvoll und verantwortbar ist. Das muss man auch mitberücksichtigen. Für den Freistaat Bayern gilt das Gleiche, wenn er sich ebenfalls finanziell beteiligen sollte.

Dann muss man auch berücksichtigen – das sage ich nur vorab –, wie es bei den anderen Schienenprojekten in Bayern aussieht. Die S-Bahn ist heute ein absolut

unpünktliches, veraltetes Verkehrsmittel, in dem die Menschen im Stoßverkehr wie die Sardinen in der Büchse stehen. Sie haben es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht vermocht, die S-Bahn in der Region München auf einen einigermaßen zeitgemäßen Standard zu bringen. Sie haben wirklich keine großen Leistungen bei der S-Bahn geschafft, von der fehlenden S-Bahn in Nürnberg gar nicht zu reden, von anderen, dringend erforderlichen Schienenverkehrsprojekten in Bayern auch nicht zu reden. Dabei haben Sie sich auch nicht mit Ruhm bekleckert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen erwarten da schon eine ehrliche Antwort. Es stößt nicht auf allseitige Zustimmung, wenn wir heute hier sagen, dass wir Hopplahopp zwei Milliarden € für den Transrapid zur Verfügung haben, aber für die S-Bahn seit Jahrzehnten nichts getan wird. Das stößt nicht auf allseitige Begeisterung.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Schmidt-Sibeth? – Bitte.

**Frau Schmidt-Sibeth (SPD):** Herr Kollege Maget, wissen Sie, dass seit heute Morgen ab 7 Uhr beide Gleise der S-Bahn-Stammstrecke in München gesperrt sind und der S-Bahn-Verkehr total zusammengebrochen ist? Ist Ihnen bekannt, dass totales S-Bahn-Chaos in München herrscht?

**Maget (SPD):** Ich habe davon gehört, weil Kollege Dr. Runge wohl in der S-Bahn steckengeblieben ist. Ich sage nur: Wären Sie mit dem Transrapid gefahren, dann wären Sie schon da.

(Allgemeine Heiterkeit und Zurufe)

Es ist schon wahr, was die Kollegin gesagt hat.

(Kaul (CSU): Aber für die ...!)

– Herr Kollege Kaul, das, was Frau Kollegin Schmidt-Sibeth vorgetragen hat, ist kein Einzelfall von heute. Dass die S-Bahn für Hunderttausende ein Verdruß ist, das ist doch nicht zu bestreiten.

(Kaul (CSU): Mit der Technik wollen Sie eine Express-S-Bahn bauen!)

– Sie sollen endlich dafür sorgen, dass die S-Bahn funktioniert. Das läßt sich doch verbessern. Reden Sie doch nicht über die Technik.

(Beifall bei der SPD)

Seit zehn Jahren sind Sie nicht in der Lage, eine zweite Stammstrecke zu schaffen. Seit zehn Jahren wird nur geredet. Jetzt fangen Sie mit dem Stellwerk an der Donnersberger Brücke an, nachdem Sie zehn Jahre nur geredet haben. Sie wollen einen Transrapid realisieren

und schaffen es nicht einmal, eine zweite Stammstrecke zu bauen. Das ist doch lächerlich.

Noch einen Satz zur Planungssicherheit, weil ich gerade dabei bin: Sie wissen, dass die Trasse, über die wir heute reden, nicht verfügbar ist. Sie wissen, dass die Landeshauptstadt München strikt gegen diese Trasse ist. Sie wissen, dass die Umlandgemeinden strikt gegen diese Trasse sind. Sie wissen, dass sich der Stadtplanungsausschuss erst gestern erneut gegen diese Trasse ausgesprochen hat.

(Hölzl (CSU): Eure Leute!)

– Nein, nicht „eure“ und „unsere“. Ihr Münchner CSU-Vorsitzender, Herr Singhammer, und ich waren bei Herrn Dr. Wiesheu im Büro und haben uns das erläutern lassen. Das Ergebnis des Gesprächs war, dass der Münchner CSU-Vorsitzende dort gesagt hat, diese Trasse kommt für mich und uns nicht in Frage. Ich weiß nicht, ob er dazu noch steht. Ich glaube aber, dass Sie hier zumindest mit gespaltener Zunge sprechen. Ich weiß nicht, wo die CSU in München im Augenblick überhaupt steht. Ich sage Ihnen: Die Stadt München wird sich entschieden gegen diese Trasse zur Wehr setzen.

(Zurufe von der CSU)

– Das ist so, und das muss man in einer Demokratie gelten lassen. Ich war auch in China. Ich habe mir das angeschaut; das ist beeindruckend. Sie müssen sich aber auch klarmachen, mit welcher Brachialgewalt dieses Projekt dort realisiert wurde. Diejenigen, die voller Begeisterung mit leuchtenden Augen auf China verweisen und sagen, so müsste es auch bei uns sein, müssen wissen, dass dort Dörfer abgesiedelt werden, um die Trasse durchzuschlagen. Commander Wu kann von heute auf morgen Tausende von zusätzlichen Arbeitskräften beschaffen.

(Hölzl (CSU): Das wollen Sie mit München vergleichen!)

– Nein, aber ich habe die leuchtenden Augen der Planer von Siemens gesehen, die sagen, so müsste es bei uns auch sein. So ist es aber bei uns nicht; das muss man in Rechnung stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zur Finanzierung; denn das ist der Kernpunkt. Hier bitte ich Sie wirklich zuzuhören, Herr Dr. Wiesheu; denn das, was wir gehört haben, ist reine Augenwischerei. Das hat mit den Fakten, was die Finanzierbarkeit dieser Strecke betrifft, überhaupt nichts zu tun. Fangen wir mit den Zahlen an.

(Kaul (CSU): Haben Sie die Zahlen von Nordrhein-Westfalen?)

– Über das Projekt in Nordrhein-Westfalen will ich nicht reden. Das ist nicht das Thema.

(Hölzl (CSU): Da werden Bundesmilliarden verschleudert!)



– Jetzt regen Sie sich doch nicht auf. Das müssen die Nordrhein-Westfalen wissen, ob sie ein solches Projekt haben wollen.

(Zurufe von der CSU)

– Das ist doch wirklich ein Schmarren. Der Bund sagt, wir behandeln beide Strecken fair und die Länder müssen wissen, ob sie sich diese Projekte zutrauen und sie realisieren und finanzieren können. Jetzt reden wir über die Frage, ob Bayern sich dieses Projekt zutraut und es finanzieren kann. Damit kommen wir zu den Zahlen. Über die 675 Millionen € Bundeszuschuss habe ich gesprochen. Ich wiederhole, wenn sie fließen, kommen sie aus zusätzlicher Verschuldung des Bundes. Das muss man wissen. Ob man das wollen soll, ist eine andere Frage.

Jetzt komme ich zu den Gesamtkosten. Sie sprechen von 1,6 Milliarden €. Die Landeshauptstadt München schätzt 2,5 Milliarden €. Ich frage: Was ist realistischer? Wenn ich den Faktor zugrunde lege, mit dem Sie sich bei solchen Großprojekten regelmäßig verschätzen, dann stimmt 2,5 Milliarden €.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Wiesheu, was Sie uns von diesem Platz hier zur Finanzierung der ICE-Trasse München – Nürnberg vorgetragen haben, ist im Rückblick bodenlos.

(Beifall bei der SPD)

Es war unverschämt, mit welchen getürkten Zahlen, die sich im Nachhinein als um 50% zu niedrig herausgestellt haben, Sie diese ICE-Trasse hier durchgedrückt haben. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Herr Dr. Wiesheu, wir glauben Ihnen nicht.

(Zurufe von der CSU)

– Trauen Sie dieser Schätzung über 1,6 Milliarden € für den Transrapid? – Ich traue dem nicht.

(Christ (CSU): Die Zahlen waren von der Bahn berechnet!)

– Herr Christ, warten Sie. Herr Christ sagt, diese Zahlen waren damals von der Bahn berechnet. Sie wurden von Herrn Dr. Wiesheu geprüft und hier als realistische Zahlen vorgetragen. Alle politischen Entscheidungen sind auf der Grundlage falscher Zahlen getroffen worden. Ich sage Ihnen, auch die Zahlen, die Sie für den Transrapid nennen, sind falsch. Ich gebe Ihnen einen Beweis dafür: Es gibt eine Vorlage für den Vorstand der Deutschen Bahn AG. Herr Wirtschaftsminister, ich wundere mich, dass Sie das hier nicht offenlegen, sondern verschweigen und unterdrücken. In der Vorstandsvorlage der Deutschen Bahn AG zum Thema „Transrapidprojekte Bayern und Nordrhein-Westfalen“ steht Folgendes – ich zitiere ein paar Sätze und hätte mir gewünscht, dass Sie so etwas offenbaren, damit wir wissen, worüber wir reden. Aber Sie sagen nur das, was Ihnen passt. Das, was dieses Haus auch wissen müsste, unterdrücken

Sie. Ich zitiere aus der Vorstandsvorlage der Deutschen Bahn AG:

Wir kommen zu dem Ergebnis, dass es für die geplanten Transrapidstrecken im Ruhrgebiet und in Bayern deutlich preisgünstigere Alternativen gibt. Eine verkehrlich ähnlich leistungsfähige Rad-Schiene-Verbindung ist für 30 bis 50% geringere Investitionskosten zu erstellen.

Das sagt die Deutsche Bahn AG. Warum gehen Sie darauf nicht ein? – Warum unterdrücken Sie eine solche Einschätzung der Bahn? – Es geht weiter:

... warnt die Bahn vor zusätzlichen Kosten ...

– Zusätzlich zu den von Ihnen genannten und hier als Tatsache behaupteten.

(Zuruf des Abgeordneten Dingreiter (CSU))

– Ich zitiere es Ihnen gern, Herr Dingreiter. Sie müssen wenigstens bereit sein, so etwas zu lesen. Es heißt, zusätzliche Kosten für beide Strecken zwischen 700 Millionen und 1,1 Milliarden €.

(Kaul (CSU): Für beide!)

– Für beide. Jetzt geht es weiter:

50 bis 60% der Investitionskosten auf beiden Strecken sind risikobehaftet, da die Industrie für Fahrzeuge, Leittechnik und Infrastruktur bisher keine eigenen Kostenschätzungen vorgelegt hat. Wir gehen von einem Gesamtinvestitionsvolumen zwischen 5,5 und 5,9 Milliarden € aus.

– 5,5 und 5,9 Milliarden € für beide Strecken. Weiteres Zitat:

Beim Neubau einer Bahnverbindung vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen rechnet die Bahn mit Kosten von 950 Millionen € statt der für den Transrapid vorgeschlagenen bis zu 1,9 Milliarden €.

– Nicht 1,6 Milliarden €, sondern 1,9 Milliarden € laut Vorstandsvorlage der Deutschen Bahn AG. Das wären immerhin 300 Millionen € mehr, über die Sie hier nicht geredet haben.

Hier läge die Fahrzeit bei 20 Minuten gegenüber 10 Minuten beim Transrapid.

– Sagt die Bahn. Jetzt frage ich – das muss man dem Bürger erläutern –: Sind uns 10 Minuten Fahrzeitverkürzung nur auf der Strecke Hauptbahnhof – Flughafen, wo alle umsteigen müssen – bei der Bahn kann man möglicherweise einen Fernbahnanschluss bauen, wo man nicht umsteigen muss, wenn man aus Augsburg kommt –, das wert?

(Zuruf des Abgeordneten Hölzl (CSU))

– Nein, da kann man auch öfter fahren. Warum meinen Sie, sind andere Flughäfen in Deutschland erfolgreich

und an den Fernbahnanschluss angebunden? Denken Sie zum Beispiel an Frankfurt.

(Dingreiter (CSU): München ist der Erfolgreichste!)

Warum denn? – Das ist doch eine vernünftige Lösung. Ich lasse mich gerne vom Gegenteil überzeugen, aber so leicht auszuschließen ist das nicht. Ich bin der Auffassung, dass man hier Alternativen prüfen muss.

Ich war bei den Kosten. Ich behaupte: Die 1,6 Milliarden €, die der Herr Wirtschaftsminister hier vorträgt, sind weit unter dem tatsächlichen Kostenbedarf für diesen Transrapid. Die Bahn liefert den Beleg für Ihre regelmäßige Fehlspekulation – zuletzt beim ICE.

Sie sagen einfach, locker vom Hocker, 100 Millionen € kommen von der Industrie. Wenn man fragt, von wem das kommen soll, wie das ausgestaltet ist, wie das verzinst ist, wie das zurückgeführt werden soll, ob es sich dabei um ein Darlehen oder um einen Zuschuss handelt, welche Kriterien dafür gelten, dann sagen Sie ganz lapidar: Über die Ausgestaltung muss noch verhandelt werden.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Luftnummer!)

Das ist keine seriöse Geschichte, Herr Dr. Wiesheu.

Sie rechnen mit einer Beteiligung der Flughafen München GmbH und sagen das so einfach daher. Sie wissen ganz genau, dass die Stadt München als Anteilseignerin an der FMG einer solchen Beteiligung nicht zustimmen wird. Also wird es keine Beteiligung der FMG an diesem Projekt geben. Sie gehen aber der Einfachheit halber davon aus, dass es dieses Geld zusätzlich gibt.

Sie rechnen – damit wird es noch abenteuerlicher – mit 300 Millionen € Investitionsmitteln, die Sie nachträglich aus Betriebsgewinnen dieser Strecke finanzieren wollen. Sogar Herr Glück hat schon begriffen und verlautbart, dass diese Strecke keine Betriebsgewinne abwerfen wird.

(Widerspruch des Abgeordneten Kaul (CSU))

Sie sagen hier: 300 Millionen € kann man aus *vermuteten* Betriebsgewinnen in ferner Zukunft jetzt schon finanzieren. Ich hätte gerne gewusst, wie es Ihnen, Herr Prof. Faltlhauser, bei dieser Berechnung geht.

(Staatsminister Huber: Ganz gut geht es ihm!)

Ich hätte hier gerne gehört, mit welcher finanziellen Beteiligung des Freistaates Bayern aus dem Staatshaushalt Sie rechnen, was Sie in Aussicht stellen können, wann Sie das in Ihre mittelfristige Finanzplanung einsetzen wollen oder ob Sie eine solche Beteiligung ausschließen. Das hätte ich gerne gehört; ohne dieses Wissen lässt sich doch über so etwas überhaupt nicht vernünftig diskutieren und schon gar nicht entscheiden.

Ich fasse zusammen: Das Transrapid-Projekt in Bayern ist so, wie es heute von Herrn Dr. Wiesheu vorgetragen wurde, unseriös finanziert, es ist planerisch ein Wolken-

kuckucksheim, es ist nur – wenn überhaupt – auf Pump zu finanzieren und zumindest im Augenblick reine Augenwischerei, über die wir uns zunächst nicht weiter unterhalten müssen, es sei denn, Sie stellen wirklich eine seriöse Finanzierung auf der Basis ehrlicher Zahlen zur Diskussion, über die wir sachgerecht entscheiden können. Das ist heute wieder nicht geschehen. Der Transrapid – das sage ich heute wie schon mehrmals in der Vergangenheit – steht im Augenblick auf dem Abstellgleis. Mit diesen Zahlenzaubereien, die Sie hier heute vorgetragen haben, werden Sie den Transrapid vom Abstellgleis auch nicht so schnell herunterbekommen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächster Redner ist Herr Kollege Dingreiter.

**Dingreiter (CSU):** Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Maget glaubte, der Finanzminister hätte wegen der Ausführungen des Wirtschaftsministers die Stirn gerunzelt. Ich habe ihn ganz genau beobachtet; er hat die Stirn gerunzelt, weil er sich nicht vorstellen kann, dass ein Münchner SPD-Abgeordneter so über den Transrapid redet wie Sie, Herr Maget, es seit Wochen tun.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Sie werfen uns vor, was vor 1998 geschehen sei. Ich darf Ihnen sagen: Es gab einen ganz klaren Beschluss, dass eine Transrapidstrecke von Hamburg nach Berlin gebaut werden sollte. Eine der ersten Maßnahmen von Rot-Grün 1998 war es, das Projekt zu kippen, einen Teil des dafür vorgesehenen Geldes in den Haushalt zu schleusen und einen Rest übrig zu lassen, damit dieses Projekt in Deutschland weiter im Gespräch blieb.

Sie wollen sich darüber lustig machen, dass Bayern beleidigt gewesen sei, weil es nicht nach Shanghai eingeladen wurde. Ich darf Ihnen sagen: Der bayerische Wirtschaftsminister war zwei Monate vor dem Bundeskanzler dort und hat sich das Ganze angeschaut.

(Lachen bei der SPD)

Er hatte keinen Grund gehabt, beleidigt zu sein. Der politische Anstand hätte es aber erfordert, dass, wenn es schon zwei Projekte des Bundes gibt, nicht nur das eine Land zu dieser Reise eingeladen wird, sondern das andere Land ebenfalls. Von politischem Anstand halten Sie in Berlin aber nicht sehr viel.

(Widerspruch der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

Sie sagen, dass Sie eine faire Behandlung von NRW und Bayern beim Bund durchsetzen wollen. Sie müssen sich dahin gehend durchsetzen, dass eine Finanzierung der Projekte im Verhältnis eins zu zwei erfolgt, nicht von einem Viertel zu drei Vierteln; das ist nicht korrekt. Dahinter steckt aber etwas Anderes: Eine ganze Menge

von Kosten, die in NRW entstehen und die natürlich diese höhere Finanzierung rechtfertigen würden, werden verschleiert. Das macht deutlich, dass dieses Projekt in NRW unsinnig ist. Aus diesem Grund rücken Sie damit nicht heraus.

Woher nimmt Herr Maget – das muss ich fragen – die Gewissheit, dass er sagen kann, die 1,6 Milliarden € stimmen nicht oder München habe berechnet, das koste 2,5 Milliarden €? Gleichzeitig sagt er, die Bahn rechne mit 1,9 Milliarden €. Was soll dieser ganze Mist? – Es ist klar geworden, dass aufgrund der Erfahrungen in Shanghai der Fahrweg heute um 25 bis 30% billiger gebaut werden kann, als man ursprünglich angenommen hat. Lassen Sie das Ganze erst einmal weitergehen und die Sache berechnen. Dazu brauchen wir aber weitere Maßnahmen, die getroffen werden müssen.

(Zuruf von der SPD: Und chinesische Arbeiter!)

– Moment. Aufgrund der veränderten Technologie ist der Fahrweg um 25 bis 30% billiger. Das Projekt in NRW wird in den nächsten Jahren nicht gebaut werden, weil die finanziellen und technischen Risiken ungeheuerlich sind. Wenn in München der Transrapid nicht gebaut wird, dann wird es in den nächsten zehn Jahren in Deutschland keinen Transrapid geben. Dann werden wir die Technik von China kaufen müssen. Das ist die Realität.

(Kaul (CSU): Dort haben wir fünf Städte, hier nur eine!)

Woher nimmt Herr Maget die Gewissheit, um behaupten zu können, dass der Betriebsgewinn von 25 bis 26 Millionen € nicht zu realisieren ist? – Woher nimmt er die Gewissheit, dass die Finanzierung der 300 Millionen €, wie sie der Herr Wirtschaftsminister angedeutet hat, nicht machbar ist? – Da sage ich: Diese Behauptung greifen Sie aus der Luft, weil es dafür keine vernünftige Begründung gibt. Warum sollen 25 oder 26 Millionen Betriebsgewinn überzogen sein? – Ich erinnere mich noch gut daran, dass einer unserer Kollegen vor zehn Jahren in diesem Haus gesagt hat, er wettet, dass er mit dem Fahrrad schneller zum Flughafen kommen wird als mit einem öffentlichen oder mit einem individuellen Verkehrsmittel. Die S-Bahn ist besser angenommen worden, als man das ursprünglich geglaubt hat, weil die Leute zum Flughafen müssen.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollen Sie nie wahrhaben, das ist das Problem!)

Wenn der Flughafen München weiter wächst – und er wird wachsen, auch im Interesse unseres Landes, weil das ein wichtiger Standortfaktor ist –, dann wird der Transrapid noch besser angenommen, als wir heute kalkulieren.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der kommt nicht! – Wer fährt damit? Der hält doch noch nicht einmal bei uns!)

– Ich komme hinterher noch darauf zu sprechen. Wer im Osten Münchens wohnt, fährt sicherlich nicht in die Stadt, um dann mit dem Transrapid zu fahren – vielleicht ein paar Mal, weil es Spaß macht. Wer von anderswo herkommt – und das werde ich noch ansprechen –, der wird das Angebot auch nutzen. Ich bin davon überzeugt, dass die Entwicklung die gleiche sein wird, wie wir sie bei der S-Bahn erlebt haben. Die Menschen werden dieses öffentliche Verkehrsmittel stärker annehmen, als man es ursprünglich geglaubt hat. Das wird erst recht beim Transrapid so sein.

Sie sagen, eine Mitfinanzierung durch die Flughafen München GmbH wird es nicht geben. Ich frage mich, mit welcher Begründung Sie das behaupten. Die Flughafen München GmbH hat bei der S-Bahn kräftig mitfinanziert.

Bei dem Projekt Transrapid ist das noch sinnvoller; denn mit dem geplanten Serviceangebot, das Gepäck schon am Bahnhof einchecken zu können, wird der Bahnhof zu einem zweiten Terminal. Er entlastet den Flughafen, er macht den Flughafen attraktiv, und damit ist gerechtfertigt, dass er mitfinanziert wird. Der Bundesverkehrsminister sieht das im Übrigen genauso. Sie sollten also überdenken, was Sie dazu sagen.

Sie sagen, München wolle den Transrapid nicht. Ich frage mich, und das werden wir auch die Münchner Bürger fragen, warum die SPD München die Trasse für den Transrapid verwehrt, obwohl dieses System – Herr Kaul wird darauf noch konkret eingehen – in bebauten Gebieten wesentlich umweltfreundlicher verkehrt als jedes andere Verkehrsmittel. Fragen Sie Ihren Kollegen Schläger, wenn Sie das noch nicht getan haben sollten. Ich habe aber den Eindruck, dass Sie mit ihm geredet haben, weil Sie heute über manche Dinge anders gesprochen haben. Bei der Vorbeifahrt mit 200 km/h gibt es praktisch kein Geräusch. Lassen Sie in bebauten Gebieten eine Express-S-Bahn mit 200 km/h fahren – das geht sowieso nicht, aber 120 km/h gehen –, der Lärm ist unerträglich. Deshalb ist ein solches Konzept gerade in bebauten Gebieten wesentlich besser als alles andere.

Herr Maget, Sie haben beklagt, dass bei der S-Bahn nichts geschehen sei. Sie wissen, dass es seit Jahren ein 520-Millionen-DM-Projekt gibt, das die Bahn nicht umsetzen kann. Gehen Sie über den Bundeskanzler und den Bundesverkehrsminister zur Deutschen Bahn AG und machen Sie Druck, damit schneller etwas passiert. Was den zweiten S-Bahn-Tunnel anbetrifft, so haben Sie viel zu lange darüber diskutiert, ob der zweite Tunnel oder der Südring gebaut werden soll. Hätten Sie das nicht getan, wären wir heute ein gutes Stück weiter.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie haben Recht, die Diskussion war noch dramatischer, als ich sie jetzt dargestellt habe.

Ich glaube, meine Damen und Herren, die massiven Argumente, die Herr Maget früher gegen den Transrapid vorgetragen hat und die er jetzt in abgeschwächter Weise immer noch vorträgt, waren so etwas wie der

vorauselende Gehorsam gegenüber der Bundesregierung. Man hat gemeint, die Bundesregierung wolle das bayerische Projekt zu Fall bringen, und aus diesem Grunde wollte man sich als willfährige Helfer erweisen. Jetzt aber, Herr Maget, da auch der Bundesverkehrsminister klar und deutlich für das Münchner Projekt eintritt, sollten Sie umdenken. Ich fordere Sie deshalb auf: Machen Sie in München den Weg frei für den Transrapid! Das ist im Interesse der Stadt. Das ist im Interesse der Bürger, die Anlieger einer solchen Trasse sind, und das ist im Interesse aller Bürger, die berechenbar und schnell zum Flughafen gelangen wollen.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zum Antrag der SPD. Es ist bemerkenswert, Herr Maget, dass Sie ihn weitestgehend an den Antrag der CSU angelehnt haben. Wenn Sie bereit sind, die Formulierung „Regionalisierungsmittel“ in Klammern zu streichen, werden wir Ihrem Antrag zustimmen. Ich will das begründen: Der Minister hat ohnehin schon gesagt, dass wir nicht so weit gehen werden wie Nordrhein-Westfalen, jährlich einen erheblichen Millionenbetrag zuzuschießen. Der Bundesrechnungshof hat uns aufgeschrieben, würde Bayern ebenso wie Nordrhein-Westfalen Bestellerentgelte einsetzen, könnte der Fahrpreis der gleiche wie jetzt bei der S-Bahn sein, und

(Maget (SPD): Das ist unsinnig!)

der Nutzen-/Kosten-Quotient würde um 0,5% ansteigen. Das ist sehr verführerisch. Wir machen das trotzdem nicht, weil wir meinen, dass wir auch so hinkommen werden. Das sollten Sie überlegen, wenn Sie solche Punkte ansprechen, wie Sie das vorhin getan haben.

Lassen Sie mich zu dem Konzept ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen. Es ist unbestreitbar: Wir brauchen eine schnelle, leistungsfähige und attraktive Anbindung vom Hauptbahnhof zum Flughafen, vom Hauptbahnhof deshalb – ich sage es noch einmal –, weil über 600 Züge und eine große Zahl von Fern- und Nahverkehrszielen dort zusammentreffen und damit die Bündelung des Verkehrs zum Flughafen von dieser Stelle aus gut möglich ist. Diese ist notwendig, um die Entwicklung des Flughafens zu fördern. Es geht nicht um ein „Spaßprojekt“, wie das immer wieder von Gegnern des Flughafens formuliert wird. Dieser Transrapid nützt ganz Bayern. Sie sollten sich klar machen, dass jemand, der reist, nicht nur die Zeit für eine bestimmte Strecke rechnet, sondern, wie schnell er von der Quelle zum Ziel kommt.

Wir beschleunigen von Nürnberg nach München die Bahn. Wir beschleunigen vom Westen nach München die Bahn. Wir haben vom Süden und Südosten nach München eine bessere Verbindung. Deshalb ist es wichtig, dass man – ohne auf den Fahrplan schauen zu müssen – weiß, dass man schnell und gut vom Hauptbahnhof zum Flughafen kommt. Das wird den Individualverkehr ganz erheblich entlasten. Ich denke, der Transrapid ist richtig.

Die Express-S-Bahn ist nicht nur zehn Minuten langsamer, sondern sie ist für Bayern teurer und für die Fahrgäste weniger attraktiv. Deshalb werden niemals so viele

mit der Express-S-Bahn auf die Schiene zu bringen sein wie mit dem Transrapid. Darüber hinaus ist der Transrapid aufgrund der zusätzlichen Bundesmittel schneller realisierbar und bringt eine ganze Menge verkehrspolitischer Vorteile, die allen nützen, die aus ganz Bayern den Flughafen anfahren wollen.

Vorhin wurde das Drama angesprochen, das auch ich erlebt habe: Am Ostbahnhof gab es heute kein Durchkommen mehr, weil alles zur U-Bahn wollte, nachdem die S-Bahn ausgefallen war. Meine Damen und Herren, wir müssen uns ernsthaft fragen – was wir tun –, ob eine 167 Jahre alte Technik noch zeitgemäß ist, ob es nicht an der Zeit wäre, dass wir uns im 21. Jahrhundert etwas Neues überlegen,

(Kaul (CSU): Zumal wir es haben!)

– Zumal wir es haben, sagt Herr Kaul.

eine neue Technik, die ohne Oberleitung auskommt und damit bei Vereisungen und ähnlichem nicht anfällig ist; ein System, das nicht entgleist und deswegen keine derartigen Ausfälle verursacht. Sie müssen sich ernsthaft mit dem System Transrapid beschäftigen. Es ist zuverlässiger – das haben die ersten Monate in Shanghai bereits gezeigt – als jedes andere Verkehrsmittel, das heute eingesetzt wird.

Wir setzten uns auch deswegen dafür ein, dass dieses System zwischen dem Hauptbahnhof München und dem Flughafen realisiert wird, weil wir der Meinung sind, dass das Projekt industriepolitisch eine weitere Entwicklung bekommen muss. München eignet sich für das Projekt, weil hier eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 220 km/h erreicht wird, während in Nordrhein-Westfalen nur 128 km/h erreicht werden, was sich nicht wesentlich von herkömmlichen Fahrzeugen auf der Schiene unterscheidet.

Herr Maget hat vorhin die Ausbaustrecke München – Nürnberg angesprochen. Das ist Sache der Bahn. Die Bahn hat berechnet. Die Bahn hat die Kosten genannt. Die Bahn hat Vorschläge gemacht. Wir haben aus strukturellen Gründen entschieden und nicht über die Kosten. Ich sage heute: Es ist schade, dass der Transrapid nicht früher ernsthaft politisch diskutiert worden ist, denn die Strecke München – Nürnberg – Erfurt – Berlin wäre mit dem Transrapid wesentlich besser machbar gewesen, weil der Transrapid Steigungen überwinden kann, die die Bahn nicht überwinden kann, weil er mit engen Krümmungen vieles umfahren kann, was für die Bahn mit aufwendigen Tunneln gemacht werden muss.

(Kaul (CSU): Da war mit der SPD überhaupt nichts zu machen!)

Die Fehler der Vergangenheit müssen wir doch nicht deswegen fortschreiben, weil Sie gegen etwas Neues sind.

Zum dritten Aspekt: Meine Damen und Herren, es ist schlimm, dass wir einerseits – so steht es im Regierungsprogramm von Rot-Grün in Berlin – Hightech-Land sein wollen, dass wir Forschung und Entwicklung voran-

bringen wollen – auch so steht es im Regierungsprogramm –, dass Sie aber andererseits alles Neue, das konkret umgesetzt werden will, als „verdächtig“ betrachten.

Da muss man nachdenken, überlegen und abwägen. Natürlich muss man das, aber man muss auch zur rechten Zeit entscheiden. Wir dürfen nicht so tun, als könnten wir Reifes ewig reifer machen. Wir müssen irgendwann den Mut haben, etwas Neues einzuführen und damit einer neuen Technologie zum Durchbruch zu verhelfen. Das macht Sinn.

Deshalb müssen wir den Transrapid jetzt in Deutschland voranbringen und nicht irgendwann. Womit will man denn zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland schaffen, wenn wir eine Technologie wie den Transrapid, der eine exportfähige Technologie sein kann, auf Dauer verhindern? – Über Windmühlen allein ist das nicht zu machen.

Dabei geht es auch um den Beschäftigungsaspekt. Ich muss noch einmal sagen: Es hat niemand protestiert, dass wir mit einem sechststelligen Millionenbetrag das Transrapid-Projekt in Shanghai unterstützt haben. Damit hat der deutsche Steuerzahler Arbeitsplätze im Ausland subventioniert. Man kann sich damit trösten, dass in China wenigstens etwas daraus geworden ist. Wir müssen den neuen Technologien aber bei uns endlich zum Durchbruch verhelfen. Wer den Transrapid verhindert, der verhindert neue Technologien. Es soll uns mit dem Transrapid nicht so wie mit dem Faxgerät gehen. Ich sage es noch einmal, obwohl es fast schon ein Kalauer ist: Wir entwickeln etwas Großartiges, können uns dann aber nicht entscheiden, diese Entwicklung auch praktisch einzuführen, und überlassen es anderen, damit Arbeitsplätze zu schaffen und Gewinn zu machen.

Das darf nicht sein. Ich meine, die 4,5 Millionen Arbeitslosen und noch ein paar mehr, die es im Februar noch werden, haben ein Anrecht darauf, dass wir alles tun, damit wir Arbeitsplätze in diesem Land schaffen. Der Transrapid kann erheblich dazu beitragen. Wir sollten mit dieser technologiefeindlich anmutenden Diskussion, die Rot-Grün in Deutschland und gerade hier in Bayern verursacht, endlich aufhören. Wir geben ein miserables Signal über den Standort Deutschland an die Welt.

**Präsident Böhm:** Gestatten sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Müller?

**Dinglreiter (CSU):** Ja.

**Herbert Müller (SPD):** Herr Kollege Dinglreiter, Sie sprachen von Technologiefeindlichkeit. Ist Ihnen bekannt, dass die CSU an der Spitze der Verweigerer gestanden hat, als vor knapp 30 Jahren die Versuchsstrecke in Bayern geplant war, nämlich in Schwaben?

(Zeller (CSU): Die SPD auch! – Dr. Goppel (CSU): Die CSU ist lernfähig im Gegensatz zur SPD!)

**Dinglreiter (CSU):** Ich kann mich nicht erinnern, dass an der Spitze die CSU gestanden hat. Ich kann mich daran erinnern, dass an der Spitze die Region gestanden hat, die das Projekt nicht haben wollte. Ich kann mich daran erinnern, dass die Umweltschützer dagegen waren, weil man das Gelände dafür nicht nutzen wollte. Wir sind seit 15 Jahren klar und eindeutig für den Transrapid. Sie können unsere Informationen, die wir dazu abgegeben haben, nachlesen. Wir brauchen von Ihnen keine Belehrung. Sie sollten jetzt endlich schlauer sein. Das wäre etwas, was uns weiterhelfen würde.

(Dr. Goppel (CSU): Das ist unverschämt!)

Wir sollten endlich der Welt beweisen, dass wir zu unseren hochtechnologischen Entwicklungen stehen. Das wäre notwendig, damit die Welt wieder daran glaubt, dass Deutschland innovationsfähig ist. Man glaubt uns nichts mehr; man glaubt nicht mehr an uns. Diejenigen, die früher einmal gemeint haben, Deutschland sei ein Land, auf das man schauen müsse, von dessen Wirtschaft man lernen könne, an dem man sich orientieren könne, die schauen längst weg, weil sie verzweifelt über das sind, was wir hier bieten. Deshalb ist der Transrapid ein wichtiges Projekt. Damit können wir der Welt beweisen, dass wir immer noch fähig sind, neue Technologie umzusetzen.

Nun lassen Sie mich zu den Anträgen kommen. Ich habe der SPD schon ein Angebot gemacht.

(Maget (SPD): Warum sollen wir das machen?)

– Weil natürlich Regionalisierungsmittel wie in Nordrhein-Westfalen auch für die Planfeststellung eingesetzt werden. Deswegen kann man Regionalisierungsmittel nicht generell ausschließen. Sie können sich das noch einmal überlegen.

Den Antrag der GRÜNEN werden wir deswegen ablehnen, weil er ganz eindeutig tendenziell ist.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben eine Meinung. Das ist nicht tendenziell!)

– Wir haben auch eine Meinung, und deshalb werden wir ihren Antrag ablehnen.

(Hofmann (CSU): Ihr dürft dumm sterben!)

Wir lassen Ihnen Ihre Meinung, aber wir sagen auch, dass wir eine andere Meinung haben, und das habe ich damit ausgedrückt.

Was den Antrag der CSU betrifft, so stellen wir fest, dass wir eine bessere Anbindung des Flughafens München mit Massenverkehrsmitteln oder mit einer schnellen Shuttle-Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Flughafen dringend brauchen. Wir sagen auch: Der Bayerische Landtag begrüßt und unterstützt die Planungen sowie die Verhandlungen der Bayerischen Staatsregierung zur schnellstmöglichen Realisierung einer Transrapidstrecke zwischen dem Flughafen und dem Hauptbahnhof München mit Anbindung an den Schienenpersonennah- und fernverkehr; denn wir glauben, dass die-

ses Projekt für ganz Bayern wichtig ist, für alle, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Flughafen anreisen. Ich sage noch einmal: Es ist besser, mit schnellen Zügen zum Hauptbahnhof zu kommen und innerhalb von 10 Minuten zum Flughafen zu gelangen, als mit aufwendigen Geldern eine Fernverkehrsanbindung zu schaffen, die nur Umwege macht, die weniger attraktiv ist und vor allem höhere Kosten verursacht.

Wir fordern in unserem Antrag: Der Landtag stellt weiter fest, dass diese Lösung gegenüber einer so genannten Express-S-Bahn maßgebliche verkehrliche und wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt, ein größeres Fahrgastpotenzial als eine Express-S-Bahn erschließt und industrie- und standortpolitisch dringend geboten ist.

**Präsident Böhm:** Gestatten sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Volkmann?

**Dinglreiter (CSU):** Nein, ich erläutere meinen Antrag zu Ende. –

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich weiterhin intensiv dafür einzusetzen, dass die bayerische Transrapid-Referenzstrecke im Verhältnis zum nordrhein-westfälischen Vorhaben angemessen und ohne Benachteiligung durch den Bund gefördert wird, beim Bund unvermindert darauf hinzuwirken, dass dieser seiner grundgesetzlichen Verpflichtung zum Ausbau einer bedarfsgerechten Schieneninfrastruktur nachkommt, sicherzustellen, dass durch den Einsatz bayerischer Mittel für den Transrapid keine Beeinträchtigung der Leistungen und der geplanten Ausbaumaßnahmen im Schienenpersonennahverkehr in Bayern erfolgt.

Zu diesem Antrag beantrage ich namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Sie haben es mitbekommen: Es ist namentliche Abstimmung über den CSU-Antrag beantragt worden. – Als nächster Redner hat das Wort Herr Kollege Dr. Runge.

**Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Wiesheu, ich hätte gerne ihrem Beitrag gelauscht, aber ich war wieder einmal im mittlerweile fast täglichen S-Bahn-Chaos.

(Zuruf des Abgeordneten Willi Müller (CSU))

Das geschah in den letzten Wochen einfach viel zu oft.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe es beim letzten Mal schon im Plenum gesagt: Unserer Meinung nach, nach Meinung der Landtagsfraktion der GRÜNEN, findet zur Zeit ein Wettlauf der politischen Dinosaurier statt, und zwar zwischen Stoiber und Wiesheu auf der einen Seite und Clement und Stein-

brück auf der anderen Seite. Der Schiedsrichter Stolpe hat eine Augenbinde auf. Der Wettlauf ist bar jeder Vernunft und bar jeden Anstands.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Nordrhein-Westfalen wird der Metrorapid, der Finanznot gehorchend, immer weiter abgespeckt. Mittlerweile sind wir bei einem Dreispänner angelangt. Er ist nichts anderes mehr als eine schwebende Trambahn mit hauptsächlich Stehplätzen. Und was ist das bayerische Projekt? – Wir sagen: Das bayerische Projekt dient in erster Linie dazu, den Münchner Flughafen mit Steuermilliarden weiter zu mästen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beide Vorhaben sind verkehrspolitisch höchst zweifelhaft. Sie sind vor allem aber unter umweltpolitischen Gesichtspunkten eine einzige Katastrophe. Ich empfehle meinen Vorrednern sowohl von der SPD als auch von der CSU, die Machbarkeitsstudie durchzulesen, wenn hier schon von Energie geredet wird. Das Projekt ist schon deswegen umweltpolitisch eine Katastrophe, weil die Energiebilanzen, die CO<sub>2</sub>-Bilanzen hundsmiserabel sind. Das ist auch ganz klar: Der Transrapid braucht auf der Kurzstrecke unheimlich viel Energie, weil er ungefähr eine Spitzenlast von 60 oder 70 Megawatt braucht, um hochzuschaukeln und loszudüsen. Das ist da das große Problem.

Unser Hauptargument ist: Wir halten beide Projekte haushalts- und finanzpolitisch für unverantwortlich. Die Milliarden, die hierfür ausgegeben werden sollen, wären anderswo weitaus zielführender einzusetzen, auch im Verkehrsbereich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns war von Anfang an klar, dass der Bau der Magnetschwebebahn zu Lasten des Nahverkehrs in Ballungsräumen sowie zu Lasten des Nahverkehrs in der Region, auf dem flachen Land, gehen soll. Das akzeptieren wir nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir befinden uns immer wieder in der Diskussion, auch mit den Transrapid-Befürwortern. Wir werden die wunderschönen Vergleiche auch hier wieder erleben, wie schon letztes Mal im Plenum. Man versucht, die Kritiker zu diffamieren. Da ist einmal der Vorwurf der Technologie- und Innovationsfeindlichkeit, dann kommt der Adler von 1835, die Bedenkenträger von damals werden ins Spiel gebracht. Zum ersten Vorwurf ist zu sagen: Es handelt sich – es heißt immer so wahnsinnig innovativ und Hightech – um ein Reichspatent, angemeldet 1935. Jahr für Jahr schwebte dieser Zug im Emsland – nachdem er nicht ins Donauried gekommen ist – und niemand wollte ihn haben, und zwar einfach deswegen, weil er zu teuer war. Jetzt hat ihn die letzte große Diktatur der Erde abgenommen, aber auch nur deswegen, weil wir ihr Steuer-gelder in dreistelliger Millionenhöhe nachgeworfen haben, damit sie dieses Teil abnimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kaul und meine Herren und Damen von der CSU, es wäre also doch gar nichts Neues – gerade im Verkehrsbereich –, eine interessante technische Idee, aber wirtschaftlich nicht tragfähig: Das ist wie der Wankelmotor, das ist wie der Hovercraft im Ärmelkanal – wunderbar, aber wenn es allen Leuten schlecht wird, dann ist es auch nicht so toll – oder es ist ein Senkrechtstarter; über- all tolle Ideen, aber wirtschaftlich nicht tragfähig.

Der schöne Vergleich mit dem Adler – die erste Eisenbahnstrecke 1835 – hinkt nicht einmal, dieser Vergleich lahmt. Der Adler ist ausschließlich privat organisiert und im Wesentlichen privat finanziert worden. Ich habe es das letzte Mal schon gebracht: König Ludwig hat seine Verwaltung ermächtigt, zwei Aktien aus dem Bestand des Zentralindustriefonds zu kaufen. Der ganze große Rest war privat finanziert, und das ist der elementare Unterschied: Sie wollen sich hier ausschließlich oder im Wesentlichen aus Steuergeldern bedienen.

Herr Maget, wir haben auch überhaupt nichts gegen diese Technik, nur sagen wir: Wir prüfen vorbehaltlos, und wir wissen dann abzuwägen. Es gab schon ganz andere Destinationen, die gerechnet worden sind, z. B. Rio – Sao Paulo, wirkliche Verkehrsströme, aber man hat gesagt: Nein, es rechnet sich mit Sicherheit nicht. Ganz interessant waren die Anmerkungen von Herrn Dinglireiter, der gemeint hat: 167 Jahre Technik, da müssen wir doch einmal zu einer anderen Technik kommen. Das heißt, Sie wollen tatsächlich Rad-Schiene durch Magnetschweben ersetzen. Da kann ich Ihnen sagen: Das war noch nie im Sinne der Erfinder. Vor 20 Jahren hat man gesagt: Es gibt den Deutschland-Achter, und damit hat es sich, weil man genau gewusst hat, wie teuer das Ganze ist. Sie wollen jetzt auf einmal komplett Rad-Schiene ersetzen. Das ist schon etwas famos, was Sie machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In beiden Bundesländern – sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Bayern – sind die Finanzakrobaten am Werk, um die Finanzierungslücke zwischen den Investitionskosten und den vom Bund zugesagten Mitteln zu schließen. Die Bayerische Staatsregierung hatte hier ganz tolle Ideen. Einmal wollte man die Landesbank – wie so oft – zum Hätscheln befreundeter Unternehmen oder politischer Steckenpferde wieder einschalten. Wir haben klar gesagt: Es kann nicht weiter angehen, hier die Bayerische Landesbank zu missbrauchen; zum ersten Mal sogar im operativen Geschäft Verluste, damit muss jetzt Schluss sein. Eine andere Idee war, die Flughafengesellschaft einzuschalten, und diese Idee ist noch gar nicht gestorben. Da hoffen wir weiterhin auf den Widerstand der Landeshauptstadt. Die Flughafengesellschaft ist in Milliardenhöhe bei ihren Gesellschaftern – Bund, Freistaat und Landeshauptstadt – verschuldet. Sie bedient diese Darlehen nicht, weder Zins noch Tilgung. Hier weitere Investitionen zu tätigen, würde die Situation verschärfen. Das ist auch mit uns nicht zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss anmerken: Die zuletzt gemachten Finanzierungsvorschläge bestätigen unsere Befürchtung, dass Staatsregierung und CSU den Transrapid weitgehend zulasten des Nahverkehrs in ganz Bayern realisieren wollen, und zwar anders als erwartet soll das nicht einmal über Umwege passieren, sondern sie greifen direkt in die Töpfe des Nahverkehrs. Herr Minister Wiesheu, das von Ihnen letzten Freitag vorgelegte Konzept ist zum Teil eine Milchmädchenrechnung und zum Teil ein Raubzug zulasten der Fahrgäste im Nahverkehr in Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen Ihren Traumzug auf Kosten und zulasten des Schienenpersonennahverkehrs und mittlerweile sogar des allgemeinen ÖPNV realisieren. Deren Fahrgäste sollen weiterhin im Wind oder Regen stehen oder in überfüllten Zügen und Bussen stehen, nur damit Sie sich Ihren Traumzug erfüllen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt schauen wir einmal Ihre Vorschläge im Einzelnen an: Sie haben ja bisher immer bestritten, dass es sich beim Transrapid um Nahverkehr handelt. Ihre Fraktionskollegen haben das anders gesehen. Ich habe schriftliche Anfragen gestellt, und in den Antworten darauf heißt es: Es ist kein Nahverkehr. Jetzt sieht es ganz anders aus. Der Freistaat soll Fahrzeugkosten in Höhe von 120 Millionen € übernehmen, wie „üblicherweise im Nahverkehr“. Jetzt muss man wissen – Herr Dinglireiter, hören Sie bitte zu, die Regionalisierungsmittel werden noch für ganz andere Dinge genommen –: Die Fahrzeugförderung wird in Bayern aus dem Haushaltskapitel 07 07 vorgenommen. Dieses Haushaltskapitel speist sich wiederum aus den Regionalisierungsmitteln. Sie wollen für Transrapid-Fahrzeuge 120 Millionen € Regionalisierungsmittel hernehmen – das geht letztlich auch von den Mitteln des Bundes weg – und diese Mittel fehlen dann beispielsweise bei der Busförderung in allen Landkreisen oder bei der Beschaffung von Fahrzeugen für den Schienenpersonennahverkehr.

(Dinglireiter (CSU): Das hat damit nichts zu tun!)

– Natürlich nehmen Sie die aus den Regionalisierungsmitteln. Sie bedienen sich ja eh immer schamlos aus 07 07. Lesen Sie doch einmal den Haushalt und kاپieren das endlich einmal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mittel fehlen da dann ganz eindeutig.

Der nächste Punkt: Bundesschienenwegeausbaugesetz – BSchWAG-Mittel -. Sie jammern immer; wir haben jede Woche Anträge im Verkehrsausschuss – letzte Sitzung: Landshut-Plattling geht nicht, weil wir vom Bund zu wenig BSchWAG-Mittel bekommen. Man muss ganz klar sagen: Wir bekommen die gar nicht, sondern die bekommt die Bahn für Projekte in Bayern. Jetzt wollen Sie da 100 Millionen € herausnehmen. Wir haben nachgesehen: Die letzten vier Jahre gab es für Bayern 120 Millionen € BSchWAG-Mittel für den Nahverkehr. Sie meinen, Sie können jetzt der Bahn einfach so noch

einmal 100 Millionen € wegnehmen. Auch das – so sagen wir – ist nicht zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere dreistellige Millionenbeträge fordern Sie vom Bund, wobei Stolpe ganz klar gesagt hat: Wenn beide Länder einen Zuschlag bekommen, dann geht das zu Lasten der sonstigen Verkehrsinvestitionen, die in diesen Ländern zu tätigen sind. Also auch hier nehmen Sie das Geld dem Verkehr weg. In diesem Fall sind wir nicht nur bei den Bussen und bei den Bahnen, sondern da kann es dann auch die Umgehungsstraßen treffen.

Interessant ist im Übrigen – da frage ich noch einmal: Was ist denn der Transrapid? Ist er Nahverkehr, oder ist er irgendetwas anderes? – Sie wollen sich zahlreicher Nahverkehrskassen bedienen, und gleichzeitig reklamieren Sie und Herr Stolpe bei der Europäischen Union TEN-Mittel – das sind Mittel für die Transeuropäischen Netze –, also Nahverkehrsmittel und Mittel für die Transeuropäischen Netze. Was soll eigentlich noch alles her für dieses Projekt? Man muss auch eines sagen, weil wir vorhin über die Regionalisierungsmittel gesprochen haben – den Kollegen Maget sehe ich gerade nicht –: Es ist jetzt schon so, dass in die ersten Planungen – Raumordnungsverfahren und das, was die Vorbereitungsgesellschaft kostet – Gelder geflossen sind und dass sie auch weiterhin Gelder aus den Regionalisierungsmitteln nehmen wollen.

Nochmals sei gesagt: Diese Mittel gibt uns der Bund aus seinem Mineralölsteueraufkommen in erster Linie, um Zugkilometer im Schienenpersonennahverkehr zu kaufen. Daneben können wir diese Mittel auch – Herr Dingreiter, hören Sie bitte zu – zur Bezuschussung investiver Maßnahmen im Schienenpersonennahverkehr und im allgemein öffentlichen Personennahverkehr einsetzen und die werden auch so eingesetzt. So speist sich nämlich auch unsere Busförderung aus Kapitel 07 07.

Sie nehmen diese Gelder jetzt schon für den Transrapid her. Herr Minister Wiesheu hat in einem Interview gesagt, er will jetzt wieder 40 Millionen haben, bis die ganzen Planungen bis zum Planfeststellungsverfahren fertig sind. Der Minister sagt, er nimmt die Gelder aus nicht beanspruchten Mitteln des Nahverkehrsetats. Da sagen wir: Eine solche Behauptung ist eine Unverschämtheit, weil die Mittel nicht „nicht beansprucht“ sind, sondern Sie lehnen reihenweise Anträge von Fahrgastverbänden, von Kommunen oder von uns ab, zusätzliche Kilometer einzukaufen, z. B. den 20-40-Minuten-Stolpertakt zu beenden oder mehr Nahverkehrsleistungen in den Abendstunden nach Augsburg vorzusehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sagen Sie einfach, es sei kein Geld da. Nein, Sie stecken es in die Tasche, um Ihre Lieblingsprojekte damit zu finanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun komme ich zu dem Stichwort „Milchmädchenrechnung“. Sie wollen 300 Millionen € aus Betriebsgewinnen finanzieren. Das ist nichts anderes als eine Luftnummer. Schauen Sie sich doch einmal die betriebswirtschaftliche „Erfolgsrechnung“ des bayerischen Transrapidprojekts an. Da sind Gewinne unter völliger Ausblendung der Kapitalkosten errechnet worden; es wurden weder die Verzinsung noch die Abschreibungen berücksichtigt. So geht das nicht. Außerdem ist zu sagen, dass selbstverständlich das Betriebsergebnis von den tatsächlichen Kosten und den tatsächlichen Erlösen abhängt. Das Ganze ist aber hoch spekulativ, sodass die 300 Millionen € beispielsweise durch das schöne Instrument der Landesbürgschaft oder Ähnliches abgesichert werden müssten.

Völlig krumm wird Ihre Idee, Herr Minister Wiesheu, wenn Sie die Finanzierungslücke durch andere Bausteine, beispielsweise Darlehen, schließen wollen und meinen, dabei überhaupt nichts kapitalisieren zu müssen. Auch das ist nichts anderes als eine Luftnummer, eine Milchmädchenrechnung, was Gott sei Dank auch vom Fraktionsvorsitzenden der CSU inzwischen akzeptiert worden ist.

Bei Nordrhein-Westfalen wird immer gesagt, es werde dort schön gerechnet, manipuliert und gezinkt. Aber auch hier in Bayern gibt es reihenweise Beispiele, wie das bayerische Projekt schön gerechnet wird, so die Machbarkeitsstudie, die zwar der Bund in Auftrag gegeben hat, die von Bayern aber zur Hälfte mitfinanziert worden ist und die im Wesentlichen auf Untersuchungen der Magnetschwebbahnvorbereitungsgesellschaft fußt. Hier wurde reihenweise getürkt und getrickst, um dieses Projekt schönzurechnen. Ich spare mir und Ihnen jetzt die einzelnen Beispiele; wir haben sie bereits in extenso durchgehechelt.

Ich möchte nun auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, nämlich auf die Drohung von Minister Wiesheu, Ministerpräsident Stoiber und von der CSU insgesamt bezüglich der Express-S-Bahn. Ich sage hier bewusst „Drohung“, denn Sie gehen ja zu den Anwohnern und sagen denen: Wenn der Transrapid nicht komme, sondern diese Express-S-Bahn auf der gleichen Trassierung, dann sei dies wesentlich lauter. Zu dieser Luxus-Express-S-Bahn, die hier als Alternative zum Transrapid propagiert wird, ist Folgendes zu sagen: Interessanterweise haben sich die Kostenansätze innerhalb von eineinhalb Jahren verdoppelt. Ich habe ein Zitat von Minister Wiesheu aus dem November 2000 gefunden. Damals hat er gesagt, diese Luxus-Express-S-Bahn auf einer neuen Trasse koste etwa eine halbe Milliarde DM. Mittlerweile ist er auf eine Milliarde Euro gekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dingreiter (CSU))

Innerhalb weniger als drei Jahre finden Sie hier eine Ver vierfachung der Kosten. Hier wird also entweder schön gerechnet oder schlechtgerechnet, gerade wie man es braucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dingreiter (CSU): Die S-Bahn ist doch nicht billiger!)



– Das ist die mit der neuen Trasse; das andere kostet nur 40 Millionen. Der Minister hat, wie ich schon ausführte, am 20. November 2000 gesagt, die Express-S-Bahn koste eine halbe Milliarde Mark. Das andere Projekt mit dem Staugleis in Neulustheim usw. hatte damals eine Größenordnung von 40 Millionen DM.

Nun ist eines dazu zu sagen: Wir gehen einmal von 20000 Fahrgästen aus; das ist angelehnt an die Hochrechnung für den Transrapid, wobei wir gehört haben, auf der S-Bahn – auch wenn es die Luxus-Express-S-Bahn würde – führen weniger. Eine Bahn für 20000 Fahrgäste täglich bei 1 Milliarde € Kosten ist ein Projekt, das nie und nimmer genehmigungs- und förderungsfähig ist. Wir diskutieren doch gerade den zweiten Tunnel in München, Herr Minister Wiesheu. Dafür sind die Kosten mit 900 Millionen € angesetzt bei 100000 bis 120000 Fahrgästen. Da haben Sie nach der standardisierten Bewertung ganz große Schwierigkeiten, einen entsprechenden Nutzen-Kostenfaktor zu bekommen. Und da wollen Sie uns nun weismachen, bei 1 Milliarde € für 20000 Fahrgäste ein solches Projekt bauen zu können. Das ist schlicht und ergreifend lächerlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bleiben weiterhin dabei: Wir wollen die Express-S-Bahn light – von Ihnen immer abgemeiert als Humpel-express. Dazu sind zu nennen einige kleinere Maßnahmen wie zwei Überwerfungsbauwerke, ein Staugleis in Neulustheim und Ähnliches. Der Fahrzeitgewinn betrüge eine Viertelstunde. Selbstverständlich kann man dann nicht mehr in Neufahrn flügeln, aber ich denke, das kann man den Fahrgästen zumuten. Die entscheidenden Vorteile sind folgende: Erstens. Sie lässt sich wesentlich schneller realisieren – und jetzt müssen solche Maßnahmen her –, und zweitens kostet sie nur einen geringen Bruchteil Ihrer beiden Traumschlösser Transrapid oder Luxus-Express-S-Bahn. Deshalb propagieren wir weiterhin diese Maßnahmen, die von Ihnen zwar immer wieder einmal zugesagt wurden, dann aber wieder zurückgenommen wurden, und so weiter und so fort. Wir meinen, es muss sofort etwas passieren.

Wir reden gerade von der S-Bahn. Ich habe gehört, dass Sie die zweite Stammstrecke angesprochen haben. Was Sie hier planen, ist auch sehr famos. Da gibt es doch folgende Probleme. Man muss so tief runtergehen, dass man länger auf der Rolltreppe steht als dann in der S-Bahn sitzt, und weil es so tief hinuntergeht, ist es auch so teuer, und deshalb kann man dann auch nicht genügend Stationen haben. Der Ostbahnhof ist dann im Grunde gar nicht angebunden, außer über eine 180-Grad-Schleife mit der Folge, dass dann, wenn es einen Störfall in der alten Röhre gibt, die Passagiere, die von Ismaning oder Markt Schwaben kommen und zum Ostbahnhof wollen, gar nicht dort hingelangen, sondern erst zum Marienhof fahren müssen, zu Fuß zum Marienplatz gehen und versuchen müssen, retour in Richtung Ostbahnhof zu kommen. Diese Problematik muss noch weiter diskutiert werden. Da gibt es noch einige kritische Punkte. Diese Diskussion ist aber heute nicht angesagt. Sie muss zu anderer Zeit geführt werden.

Eines ist klar zu sagen: Es hilft nicht, die Leute bis ins nächste Jahrzehnt zu vertrösten. Wir haben jetzt die Engpässe, die Störfälle, die katastrophalen Zustände. Dagegen müssen Sie aktiv werden und versuchen, Maßnahmen zu ergreifen wie die Umleitung der S-Bahn über den Bahnsüdring. Da sind keine teuren 100-Millionen-Lösungen angesagt; es reichen beispielsweise zwei Behelfsbahnsteige in Laim, einige wenige Überwerfungsbauwerke bzw. Weichen, und mit zwei weiteren Behelfsbahnsteigen an der Poccistraße könnte man schon sehr viel pendeln. Damit hätte man zum einen für die wochenendlichen Sperrungen etwas erreicht und zum anderen vor allen Dingen gegen die Störfälle, die immer wieder auftreten und die die Fahrgäste überaus verdrießen.

Ich komme wieder zum Transrapid zurück und möchte ein paar Bemerkungen zu den Anmerkungen machen, die uns immer wieder „entgegengeschnattert“ werden. Ein Argument, das auftritt, wenn wir unsere Bedenken vortragen, lautet: Wir müssen in der jetzigen Situation unternehmerisch handeln. Da bin ich völlig d'accord. Für mich aber heißt unternehmerisch handeln etwas wagen. Es kann nicht angehen, dass Sie allein die Gelder der Steuerzahler „wagen“ wollen, sondern auch die Industrie muss etwas wagen. Sie darf sich nicht allein auf den Steuerzahler verlassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ein Wort zum Kollegen Maget. Es war interessant, dass Kollege Maget die Kostensteigerung auf der Strecke München – Ingolstadt – Nürnberg als Beispiel gebracht hat. Uns allen ist bekannt, was da passiert ist. Da wurde zunächst um eine Milliarde DM schöngerechnet, und dann ist eine weitere gute Milliarde dazugekommen, weil man die Höhlen im Karst nicht berücksichtigt hatte. Die, die da gebohrt haben, haben sich keine Vorstellung davon gemacht, und die am grünen Tisch, der Rechnungshof, der Bund Naturschutz und die GRÜNEN haben gesagt: Das wird schwierig, Leute; das kann bedeuten, dass im Tunnel Brückenbauwerke notwendig sind. Das alles wurde vom Tisch gefegt. Und es ist interessant, das jetzt aus dem Mund vom Kollegen Maget zu hören, denn wir waren damals im Landtag einsame Rufer in der Wüste. SPD und CSU haben dieses Projekt damals in Bayern ganz maßgeblich mit befördert. Dies sei an dieser Stelle angemerkt.

Meine Damen und Herren, wir alle sollten aus diesen Erfahrungen lernen. Es ist doch immer so, dass solche großen Verkehrsprojekte in den Kosten zu niedrig gerechnet und in den Erlösen zu hoch angesetzt werden. Dies wird beim Transrapid wieder der Fall sein. Damit wird die Rechnung von Minister Wiesheu noch mehr zur Milchmädchenrechnung werden.

(Zurufe von der CSU)

Eine weitere spannende Geschichte sind die Arbeitsplätze. Jetzt ist von 1000 Arbeitsplätzen in der Bauphase die Rede. Meines Wissens hat Herr Bögl keine Lizenzen abgegeben, sondern Patente verkauft. Da möchte ich schon wissen, wer denn nun eigentlich bauen soll, auch wenn Herr Bögl der Generalunternehmer ist.

Aber lassen wir das mal ausgeblendet. Tausend Arbeitsplätze zeitweise für mindestens 1,5 Milliarden €, das sind sehr teure Arbeitsplätze. Ich meine, mit dem Geld könnte man tatsächlich etwas Besseres machen, auch unter arbeitsmarktpolitischen und industriepolitischen Gesichtspunkten, wie sie immer vorgetragen werden.

Ein Satz noch zum im Grunde schon ein bisschen Rumgeiere der SPD. Zuletzt war das Argument, es gäbe keine Trasse, und an der Westtrasse stößt man sich. Dazu muss ich ganz klar sagen: Die Osttrasse war immer nur eine Luftnummer. Man hat immer gewusst, dass es die Speicherseen, das FFH-Gebiet gibt, und die Idee mit der Messe war völlig absurd, weil der Transrapid eben kein Massenverkehrsmittel ist. Da müsste man kilometerlange Bahnsteige haben mit den Caps, wo die Leute reingeschleust werden. Das war im Grunde nie realistisch.

Ein bisschen erschreckend für uns war schon, was beim letzten Plenum passiert ist. Erst hat die SPD signalisiert, unserem Antrag zuzustimmen. Die Hauptrede hat aber dann Herr Kollege Schläger gehalten, und er hat nichts anderes gemacht, als ein Loblied auf den Transrapid zu singen, indem er im Wortlaut aus der Werbebroschüre der Magnetschwebbahn-Vorbereitungsgesellschaft vorgelesen hat.

(Kaul (CSU): Das muss ja nicht falsch sein, Herr Kollege!)

Das wurde heute nicht wiederholt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind froh darüber. Kollege Schläger, das Argument mit der Energie hat zum Teil für Langstrecken gegolten, es gilt aber zum Beispiel nicht für die Kurzstrecke, wo die Energiebilanz hundsmiserabel ist. Wir freuen uns also, dass hier gelernt worden ist.

Ich komme zum Schluss. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Maget, rede ich durchaus gern über Nordrhein-Westfalen.

(Gartzke (SPD): Muss aber nicht sein!)

Ich habe dieses Verkehrsmittel ja vorhin schon als schwebende Trambahn mit Stehplätzen bezeichnet. Das ist mindestens genauso absurd wie das bayerische Projekt. Wir sind auch alles andere als glücklich, dass sich unsere Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen von Herrn Clement mit dem Herrn Möllemann haben erpressen lassen.

(Gartzke (SPD): Da gehören immer zwei dazu!)

Genauso war es. Er hat gesagt: Wenn nicht ihr, dann kann ich auch mit dem Möllemann. – Das sind die Hintergründe, da brauchen wir uns überhaupt nichts vormachen.

Herr Kollege Dingreiter, es ist schön, dass Sie mich aufmuntern. Dann kann ich noch etwas erzählen. Wir bedauern auch die in der Koalitionsvereinbarung erzwungene Haltung unserer Bundestagsfraktion. Auf der einen Seite findet sich der Transrapid, wie Sie gesagt haben, im Zukunftsprogramm Mobilität. Auf der anderen

Seite wird gesagt, mit dem 2,3-Milliarden-€-Deckel kommt er dann nicht. Das halten wir auch für eine nicht so wahnsinnig glückliche Position.

Wir müssen aber eines sagen: Wir, die GRÜNEN im Bayerischen Landtag, sind ganz klar und eindeutig positioniert, und wir sagen, wir haben die besseren Argumente. Wir halten das bayerische Transrapid-Vorhaben weiterhin für einen verkehrspolitischen Irrweg und für einen finanzpolitischen Irrsinn. Auf Kosten der Steuerzahler wollen sich einige Politiker ein Denkmal setzen und einige Geschäftsleute eine goldene Nase verdienen.

Zur Verkehrspolitik: Schauen Sie sich einmal die Brüche und die Systemzeiten an. Um die geht es doch. Sie brauchen nicht zu glauben, dass ein Geschäftsmann, der am Flughafen landet und zu Siemens nach Solln will, in den Transrapid steigt, dann aussteigt und ein Taxi nimmt, also einsteigt und wieder aus. Nein, der steigt gleich ins Taxi.

(Maget (SPD): Der wird abgeholt!)

– Oder er wird abgeholt. Die vierköpfige Familie aber schaut da schon auf den Geldbeutel und fährt weiterhin mit der „Humpel-Express-S-Bahn“ oder mit der alten S-Bahn. Hier ist der verkehrspolitische Nutzen gnadenlos übertrieben worden.

Aber für uns entscheidend sind die Steuergelder in Milliardenhöhe, die für den Transrapid ausgegeben zu werden drohen. Wir wollen das Ganze stoppen. Für uns ist auf keinen Fall hinnehmbar, dass Wiesheu und Stoiber weiterhin ungeniert in Nahverkehrskassen greifen wollen. Sie wollen einen Beutezug zulasten der Fahrgäste im Schienenpersonennahverkehr und im allgemeinen Personennahverkehr. Die Leute sollen, wie ich schon gesagt habe, weiterhin im Wind, im Regen, in überfüllten Bussen, in überfüllten Zügen stehen. Dieses Spiel machen wir nicht mit.

(Beifall der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen halten wir weiterhin in aller Heftigkeit mit guten Argumenten dagegen, und deswegen beantragen auch wir namentliche Abstimmung über unseren Antrag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Böhm:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Runge. Auch über den Antrag der GRÜNEN soll also namentlich abgestimmt werden. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Kaul das Wort.

**Kaul (CSU):** Herr Präsident, wehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Runge, nur weil wir uns ja ab und zu zu diesem Thema begegnen: Das Patent ist nicht von 1935, sondern vom 14. August 1934. Es gibt immer Leute, die in solchen Aussagen herumrühren.

Herr Präsident, wehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir hier mit der Diskussion fertig sind, dann findet die Fortsetzung im Landtag von Nordrhein-Westfalen statt.

Ich habe hier die Einladung zur 38. Sitzung des Verkehrsausschusses des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Tagesordnungspunkt 3: Metrorapidfinanzierung und Planungsstand, Bericht des Ministers für Verkehr, Energie und Landesplanung, Horstmann. Da ich die Tüchtigkeit unserer Stenografen kenne, bin ich sicher, dass wir in den nächsten eineinhalb Stunden die vorläufige Niederschrift vorliegen haben. Und da ich eine gute Verbindung nach Nordrhein-Westfalen habe, werde ich mir erlauben, besonders die Beiträge von Herrn Maget und von Herrn Dr. Runge den Kollegen zu faxen, damit sie gleich in die Diskussion in Nordrhein-Westfalen eingehen können. Das wird für sie in höchstem Maß interessant sein.

(Gartzke (SPD): Ist das eine Drohung?)

Das gilt besonders für die Bemerkung ihres grünen Kollegen Dr. Runge, dass die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen in die Koalitionsvereinbarung gezwungen wurden, aber auch für die Ausführungen des Kollegen Maget. Herr Kollege Maget, Ihr Fraktionsvorsitzender Kollege – er heißt Edgar Moron, glaube ich, richtig? – stellt am 28. Januar 2003 – –

(Maget (SPD): Jawohl, Düsseldorf, guter Mann!)

Ein guter Mann? – Sehr gut, ich finde ihn auch gut, ich will ihn nämlich jetzt zitieren, sonst würde ich ihn nicht gut finden.

(Maget (SPD): Ich kenne das Zitat schon!)

Die Zitate, die jetzt kommen, die erst drei Wochen alt sind, ganz aktuell also, hat er von sich gegeben offensichtlich auch im Wissen um die Zitate, die Herr Kollege Maget von der Deutschen Bahn hier vorgetragen hat. Ich gehe jedenfalls davon aus, dass Sie sich untereinander austauschen.

Verehrter Herr Kollege Maget, so leicht können Sie es sich nicht machen, dass Sie sagen: Ich bin hier in Bayern, und was die Nordrhein-Westfalen machen, geht mich nichts an.

(Frau Radermacher (SPD): Das hat er nicht gesagt!)

Nein, nein. Wenn Ihr Genosse Stolpe diese beiden Projekte in einem Atemzug nennt – und Sie haben ja auch gesehen, dass die Deutsche Bundesbahn, ihre eigenen Zitate, beide Projekte miteinander verknüpft, indem sie sagt: entweder beide oder gar nicht –,

(Gartzke (SPD): Das hat niemand gesagt!)

müssen Sie sich schon gefallen lassen, dass sich die Nordrhein-Westfalen über uns Gedanken machen – das werden Sie gleich sehen – und wir uns über sie. Wir machen uns diese Gedanken, aber Sie über Ihre Genossen nicht, und das ist Ihr Fehler.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt zitiere ich, und zwar von der nordrhein-westfälischen SPD, nicht von mir herbeizitiert, sondern aus dem Internet.

Herr Edgar Moron, Vorsitzender der SPD-Fraktion in Nordrhein-Westfalen:

– also Ihr Kollege –

Der von der Landesregierung vorgelegte Finanzierungsplan für den Metrorapid ist schlüssig und solide.

(Maget (SPD): Das glaubt er aber selber nicht!)

– Falls das Protokoll das nicht mitbekommen hat, Herr Maget hat eben gesagt: „Das glaubt er doch selber nicht.“

(Dr. Bernhard (CSU): Der lügt im Parlament!)

Also, das wird für ihn hochinteressant sein.

Ich zitiere weiter:

Die nordrhein-westfälische SPD stehe geschlossen zum Metrorapid. Die SPD-Fraktion

– also in Nordrhein-Westfalen –

gehe davon aus, dass der Metrorapid zwischen Dortmund und Düsseldorf der erste Teil eines Ringverkehrs dieses modernsten Verkehrsmittels sei.

Ringverkehr zwischen den Großstädten und durch die Großstädte!

(Dr. Bernhard (CSU): Hervorragende Idee!)

An diesem Ring müsste auch Köln und der Köln-Bonner Flughafen angebunden sein.

Man höre und staune! Ich zitiere weiter:

Das Baurecht für den Metrorapid müsse bis Ende 2003 vorliegen.

Jetzt wird es für uns Bayern interessant. Weiter sagte Moron, es gehe jetzt darum, das Projekt zügig zu verwirklichen, das in seiner Planung weit vorangeschritten sei. Das habe nichts mit einer Benachteiligung Bayerns zu tun. Beide Projekte machten Sinn, weil es sich um zwei unterschiedliche Konzepte handele. Dann sagt Moron wörtlich: „Wir werden nicht warten, bis Bayern endlich so weit ist.“ „Endlich“ heißt, sie rechnen damit, dass auch Sie, Herr Kollege, mitmachen, weil Sie das für vernünftig halten.

(Zuruf des Abgeordneten Gartzke (SPD))

– Herr Gartzke, die SPD in Nordrhein-Westfalen rechnet doch nicht mit der CSU, sondern mit der Vernünftigkeit ihrer Genossen in Bayern, die das Gleiche wie sie tun.

Das letzte Zitat von Herrn Moron lautet: „Wir haben unsere Hausaufgaben schneller erledigt als die Bayern.“

(Willi Müller (CSU): Er meint die bayerische SPD!)

„Wir können und werden es uns nicht leisten, auf den Langsameren“ – also auf uns Bayern – „zu warten. Die Metrorapid-Technik ist ein strukturpolitischer Quantensprung für unser ganzes Land.“

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

– Welch Unterschiede zwischen Genossen und Genossen, kann ich da nur sagen.

(Dr. Bernhard (CSU): Die bayerischen Genossen sind verwirrt! – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Dr. Bernhard, „die bayerischen Genossen sind verwirrt“, da kann ich Ihnen nur zustimmen, und Herr Moron stellt das fest im Wissen, was die Bundesbahn sagt. Er wertet das aber offensichtlich völlig anders als Sie.

(Maget (SPD): Moron hat Recht, dass Sie die Hausaufgaben nicht gemacht haben!)

– Die Frage ist, wie Sie wohl argumentieren würden, wenn Sie hier in Bayern das Sagen hätten – Gott sei Dank ist es nicht so.

Herr Moron spricht von einem technologischen Quantensprung. Ich habe dies hier in der letzten Plenarsitzung genauso ausgedrückt.

(Maget (SPD): Das wird nichts mehr!)

– Herr Maget, hören Sie mir doch zu. Herr Moron löst damit das ein, was Sie vorhin angemahnt haben; das habe ich aber schon in der letzten Plenarsitzung gesagt. Ich habe damals Georg Leber als denjenigen herausgehoben, der 1969 an die deutsche Industrie den Auftrag gegeben hat, ein umweltfreundliches, neues Massenverkehrsmittel zu entwickeln, damit der Individualverkehr vor dem Kollaps bewahrt wird; welch weitreichender Gedanke.

(Maget (SPD): Darauf hätten auch Sie kommen können, aber Sie haben nichts gemacht! – Gegenruf von der CSU)

Alle Unionsregierungen nach ihm haben daran festgehalten, diese Entwicklung weiterhin zu fördern.

(Zuruf des Abgeordneten Maget (SPD))

Sie wissen genau, dass das System des Transrapids erst seit drei Jahren großtechnisch einsatzfähig ist. Es war damals in Bonn und danach in Berlin Ihre Zeit, sodass Sie jetzt nicht sagen können, wir hätten das verhindert. Die Zeit war reif, dafür die großtechnische Anwendung zu finden. Da stehen Sie wieder in der Verantwortung. Heute sollten Sie so weitsichtig und mutig sein wie damals Ihr Genosse Georg Leber, der damals den Auftrag gab, und sagen: Jetzt haben wir dieses

Industrieprojekt. Die Industrie hat es der Politik abgeliefert, jetzt haben wir Genossen auch den Mut, es großtechnisch einzusetzen. Was haben Sie, und was machen Sie? – Verzagt und mutlos sind Sie; das ist die Wahrheit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann die Vorteile dieses technologischen Quantensprungs nur immer wiederholen. Herr Maget, ich wollte sie hier eigentlich vortragen. Aber nachdem Sie von der SPD nun endlich deutlich gesagt haben, dass Sie hier in Bezug auf die Technik unsere Meinung teilen, verzichte ich darauf. Herrn Dr. Runge das vorzutragen, hat eh keinen Zweck.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Während hier in der Weltstadt mit Herz Rot und Grün mutlos die Zukunft verschlafen, planen Ihre Genossen in Nordrhein-Westfalen ihre Zukunft, so die Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Moron. Aber nicht nur die Nordrhein-Westfalen, sondern auch die Niederländer planen mittlerweile einen Rundkurs mit einem Transrapid zwischen Rotterdam, Utrecht, Amsterdam und Leiden. Mittlerweile planen die Amerikaner zwischen Washington und Baltimore – auf einer Strecke von 60 Kilometern –, und vom Flughafen Pittsburgh nach Greensburg 70 Kilometer quer durch eine Großstadt einen Transrapid.

Bei der Beurteilung des Einsatzes einer in Bayern maßgeblich entwickelten Technologie zeigt die SPD eine Zerrissenheit, wie sie sie uns auch auf anderen großpolitischen Ebenen demonstriert; denn die Firma Bögl aus der Oberpfalz ist ebenso wie die Firma Siemens in Bayern zu Hause, die die Elektrotechnik, die Sicherheit und sämtliche Antriebe dazu konstruiert hat.

(Dr. Bernhard (CSU): Totales Chaos! – Willi Müller (CSU): Kakophonie!)

Mich ärgert das Bild des SPD-Bundeskanzlers Gerhard Schröder manchmal wirklich, wenn ich sehe – ich drücke es sehr zurückhaltend aus –, wie er sich neben Rongji am 31. Dezember 2002 von aller Welt fotografieren lässt, wie Rongji, der wie auch ich Elektroingenieur ist, fasziniert auf die Geschwindigkeitsanzeige mit 400 km/h zeigt und sich Gerhard Schröder dann auch noch brüstet, das sei deutsche Technik. Angesichts Ihrer Verhinderungsstrategie hier in München kann ich nur sagen: welch Kleinmut.

Zur gleichen Zeit suchen Sie hier in München Ihr Heil in einer Express-S-Bahn und einer Technologie, die 150 Jahre alt ist, die Menschen wegen ihres Lärms unter Stress setzt. Darüber kann ich mich nur wundern. Das ist schlimm für uns alle und besonders für die Anlieger entlang dieser angedachten Express-Linie. Ich möchte daher mit folgendem Appell an die Opposition schließen: Verlassen Sie endlich im wahrsten Sinne des Wortes eingefahrene Bahnen, insbesondere Sie, Herr Dr.

Runge. Herr Maget scheint ja langsam auf einen besseren Weg zu kommen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Schweben Sie mit uns schnell, umweltfreundlich, aber auch energiebewusst. Schweben Sie mit uns in Zukunft auch kostengünstiger in Höhe Null zum Flughafen, bevor Sie vom Flughafen aus in die Luft steigen. Werden Sie von der SPD endlich Ihrem Namen als Bayern-SPD gerecht, denken Sie endlich auch in dieser Frage bayrisch!

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Soweit ich sehe, liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann erteile ich das Wort zu einer zusammenfassenden Stellungnahme dem Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Herrn Dr. Wiesheu.

**Staatsminister Dr. Wiesheu** (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte nur auf ein paar Bemerkungen eingehen, weil es eine Reihe von Aussagen – speziell von Herrn Runge – nicht erfordern, dazu Stellung zu nehmen. Herr Maget, Sie sagen, die Rechnung, die ich vorlege, sei blauäugig und unseriös. Damit machen Sie diesen Vorwurf auch Herrn Stolpe; denn mit Herrn Stolpe habe ich die Rechnung erstellt, und er hat gesagt, das sei eine tragfähige und ausreichende Basis. Sie müssen also aufpassen, wohin Sie mit Ihren Vorwürfen zielen.

(Maget (SPD): Haben Sie Herrn Stolpe gesagt, dass von der FMG nichts kommt?)

Wir haben Herrn Stolpe natürlich die Situation geschildert. Herr Stolpe hat gesagt, er halte diese Auffassung Münchens für falsch. Er hat sich deswegen bereit erklärt, in die herausgegebene Presseerklärung aufzunehmen, dass der Bund eine Beteiligung der FMG verkehrswirtschaftlich für sinnvoll hält und deswegen die Angelegenheit wohlwollend prüft. Natürlich haben wir über dieses Thema geredet. Aber wir wollten das trotzdem in der Erklärung verankern, weil wir der Meinung sind, dass man hier zu einer anderen Position kommen kann. Auch ich halte das für vernünftig. Das Gespräch wurde sehr offen geführt, da wurde nicht mit falschen Karten gespielt; da käme man nicht weit. Aber Herr Stolpe sagt, das Konzept sei nun ausreichend tragfähig, und er würde beim Bundestag die Planungsmittel beantragen. Ich weiß daher nicht, was die Vorwürfe sollen. Wir befinden uns in einer interessanten Aktionsgemeinschaft. Also seien Sie mit Vorwürfen vorsichtig.

Über die Frage, wann was realisiert worden ist, kann man lange streiten. Entwickelt wurde der Transrapid schon seit über 60 Jahren. Aber gekippt wurde die Strecke Hamburg – Berlin unter der Koalition Rot-Grün; auch das war so.

(Zuruf von der SPD)

Die Strecke war geplant, die Finanzierung war aufgestellt, und dann hat man gesagt, man wolle die Strecke nicht. Ich werte das nicht. Bis dahin haben wir uns mit unserem Vorschlag aus Bayern aber zurückgehalten; denn wir wollten kein Störfeuer für dieses Projekt machen. Wir haben unseren Vorschlag erst gemacht, als klar war, dass das andere Projekt nicht mehr läuft. Dann aber hat uns auch der Bund dazu aufgefordert, Vorschläge zu machen. Die Vorschläge haben wir gemacht, und das bayerische Projekt ist eben als das beste gewertet worden. Auch das trifft zu. Die Wertung ist gemeinsam von Bund und Ländern vorgenommen worden. Federführend dafür war das Bundesverkehrsministerium unter einer rot-grünen Regierung. Nicht wir waren federführend. Das sind doch auch Fakten.

Sie sagten, die Regierung habe dazu beigetragen, dass der Transrapid in China läuft. Das stimmt. Die Bundesregierung hat Steuermittel dafür eingesetzt, dass der Transrapid in China läuft. Ich beanstandete das nicht. Ich frage mich allerdings, warum man sich darüber aufregt, wenn so etwas in Bayern passiert. Darüber darf man sich dann genauso wenig aufregen. Was soll das alles?

Sie sagten, wir wären in Berlin in den letzten vier Jahren immer fair behandelt worden. Dazu muss ich sagen, bei Herrn Stolpe stimmt das, bei Herrn Bodewig nicht. Nachdem 1998 der Bundesverkehrswegeplan ausgesetzt wurde, sind bei den verschiedenen Programmen, beim Zukunftsinvestitionsprogramm und beim Antistauprogramm die Entscheidungen ohne Abstimmung mit Bayern erfolgt. Das gilt auch für die Projektauswahl.

(Maget (SPD): Aber sie waren positiv!)

Nein, nein, nein!

(Maget (SPD): Aber natürlich!)

– Begünstigt worden ist dabei Nordrhein-Westfalen, und zwar ganz massiv. Es hat 28 oder 30% der Mittel, die dafür eingestellt worden sind, erhalten. Das war nicht in Ordnung. Dem kann man ruhig nachgehen. Dort ist die Entwicklung anders gelaufen.

Ihre Beschwerde über die S-Bahn in München verstehe ich. Ich sage Ihnen aber auch, dass wir erst seit 1996 dafür zuständig sind. Vorher waren wir es nicht. Damals hat es dann auch noch eine Diskussion zwischen uns und der Stadt München gegeben. Wir sind dafür eingetreten, den zweiten Tunnel zu bauen, während die Stadt München für den Südring war. Um diese Diskussion zu beenden, wurde gemeinsam ein Gutachten in Auftrag gegeben. Nachdem dieses Gutachten vorlag, haben wir uns Gott sei Dank ohne weiteren Streit mit der Landeshauptstadt München darauf verständigt, dass wir einen zweiten Tunnel bauen.

(Maget (SPD): Und was ist mit der Ertüchtigung der Stammstrecke?)

– Die war doch schon von dem 520-Millionen-Mark-Programm erfasst!

(Maget (SPD): Aber gemacht habt ihr nichts!)

– Die Investitionen in Höhe von 520 Millionen Mark für die Ertüchtigung der Stammstrecke, für die Ermöglichung des 10-Minuten-Takts auf fünf Außenstrecken und für die Verbesserung der Infrastruktur sind von uns mit der Bahn vereinbart worden. Wenn der vereinbarte Zeitplan eingehalten worden wäre, müssten diese Maßnahmen bereits fertig sein. Das liegt aber nicht an uns; denn die Planung, die Umsetzung der Planung und die Vergabe der Arbeiten führt die Bahn durch. Hier sind wir nicht dabei. Wir haben doch keine gemeinsame Projektgesellschaft. Das macht die Bahn alleine. Wenn der vereinbarte Zeitplan eingehalten worden wäre, müsste die Stammstrecke schon fertig sein. Es würde nicht jetzt erst mit dem Bau begonnen. Es müssten auch viele andere Maßnahmen bereits fertig sein. Das lag nicht an uns, das lag an der mangelnden Organisation durch die Bahn AG und an der Restrukturierung der Bahn AG. Die ist aber in den letzten Jahren unter Ihrer und nicht unter meiner Verantwortung gelaufen.

(Maget (SPD): Ich widerspreche Ihnen auch nicht!)

– Also sind wir hier doch nahe beisammen. Es liegt nicht am Geld.

(Maget (SPD): Aber wer zahlt schafft an!)

– Nein, wir haben das Geld bereitgestellt. Ich hätte es gern, dass das Geld abgerufen wird.

(Maget (SPD): Dann machen Sie halt Druck!)

Aufgrund der Erfahrungen, die wir beim 520-Millionen-Mark-Programm gemacht haben, haben wir erklärt, dass es beim zweiten Tunnel nicht mehr so laufen darf. Jetzt bilden wir gemeinsam eine Projektgesellschaft, damit wir bei der Genehmigung und beim Ablauf der Arbeiten auch beteiligt werden, damit wir Druck ausüben können und damit wir die Einhaltung der Zeitplanung nicht nur einfordern, sondern auch kontrollieren können. Das ist der Hintergrund für die Projektgesellschaft. Deswegen möchte ich auch in Nürnberg eine Projektgesellschaft haben.

Beim zweiten Tunnel konnten wir solange nicht weitermachen, solange wir mit München darüber streiten mussten, ob es einen zweiten Tunnel oder den Südring gibt. Dieser Streit wurde einvernehmlich beigelegt, und danach haben wir mit der Untersuchung der Machbarkeitsstudie und mit der Planung begonnen. Nachdem die Machbarkeitsstudie jetzt vorliegt, müssen wir darüber entscheiden, ob wir den zweiten Tunnel in einer Hochlage, einer Mittellage oder einer Tieflage ausführen. Gestern fand darüber eine Besprechung im Stadtrat statt. Herr Wellner war dort, um mit der Stadt zu diskutieren. Wir sind uns ziemlich im Klaren darüber, was wir wollen. Auch mit der Bahn besteht hier Einigkeit. Mit der Stadt diskutieren wir noch darüber. Wir haben auch eine Untersuchung wegen München 21 angestellt. Wenn diese Frage geklärt ist, werden wir uns mit der Stadt München darüber verständigen. Ich habe auch mit dem Oberbürgermeister darüber geredet.

Sie werden mir zugestehen müssen, dass ich Verkehrsfragen bisher immer aus dem politischen Streit mit der

Landeshauptstadt München herausgehalten habe. Ich habe immer darauf geachtet, dass wir Verkehrsprojekte vernünftig entwickeln. Das gilt auch für Nürnberg. Wir müssen sehen, wie wir vernünftig weiterkommen, und deshalb sind Ihre Appelle, glaube ich, nicht berechtigt. Seit der Zeit, seit der ich für diesen Bereich verantwortlich bin, habe ich Verkehrsprojekte immer konsequent und so schnell wie möglich vorangetrieben.

Selbstverständlich muss der S-Bahn-Betrieb besser funktionieren. Wir können aber nicht die Arbeit der Ingenieure machen. Wir können diese Arbeit nicht in Auftrag geben. Wir sind die Besteller. Die sauberen Leistungen muss die Bahn erbringen. Erst jetzt haben wir der Bahn für die Beschaffung weiterer S-Bahn-Wägen einen Zuschuss in Höhe von 270 Millionen DM gegeben. Diesen Zuschuss haben wir gegeben, damit die Erneuerung des Wagenparks zügig weiterläuft. Ich glaube, wir haben von unserer Seite nichts versäumt.

Sie haben ein Gespräch mit Herrn Singhammer erwähnt, bei dem zur Westtrasse ein glattes Nein gesagt worden wäre. Ich gebe zu, es bestand große Skepsis gegenüber der Westtrasse. Wenn aber die Landeshauptstadt München gegen den Transrapid ist, müsste der Metrorapid sofort eingestellt werden; denn dagegen sind sieben Städte, drei Regionalräte und die zuständigen Verkehrsverbände.

(Maget (SPD): Der wird auch eingestellt!)

– Sie sagen, der wird eingestellt werden.

(Maget (SPD): Wetten wir?)

– Da wette ich nicht gegen Sie.

(Maget (SPD): Ich sage Ihnen auch, wann er eingestellt werden wird!)

Es ist ja gut, wenn Sie das sagen. Herr Maget, dann müssen wir uns aber auch darüber einig werden, dass an der Münchner Strecke kein Weg vorbeiführen wird, wenn die Bundesregierung eine Strecke realisieren will. Wenn Sie jetzt noch die Münchner Strecke boykottieren, haben wir am Schluss gar nichts. Dann aber hätten wir uns weltweit blamiert.

(Maget (SPD): Wieviel Geld wollen Sie denn, wenn der Metrorapid eingestellt wird?)

Wenn das halbe Bundeskabinett nach Shanghai fährt, sich dort fotografieren lässt und weltweit erklärt, das sei deutsche Technologie, leider oder Gott sei Dank in China realisiert, aber nicht in Deutschland, dann hätten wir uns weltweit blamiert.

(Maget (SPD): Wieviel Geld wollen Sie denn, wenn der Bund den Metrorapid einstellt?)

– Ausreichend viel!

(Maget (SPD): Dann sagen Sie halt, wie viel!)

**Präsident Böhm:** Ich bitte jetzt darum, die Zwiegespräche einzustellen. Und Sie, Herr Minister, bitte ich, zielstrebig zum Ende zu kommen.

**Staatsminister Dr. Wiesheu** (Wirtschaftsministerium): Ich bewerte jetzt das Projekt Metrorapid nicht. Wenn Sie aber sagen, der Metrorapid würde nicht gebaut, dann müssten Sie auch auf meiner Seite stehen und dafür eintreten, das bayerische Projekt zu realisieren. Ich glaube, wir sollten wieder mehr zusammenrücken.

Die Finanzierung ist im Übrigen mit dem Bund abgestimmt. Ich muss auch immer wieder klarstellen, dass die Kostenkalkulation für den ICE nicht vom Land Bayern stammt. Wir haben nie die Unterlagen bekommen. Wir haben nur die Ergebnisse bekommen. Die Kostenkalkulation wurde vom Bundesverkehrsminister, von der Bahn AG und vom Eisenbahn-Bundesamt geprüft, aber nicht von uns. Das, was wir hier haben, können wir nur wiedergeben. Im Übrigen sagen Sie: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Herr Maget, hier liegen Sie falsch, oder soll ich Ihre Aussagen auch auf die Strecke Köln – Frankfurt beziehen? Das ist doch billige Polemik.

(Maget (SPD): Sie wissen doch auch, dass sich die gesundrechnen!)

Die Aussage aus dem Gutachten der DB AG, dass die S-Bahn-Strecke um 30% billiger wäre, habe ich Ihnen vorhin vorgetragen. Ich habe gesagt, dass der Transrapid 1,6 Milliarden € und die S-Bahn-Strecke 1 Milliarde € kostet. Die von der Bahn geschätzten 950 Millionen € liegen nicht weit davon entfernt. Wenn wir die S-Bahn bauen – egal ob für 950 Millionen oder 1 Milliarde € – zahlen wir 40% davon und die Planungskosten. Wir zahlen also aus bayerischen Mitteln zwischen 400 und 500 Millionen €. Beim Transrapid zahlen wir nach bisheriger Kalkulation erheblich weniger, nämlich nicht einmal die Hälfte. Deswegen sage ich noch einmal, dass wir in der Mitfinanzierung seitens Bayern beim Transrapid wesentlich besser liegen als bei der S-Bahn. Das waren meine Darlegungen. Das haben Sie doch gehört. Mich wundert es jetzt schon, dass Sie das anmahnen.

Die Kostenkalkulation der Machbarkeitsstudie ist mit dem Bund abgestimmt worden. Die Feststellung der genauen Kosten wird wie üblich im Planfeststellungsverfahren erfolgen. Das passiert nicht zum ersten Mal. Deswegen handelt es sich bei den geschätzten Kosten um vorläufige Kosten nach der gemeinsamen Machbarkeitsstudie von Bund und Land. Diese Zahlen müssen wir zugrunde legen. Was soll ich denn sonst zugrunde legen? – Diese Zahlen hat doch der Bund mit uns gemeinsam zugrunde gelegt. Eine andere Basis gibt es nicht. Die 100 Millionen € von der Industrie sind abgesprochen. Auch einige Randbedingungen sind abgesprochen. Zur FMG habe ich das Notwendige gesagt. Der Betriebsgewinn ist nicht meine Erfindung, sondern ergibt sich aus der gemeinsamen Machbarkeitsstudie von Bund und Land, und diese Zahlen wurden vom Bundesverkehrsminister überprüft und bestätigt. Wenn Sie sagen, das sei eine Luftbuchung, dann stellen Sie die Aussagen ihres eigenen Bundesverkehrsministers in Frage.

Was soll denn der ganze Unsinn, meine Damen und Herren? Es wäre doch höchste Zeit, auf realistischer Basis vernünftig zu diskutieren.

Noch zwei Bemerkungen zu Herrn Runge. Eine Mitwirkung der Landesbank im Sinne eines Zuschusses ist von mir nie ins Gespräch gebracht worden. Zu dem, was Sie mit zur Express-S-Bahn light vorgebracht haben, kann ich nur sagen: Dadurch würde das Chaos bei der S-Bahn noch größer. Sonst legen Sie die alte Platte auf: in der Sache daneben, Argumente nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Bei den GRÜNEN ist das eine alte Methode. Es ist nicht wert, darauf weiter einzugehen. Ich kann dazu nur sagen: Wenn es die GRÜNEN schon vor 160 Jahren gegeben hätte und sie etwas zu sagen gehabt hätten, hätten wir heute noch nicht die Bahnstrecke von Nürnberg nach Fürth. Es ist doch so!

(Beifall bei der CSU)

Das ist der alte Abwehrreflex gegen alles, was neue Technologie mit sich bringt. Nachdem wir seit 14 Jahren das Thema Wasserstoff verfolgt haben, sind die GRÜNEN im letzten Jahr plötzlich daraufgekommen, dass dies doch eigentlich eine interessante Technologie ist; sie haben BMW besucht und haben schöne Bilder machen lassen. Ich habe gedacht: Vielleicht kommen Sie darauf, dass es Verkehrssysteme gibt, die energieeffizienter sind, die schneller fahren, die leiser fahren, die deswegen den ökologischen Ansprüchen mehr gerecht werden; vielleicht kriegen Sie jetzt die Kurve. Kaum kommt aber das Thema Transrapid, kommen die alten Abwehrreflexe. Ich verstehe nicht, warum Sie sich davon nicht lösen können. Offensichtlich ist Ihnen nicht zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die mitberatenden Dringlichkeitsanträge. Die Abstimmung soll jeweils in namentlicher Form erfolgen.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Kein Griff in Nahverkehrskassen für das bayerische Transrapid-Vorhaben“ auf Drucksache 14/11619 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne ist auf der Seite der CSU-Fraktion aufgestellt. Die Urnen befinden sich jeweils im Bereich der Eingangstüren. Die Enthaltungsurne befindet sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Dazu stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.32 bis 11.37 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Jetzt führen wir die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Transrapidstrecke zwischen Flughafen München und Hauptbahnhof München unverzichtbar“ auf der Drucksache 14/11627 durch. Diesmal sind die Urnen wie folgt aufgestellt: Die Ja-Urne ist auf der Seite der CSU-Fraktion, die Nein-Urne ist auf der Oppositionsseite im Bereich der Eingangstüren zu finden. Die Enthaltungsurne befindet sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür steht wieder ausreichend Zeit zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.38 bis 11.43 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir führen jetzt die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Solide Finanzierung des Transrapidprojekts“ auf der Drucksache 14/11629 durch. Die Ja-Urne befindet sich auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion im Bereich der Eingangstüren. Die Urne für Stimmenthaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür steht wieder ausreichend Zeit zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.43 Uhr bis 11.48 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Auch diesmal wird das Abstimmungsergebnis außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekanntgegeben. Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort. Ich rufe auf:

## Tagesordnungspunkt 2 a

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchengesetzes**

**Sicherung der kommunalen Finanzen durch die Vereinfachung der Erhebung der Beiträge für die Tierseuchenkasse (Drucksache 14/11503)**

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Dafür stehen zehn Minuten Redezeit zur Verfügung. Das Wort hat Frau Kollegin Tausendfreund.

**Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, etwas Ruhe einkehren zu lassen, damit ich die Begründung dieses Gesetzentwurfs vornehmen kann. Ich weiß, dass wir gerade das sehr wichtige und brisante Thema „Transrapid“ behandelt haben.

Bei diesem Gesetzentwurf geht es um die Erhebung der Beiträge zur Tierseuchenkasse. Dies ist ein scheinbar

unwichtiges Thema, allerdings handelt es sich dabei um ein Musterbeispiel für Bürokratismus. Aus der bisherigen Regelung der Erhebung der Beiträge zur Tierseuchenkasse wiehert förmlich der Amtsschimmel. Die Tierseuchenkasse muss nämlich zunächst eine Meldung an die Landratsämter machen. Die Landratsämter geben diese Meldung an die Gemeinden weiter. Die Gemeinden stellen daraufhin den Landwirten Bescheide aus. Die Landwirte zahlen dann entweder an die Gemeinde oder erheben Widerspruch.

Dann muss das Widerspruchsverfahren bei der Gemeinde durchgeführt werden. Wenn gezahlt wird, leiten die Gemeinden das Geld an die Tierseuchenkasse und eine Liste über die Erhebung an die Landratsämter weiter. Die Landratsämter geben die Liste wieder an die Tierseuchenkasse. Das ist ein vermeidbarer Kreislauf. Auch die kommunalen Spitzenverbände fordern schon lange, dass die Tierseuchenkasse ihre Beiträge selbst erhebt.

Durch die einfache Streichung einer Vorschrift könnten wir hier Bürokratie abbauen und zu einer vernünftigen Regelung kommen. Dass die Staatsregierung das manchmal auch so sieht, erkennt man daran, dass sich nahezu zum gleichen Datum die Vorschrift, die wir gestrichen haben wollen, wiederfindet in dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Aufhebung einiger Rechtsvorschriften. Es wäre ein sinnvolles Verfahren, wenn unser Gesetzentwurf hier durchläuft, der gesetzestechisch genauer ist und auch noch die Aufgabenzuweisung der Beitragserhebung an die Tierseuchenkasse beinhaltet; in dem Vorschlag der Staatsregierung ist das nicht enthalten. Sie sollten also die Nummer 45 des Gesetzentwurfes der Staatsregierung herausnehmen und unserem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Böhm:** Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Ich erteile das Wort Frau Kollegin Schweiger.

**Frau Schweiger (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Ich kann mich zum aufgerufenen Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr kurz fassen. Die Vorrednerin hat von vernünftigen Regelungen und Vorschlägen gesprochen. Gegen solche haben wir absolut nichts einzuwenden.

Das Antragsziel wurde bereits angesprochen. Auch wir von der CSU haben bereits seit längerer Zeit in diese Richtung diskutiert. Es geht darum, dass die Beiträge an die Tierseuchenkasse künftig nicht mehr wie bisher von den Gemeinden eingehoben werden sollen, sondern von der Tierseuchenkasse selbst. Dazu sind kleinere Änderungen beim Vollzug des Tierseuchenrechtes notwendig.

Wir haben mit den vorgeschlagenen Änderungen kein Problem. Die Einhebung der Beiträge durch die Gemeinden stellt ohnehin eine kommunalfremde Leistung der Gemeinden dar. Die beantragten Änderungen betrachten auch wir als Abbau von Bürokratie. Wir wollen uns aber mit diesem Thema noch im Einzelnen im zuständi-



gen Fachausschuss befassen. Daher bitte ich darum, diesen Antrag in den Fachausschuss zur weiteren Diskussion zu verweisen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Lück.

**Frau Lück (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass wir einmal so einmütig über etwas reden können. Auch wir stimmen dem Antrag zu. Eigentlich gibt es gar nicht mehr viel zu diskutieren, aber wir können uns natürlich darüber im Fachausschuss noch einmal unterhalten.

**Präsident Böhm:** Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. So beschlossen.

Ich rufe auf:

#### Tagesordnungspunkt 2 b

##### **Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes**

##### **zur Aufhebung von Rechtsvorschriften (Zweites Aufhebungsgesetz) (Drucksache 14/11510)**

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Liegen Wortmeldungen vor? – Das ist nicht der Fall. Dann brauchen wir keine Aussprache durchzuführen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### Tagesordnungspunkt 2 c

##### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

##### **zur Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (Drucksache 14/11561)**

– Erste Lesung –

Dieser Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Liegen Wortmeldungen vor? – Nein. Dann können wir auf die Aussprache verzichten. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. So beschlossen.

Ich rufe gemeinsam auf:

#### Tagesordnungspunkt 2 d

##### **Gesetzentwurf der Abgeordneten Maget, Prof. Dr. Gantzer, Dr. Hahnzog und anderer und Fraktion (SPD)**

##### **zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz) (Drucksache 14/11564)**

– Erste Lesung –

#### Tagesordnungspunkt 2 e

##### **Gesetzentwurf der Abgeordneten Christine Stahl, Elisabeth Köhler, Tausendfreund und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

##### **zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz)**

##### **Schutz vor Wahlmanipulationen und Beschleunigung der Wahlüberprüfung (Drucksache 14/11578)**

– Erste Lesung –

Werden die Gesetzentwürfe vonseiten der Antragsteller begründet? – Herr Prof. Dr. Gantzer. Die Redezeit beträgt zehn Minuten; das ist die maximale Redezeit. Sie können sich selbstverständlich kürzer fassen.

**Prof. Dr. Gantzer (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Dachau haben, wie Historiker festgestellt haben, die schwersten Wahlfälschungen in der Bundesrepublik seit Kriegsende stattgefunden. Die Gerichtsurteile sprechen für sich. Ich bedaure sehr, dass die Justiz in diesem Fall ein Geschäft mit der Verteidigung und dem Angeklagten gemacht hat und den Hauptwahlfälscher mit zwei Jahren auf Bewährung und einer hohen Geldstrafe hat davonkommen lassen. Den eigentlichen Skandal hat man gar nicht aufgeklärt, und das finde ich sehr bedauerlich. Ich will aber deswegen die Justiz nicht schelten.

Wir müssen allerdings sehen, dass sich so etwas wiederholen kann. Deshalb legt die SPD einen Gesetzentwurf vor, in dem sie für den Fall, dass Unregelmäßigkeiten festgestellt und Nachwahlen angeordnet werden, fordert, dass Artikel 52 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte geändert wird. Nach der schwerwiegenden Wahlfälschung in Dachau wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit gewesen, die Gesetze so zu ändern, dass so etwas in Zukunft nicht mehr möglich ist. Vor allem muss dafür gesorgt werden, dass das nicht auch noch nachträglich ausgenutzt werden kann. Ich muss aber lesen, dass Herr Kempfner sagt, dass der SPD-Antrag nur eine Wahlkampfmasche sei, Änderungen habe man doch immer erst kurz vor den Kommunalwahlen gemacht.

Meine Damen und Herren, was war das Ergebnis dieser Wahlfälschung? – Bürgermeister Bürgel, dem die Wahl-

fälschung durch die CSU vielleicht nicht bekannt war, hat die Wahlfälschung dadurch ausgenutzt, dass er Einspruch gegen die Ungültigkeitserklärung eingelegt hat, anstatt sich demokratisch zu verhalten. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat in Abstimmung mit dem Innenministerium und der Regierung von Oberbayern die Bürgermeisterwahl, die Stadtrats- und Kreistagswahlen aufgehoben; die letzteren sind wiederholt worden. Der Bürgermeister hat aber Einspruch eingelegt. Er hat jedoch nur taktieren wollen, wie man jetzt festgestellt hat. Es hat jetzt ein für ihn negatives Gerichtsurteil gegeben, und jetzt bestand die Gefahr, dass die Jahresfrist abläuft und damit nicht nur die Stichwahl wiederholt wird, sondern dass eine gesamte Neuwahl stattfinden muss. Dann hätte jede Partei andere Kandidaten stellen können. Dieser Gefahr ins Auge blickend, hat der Bürgermeister die Jahresfrist schamlos ausgenutzt und kurz vor Ablauf der Frist die Gerichtsentscheidung doch noch akzeptiert. Damit wurde das Urteil rechtskräftig. Daher findet jetzt nur die Stichwahl statt.

Herr Dr. Kempfner, vor diesem Hintergrund ist Ihre Argumentation falsch. Schon morgen kann so etwas wieder passieren. Wenn ein Bürgermeister zurücktritt oder stirbt, muss eine Bürgermeisterwahl durchgeführt werden, und dann kann genau dasselbe passieren, was in Dachau passiert ist, nämlich eine Wahlfälschung. Deshalb muss das Parlament jetzt sofort die notwendigen Schritte tun und gesetzliche Maßnahmen beschließen, die verhindern, dass Fälle von Wahlfälschung nachträglich noch schamlos ausgenutzt werden. Meine Damen und Herren von der CSU, daher bitte ich Sie, diesem Gesetzentwurf nach entsprechender Beratung im Innenausschuss zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Böhm:** Ich gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen zu den Dringlichkeitsanträgen im Zusammenhang mit der Regierungserklärung zum Transrapidprojekt bekannt:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Kein Griff in Nahverkehrskassen für das bayerische Transrapidvorhaben“, Drucksache 14/11619: Ja-Stimmen 15, Nein-Stimmen 97, Stimmenthaltungen 153. – Das kann ich mir nicht vorstellen.

(Unruhe)

Ich berichtige: Ja-Stimmen 15, Nein-Stimmen 97, Stimmenthaltungen 53. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Transrapidstrecke zwischen Flughafen München und Hauptbahnhof München unverzichtbar“, Drucksache 14/11627: Ja-Stimmen 96, Nein-Stimmen 13, Stimmenthaltungen 54. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Solide Finanzierung des Transrapidprojekts“, Drucksache 14/11629: Ja-Stimmen 56, Nein-Stimmen 105, Stimmenthaltungen 2. Der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir fahren fort mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte 2 d und 2 e. Will das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Begründung abgeben? – Frau Kollegin Tausendfreund, bitte.

**Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich kurz zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion Stellung nehmen. Wir begrüßen die Ansätze, die hier gefordert worden sind, nämlich dass neue Wahlvorschläge bei einer Nachwahl eingereicht werden können und die Kosten für die Nachwahlen auf den Wahlvorschlagsträger zurückfallen, aus dessen Reihen der Wahlfälscher kommt. Das ist der richtige Ansatz.

Das Problem in Dachau ist noch lang nicht erledigt nach der Verurteilung von Herrn Aechtner, CSU-Mitglied, und den Nachwahlen zum Stadtrat, zum Kreistag und demnächst der Wiederholung der Stichwahl zum Bürgermeister. Die Verurteilung hat durch die Vereinbarung des Gerichts mit dem Angeklagten nicht dazu beigetragen, dass die Vorgänge umfassend geklärt worden sind. Den aufgetauchten Hinweisen darauf, dass schon bei früheren Wahlen durch Herrn Aechtner Wahlfälschungen vorgenommen wurden, konnte nicht nachgegangen werden. Das wäre allerdings sowieso verjährt gewesen. Es ist aber auch nicht der Frage nachgegangen worden, ob weitere Personen involviert waren und wie die Zusammenhänge genau sind. Es ist einfach eine Vereinbarung getroffen worden – Deckel zu, Angelegenheit erledigt.

Aber der Wahlskandal wird bei der Bevölkerung in Dachau noch lange nachwirken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dankenswerterweise haben wir auf unseren Antrag hin einen Bericht der Bayerischen Staatsregierung bekommen, wo es sonst noch zu Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen gekommen ist. Wir haben einen Ergänzungsantrag nachgeschoben, weil hier nur die Fälle aufgelistet worden sind, die von der Rechtsaufsichtsbehörde beanstandet wurden. Die Fälle, wo Wahlanfechtungen aus der Bevölkerung gekommen sind, wo es vorher keine Beanstandungen durch die Rechtsaufsichtsbehörde gab und wo Urteile gefällt worden sind, sind nämlich in diesen Bericht nicht aufgenommen worden. Hier soll noch eine Ergänzung stattfinden, damit wir ein vollständiges Bild haben. Denn es hat weitere Fälle gegeben, zum Beispiel die Wiederholung der Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Gräfelfing, die in diesem Bericht nicht auftaucht.

Es ist nicht einfach, Korrekturen am Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz durchzuführen, ohne das Wahlrecht gerade bei der Briefwahl einzuschränken und ohne rechtsstaatliche Wahlgrundsätze zu verletzen. Wir haben uns in unserem Gesetzentwurf auf zwei Punkte konzentriert, mit denen wir Abhilfe schaffen wollen. Wir haben das deshalb getan, weil in dem Bericht der Staatsregierung keine Ansätze zu erkennen sind, wie die Staatsregierung Korrekturen am Wahlrecht vornehmen will. Es wurde geschrieben, dass das Wahlrecht eigentlich in Ordnung sei und dass man nicht viel machen könne und dass viele Verstöße auf der Mißachtung des Wahlrechts beruhen.

Einer der beiden Ansätze, die wir uns vorstellen, ist, dass wir das Fälschungsrisiko bei der Briefwahl minimieren wollen. Das ist nicht leicht, ohne die Briefwahlmöglichkeiten einzuschränken. Es muss aber zumindest sichergestellt sein, dass derjenige, der die Briefwahl auf dem Benachrichtigungskärtchen beantragt, wenigstens persönlich die Briefwahlunterlagen in die Hand bekommt. Das wollen wir erreichen, indem die Briefwahlunterlagen nur persönlich ausgehändigt werden oder zumindest mit der Post zugeschickt werden, damit keine Boten zwischengeschaltet werden können. Es gibt Situationen, wo selbsternannte Wahlhelfer zum Beispiel in einem Altenheim herumlaufen, sich die Unterschriften für die Beantragung der Wahlunterlagen geben lassen, mit 40 bis 50 dieser Karten zu der Gemeinde gehen, sich die Wahlunterlagen aushändigen lassen und diese ins Heim bringen. Was auf dem Weg dorthin geschieht, das ist die große Frage. Hier liegen die großen Möglichkeiten zur Wahlfälschung.

Deshalb wollen wir sicherstellen, dass die Wählerin und der Wähler die Wahlunterlagen persönlich in die Hand bekommen und dass zwischengeschaltete Personen, die hilfreich zur Seite stehen wollen, nicht die Möglichkeit bekommen, ohne Wissen der Betroffenen die Stimmzettel auszufüllen. Das war in Dachau das Problem, wo 3500 der eidesstattlichen Versicherungen, mit denen belegt wird, dass der Wähler selbst gewählt hat, verschwunden sind.

Das zweite Problem, das wir ausräumen wollen, ist die ungute Situation, dass der Wahlausschuss ein Wahlergebnis als richtig feststellen muss, obwohl er überzeugt ist, dass dieses Wahlergebnis nicht richtig sein kann. Das war ebenfalls das Problem in Dachau. Deswegen wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass die Entscheidung sofort an die Rechtsaufsichtsbehörde abgegeben werden kann. Damit sparen wir uns das ganze Verfahren mit Androhung der Ersatzvornahme und Zeitverzögerungen. In Dachau sind Wochen vergangen, bis der Wahlausschuss endlich die Entscheidung getroffen hat, die er treffen musste, obwohl er überzeugt war, dass er ein falsches Wahlergebnis feststellt. Diese Entscheidung soll an die Rechtsaufsichtsbehörde abgegeben werden können, die sowieso die Wahl überprüfen muss. Damit wird ein Zwischenschritt eingespart, und die ehrenamtlich Tätigen in den Wahlausschüssen werden nicht einem Gewissenskonflikt ausgesetzt.

Die Nichtigkeitserklärung bzw. die Berichtigung kann dann schneller erfolgen. Damit tritt erst gar nicht die

Situation ein, dass ein möglicherweise unrechtmäßiges Gremium in Amt und Würden gesetzt werden muss, wenn auf Rechtsmittel verzichtet wird. Das normale Wahlanfechtungsverfahren mit seinen gerichtlichen Möglichkeiten wird durch unseren Gesetzentwurf nicht beeinträchtigt; wir wollen nur eine Verfahrensabkürzung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Herr Heike, bitte.

**Heike (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Auch wenn heute erst die Erste Lesung stattfindet, sind einige Anmerkungen zu machen. Zu den Ausführungen von Herrn Prof. Dr. Gantzer ist zu sagen: Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer, am Sonntag finden die Wahlen in Dachau statt. Ich gehe davon aus, dass wir danach wieder miteinander reden können, sine ira et studio. Dann kommen wir vielleicht wieder auf einen vernünftigen Weg; denn das, was Sie uns heute vorgelegt haben – ich komme noch darauf – ist mit Sicherheit ein Schritt, der sehr kurz gesprungen ist, um nicht zu sagen: zu kurz gesprungen ist.

Ich möchte zunächst auf die Vorschläge des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingehen. Wenn die Aushändigung von Briefwahlunterlagen nur noch persönlich oder durch die Post erfolgen soll, keine Abgabe an Dritte – so genannte Bevollmächtigte – und keine Aushändigung an nahe Verwandte mehr möglich ist, dann wird der Sinn der Briefwahl unterlaufen. Ich nenne Ihnen ein einfaches Beispiel. Was machen Sie, wenn der Wahlberechtigte kurzfristig krank wird? – Das kommt häufiger vor, als man denkt.

Dann ist nämlich keine Lösung gefunden. Das Ergebnis wird sein, dass solche Leute zum weitaus überwiegenden Teil von der Wahl ausgeschlossen werden.

Die Ersetzung der Feststellung des Wahlergebnisses – so eine weitere Forderung – durch die Rechtsaufsichtsbehörde ist unseres Erachtens nicht geeignet. Erst einmal muss der Verstoß festgestellt werden. Dieser Verstoß wird normalerweise erst durch die Staatsanwaltschaft, womöglich auch durch Gerichtsentscheidungen, siehe Dachau, in die richtige Richtung gebracht und damit der Beweis für diese Feststellungsmöglichkeit gegeben. Also ist es wohl so, dass die Ersatzvornahme nicht dienlich ist, dass sie letztlich keine Lösung darstellt, weil wir damit nicht schneller zurande kommen. Das ist für mich wieder ein Schnellschuss.

Frau Kollegin Tausendfreund, ich gehe davon aus, dass wir am 19. März 2003 die Möglichkeit haben werden, wenn nämlich der Bericht, der von der SPD gefordert worden ist, im innenpolitischen Ausschuss gegeben wird, noch einmal alles zu erläutern und durchzuprüfen. Ich glaube, dass wir dann Lösungen finden. Dass etwas geändert werden muss, hat niemand bestritten; das ist der richtige Weg.

Jetzt zu dem, was die SPD gesagt hat: Ungültigkeitserklärung bei Rechtskraft, Nachwahl nach drei Monaten, Zeitdifferenz von sechs Monaten. Ich frage mich, Kollege Prof. Dr. Gantzer, wie wollen Sie das erreichen? – Sie müssen erst einmal Erkenntnisse haben, dann müssen diese festgestellt werden, und daraus resultierend kann erst eine Wiederholung der Wahl erfolgen. Dass dabei natürlich verschiedene Dinge vorkamen, die nicht so günstig sind, dass Leute, die man nachweislich der Wahlfälschung überführt hat, auf einer Liste stehen, darüber muss man reden. Aber mit Ihren Vorschlägen kann man das mit Sicherheit nicht verbessern.

Jetzt noch ein Satz – weil das für mich wirklich ein Schauantrag ist – zur Kostentragung. Haben Sie sich Ihren Gesetzesvorschlag einmal genau angeschaut? Dort heißt in Artikel 54, wie Sie ihn formulieren wollen:

Beruhet die Ungültigerklärung einer Wahl auf dem vorsätzlichen Verhalten eines Mitglieds eines Wahlvorschlagsträgers, so hat dieser Wahlvorschlagsträger die Kosten der Nachwahl zu übernehmen.

Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer, da müssen Sie noch einmal erklären, wie Sie das machen wollen, ohne zu erreichen, dass sich niemand mehr als Wahlhelfer bereit erklärt.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer (SPD))

Wie wollen Sie denn wissen, wer das Mitglied von welchem Wahlvorschlagsträger – übrigens ein herrliches Wort – ist. Ich meine, das müsste durchdacht werden. Wir würden den Wählern Steine statt Brot geben, wenn wir nach Ihrem Vorschlag vorgehen würden.

Ein Satz sei mir noch gestattet; das ist vielleicht wirklich im Bereich des Aktuellen, leider ist die Fraktionspitze der SPD jetzt nicht da, Prof. Gantzer wird es sicherlich ausrichten: Wenn ich erleben muss, dass ein Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion der SPD in Dachau auftritt und sich dort selbst zur Wahlfälschung hergibt, dann muss ich fragen, ob er oder dieser Vorschlag noch ernst genommen werden. Den Saubermann zu spielen, selbst aber genau anders herum zu arbeiten, das ist mit Sicherheit nicht glaubwürdig. Wenn so jemand in Dachau auftritt und ein Foto mit einer Briefwählerin zusammen mit der zweiten Bürgermeisterin von der SPD machen will, noch dazu im Amtsgebäude, dann ist das eine parteipolitische Veranstaltung. Nach Artikel 20 der Bayerischen Verfassung ist das nicht zulässig. Ich darf zitieren, was der „Münchner Merkur“ dazu schreibt, das alleine ist schon entlarvend genug.

Den Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform wollte die SPD vorstellen und hätte doch beinahe geltendes Wahlrecht gebrochen und einen klassischen Anfechtungsgrund gegen die Nachwahl der OB-Stichwahl geliefert.

Doch wenn man schon trotz der selbst so oft bemühten politischen Hygiene nicht davor zurückschreckt, hätte man das zumindest rechtlich absichern sollen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, mit zwei Zungen zu reden. Dann darf sich nicht wundern, wenn man nicht mehr glaubwürdig ist. Das muss ich Ihnen, von der SPD, in diesem Fall vorwerfen.

Wir werden das in den Besprechungen in den Ausschusssitzungen mit Sicherheit sehr genau prüfen. Wir werden Lösungen finden, wir werden auch gemeinsam nach Lösungen suchen. Nach dem Sonntag wird es hofentlich auch mit Ihnen möglich sein, verehrter Herr Prof. Dr. Gantzer, wieder sine ira et studio zu reden.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht, dann wird so verfahren.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

### Tagesordnungspunkt 3

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Maget, Irlinger, Goertz und anderer (SPD)**

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drucksache 14/8602)**

– Zweite Lesung –

### Tagesordnungspunkt 4

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs (Drucksache 14/9152)**

hierzu:

**Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulwegs (Drucksache 14/10635)**

**Änderungsantrag der Abgeordneten Glück, Siegfried Schneider und anderer (CSU)**

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, des Bayerischen**

**Schulfinanzierungsgesetzes und des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulweges (Drucksache 14/11579)**

**Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Glück und anderer und Fraktion (CSU)**

**Unterrichtung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Drucksache 14/11625)**

Ich erteile Abgeordnetem Glück das Wort zur Geschäftsordnung.

**Glück (CSU):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gab zwischenzeitlich ein Gespräch – Wie soll ich das ausdrücken? – Über die Buschtrommeln, die dieses Haus schon immer kennt, hat uns die Nachricht erreicht, dass die SPD-Fraktion eine Vertagung im Hinblick auf einen Änderungsantrag beantragen wird.

Wir haben kein Interesse daran, den heutigen Tag damit zu füllen, dass wir zu diesem Thema primär über Verfahren diskutieren. Das Gesetz muss aber zügig verabschiedet werden. Wenn es vonseiten der beratenden Ausschüsse bzw. der Ausschussvorsitzenden eine Zusage gibt, dass bis zum nächsten Plenum diese Änderung in den beiden Ausschüssen beraten ist und es zu keiner weiteren Verzögerung kommt, dann sind wir bereit, heute einer Absetzung von der Tagesordnung zuzustimmen. Ich bin davon ausgegangen, dass von der SPD die Absetzung beantragt wird. Insofern herrschte für einen Moment Verwirrung.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wir sind zu einer einvernehmlichen Lösung entschlossen!)

Ich erkläre also für die CSU-Fraktion, dass wir mit dieser Maßgabe, dieser Zusage, die übermittelt worden ist, zustimmen, dass dieser Gesetzentwurf heute abgesetzt und im nächsten Plenum beraten und verabschiedet wird.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Ich denke, damit ist Übereinstimmung im Hohen Haus erzielt. Die Gesetzentwürfe sowie die eingereichten Anträge und der eingereichte Dringlichkeitsantrag werden von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und an den federführenden Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zurückverwiesen. Besteht damit Einverständnis? –

Ich rufe auf:

**Antrag der Staatsregierung**

**Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV) (Drucksache 14/10246)**

**– Zweite Lesung –**

Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen? – Herr Schultz, bitte.

**Schultz (SPD):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tatsache, dass in der gesamten Bundesrepublik der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag jetzt beraten und sicher auch beschlossen wird, ist für sich schon ein Erfolg des Jugendschutzes im Medienrecht. Es ist auch ein Fortschritt bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Probleme des Jugendschutzes im gesamten Medienbereich. Das gilt für die Angebote bei elektronischen Informationen und den Kommunikationsmedien gleichermaßen.

Es ist insbesondere ein besonderer Fortschritt, dass wir das auch für das Internet und Computerspiele feststellen können. Denn hier, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist der Jugendschutz ganz besonders wichtig, weil der Umgang mit den Medien Computerspielen und Internet vielfach auch innerhalb eines Generationenbruchs stattfindet, weil es viele Eltern gibt, die wenig oder keine Erfahrung damit haben, weil der Umfang dessen, was an Gewaltangeboten in diesem Bereich vorhanden ist, für Eltern vielfach unbegreiflich ist, und weil sich hier auch der Bruch zwischen den Geschlechtern beim Konsum und bei der Aufnahme von Gewaltangeboten – also zwischen Jungen und Mädchen – ereignet.

Das Computerspiel „Counterstrike“, das unter anderem vom Täter in Erfurt bevorzugte Spiel, hat immerhin eine Fangemeinde von rund 500 000 männlichen Jugendlichen, darunter natürlich auch gewaltbereite männliche Jugendliche. Immer wieder muss gesagt werden, dass es zum Ausbruch exzessiver, meist männlicher Gewalt nur dann kommen kann, wenn anderes hinzukommt, wenn beispielsweise die soziale Isolation der Täter, die Benachteiligung in Schule oder Beruf, geringes Schuld- und Selbstwertgefühl und persönliche Gewalterfahrungen hinzukommen. Das heißt also, dass auch hier die Gesellschaft über den Medienbereich hinaus Verpflichtungen hat, die sie wahrnehmen muss. Das sollte an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt sein.

Wahrscheinlich ist die Annahme nicht ganz falsch, dass Mädchen von der Familie und Jungen häufig und weitgehend durch Television und PC erzogen werden. Deshalb kommt dem Jugendmedienschutz eine ganz besondere Rolle zu. Im Kontext mit der Änderung des Jugendschutzgesetzes ist zu sehen, dass beide, sowohl das eine als auch das andere, außerordentlich wichtige Aufgaben bei der Reform des Jugendschutzes auch und im besonderen bei den elektronischen Medien haben.

Deswegen muss auch klar sein, dass die Medienanbieter damit eine große Selbstverantwortung haben. Es ist aber keinesfalls sicher, dass sie so verantwortlich damit umgehen, wie das von ihnen erwartet wird. Es wird eine schwierige Übergangsphase geben, denn die Zukunft erfordert besonders intensive Gespräche und die Entwicklung neuer Zusammenarbeitsformen zwischen Aufsicht und Medienunternehmen. Vor allem die Internetbranche ist eine Aufsicht nicht gewohnt und muss mit großer Mühe an die neuen Strukturen herangeführt werden. Auch ist zurzeit nicht absehbar, ob und inwieweit die Privilegierungen des Staatsvertrages für die anerkannten Selbstkontrollen greifen werden.

Die Landesmedienanstalten haben sich mit den praktischen Fragen beschäftigt und wissen, dass sie mit diesem Staatsvertrag Neuland betreten. Hierbei – das sei in München einmal gesagt – hat die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) in München eine besondere und wertvolle Rolle gespielt. Dabei wird es nicht bleiben; denn es geht – hier stimmen wir Professor Ring, dem Präsidenten der BLM in München zu – in Zukunft auch um die Vorbereitung von Richtlinien und Satzungen, denen ein großer Stellenwert bei der künftigen Auslegung der Vorschriften des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags zukommen wird. Es geht um ganz neue Fragen, zum Beispiel um die Festlegung von Kriterien für die Anerkennung von Selbstkontrollenrichtungen und die Voraussetzungen für die Jugendschutzprogramme, um die Definition von so genannten geschlossenen Benutzergruppen bei Telemedien oder um die Auslegung der Grenzen des rechtlichen Beurteilungsspielraumes.

Es geht auch – das hat eine beachtliche inhaltliche Konsequenz – um den künftigen Sitz der Kommission für Jugendmedienschutz – um die KJM. Es ist schlechthin nicht nachvollziehbar, dass dabei Prestige Gründe eine Rolle spielen sollen. Es geht nicht um neue Büros. Es geht nicht um neue Mitarbeiter. Es geht nicht um ein neues Prestige. Es geht schlichtweg darum, wo diese Arbeit im Sinne eines effektiven Jugendmedienschutzes nahtlos an die bisherige erfolgreiche Arbeit, ausgestattet mit langjährigen Erfahrungen, erfolgreich fortgesetzt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist sehr die Frage, ob die Arbeit in einem der Länder erfolgen kann, die selbst keine Ressourcen für die Beobachtungen hatten und haben, weil sie keine Medienveranstalter lizenziert haben. Die BLM in München hat den großen Vorteil, dass diese Voraussetzungen gegeben sind. Der Sitz der KJM, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Qualitätsfrage des Jugendmedienschutzes und keine Prestigefrage von Landesregierungen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen stehen wir dazu und halten es für ein sehr wesentliches und wichtiges Element, dass die KJM als das Herzstück des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages nach München kommt.

Wir werden diesem Staatsvertrag selbstverständlich zustimmen. Wir werden uns aber nicht zufrieden zurücklehnen, sondern mit allem Nachdruck auf einen effektiven Jugendmedienschutz drängen. Die Bedeutung des Themas ist auch in Zukunft für uns alle und insbesondere für die Öffentlichkeit riesengroß.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Unterländer.

**Unterländer (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Internet und Telemedien beeinflussen die entscheidenden Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen ganz erheblich. Sie sind in ihrer Angebotsvielfalt heimliche Miterzieher. Chancen und Risiken der Medienvielfalt bewegen nicht nur die Medien, sondern auch die Familien und die Bildungspolitik. Umso wichtiger ist es deshalb, dass mit dem im Herbst vergangenen Jahres von den Ministerpräsidenten unterzeichneten Jugendmedienschutz-Staatsvertrag eine wichtige Antwort gefunden worden ist.

Mit dem Staatsvertrag soll der einheitliche Schutz von Kindern und Jugendlichen in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien gefunden werden, die deren Entwicklung oder Erziehung beeinträchtigen oder gefährden. Wir wissen, dass dabei der Medienschutz für Kinder und Jugendliche nur Teilbereich eines Gesamtkonzeptes sein kann. Die Weiterentwicklung der Medienkompetenz in der Pädagogik und bei Kindern und Jugendlichen selbst ist unter dem Gesichtspunkt einer vertiefenden Medienpädagogik von ebenso entscheidender Bedeutung. Die Austauschbarkeit von unterschiedlichen Inhalten in technischen Plattformen und Darbietungsformen machen es zu einem zwingenden Gebot, den Jugendschutz in einem einheitlichen Gesetzeswerk für Rundfunk und alle Telemedien zu regeln.

Kernpunkt, meine Damen und Herren, sind aus unserer Sicht die Schaffung der Kommission für Jugendmedienschutz, um auf diese Art und Weise eine einheitliche Rechtsanwendung der Medien auf Sicht zu erreichen. Die Kommission wird bei den Landesmedienanstalten als bundesweit tätige Einrichtung ins Leben gerufen. Es ist sichergestellt, dass die Länder vertreten sind, und es ist sicherlich auch ein erstrebenswertes Ziel und Anliegen, die bayerischen Kompetenzen, die in diesem Bereich bestehen, einzubringen.

Die Kommission ist für die abschließende Beurteilung von Fragen des Kinder- und Jugendschutzes zuständig. Damit verbunden ist die zweite Funktion von entscheidender Bedeutung für den Kinder- und Jugendmedienschutz. Sie erkennt die Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle an und kann diese auch wieder zurücknehmen. Sie prüft und genehmigt Verschlüsselungs- und Versperrungstechniken – alles wichtige Dinge im Zusammenhang mit dem Medienschutz. Dabei geht es in der Tat um Inhalte, die im Hinblick auf die freiwillige Selbstkontrolle durch die Kommission überprüft werden.

Der Staatsvertrag stärkt darüber hinaus Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle der Anbieter. Die staatliche Verantwortung bleibt – um hier manch kritisches Wort aufzugreifen – erhalten. Die Kriterien der Anerkennung dieser Einrichtungen sind sehr eng gesteckt. Die Eignung der Einrichtung als freiwillige Selbstkontrolle wird vorab geprüft und diese Prüfung regelmäßig wiederholt. Das Ordnungskonzept basiert darauf, dass die Einrichtungen ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen. Sie haben dabei die Satzungen und Richtlinien der Landesmedienanstalten zu beachten. Wird das Ziel eines effektiven Jugendschutzes dabei verfehlt, kann die Anerkennung einer Einrichtung widerrufen werden.

Während die bisherige Selbstkontrolle wegen der unmittelbaren Aufsicht der Landesmedienanstalten eine funktionierende Kontrolle selbst nicht aufbauen konnte und zum Beispiel die gemeinsame Stelle „Jugendschutz“ nur Empfehlungen aussprach, die nicht zu hundert Prozent umgesetzt werden konnten, soll durch die neue inhaltliche Konzeption eine Verbesserung eintreten.

Die genannte Regelung der Kriterien und auch die Zertifizierung sowie die strengen Anforderungen durch ein unabhängiges und sachkundiges Personal, eine sachgerechte Finanzierung und die Richtlinien für die Entscheidung ergeben eine völlig neue qualitative Situation.

(Wahnschaffe (SPD): Sehr richtig!)

– Ich bedanke mich für die Zustimmung. Darüber hinaus ist die Möglichkeit, künftig eine Sendung vor ihrer Ausstrahlung einer anerkannten Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle vorzulegen, gegenüber der heutigen Situation eine eindeutige Verbesserung. Heute werden Sendungen immer im Nachhinein geprüft.

Wichtig ist aus unserer Sicht auch, dass der Freistaat Bayern mit einer Protokollerklärung eine Überprüfung innerhalb von drei Jahren anstrebt, wonach die Vernetzung dieser Schutzkonstruktion bei den öffentlichen und privaten Anbietern weiterentwickelt werden kann. Gleiches gilt – das möchte ich noch einmal besonders ans Herz legen – für die Protokollerklärung, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stärker in dieses gesamte System eingebunden und einbezogen werden und eine einheitliche Plattform gegeben ist.

Das bereits genannte Instrument der freiwilligen Selbstkontrolle wird darüber hinaus ebenfalls nach drei Jahren einer Überprüfung unterzogen. Die Erfahrungen mit den neuen Entwicklungen machen es auf jeden Fall sinnvoll, den gesamten Staatsvertrag nach fünf Jahren einer Überprüfung zu unterziehen. Es erscheint mir auch als bedeutsam, darauf hinzuweisen, dass mit der Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern eine eindeutige Abgrenzung, aber auch die Verpflichtung zur Kooperation und Verzahnung der Aufsichtsbehörden erfolgt. Der Bund hat somit künftig die Zuständigkeit für den Jugendschutz bei Filmen, Videos und CD-Roms. Die Länder sind für alle elektronischen Medien unter Einbeziehung sowohl des Rundfunks als auch des Online-Bereichs zuständig. Ich darf in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, dass die Einbeziehung des Internets mit computergenerierten Menschendarstellungen eine wichtige Neuerung im Sinne eines effektiven Kinder- und Jugendmedienschutzes darstellt. In diesen Bereichen gibt es einen besonderen Handlungsbedarf.

Die Beratungen in den beteiligten Ausschüssen haben gezeigt, dass die Akzeptanz und die Notwendigkeit eines solchen Staatsvertrags in großem Umfang vorhanden sind. Die Zustimmung erfolgte in sämtlichen Ausschüssen einstimmig. Hoffnungen und Erwartungen, die mit diesem Weg verbunden sind, lassen sich aber nur dann erfüllen, wenn der Vertrag in der praktischen Umsetzung mit dem notwendigen Leben erfüllt wird. Damit meine ich insbesondere die Funktionsweise der Gremien, der freiwilligen Selbstkontrolle und der Kom-

mission für den Jugendmedienschutz. Es ist Aufgabe der Politik, diesen Weg positiv und auch ein bisschen kritisch zu begleiten. Ich bitte deshalb im Namen meiner Fraktion um Zustimmung zu diesem Staatsvertrag.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Dr. Runge.

**Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin von der Fraktion auserkoren worden, den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag durchzuarbeiten, und zwar wohl deshalb, weil ich die meisten Kinder habe. Wir haben dem Staatsvertrag in den Ausschüssen zugestimmt, allerdings ohne große Begeisterung. Es ist schon gesagt worden, dass hier ein Ordnen der Kompetenzen stattfindet. Kompetenzen werden zum Teil vom Bund auf die Länder verlagert. Ich nenne als Stichwort: Konvergenz der Medien.

Rundfunk- und Online-Angebote werden unter dem Begriff der Telemedien zusammengefasst. Die Selbstkontrolle wird insofern gestärkt, als die schon genannten Selbstkontrollenrichtungen geschaffen werden, die dann wiederum von der Kommission für Jugendmedienschutz zertifiziert werden müssen. Dabei wird – ich denke, dass wird allgemein anerkannt – das Votum der Selbstkontrollenrichtungen dann nur sehr schwer angreifbar oder umzustoßen sein.

Da sind wir bei klärungsbedürftigen Fragen. Ich glaube, dass Konsens darüber herrscht, dass noch viele Dinge klärungsbedürftig sind. Manche Dinge werden wohl auch sehr schwierig zu klären sein. Eine Frage lautet, was Jugendgefährdung überhaupt ist. Was heißt Überschreitung der rechtlichen Grenzen des Beurteilungsspielraums? – Ich bin auf die Interpretationen gespannt, die kommen werden.

Es gibt jede Menge Problemfelder. Ich denke an die Anbieter von Telemedien und die Stellungnahme der FS-Multimedia. Ich nenne als Stichwörter Bestellung von Jugendschutzbeauftragten die lizenzierte Filterprogramme. Da hat es im Vorfeld auch einen Mordsärgel gegeben.

Interessant ist für mich, dass die Öffentlich-Rechtlichen von der Aufsicht ausgenommen sind, und zwar mit der wunderschönen Begründung, dass ansonsten anstaltsinterne Kontrollzusammenhänge unterbrochen würden. Hier ist das Stichwort die Intendantenverfassung. Mit Staunen lese ich dann in diversen Veröffentlichungen zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, wie groß doch die Kompetenzen des Rundfunkrates sind bzw. wie groß diese selbst auf dem Papier sein sollen.

Unser Fazit: Zustimmung, wobei ich nur das wiederholen kann, was die Vorredner auch gesagt haben. Es gilt sicher, an diesem Thema noch sehr viel zu arbeiten.

(Beifall der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Staatsminister Huber.

**Staatsminister Huber** (Staatskanzlei). Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist zunächst sehr erfreulich, dass sich alle drei Seiten des Hohen Hauses darin einig sind, mit diesem Staatsvertrag den Jugendmedienschutz in Deutschland zu verbessern. Das ist sicherlich ein sehr wünschenswertes politisches Signal, das von der heutigen Beratung ausgeht, wie es auch beachtlich ist, dass nach der schrecklichen Bluttat vom 26. April 2002 in Erfurt die Gesetzgeber von Bund und Ländern sehr schnell wichtige Initiativen auf den Weg gebracht haben. Ich darf daran erinnern, dass das Jugendschutzgesetz, ein Bundesgesetz, im Bundestag und im Bundesrat verschärft worden ist. Diese Novelle geht uns zwar nicht weit genug, sie ist aber mit Sicherheit eine Verbesserung. Die Staatsregierung wird nach wie vor darauf hinwirken, dass wir weitere Möglichkeiten zur Abwehr gerade bei den Computerspielen bekommen; denn was sich oftmals an den PCs ereignet, ist eine Schande und eine Gefährdung.

Neben dieser Änderung des Jugendschutzgesetzes haben die Länder den Staatsvertrag auf den Weg gebracht. Das geschah einmütig und einvernehmlich zwischen allen 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Es wird jetzt in diesen Wochen in allen Landtagen wohl eine Zustimmung zu diesem Staatsvertrag erfolgen.

Die Problematik ist unabhängig von den Erfurter Vorfällen jeden Tag am Bildschirm sichtbar. Wer den Bericht der BLM als zentraler gemeinsamer Stelle für Jugendschutz und Programm aller Landesmedienanstalten für das zweite Halbjahr 2002 liest, der sieht, dass es in 69 Fällen notwendig war, die Einleitung eines Verfahrens zu prüfen. In 39 Fällen sind Empfehlungen an die zuständigen Landesmedienanstalten gegangen, rechtsaufsichtlich tätig zu werden. In 39 Fällen in einem halben Jahr ist offensichtlich massiv gegen den Jugendschutz verstoßen worden. Das ist eindeutig zuviel. Wir müssen den zuständigen Landesmedienanstalten auch deutlich machen, dass sie politischen Rückhalt haben, wenn sie eingreifen und gegen Anbieter solcher Fernsehsendungen vorgehen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem vorliegenden Staatsvertrag ist in der Tat eine deutliche Verbesserung verbunden. Ich würde dies nicht so gering schätzen, Herr Kollege, so wie Sie es gerade gemacht haben.

Erstens ist für mich bedeutsam, dass das Internet auch in der Zukunft denselben Regelungen unterworfen wird wie der Rundfunk. Jeder kennt den heutigen Medienkonsum junger Leute. Er ist sehr stark auf das Internet ausgerichtet. Aber es ist außerordentlich schwierig, ein weltweites Netz, das keine festen Strukturen hat und wofür es keine verantwortlichen Institutionen gibt, zu überprüfen. Die Schwierigkeiten würde ich nicht unterschätzen. Allerdings darf uns das nicht daran hindern, die Bemühungen voranzutreiben.

In der Zukunft wird also von einer gemeinsamen Stelle – auch im Sinne von Eigenverantwortung und Selbstkontrolle durch die Anbieter – auch das Internet einer Prüfung unterworfen. Ich halte es sehr wohl für einen Fortschritt, dass für die deutschen Anbieter klare Vorgaben gemacht werden, dass auch von einem Provider eine Sperrung von Seiten verlangt werden kann und es insgesamt möglich ist, dass für Jugendschutzsoftware programmiert wird, damit ein Rating erfolgt und für das Internet erstmals in umfassenderer Weise Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Das entspricht sicherlich der Konvergenz der Medien. Ich hoffe, dass diese Kontrolle dann auch wirksam ist.

Als Zweites möchte ich die Tatsache herausstellen, dass wir die Eigenverantwortung der Sender mittels der Selbstkontrolle verstärken. Wir haben in Bayern mit unserer Mitwirkung an diesem Staatsvertrag dafür sicherlich den Weg gebahnt. Wir wollen innerhalb von drei Jahren testen, wie sich das auswirkt. Wir sind aber der Meinung, dass die neue Selbstkontrolle durch unabhängige Fachleute, unabhängig von den einzelnen Sendern, und eine wirksame Kontrollinstanz bieten kann, zumal ja die Eingriffsmöglichkeiten der KJM weiter erhalten bleiben. Überhaupt stellt vor allem die Zusammenführung von Aufsichtszuständigkeiten, die bisher auf Bund und Länder verteilt waren, einen deutlichen Vorteil dar.

Ich möchte heute deutlich sagen: Jugendschutz in der Hand des Staates allein kann nicht wirksam gestaltet werden. Wir appellieren an die Verantwortung der Eltern. Zunächst einmal muss im Elternhaus darauf geachtet werden, was die Kinder zu welcher Tageszeit im Fernsehen sehen, was sie über den Computer konsumieren. Das heißt, der Staat bekennt sich zu seiner Aufgabe und zu seiner Verantwortung. Wir setzen auf die Eltern und ihre eigene Verantwortung. Wir appellieren selbstverständlich auch an die Sender, nicht nur auf die Quoten zu sehen, sondern auf Qualität zu achten.

Ich möchte abschließend sagen: In der letzten Zeit hat sich sehr stark eingebürgert, dass es fast jeden Nachmittag in einzelnen Fernsehsendern so genannte Gerichts-Shows gibt; früher waren es die Talk-Shows, jetzt sind diese durch Gerichts-Shows abgelöst worden. Leider dienen solche Sendungen nicht dazu, den Zuschauern rechtsstaatliche Verfahren nahe zu bringen. Oft werden Gewalt- und Sexualdelikte breit ausgewalzt. Das Ganze dient nicht dazu, von der Begehung von Straftaten und der Kriminalität abzuschrecken, sondern im Gegenteil Neugier und Sensationslust zu stärken. Das soll mit der Mahnung an alle Anbieter verbunden sein, auf Qualität – vor allem in der Zeit, in der Kinder und Jugendliche vor dem Fernsehschirm sitzen – zu achten. Der Freistaat Bayern war in der Vergangenheit ein Vorreiter in Sachen Jugendschutz. Wir sind von der linken Seite des Hauses oft als unliberal belächelt worden. Dass man heute in der gemeinsamen Zielsetzung übereinstimmt, ist durchaus ein Fortschritt. Ich möchte aber auch sagen, dass die Bayerische Landesmedienanstalt mit ihren Mitarbeitern, vor allem mit ihrem Präsidenten, bundesweit eine wichtige Aufgabe übernimmt und bundesweit als ganz



besonders kompetente Stelle gilt. Auch das soll dankend herausgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen alle: Der Jugendschutz ist eine Daueraufgabe. Dieses Hohe Haus wird mit dem Votum heute einen weiteren Schritt zur rechtlichen Verbesserung unternehmen und ein klares Signal setzen.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 14/10246 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf der Drucksache 14/11577 zugrunde. Gemäß § 61 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Gegenstimmen? – Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Gemäß § 60 der Geschäftsordnung treten wir unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Staatsvertrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist ebenfalls das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist dem Staatsvertrag somit zugestimmt worden.

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 6

**Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 63 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden**

Zunächst lasse ich über die Listennummer 23 – das ist der Antrag der Abgeordneten Unterländer, Rotter und anderer (CSU) betreffend – „Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen“ auf der Drucksache 14/10454 – gesondert abstimmen. Dazu gibt es eine Beschlussempfehlung des mitberatenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, die auf Wunsch der CSU-Fraktion der Abstimmung zugrunde gelegt werden soll. Es liegt kein Votum der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Während der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit die unveränderte Annahme empfiehlt, schlägt der mitberatende Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik Zustimmung mit der Maßgabe vor, dass im Einleitungssatz nach dem Wort „aufgefordert“ die Worte „bis 30. April 2003“ eingefügt werden. Besteht damit Einverständnis, dass dieses vom federführenden Ausschuss abweichende Votum der

Abstimmung zugrunde gelegt wird? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer dem Antrag mit der vom mitberatenden Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik vorgeschlagenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Der Antrag ist mit der vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen zur Verfassungstreitigkeit und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ebenfalls das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage 5)

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 8

**Bestellung von Mitgliedern des Bayerischen Landesdenkmalrats**

Mit Schreiben vom 20. Januar 2003 hat der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst mitgeteilt, dass die Amtszeit einer Reihe von Mitgliedern des Landesdenkmalrats im Januar abgelaufen ist bzw. im März ablaufen wird, so dass eine entsprechende Neu- bzw. Wiederbestellung erforderlich werden. Die von den jeweils vorschlagsberechtigten Institutionen neu- bzw. wiederbenannten Persönlichkeiten können der Ihnen vorliegenden Übersicht entnommen werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Keine. Besteht damit Einverständnis, dass ich über die zu bestellenden Mitglieder gemeinsam abstimmen lasse? – Widerspruch erhebt sich ebenfalls nicht. Dann lasse ich gemeinsam abstimmen.

Wer mit der Bestellung der vorgeschlagenen Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Landesdenkmalrates einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ebenfalls das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist auch dies so beschlossen.

(siehe Anlage 6)

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 7

**Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Wahl berufsrichterlicher Mitglieder**

Mit Schreiben vom 27. Januar 2003 hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass das berufsrichterliche Mitglied des Verfassungsgerichtshofs Professor Dr. Johann Witt-

mann mit Ablauf des 31. Juli 2002 in den Ruhestand getreten ist. Als Nachfolger schlägt die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs Herrn Andreas Polloczek, Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in Ansbach, zur Neuwahl vor. Mit Ablauf des Monats März 2003 tritt außerdem das berufsrichterliche Mitglied des Verfassungsgerichts Frau Dr. Ursula Lewenton in den Ruhestand.

Als deren Nachfolgerin schlägt die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs Frau Dagmar Schuchardt, Präsidentin des Landgerichts Nürnberg-Fürth, zur Neuwahl vor. Außerdem hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass die Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Herr Dr. Hans Jürgen Zimniok, Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, am 19. Juli 2003 endet. Die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs schlägt vor, Herrn Dr. Zimniok als berufsrichterliches Mitglied wiederzuwählen. Die Richter-Wahl-Kommission hat in ihrer heutigen Sitzung den Vorschlägen der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs zugestimmt und beschlossen, der Vollversammlung zu empfehlen, diese Wahlvorschläge anzunehmen.

Die SPD-Fraktion hat als Gegenkandidaten zur Wahl von Frau Dagmar Schuchardt Herrn Guido Kotschy, Richter am Oberlandesgericht München, und zur Wahl von Herrn Dr. Hans Jürgen Zimniok Herrn Ernst Burger, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht München, vorgeschlagen. Die Vorgeschlagenen sind bereit, im Falle ihrer Wahl das Amt anzunehmen.

Wir kommen damit zu den Wahlen, die in einem Wahlgang durchgeführt werden. An Ihrem Platz finden Sie drei Stimmzettel in verschiedenen Farben vor, auf denen die vorgeschlagenen Kandidaten aufgeführt sind; außerdem enthält Ihre Stimmkartentasche eine gelbe Namenskarte, die für den Wahlgang zu verwenden ist.

Urnen für die Namenskarten und für die Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals im Bereich der Eingangstüren sowie auf dem Stenografentisch. Ich bitte darum, sowohl die Namenskarte als auch die Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Schriftführern und Mitarbeitern des Landtagsamts auszuhändigen. Nur so kann der ordnungsmäßige Ablauf des Wahlvorgangs sichergestellt werden.

Wir beginnen nun mit dem Wahlgang. Für die Wahlen stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Unterbrechung von 12.52 bis 12.57 Uhr)

Der Wahlgang ist beendet. Das Wahlergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Wir fahren zwischenzeitlich in der Tagesordnung fort.

Ich rufe auf:

## Tagesordnungspunkt 9

### Mündliche Anfragen

Ich bitte zunächst den Leiter der Staatskanzlei Herrn Staatsminister Huber um die Beantwortung der ersten Frage. Der erste Fragesteller ist Herr Kollege Stahl. – Wo ist er?

(Zurufe)

Herr Abgeordneter Spitzner übernimmt die Fragestellung für Herrn Stahl. Bitte, Herr Abgeordneten Spitzner. – Kollege Stahl kommt doch.

**Georg Stahl (CSU):** *Herr Staatsminister, gibt es Informationen und Hinweise bei der Staatsregierung, dass das amerikanische Verteidigungsministerium aufgrund der ablehnenden Haltung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und der SPD-geführten Bundesregierung hinsichtlich der Unterstützung der US-Regierung bei ihrer Irak-Politik die geplanten amerikanischen Investitionen in den Truppenübungsplätzen in Bayern speziell Grafenwöhr – und bei Infrastruktur- und Wohnbaumaßnahmen „überdenken will“ bzw. die Streichung dieser Maßnahmen plant?*

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatsminister!

**Staatsminister Huber (Staatskanzlei):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Investitionen der US-Armee in und um den Truppenübungsplatz Grafenwöhr – das Projekt efficient facing east – hat ein Gesamtvolumen von rund 1 Milliarde €. Dabei werden bauliche Maßnahmen auf den Training Areas vorgenommen und unter anderem auch 1600 neue Wohnungen gebaut. Damit wird eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gesichert und zusätzlich geschaffen. Es ist ein ganz bedeutsames Projekt nicht nur für die Region, sondern auch für ganz Bayern.

Herr Abgeordneter, die Staatsregierung hat keine direkten Informationen oder Hinweise, dass das amerikanische Verteidigungsministerium die geplanten Investitionen auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr überdenken will bzw. die Streichung dieser Maßnahmen plant.

(Zuruf von der SPD: Der Spitzner behauptet das!)

– Warten Sie doch. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat erst am vergangenen Samstag in einem sehr offenen und freundschaftlichen Gespräch mit dem neuen kommandierenden General der US-Armee in Europa, General Bell, das Grafenwöhrer Projekt intensiv erörtert. Gemeinsames Anliegen ist, dass noch dieses Jahr – wie vorgesehen – erstmals Mittel für die Baumaßnahmen zugewiesen werden sollen.

Mit großer Betroffenheit registriert die Staatsregierung jedoch Stimmen in der amerikanischen Öffentlichkeit, die US-Stützpunkte in Deutschland offen in Frage stellen.

Nachzulesen ist dies zum Beispiel in der „Washington Post“ und in der „New York Times“, jeweils am 10. Februar dieses Jahres. Daraus ergibt sich sehr wohl

die Gefahr, dass die bewusste und immer offener zur Schau getragene antiamerikanische Haltung der rot-grünen Bundesregierung und von Bundeskanzler Schröder Deutschland in eine Isolation führt. Das könnte auch ganz konkrete Auswirkungen auf Art und Umfang der Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland haben. Dies zeigen immer schärfere Aussagen von amerikanischer Seite. Als Beispiel hierfür nenne ich die im „Handelsblatt“ vom 11. Februar zitierte Äußerung eines US-Experten. Wörtlich heißt es dort:

Einige in Amerika werden befürchten, das nächste Mal verweigern uns die Deutschen vielleicht die Nutzung unserer Militärbasen. Warum sollen wir dann nicht nach Rumänien oder an einen anderen Ort ausweichen?

Wie die „Washington Post“ am 12. Februar berichtet, mehrt sich die Zahl der US-Abgeordneten, die für eine Truppenreduzierung in Deutschland plädieren. Die Zeitung zitiert den republikanischen Abgeordneten Peter King mit den Worten:

Alles, was wir tun können, um ihnen

– gemeint sind wir Deutsche und die Franzosen –

weh zu tun, ohne dass es uns weh tut, werde ich unterstützen.

Besonders bedenklich stimmt mich die Aussage der Sprecherin des US-Hauptquartiers in Europa in Heidelberg, Elke Herberger, wie sie in der „Mittelbayerischen Zeitung“ von heute zitiert wird. Danach werden auch die Investitionen in Grafenwöhr und Hohenfels auf den Prüfstand gestellt. Man wolle, so die Sprecherin, vermeiden, dass in Militärbasen, die die USA schließen wollten, zuvor Milliardenbeträge investiert würden. Ohne das derzeit schwierige deutsch-amerikanische Verhältnis direkt zu nennen, sagte Herberger, die USA wollten für ihre Soldaten eine optimale Lebensqualität gewährleisten.

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung verfolgt diese Problematik mit größter Sorge, und ich hoffe, dass das Hohe Haus diese Sorge teilt. Wir würden uns wünschen, dass die Bundesregierung diesen Aspekt bei all ihren Entscheidungen und Äußerungen berücksichtigt. Die Staatsregierung jedenfalls wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles daran setzen, dass negative Auswirkungen der fatalen Politik der Bundesregierung für Bayern vermieden werden. Dabei werden uns die traditionell guten Beziehungen Bayerns zu den USA helfen. Die Staatsregierung bekennt sich zur Partnerschaft mit den USA.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Gibt es Zusatzfragen? – Herr Stahl.

**Georg Stahl (CSU):** Herr Staatsminister, ich bin sehr dankbar, dass die Bayerische Staatsregierung alles unternimmt, damit es nicht zum Stopp kommt. Würde es nämlich zu einem eventuellen Stopp – –

(Zurufe von der SPD: Frage!)

– Ja, sofort. Allein im Bereich der Landkreise Neustadt-Waldnaab und Amberg-Sulzbach wären dadurch Investitionen in Höhe von einer Milliarde Dollar in Frage gestellt.

(Abg. Prof. Dr. Gantzer (SPD): Ist das die Frage?)

Es würde vor allem die Gemeinden und Städte Grafenwöhr, Eschenbach, Kirchenthumbach und viele andere treffen.

(Abg. Prof. Dr. Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, das ist ja doch – –)

Baufirmen, Handwerksbetriebe und Architekturbüros würden in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise auf viele Arbeitsplätze verzichten müssen bzw. auf einen wirtschaftlichen Aufschwung.

(Zuruf von der SPD: Und jetzt die Frage! – Prof. Dr. Gantzer (SPD): Jetzt die Antwort!)

**Staatsminister Huber (Staatskanzlei):** Ich verstehe eigentlich nicht, dass Sie auf der linken Seite des Hauses das so lustig nehmen, meine Damen und Herren von der SPD. Da muss ich wirklich sagen: Es kommt doch nicht darauf an, wie langsam oder wie schnell man eine Frage vorliest, sondern wir sollten eigentlich die Sorge sehen, die für viele tausend Menschen in der Oberpfalz von großer Bedeutung ist. Ich spreche Ihnen die Ernsthaftigkeit ab, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen.

(Gartzke (SPD): Bei Krieg und Frieden kennen wir uns schon aus! – Schläger (SPD): Haben Sie überhaupt gedient?)

Sie brauchen das offenbar.

Meine Damen und Herren, die Sorge, die Herr Kollege Stahl zum Ausdruck bringt, ist berechtigt, und zwar nicht nur für die Einrichtungen dort mit den Arbeitsplätzen, sondern sie ist berechtigt für viele mittelständische Unternehmen. Denn ein Bauvolumen von einer Milliarde €, Herr Abgeordneter, bringt ein ganz gewaltiges Bauvolumen mit sich, und sehr viele dieser Bauaufträge könnten in die Oberpfalz und nach Oberfranken gehen. In der Zusammenarbeit mit den einschlägigen Stellen der US-Armee haben wir Vorkehrungen dafür getroffen, dass die heimische Wirtschaft bei diesen Bauaufträgen entsprechend berücksichtigt wird. Sie wissen, dass wir eine Projektgruppe eingerichtet haben und dass es eine Baudienststelle in Grafenwöhr gibt, um genau diese Beteiligung von möglichst vielen Handwerkern und kleinen Betrieben in der Oberpfalz damit zu ermöglichen. Dies alles ist natürlich in Frage gestellt, wenn in Amerika grundsätzlich diese Investition überdacht werden würde.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Zusatzfrage: Herr Möstl.

**Möstl (SPD):** Herr Staatsminister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der zweite Teil Ihrer Antwort in krassem Widerspruch zum ersten stand, in dem Sie zitiert haben, dass die Staatsregierung keine Hinweise darauf hat, dass dieses Vorhaben gestoppt werden soll und sind Sie auch mit mir der Meinung, dass es keine Gefälligkeit der Deutschen und insbesondere der Bevölkerung von Grafenwöhr ist, wenn sie den Amerikanern dort Gelände zur Verfügung stellt und Belastungen auf sich nimmt und damit den Amerikanern doch eigentlich einen Nutzen bringt, während Sie mit Ihrer Antwort vorhin, doch ein schäbiges Spiel betreiben mit der Angst der Arbeitnehmer, die derzeit bei den Amerikanern beschäftigt sind und die vielleicht in Zukunft beschäftigt werden könnten?

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Das war eine Frage!)

**Staatsminister Huber (Staatskanzlei):** Wenn Sie meiner Antwort genau zugehört hätten, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass ich zuerst gesagt habe, dass wir keine direkten Informationen aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium haben. Das heißt, es liegen uns keine offiziellen Informationen dazu vor. Deshalb ist auch eine, wenn Sie wollen, amtliche Auskunft darüber nicht möglich.

Aber als erfahrener Politiker müssten Sie wissen, dass es im Vorfeld von Entscheidungen natürlich eine politische Willensbildung gibt, dass der politische Prozess in den Vereinigten Staaten eine Rolle spielt, dass Äußerungen von maßgeblichen politischen Repräsentanten oder von starken Medien in den Vereinigten Staaten natürlich einen Einfluss auf die offizielle Entscheidungsfindung haben. Jeder, der Ohren hat zu hören, muss eigentlich vernehmen, dass es in Amerika eine zunehmende Distanz zu Deutschland gibt, eine Distanz, die sich nicht nur politisch auswirkt, sondern die sich mutmaßlich im wirtschaftlichen Bereich auswirken könnte.

(Willi Müller (CSU): Leider!)

Diese Schrift wird ja nicht von mir an die Wand gemalt. Wenn Sie in den letzten Wochen Zeitung gelesen haben, insbesondere Interviews, konnten Sie feststellen, dass maßgebliche Vertreter der deutschen Wirtschaft darauf hinweisen, dass Deutschland eine außerordentlich hohe Exportquote in die Vereinigten Staaten hat.

(Zuruf von der SPD: Was hat das damit zu tun?)

– Das hat sehr viel damit zu tun. Wenn Sie es noch immer nicht kapiert haben, dann muss ich Ihnen sagen: Wenn der Handel mit den Vereinigten Staaten gewaltig einbricht, stehen viele tausend Arbeitsplätze in Deutschland in Gefahr. Ich muss Ihnen hier offenbar Nachhilfeunterricht erteilen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Möstl (SPD): Billigste Polemik!)

– Jetzt meinen Sie, das sei billigste Polemik. Daran werde ich Sie in einigen Monaten, wenn die Probleme da sind, erinnern, wenn Sie mit Krokodilstränen kommen

und alle möglichen Beteiligten auffordern, etwas zur Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses zu tun, das heute von der SPD und zum Teil von den GRÜNEN mutwillig und vorsätzlich beschädigt wird. Das sind die Auswirkungen. Da können Sie noch so blöd lachen. Da muss ich Ihnen wirklich sagen, Politik ist eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Problemen, ist die Vorsorge vor Problemen und nicht Klamauk, wie Sie ihn hier offensichtlich veranstalten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss man sich hier beleidigen lassen? Das ist ein Skandal! „Blödes Lachen“ und „Klamauk“!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Frau Gote, ich bitte Sie, sich so zu verhalten, wie es dem Parlament angemessen ist.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da rügen Sie jetzt mich! Rügen Sie ihn! – Volkmann (SPD): Das ist der Missbrauch der Fragestunde! Der darf eine Regierungserklärung abgeben, und wir dürfen nicht einmal eine Frage stellen! – Spitzner (CSU): Regt euch doch nicht auf!)

**Staatsminister Huber (Staatskanzlei):** Entschuldigung, Herr Abgeordneter, ich darf Ihnen sagen: Ein Abgeordneter hat eine Frage gestellt, und ich habe die Frage beantwortet. Wenn Sie auf diese Frage gekommen wären, hätten Sie auch eine Antwort bekommen. Sie sind offenbar blind für die Probleme, die in der Oberpfalz bestehen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Spitzner.

**Spitzner (CSU):** Herr Staatsminister Huber, Sie haben gesagt, dass keine offiziellen Verlautbarungen aus dem Pentagon vorliegen.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Haben Sie keine Kabinettsitzungen mehr?)

Ist Ihnen bekannt, dass seit vorgestern – und das ist auch in den amerikanischen Medien entsprechend vermeldet – sehr glaubhafte Meldungen vorliegen, denen zufolge Verteidigungsminister Rumsfeld nach seiner Rückkehr aus München vorgestern, am Dienstag, die Order gegeben hat, alle im Haushalt 2003 stehenden Investitionsvorhaben in Deutschland einer kritischen Überprüfung hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu unterziehen?

Wissen Sie, dass sich bereits Anfang nächster Woche der einschlägige Ausschuss im amerikanischen Repräsentantenhaus mit diesem Thema beschäftigen wird?

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Staatsminister Huber (Staatskanzlei):** Ich verstehe nicht, warum Sie sich da überhaupt aufregen. Herr

Abgeordneter Spitzner hat das gleiche Fragerecht wie Sie. Sie beschäftigen sich da mit Nebensächlichkeiten. Ich wende mich nun den Problemen zu. Herr Spitzner hat als Abgeordneter der Oberpfalz eine ernsthafte Frage gestellt, die die Menschen in der Oberpfalz zu Recht bewegt.

Die Stimme der zitierten Sprecherin des Hauptquartiers Europa bestätigt diese mögliche Überlegung im Verteidigungsministerium. Ich möchte aber für das gesamte Hohe Haus nochmals sagen, dass der Staatskanzlei und der Staatsregierung bisher keine offizielle Äußerung vonseiten des amerikanischen Verteidigungsministeriums vorliegt. Aber wir nehmen das, was in der Öffentlichkeit und hier an einzelnen Äußerungen zu vernehmen ist, sehr ernst. Das scheint eine Evaluierung verschiedener Investitionen in ganz Europa zu sein. Man könnte zunächst einmal vermuten, dass dies eine allgemeine Überprüfung hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit darstellt.

Der politische Zusammenhang nach der Sicherheitskonferenz und der Zusammenhang mit den politischen Diskussionen in Europa gibt allerdings Anlass zu der Vermutung, dass es auch politische Überlegungen gibt, nämlich Zweifel an der Zuverlässigkeit von Partnern in Europa. Eigentlich sollten alle politisch Verantwortlichen in Deutschland – die Bundesregierung, auch wir und alle, die ihre politische Aufgabe ernst nehmen – alles tun, um Zweifel an der Zuverlässigkeit des NATO-Partners Deutschland auszuräumen. Dann würden möglicherweise solche Gefahren, wie etwa für die Investition in der Oberpfalz, nicht oder nicht in diesem Ausmaß bestehen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächster Fragesteller: Herr Odenbach, bitte.

**Odenbach (SPD):** *Herr Staatsminister, in welcher Höhe sind für die Leistungen der Beratungsagentur McKinsey im Zusammenhang mit der Erstellung und Verarbeitung des Zehn-Punkte-Programms zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung in Bayern Kosten angefallen und noch vorgesehen? In welchem finanziellen Umfang sind darin auch Berichterstattungen außerhalb des Ministerates vorgesehen?*

**Staatsminister Huber (Staatskanzlei):** Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Bei dem Zehn-Punkte-Papier der Unternehmensberatung McKinsey handelt es sich um eine Ideenskizze mit Handlungsoptionen, die zur Vorbereitung der Kabinettsklausur in Schloss Lautrach vom 4. bis 6. November 2002 erarbeitet wurde. Die Vergütung betrug einmalig 25000 €. Weitere Kosten fallen nicht an. Berichterstattungen sind nicht Vertragsgegenstand.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Zusatzfrage: Herr Odenbach.

**Odenbach (SPD):** Herr Staatsminister, welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus diesem Gutach-

ten, nachdem McKinsey eine sehr kritische Beurteilung der Politik der Staatsregierung vorgenommen und vor allem extreme regionale Disparitäten aufgezeigt hat?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Huber (Staatskanzlei):** Herr Abgeordneter, wenn Sie das gesamte Papier lesen, werden Sie feststellen: Es trifft nicht zu, dass hier eine extrem kritische Haltung zur Politik der Staatsregierung eingenommen wurde – im Gegenteil. Die Politik der Staatsregierung wurde in vielen Bereichen positiv dargestellt. In dem Papier wurden unter anderem regionale Disparitäten erwähnt und Vorschläge dazu gemacht. Die Staatsregierung ist ja nicht erst seit diesem Gutachten, sondern schon seit langer Zeit dabei, eine Politik zu betreiben, die die Entwicklung aller Landesteile in gleicher Weise nach vorne bringt. Ich darf für Oberfranken das Ertüchtigungsprogramm und die besondere Förderung für Hochfranken erwähnen. Wir sehen in diesem Papier McKinseys einige Anregungen, die wir in die laufende Arbeit der Staatsregierung aufnehmen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Zusatzfrage: Herr Odenbach.

**Odenbach (SPD):** Herr Staatsminister, beabsichtigt die Staatsregierung auch, dieses Papier den Mitgliedern des Landtags offiziell zur Verfügung zu stellen?

(Willi Müller (CSU): Sie haben es offensichtlich schon!)

**Staatsminister Huber (Staatskanzlei):** Eine offizielle Zuleitung an den Landtag ist nicht beabsichtigt; denn das Gutachten hat die Staatsregierung für ihre Arbeit erstellen lassen. Aber einzelne Abgeordnete, zum Beispiel Frau Kollegin Kellner, die sich mit der Bitte um Übersendung dieses Papiers an die Staatskanzlei gewandt haben, haben dieses ohne Verzögerung erhalten; es ist also kein Geheimpapier.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nun bitte ich den Herrn Staatssekretär für Wirtschaft, Verkehr und Technologie um die Beantwortung der nächsten Fragen. Fragestellerin ist Frau Gote.

**Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Frau Präsidentin, Herr Staatssekretär! Ich frage die Staatsregierung: Welche Ergebnisse erbrachte das für 2002 angekündigte Gutachten zu den Fahrgastpotenzialen und den Investitionskosten auf der Strecke Hof – Selb/Plößberg – Asch – Eger? Hat die Staatsregierung in Abstimmung mit der tschechischen Seite und den betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften mittlerweile eine Entscheidung über die Wiederaufnahme des Schienenverkehrs getroffen, und was hat die Staatsregierung seit Februar 2002 unternommen, um die Wiederinbetriebnahme der Strecke voranzutreiben?*

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, ich darf die Frage wie folgt beantworten. Im vergangenen Jahr gab es sowohl in Bayern als auch in Tschechien starke Bestrebungen auf kommunaler Seite, die nach der Wende stillgelegte Strecke zwischen Selb und Asch zu reaktivieren. Die tschechische Seite stellte sich zunächst hinter diesen kommunalen Wunsch und schlug der Bayerischen Staatsregierung ein gemeinsames, durch Interreg-Mittel gefördertes Gutachten vor. Bayern stimmte einer Mitfinanzierung eines solchen Gutachtens zu.

Die Zusage der Kofinanzierung durch die Europäische Union aus Interreg-Mitteln liegt mittlerweile vor. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft hat im Auftrag meines Hauses die Mitfinanzierung des bayerischen Anteils bereits im vergangenen Jahr verbindlich zugesagt. Allerdings fehlt bis heute die Zusage des tschechischen Anteils.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Zusatzfrage: Frau Gote.

**Frau Gote** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss aus Ihrem Bericht schließen, dass dieses Gutachten bis heute nicht vorliegt. Einige Fragen, die ich gestellt habe, wurden nicht beantwortet. Seit wann liegt die Zusage der EU einer Kofinanzierung vor? Wurde mittlerweile seitens der Staatsregierung eine Entscheidung getroffen, wie man mit dem Projekt weiterhin umgeht? Was wurde seit Februar 2002 ansonsten unternommen? Sie haben wohl nichts unternommen, sondern auf die Zusage Tschechiens gewartet.

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Frau Kollegin, Sie verwechseln dies mit dem Radetzky-marsch. Lassen Sie mich erklären. Es wird von Ihrer Seite immer moniert, dass – das ist äußerst interessant –, die Antworten zu lang seien; damit hat sich das Präsidium schon beschäftigt. Ich versuche, alles in eine relativ kurze Antwort hineinzupacken. Ich glaube, Sie haben mitgedacht. Ich sage nochmals: Es gab sowohl auf tschechischer als auch auf bayerischer Seite einschlägige Bestrebungen. Wir haben diese Bestrebungen unterstützt und gesagt, wir setzen bewusst auf Interreg-Mittel. Das Gutachten liegt mittlerweile vor. Die EU-Zusage ist da, und auch wir haben gesagt, wir machen mit. Die Tschechen, die gedrängt haben, taten bisher noch nichts. Wir haben in den letzten Wochen nicht nur einmal, sondern zigmal mit Tschechien Kontakt aufgenommen, um dieses Projekt nach vorne zu bringen. Auf die Antwort warten wir jetzt; bisher ist noch nichts geschehen. Sie wissen, dass in Tschechien eine Neuorganisation der Bahnen erfolgte und dass nunmehr die Regionen für den Schienenpersonennahverkehr zuständig sind; möglicherweise hängt dies damit zusammen.

Von Bayern aus sind alle Voraussetzungen geschaffen. Es hängt letzten Endes an der tschechischen Seite, die bisher noch keine definitive Zusage gegeben hat.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Eine weitere Zusatzfrage: Frau Gote.

**Frau Gote** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu brauche ich jetzt eine Klarstellung. Die Interreg-Mittel waren ja für das Gutachten vorgesehen. Sie sagten, die Zusage für die Erstellung des Gutachtens liege vor. Jetzt haben Sie aber gerade gesagt, das Gutachten liegt vor. Was liegt denn nun vor? Wenn das Gutachten schon vorliegt, wäre es auch einmal interessant, in der Region davon zu erfahren. Deshalb möchte ich Sie darum bitten, uns dieses Gutachten zuzuleiten; denn dann können wir auf der Grundlage dieses Gutachtens eine Entscheidung treffen. Habe ich jetzt Ihre Einlassung richtig verstanden, dass die Staatsregierung die Wiederaufnahme dieser Strecke will und auf der Grundlage eines Gutachtens, das mittlerweile vorliegt, befürwortet?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Die Tschechen müssen jetzt einmal erklären, was sie wollen.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es jetzt das Gutachten oder nicht?)

– Es liegt kein Gutachten vor. Frau Kollegin, ich hatte mich versprochen: Es liegt kein Gutachten vor. Wir jedenfalls haben der Mitfinanzierung des Gutachtens zugestimmt. Die tschechische Seite blockiert aber offensichtlich. Insoweit ist das Gutachten noch nicht erstellt worden.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ganz kennen Sie sich in diesem Fall auch noch nicht aus!)

– Frau Kollegin, ich darf es noch einmal klar und deutlich sagen. Für viele Strecken wird bei uns der Antrag auf ein Gutachten gestellt.

(Willi Müller (CSU): Das erstellt dann der Professor Sadlonowitsch!)

Hier geht es um die Frage der Finanzierung dieses Gutachtens. Wir haben dazu grundsätzlich Ja gesagt. Die tschechische Seite, die uns gedrängt hat, hat bisher nichts unternommen. Wir warten jetzt auf die Entscheidung der Tschechen. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen das Wissen, über welches wir verfügen, schriftlich zukommen zu lassen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Letzte Zusatzfrage: Frau Gote.

**Frau Gote** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es richtig, dass Briefe des Bundes Naturschutz in dieser Sache von Ihrem Ministerium nicht beantwortet wurden und dass auch ein Gesprächstermin, der vereinbart war, abgesagt wurde?

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Dazu kann ich jetzt nichts sagen. Da bin ich überfragt. Ich würde Ihnen aber gerne baldmöglichst eine schriftliche Antwort zukommen lassen.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darum bitte ich auch!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächster Fragesteller: Herr Volkmann.

**Volkmann (SPD):** *Herr Staatssekretär, nachdem die CSU-Fraktion im Rahmen der Debatte über den Transrapid in der Plenarsitzung am 28. Januar 2003 argumentierte, der geplante Transrapid habe unter anderem die Aufgabe, die Fahrgäste, die mit dem Zug nach München kommen, vom Bahnhof zum Flughafen zu befördern, frage ich, ob es bei der Staatsregierung jemals Pläne gegeben hat, den Fernverkehr der Bahn direkt an den Flughafen anzubinden, ob es derzeit noch solche Pläne gibt, und wenn ja, ob sie auch in Zukunft verfolgt werden sollen oder ob die Staatsregierung davon ausgeht, solche Pläne nicht mehr weiter zu verfolgen, damit der Transrapid nicht seine dringend benötigten Fahrgäste verliert.*

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Frau Präsidentin, Herr Kollege Volkmann! Neben dem Bau einer Verbindungsspanne zwischen dem Flughafen München und der Schienenstrecke München – Landshut, der so genannten Ostbayernanbindung, wird der Bau einer eigenen Verbindungsspanne von der Schienenstrecke München – Mühldorf über Erding zum Flughafen, der so genannte Erdinger Ringschluss, vorangetrieben. Die Verbindungsspannen würden die Fernverkehrs-anbindung des Flughafens aus Richtung Regensburg/Hof/Passau und aus Richtung Mühldorf/Salzburg ermöglichen, falls die Bahn auf diesen Strecken Fernverkehr betreiben will. Auf der Strecke Hof – Regensburg – München hat die DB AG den Interregio leider eingestellt. Sie betreibt damit auf dieser Strecke keinen Fernverkehr mehr.

Die Bayerische Staatsregierung hat die Verbindungsspannen im Rahmen der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans unter dem Sammelbegriff Großknoten München angemeldet. Die Staatsregierung wird nach der Konkretisierung der Planungen für die Verbindungsspannen die Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund über diese Verkehrs-anbindung des Flughafens fortführen.

Aufgrund der geographischen Lage des Flughafens ist eine vollständige Einbindung des Flughafens München in die bestehenden Fernverkehrskorridore der DB AG nicht möglich. Das gilt insbesondere für die künftige Hochgeschwindigkeitsstrecke München – Ingolstadt – Nürnberg und für den Fernverkehrskorridor München – Stuttgart, ebenso aber auch für die Strecken aus Garmisch bzw. aus Rosenheim. Die Bayerische Staatsregierung ist deshalb der Auffassung – Minister Wiesheu hat es ja heute dargelegt –, dass eine schnelle Shuttle-Verbindung zwischen dem Münchner Hauptbahnhof und dem Flughafen München verkehrlich zwingend geboten ist, um eine optimale Verknüpfung mit dem Fern- und Regionalverkehrsangebot der DB AG sicherzustellen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Zusatzfrage: Herr Volkmann.

**Volkmann (SPD):** Herr Staatssekretär, heißt das dann im Ergebnis, dass die Staatsregierung davon ausgeht, dass eine echte Anbindung des Flughafens an den Eisenbahnfernverkehr nicht angestrebt und geplant wird?

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege Volkmann, natürlich wäre eine solche Anbindung wünschenswert. Es gibt eine berühmte Aussage, welche wie folgt lautet: Müsste man den Flughafen neu planen und müsste man eine Stelle finden, an der die Fernverkehrs-anbindung nicht optimal ist, dann müsste man auf das Gelände des jetzigen Flughafens gehen. Tatsächlich ist es von Anfang an eine Schwäche dieses Flughafens, dass er nicht an einer Fernverbindungsachse liegt. Das muss man klar und deutlich sagen. Anders wäre es gewesen, wenn die Standortentscheidung für ein Gebiet in der Richtung Augsburgs oder an anderer Stelle im Münchner Norden gefallen wäre.

(Willi Müller (CSU): Er liegt doch an der Strecke München – Regensburg!)

– Aber nicht direkt an dieser Strecke.

Diese mangelnde Fernverkehrs-anbindung ist sicher ein Manko. Minister Wiesheu hat heute bereits dargelegt, dass man dieses Manko durch den so genannten Erdinger Ringschluss beheben will. Sie wissen auch, dass es in den letzten Wochen und Monaten Überlegungen gegeben hat, ob man die neue ICE-Verbindung aus Nürnberg über den Flughafen führen sollte. Gegen diese Lösung gibt es aber eine ganze Reihe von Argumenten. Eine solche Streckenführung wird auch Wirklichkeit werden.

Wir müssen daher versuchen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln eine optimale Lösung zu erreichen. Die optimale Lösung wird erreicht mit der Anbindung an die Strecke Mühldorf – Salzburg über die Erdinger Spanne und mit der Anbindung an die Strecke München – Landshut – Passau bzw. Landshut – Regensburg – Hof. Das können wir erreichen. Mehr wird mit Sicherheit nicht möglich sein, weil sonst eine neue Strecke gebaut werden müsste. Sie wissen selbst, dass auch Fernverkehrsstrecken, die neu gebaut werden müssen, Geld kosten. Sie brauchen genügend Akzeptanz. Ich würde hier sehr große Probleme sehen, dass eine solche Entscheidung überhaupt akzeptiert wird.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Eine weitere Zusatzfrage: Herr Volkmann.

**Volkmann (SPD):** Herr Staatssekretär, Sie gehen ja auch davon aus, dass die Strecke Salzburg – Mühldorf über Erding geführt werden kann. Auch Herr Wiesheu hat das heute früh so dargelegt. Weiter besteht eine sehr gute Anbindung des Flughafens an die Strecken aus Niederbayern und der Oberpfalz. Von diesen beiden Prämissen können wir bereits ausgehen. Ich würde aber

gerne noch von einer dritten Prämisse ausgehen. Man könnte doch von Pasing aus eine nach Norden abbiegende Schleife in die S-Bahn-Linie 1 führen, sodass auch Züge aus Richtung Stuttgart und Augsburg direkt den Flughafen anfahren können. Mit welcher Reduzierung des Fahrgastaufkommens zwischen Hauptbahnhof und Flughafen müsste man rechnen, wenn man alleine von diesen drei Prämissen ausgeht?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Herr Volkmann, ich gehe nur von den ersten beiden Prämissen aus. Die dritte Variante, die Sie angesprochen haben, ist von der Bahn nicht so weiterverfolgt worden, wie wir uns es auch einmal gewünscht haben. Ich glaube zwar, dass auch diese Verbindung in erheblichem Maße angenommen würde, aber nicht in dem Ausmaß, wie man es sich hier erhofft. Es gibt eine ganze Reihe von Gegnern, die diese Lösung ablehnen, weil sie direkt und nicht über den Flughafen nach München fahren wollen. Dies gilt insbesondere für Fahrgäste aus dem Bereich Moosburg und Landshut. Ein zusätzliches Fernverkehrsangebot können wir hier reaktivieren. Genaue Zahlen kann ich Ihnen jedoch nicht nennen. Ich werde Ihnen jedoch gerne mitteilen, was die entsprechenden Erhebungen und Untersuchungen ergeben haben.

**Volkman** (SPD): Dafür möchte ich mich bedanken. Als Letztes möchte ich Sie zusammenfassend wie folgt fragen: Verstehe ich Sie richtig, dass die Anbindung des Münchner Flughafens an die Fernbahn nicht die Qualität erreichen kann wie die Anbindung des Flughafens Frankfurt, welcher an den Fernverkehr unmittelbar angebunden ist?

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Ja, sicherlich. Das ist ganz klar. Bei diesem Flughafen ist das Gleis vorgelagert. Seine geografische Lage stellt eine viel bessere Voraussetzung dar, als dies beim Flughafen München der Fall ist. Dies ist völlig unbestritten, Herr Kollege Volkmann.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste Wortmeldung: Herr Hufe. Herr Hufe, wollen Sie Ihre Anfrage, die in schriftlicher Form gestellt ist, in ihrer Länge vorlesen oder darf Herr Staatssekretär direkt antworten? – Bitte, Herr Staatssekretär.

(Hufe (SPD): Mit großer Gestel!)

(Anm. d. Red.: Die Frage lautet wie folgt:

*Die Bahnstrecke von Bayreuth nach Warmensteinach im Fichtelgebirge wurde von der Bahn AG am 19. Juni 2001 stillgelegt. Zur Begründung wurde der schlechte Zustand der Strecke angeführt. Es wären laut Bahn AG 1994 Investitionen in Höhe von 7 Millionen DM, 1999 von 20 Millionen DM und später schließlich 60 Millionen DM nötig gewesen, um die Sicherheit der Strecke zu gewährleisten, so die Bahn AG. Nun plant die Deutsche*

*Regional-Eisenbahn, derzeitiger Besitzer der Strecke, diese so weit auszubauen, dass die Züge schließlich wieder bis Warmensteinach fahren. Begonnen wurde mit einer Einstiegsinvestition von 100 000 €, um den Betrieb bis Weidenberg zu garantieren. Um die Strecke vollständig zu renovieren, muss unter anderem eine Autobahnbrücke gebaut werden.*

*Ich frage die Staatsregierung: Erstens. Wird der Wiederaufbau der Strecke oder von Teilen der Strecke vom Freistaat Bayern bezuschusst? Wenn ja, in welcher Höhe? Zweitens. Werden durch den Wiederaufbau der Strecke verursachte Baumaßnahmen oder andere damit zusammenhängende Projekte vom Freistaat Bayern bezuschusst? Wenn ja, in welcher Höhe?)*

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): – Ich darf ebenfalls mit großer Geste antworten, Herr Kollege. Frau Präsidentin, Herr Kollege Hufe, eine Stilllegung der Strecke Bayreuth – Warmensteinach im Sinne des § 11 AEG ist nicht erfolgt. Vielmehr wurde der Abschnitt Weidenberg – Warmensteinach im Jahr 1983 und der Streckenabschnitt Bayreuth – Weidenberg im Juni 2001 aufgrund technischer Mängel gesperrt. Die Ertüchtigung der Strecke Bayreuth – Warmensteinach ist seit Jahren Verhandlungsgegenstand mit der DB Netz AG und seit der Abgabe der Strecke an die Deutsche Regional-Eisenbahn Gesellschaft, kurz DRE, im November 2001 mit dieser.

Bis zur Abgabe der Strecke an die DRE wurde eine Finanzierung auf der Grundlage des § 8 Absatz 2 des Bundesschieneausbaugesetzes angestrebt. In diesem Falle hätte sich der Freistaat Bayern seinerzeit mit einem Tilgungszuschuss an den Kosten beteiligt. Die Hauptlast – das haben wir immer klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht – der Streckensanierung muss aber bei der DB AG und dem Bund verbleiben. Sie tragen letzten Endes laut Grundgesetz dafür die Verantwortung. Im Laufe der Planungen wurden von der DB Netz AG die Kosten von 28,8 Millionen DM auf 62,1 Millionen DM hochgerechnet. Auf diesem Kostenniveau zeigte die DB Netz AG an der Umsetzung der Maßnahme letztlich kein unternehmerisches Interesse mehr. Die DRE hat den seit Juni 2001 aus betrieblichen Gründen gesperrten Streckenabschnitt Bayreuth – Weidenberg am 6. Mai 2001 nach Erfüllung der vom Eisenbahnbundesamt zur Wiederherstellung der Befahrbarkeit gemachten Auflagen wieder in Betrieb genommen. Die dazu erforderlichen Investitionen erfolgten aus Eigenmitteln der DRE.

Mit der Abgabe der Strecke an die DRE ist eine Förderung gemäß § 8 Absatz 2 des Bundesschieneausbaugesetzes die Grundlage entzogen. Eine Mitfinanzierung, wie oben beschrieben, wäre möglich. Herr Kollege Hufe, Voraussetzung ist aber, dass die Hauptlast der Finanzierung nach wie vor von der DB AG bzw. vom Bund getragen werden würde. Unserer Meinung nach kann es nicht angehen, dass von der DB AG eine Strecke bis hin zur Sperrung vernachlässigt wird und sich dann die Bahn AG durch Übertragung der Strecke an Dritte ihrer Verantwortung entzieht und auf diesem Wege entgegen der grundgesetzlichen Regelung plötzlich das



Land in der Verantwortung stünde. Das kommt schon aus Gründen der Bezugsfallwirkung nicht in Betracht. Ich weiß: Auch in anderen Bundesländern, ganz gleich, welche Regierungen sie haben, sieht man dies ähnlich wie wir.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Gibt es Zusatzfragen? – Herr Hufe, bitte.

**Hufe (SPD):** Herr Staatssekretär, warum hat die Beantwortung dieser Frage fast ein Jahr gedauert, wenn sie relativ einfach ist?

(Willi Müller (CSU): Weil Sie so schwierige Fragen stellen!)

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege, ich entschuldige mich dafür – ich sage das klar und deutlich. Wir bemühen uns in unserem Haus wirklich – das wird das Parlament bestätigen müssen –, die Beantwortungen zeitgemäß vorzunehmen. Ich entschuldige mich ausdrücklich dafür, dass dies in diesem Fall nicht so ist. Ich kenne die näheren Gründe nicht. Ich darf aber darauf hinweisen – das wissen Sie auch –, dass gerade meine Mitarbeiter in der Verkehrsabteilung, die Mitarbeiter der Bayerischen Eisenbahngesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes unter Dauerstress stehen. Wir sind unwahrscheinlich gefordert.

Aufgrund der Übertragung des Schienenpersonennahverkehrs auf die Länder im Zuge der Privatisierung der Bahn haben wir in Bayern immerhin tagtäglich knapp 6000 Zugverbindungen zu organisieren. An uns und an die Eisenbahngesellschaft kommen permanent Anfragen, gerade auch im Zusammenhang mit der S-Bahn. Die Mitarbeiter sind total überlastet. Deshalb kann es einmal vorkommen, dass eine Antwort nicht rechtzeitig gegeben wird. Ich entschuldige mich nochmals dafür und bitte Sie, wenn so etwas vorkommt, im Ministerbüro oder beim Staatssekretär anzurufen, damit wir den Missstand beseitigen und die Beantwortung einer vielleicht liegengebliebenen Anfrage etwas beschleunigen können.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste Wortmeldung: Frau Gote.

**Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Staatssekretär, die Wiederbelebung der Strecke wurde im Jahr 2002 schon auf einen guten Weg gebracht; Züge fahren bereits. Die Strecke wurde nur im Zuge des Autobahnneubaus teilweise unterbrochen und auf Busersatzverkehr umgestellt. Da wir mit den Beteiligten vor Ort von einer anderen Situation ausgehen, als Sie sie geschildert haben, möchte ich gerne wissen: Welche konkreten Zusagen sind denn seitens des Ministeriums im Jahre 2002 Landrat Dietel und der DRE als Betreiber der Strecke hinsichtlich einer finanziellen Beteiligung an einer hoffentlich in Angriff zu nehmenden Wiederherstellung der Schienenstrecke gemacht worden?

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Ich möchte zunächst einmal das große Engagement des Landkreises hervorheben. Landrat Dietel hat sich muntergütig verhalten. Wir wären froh und glücklich, wenn eine solche Sensibilität und ein solches Engagement derjenigen vor Ort auch in allen anderen Teilen Bayerns vorhanden wären. Ich habe keine Unterlagen darüber, welche konkreten Zusagen unter den von Ihnen aufgestellten Prämissen gemacht worden sind. Ich lasse Ihnen dies gerne schnellstmöglich mitteilen.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Beantwortung der Fragen. Die nächsten Fragen richten sich an Herrn Staatsminister Dr. Schnappauf. Ich darf ihn bitten, Herr Kollege Hartenstein, Sie stellen die nächste Frage.

**Hartenstein (fraktionslos):** *Herr Staatsminister Dr. Schnappauf, an welchen Orten in Bayern sind in den letzten Jahren nach entsprechenden Hochwasserereignissen Proben von Überschwemmungsflächen auf polychlorierte Dibenzodioxin- bzw. polychlorierte Dibenzofuran-Gehalte, also auf Dioxingehalte untersucht worden, welche Höchstwerte an Toxizitätsäquivalenten pro Kilogramm wurden dabei jeweils an den einzelnen Entnahmestellen festgestellt, und wie beurteilt die Staatsregierung die aus den angegebenen Konzentrationen resultierende Gefährdung der betroffenen Bevölkerung bei gärtnerischer Nutzung entsprechender Böden?*

**Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium):** Herr Präsident, Herr Kollege Hartenstein, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten drei Jahren wurden keine Proben von Überschwemmungsflächen auf Dioxine und Furane untersucht. Derartige Untersuchungen wurden an der Elbe durchgeführt, weil dort vermutet wurde, dass aus einem überschwemmten Industriegebiet in Tschechien Dioxine und Furane ausgetreten sind. Solche Ereignisse, also entsprechend konkrete Anhaltspunkte waren in Bayern jedoch nicht zu verzeichnen. Daher gab es auch keine Veranlassung für derartige Untersuchungen.

Ich will aber gerne noch hinzufügen, dass wir beim Pfingsthochwasser 1999 ein umfangreiches Bodenmonitoring-Programm an über 100 Überschwemmungsflächen durchgeführt haben. Dabei wurden Mineralölkohlenwasserstoffe und Schwermetalle als Indiz für eine generelle Belastung über die Sedimentfracht sowie an einzelnen Stellen polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe untersucht. Die MKW-Gehalte in Böden gingen an den meisten Standorten innerhalb weniger Wochen deutlich zurück. Die PAK-Gehalte zeigten keine besonderen Auffälligkeiten. Die Schwermetallgehalte lagen im Bereich der natürlichen Hintergrundgehalte. Daher wurde aus dem Untersuchungsprogramm die Schlussfolgerung gezogen, dass es durch dieses Ereignis zu keiner nachhaltigen Erhöhung der Stoffgehalte überschwemmter Böden gekommen war. Dioxine und Furane wurden nicht untersucht, weil es, wie schon gesagt, dafür keine konkrete Veranlassung gab.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Zusatzfrage: der Fragesteller.

**Hartenstein** (fraktionslos): Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, dass bei der Anhörung „Bodenschutz in Bayern“, die am 15. November 2001 im Landtag behandelt wurde, dieses Thema angesprochen worden ist? Ich hatte damals nachgehakt und die Auskunft bekommen, dass in Oberfranken, im Stadtrand-Bereich von Hof, PCDD/PCDF-Werte von mehr als 5 Nanogramm Toxizitätsäquivalente pro Kilogramm festgestellt worden seien. Dies wurde damit begründet, dass sich die Orte im Überschwemmungsbereich der Saale befänden. Aus meiner Sicht hätte in den letzten Jahren also durchaus Anlass dafür bestanden, weitere Untersuchungen durchzuführen.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Herr Präsident, Herr Kollege Hartenstein! Die Unterlagen zu dieser Interpellation sind Ihnen übermittelt worden. Ihnen ist sicherlich auch die Bestandsaufnahme der Böden in Bayern bekannt. Diese ist in dem entsprechenden GLA-Fachbericht veröffentlicht worden. Somit liegt ein umfangreiches Bodenmonitoring für Bayern vor, das Anfang der Neunzigerjahre erstellt wurde. Wir haben derzeit über 200 Dauerbeobachtungsflächen, die uns einen guten Überblick über die Situation der Bodenbelastung in Bayern geben. Im Zusammenhang mit der Überschwemmung – darauf bezog sich Ihre Frage – war bayernweit kein Anlass für weitere Untersuchungen gegeben. Wenn Sie zu dem von Ihnen angesprochenen Fall Hof weitere Informationen wünschen, biete ich Ihnen an, diese über die Verwaltung nachzureichen.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Zusatzfrage: Herr Kollege Hartenstein.

**Hartenstein** (fraktionslos): Herr Staatsminister, hat es in der Vergangenheit – abgesehen von dem von mir genannten Beispiel – Dioxinuntersuchungen nach Hochwasserereignissen gegeben?

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Herr Kollege Hartenstein, ich habe diese Frage bereits insofern beantwortet, als ich auf den Bericht des geologischen Landesamtes und auf die Bestandsaufnahme „Böden“ hingewiesen habe. Dort wurden auch Dioxinuntersuchungen aufgeführt. Nach einem Überschwemmungsereignis – das ist wohl der Kern Ihrer Nachfrage – wird eine anlassbezogene Untersuchung nur durchgeführt, wenn hinreichend konkrete Anhaltspunkte für eine Dioxinbelastung gegeben sind. Diese lagen bei den angesprochenen Überschwemmungen nicht vor. Deshalb war nach der Überschwemmung keine Dioxinuntersuchung veranlasst.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Die nächste Frage stellt Frau Kollegin Kellner.

**Frau Kellner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Herr Staatsminister, ich frage die Staatsregierung: Wie bewertet die Staatsregierung die Aussage des für die Stadt Landshut tätigen Gutachters, dass es bei der erforderlichen Neuausweisung des Trinkwasserschutzgebietes fachlich geboten sein kann, die Schutzziele zu reduzieren, zum Beispiel durch Baugebietsausweisung, um die Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erhöhen?*

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Herr Präsident, Frau Kollegin Kellner! Eine solche Äußerung des für die Stadtwerke Landshut tätigen Gutachters, Herrn Dr. Prösl, ist dem Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen nicht bekannt. Der Landshuter Stadtrat hat in seiner Sitzung am 31. Januar 2003 Folgendes beschlossen:

In mehreren Gesprächen mit dem amtlichen Sachverständigen, dem Landesamt für Wasserwirtschaft, wurde jedoch eine Bebauung in der III-b-Schutzzone im Rahmen des vom Stadtrat genehmigten Flächennutzungsplanes für verträglich gehalten.

Das Abstimmungsergebnis ist Ihnen sicher bekannt. Das Stimmenverhältnis war 23:8. Es ist davon auszugehen, dass sich der Gutachter in ähnlicher Weise geäußert hat. Von einer Reduzierung der Schutzziele kann daher keine Rede sein, zumal ein Verbot der Neuausweisung von Baugebieten in der Schutzzone III b in der aktuellen Version der „Musterarbeitshilfe Schutzgebietskatalog“ ohnehin nicht vorgesehen ist. Wegen der nicht sehr mächtigen Deckschichten im Bereich der Trinkwassergewinnung war diese recht weitgehende Auflage in einem zwischenzeitlich von den Stadtwerken zurückgezogenen früheren Schutzgebietsvorschlag für die Zone III b enthalten. Dabei wäre eine bereichsweise und moderate Ausweisung von Baugebieten und Baulückenschließungen aus fachlicher Sicht über Ausnahme genehmigungen durchaus möglich gewesen.

In Abstimmung mit dem amtlichen Sachverständigen hat man sich nun entschlossen, die für eine Bebauung möglichen Gebiete in der Zone III b von vornherein darzustellen. Aus fachlicher Sicht ist dies grundsätzlich vertretbar, ohne die Schutzziele zu reduzieren. Das wurde mir versichert. Eine Detailprüfung der einzelnen Bereiche bleibt selbstverständlich dem wasserrechtlichen Verfahren vorbehalten. Die Abgrenzung der möglichen Bebauung dient der Planungssicherheit für die betroffenen Grundstückseigentümer und somit einer besseren Klarheit im Verfahren.

Das bisherige Vorgehen der Stadt Landshut mit Stadtwerken und Gutachter ist aus der Sicht der Staatsregierung nicht zu beanstanden. Die genaue Festlegung des Wasserschutzgebietes mit einem individuellen, an die örtlichen hydrogeologischen Verhältnisse angepassten

Schutzgebetskatalog, bleibt dem wasserrechtlichen Verfahren vorbehalten.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Zusatzfrage, Frau Kollegin Kellner.

**Frau Kellner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, dass die Schutzgebietsausweisung geändert werden musste, da sich – aus mir unerfindlichen Gründen – offensichtlich der Wasserstrom verändert hat? Halten Sie es daher nicht für angezeigt, die größtmöglichen vorbeugenden Maßnahmen zu ergreifen? Schließlich könnte sich der Wasserstrom noch einmal verschieben. Dann würden dort jedoch Häuser stehen. Ich frage Sie, wie Sie in diesem Fall die Einhaltung des Trinkwasserschutzes gewährleisten wollen.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Herr Präsident, Frau Kollegin Kellner! Der neuen Einschätzung liegen konkrete aktuelle hydrogeologische Gutachten zugrunde. Außerdem wurde ein mathematisches Grundwassermodell erstellt. Auf der Basis dieser aktualisierten Informationen ist diese Abgrenzung und Ausweisung vorgenommen worden. Ich gehe also davon aus, dass eine konkrete und hinreichend belastbare Daten- und Informationsbasis vorliegt.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin Kellner.

**Frau Kellner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, würden Sie mir grundsätzlich darin bestimmen, dass der Vorrang des Trinkwasserschutzes vor anderen möglichen Begehrlichkeiten gewährleistet sein muss?

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Frau Kollegin Kellner, Sie wissen, dass ich Ihnen grundsätzlich immer gerne beistimme.

(Hofmann (CSU): Vorsicht!)

– Sie sehen, dass dies auf erhebliche Bedenken des Hohen Hauses stößt. Das Landesamt für Wasserwirtschaft hat diesen Vorgang fachlich begleitet. Aus der Sicht unseres Hauses sind die Schutzziele und damit das Ziel der Sicherung der Qualität des Trinkwassers nicht beeinträchtigt. Wenn das Schutzziel nicht beeinträchtigt wird, sind in den abgegrenzten Teilbereichen auch bauliche Entwicklungen möglich. Dabei muss jedoch im Detail geprüft werden, ob diese Entwicklungen zulässig und verträglich sind.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Staatsminister, ich bedanke mich bei Ihnen. Die Fragestunde ist leider zu Ende.

(Hofmann (CSU): Das bedaure ich außerordentlich!)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich die Wahlergebnisse der vorhin durchgeführten Richterwahlen bekannt. Das war der Tagesordnungspunkt 7. Zunächst zum Wahlvorschlag Andreas Polloczek mit dem Gegenkandidaten Guido Kotschy: An der Wahl haben 153 Abgeordnete teilgenommen. Dabei entfielen 94 Stimmen auf Herrn Polloczek, 49 Stimmen auf Herrn Kotschy, neun Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Nun zum Wahlvorschlag Frau Dagmar Schuchardt: An der Wahl haben 153 Abgeordnete teilgenommen. Auf Frau Schuchardt entfielen 124 Stimmen. Mit Nein stimmten 12 Abgeordnete. 17 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Nun zum Wahlvorschlag Dr. Hans Jürgen Zimniok mit dem Gegenkandidaten Ernst Burger: An der Wahl haben wiederum 153 Abgeordnete teilgenommen. Ein Stimmzettel war ungültig. Auf Herrn Dr. Zimniok entfielen 93 Stimmen. Für Herrn Burger stimmten 50 Abgeordnete. Neun Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Frau Dagmar Schuchardt sowie die Herren Andreas Polloczek und Dr. Hans Jürgen Zimniok zu berufsrichterlichen Mitgliedern des Verfassungsgerichts gewählt hat.

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 10

#### Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Als ersten Dringlichkeitsantrag rufe ich auf:

#### Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Radermacher, Marianne Schieder und Fraktion (SPD)

#### Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung (Drucksache 14/11620)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Schieder.

**Frau Marianne Schieder** (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle, jedenfalls diejenigen, die sich mit Bildungspolitik beschäftigen, wissen, dass es einen enormen Bedarf an Ganztagsangeboten an Schulen gibt. Gerade hier in Bayern haben wir einiges aufzuholen, wenn wir wirklich ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagschulen aufbauen wollen, wenn wir wirklich wollen, dass überall dort, wo Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer dieses wünschen, ein derartiges Angebot zur Verfügung steht. Dafür gibt es ein Investitionsprogramm der Bun-

desregierung mit dem Titel „Zukunft Bildung und Betreuung“. Damit werden den Ländern erhebliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Auch das Land Bayern wird von diesen Mitteln einen – beträchtlichen – Teil erhalten.

Nun ist es wirklich an der Zeit, dass die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern auch vom Land Bayern unterzeichnet wird. Man darf sich hier nicht hochnäsiger zurücklehnen und sagen, dass man das Geld vom Bund nicht wolle, dass man sich nicht dreinreden lassen wolle, sondern man muss dieses Angebot der Bundesregierung wirklich annehmen und sich ein Konzept überlegen, wie dieses Geld bei uns sinnvoll eingesetzt werden kann.

Dieser Antrag zielt darauf ab, dass dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, also dem zuständigen Fachausschuss, ein solches Konzept vorgelegt wird und dass die Kommunen und Schulträger umgehend davon unterrichtet werden, wann und unter welchen Umständen dieses Geld beansprucht werden kann. Ich betone: Dabei geht es uns nicht darum, wie uns manchmal unterstellt wird, flächendeckend Ganztagschulen einzurichten, sondern wir wollen bedarfsgerecht Angebote schaffen; wir wollen, dass dort Ganztagschulen eingerichtet werden, wo sie gewünscht und benötigt werden.

Es ist eine hervorragende Leistung der Bundesregierung, dafür Geld zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld sollte nun auch in Anspruch genommen werden. Erst am Dienstag hatten wir eine Sitzung des Schulausschusses unseres Kreistags, wo ein Vertreter der Regierung der Oberpfalz bestätigt hat, dass diese Angebote dort, wo sie bestehen, von den Schülern, den Eltern und den Lehrern hervorragend angenommen werden, dass bei den Lehrkräften dort eine viel größere Berufszufriedenheit herrscht, dass Schülerinnen und Schüler Schule anders erleben und auch die Eltern eine gewisse Erleichterung erfahren, wenn sie wissen, dass der Unterricht, der am Vormittag erteilt worden ist, am Nachmittag vertieft werden kann, und dass es nach Schulende zu Hause keinen Stress durch Hausaufgaben gibt.

Ich appelliere an Sie, ein derartiges Konzept zu erarbeiten – die Sache ist dem Ministerium und der Staatsregierung schon lange bekannt – und es dem Ausschuss vorzulegen. Dem Ausschuss soll konkret dargelegt werden, wie diese Mittel eingesetzt werden können, so dass der Fachausschuss darüber diskutieren kann und die Schulträger und Kommunen den Aufbau eines derartigen Angebots in Angriff nehmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schneider.

**Siegfried Schneider (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Vorlauf dieses Dringlichkeitsantrags mutet wie eine unendliche Geschichte an. Nach den ersten Ankündigungen auf Bundesebene gab es bereits einen SPD-Antrag vom 06. 12. 2002. Zu dieser Zeit war noch gar nicht richtig bekannt, was in dieser Vereinbarung stehen soll. Dennoch hat man schon

Zustimmung dazu eingefordert. Am 06. 02., also in der letzten Woche, war der SPD-Antrag im Ausschuss. Die SPD hat ihn zurückgezogen, weil man nicht wusste, was in der Vereinbarung drinsteht. Kaum hat die Bundesregierung den Entwurf einer Vereinbarung veröffentlicht, kommt schon der nächste Antrag – ein Dringlichkeitsantrag! –, einem Entwurf zuzustimmen.

Wir alle wissen, dass Entwürfe etwas Vorläufiges sind und deshalb erstellt werden, damit man sich anschließend darüber auseinandersetzen kann, ob diese Zielvereinbarung in diesem Wortlaut realisiert werden soll. Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt werden muss, wenn erst ein Entwurf vorliegt und Gespräche mit den Länderministern und -ministerinnen erst noch stattfinden werden. Ich sage für die CSU-Fraktion: Es ist nicht sinnvoll, einem solchen Antrag bereits jetzt zuzustimmen; daher werden wir ihn ablehnen.

Inhaltlich werden wir uns, auch in den Fachausschüssen, dann auseinandersetzen, wenn nicht nur ein Entwurf, sondern die Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vorliegt. Finanzhilfen werden nur für Investitionen angekündigt. Es gibt keine Antwort darauf, wer die Personalkosten und die Betriebskosten übernimmt. Es ist auch nicht klar, wie weit die Kommunen in der Lage sind, die geforderten 10% an diesen Investitionskosten zu tragen.

Auf das Thema der Ganztagsbetreuung will ich jetzt nicht eingehen, weil wir darüber schon intensiv diskutiert haben. Der Freistaat gibt bis zum Jahr 2006 300 Millionen € für den Ausbau von bedarfsgerechten Ganztagsbetreuungsangeboten aus. Dazu stehen wir. Über die Bedeutung dieser Angebote besteht kein großer Dissens. Wir lehnen einen Dringlichkeitsantrag ab, in dem wir aufgefordert werden, dem Entwurf einer Vereinbarung zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das verstehen wir jetzt nicht, Herr Schneider!)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Münzel.

**Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den prinzipiellen Unterschied zwischen der CSU-Position und der Position der GRÜNEN zur Ganztagschule und zur Ganztagsbetreuung klarstellen. Wir machen uns für die Ganztagschule stark; denn wir wollen nicht nur eine Betreuung, sondern auch bessere Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler.

Die Ganztagsbetreuung ist nämlich, wie schon der Name sagt, nur eine Betreuung und leistet einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das ist zwar richtig und wichtig, ist uns aber zu wenig. Die Ganztagschule dagegen bietet eine große pädagogische Chance, weil sie ein anderes Lernen, Unterrichten und Üben ermöglicht. Sie gibt mehr Zeit für intensive moderne Lernformen, für Projekte, Patenschaften und

Schülerfirmen. Die wollen Sie ja eigentlich auch, aber ich frage mich, wie die in unserer Halbtagschule zu realisieren sind. Unterricht und Spiel, Spannung und Entspannung wechseln sich ab, weil der Stoff nicht mehr im Eiltempo von 45 Minuten eingepackt werden muss. Die Ganztagschule bietet die ganz große Chance, die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Die Verbesserung der Qualität des Unterrichts ist ja auch Voraussetzung dafür, dass die Leistungen aller Schülerinnen und Schüler gesteigert werden.

Wir sind der Ansicht, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler in eine Ganztagschule gehen müssen, aber das Angebot muss sehr viel größer werden. Die Ganztagsbetreuung verlängert zwar die Zeit, die Kinder und Jugendliche an der Schule verbringen, aber sie führt nicht zu einer neuen Qualität des Unterrichts und des Lernens. Wenn die Staatsregierung auf die Ganztagsbetreuung setzt, verspielt sie eine große pädagogische Chance, und zwar aus Gründen der Finanzen. Bei der Ganztagsbetreuung werden nämlich die Kommunen mit in die Finanzierungspflicht genommen. Das wollen wir nicht. Wir sagen: Das ist Bildung, deren Kosten vom Freistaat getragen werden müssen, nicht von den Kommunen.

Nun gibt es vom Bund Mittel für Investitionen. Ein Entwurf liegt vor. Wir alle wissen, dass diese Mittel nur für Investitionen, nicht für Personal ausgegeben werden dürfen; das ist doch klar.

Ich finde, wir sollten uns darüber freuen, dass der Bund Mittel zur Verfügung stellt. Wir sollten nicht herummäkeln, sondern zugreifen im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler. Die Zuständigkeit für Bildung geben wir damit noch lang nicht an den Bund ab. Sie bleibt selbstverständlich bei uns. Dafür werden wir uns weiterhin stark machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Hohlmeier.

**Staatsministerin Hohlmeier** (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich ehrlich bin, muss ich sagen, als ich den Dringlichkeitsantrag gelesen habe, habe ich mir gedacht, das wäre eine Steilvorlage für die CSU-Landtagsfraktion, aber nicht für die Oppositionsparteien im Bayerischen Landtag, da auch die Verwaltungsvereinbarung, die von Frau Bulmahn in der dritten Vorlage vorgestellt worden ist, nicht befriedigen kann. Die ersten beiden Vorlagen haben wir gar nicht bekommen; wir haben sie nur intern über Kanäle erhalten, die keine offiziellen waren. Dabei haben wir erst einmal erfahren, was in einer Verwaltungsvereinbarung unter Umständen drinstehen könnte. Die ersten Entwürfe waren eine regelrechte Katastrophe und stießen auf den massiven Widerstand sowohl der A-Länder als auch der B-Länder, die in einer geschlossenen Front gegen den Bund standen.

Auch mit der vorliegenden Verwaltungsvereinbarung sind die SPD-regierten Länder und die rot-grün regierten Länder vom Tenor her nicht einverstanden. Das ist der Opposition in Bayern anscheinend entgangen. Die Situation ist so, dass sämtliche Länder Deutschlands der Auffassung sind, dass die versprochenen 4 Milliarden € über die Umsatzsteuer an die Länder gegeben werden sollten, damit diese das Geld für die Ganztagsangebote dort verwenden können, wo es notwendig ist. Die Entscheidung, ob das Geld für Personalkosten, für Betriebskosten oder für Räume ausgegeben wird, sollte den Ländern vorbehalten bleiben und nicht vom Bund getroffen werden.

Jetzt gibt es ein 4-Milliarden-Programm, das vier Jahre gelten soll. Dann hört die Förderung auf. Anschließend müssen die Länder und die Kommunen für das vom Bund für vielleicht 100 000 € pro Schule bestellte Programm das Zehn- bis Zwanzigfache an Personalkosten und Betriebskosten im dauerhaften System bezahlen. Sie hier im Bayerischen Landtag ununterbrochen von Konnexität sprechen. Dabei stelle ich mir, offen gestanden, die Frage, was das für eine Konnexität sein soll, wenn der Bund etwas bestellt und anschließend die Länder und die Kommunen allein dafür aufkommen.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen ganz genau, dass bei den Kommunen bis auf einige Ausnahmen nicht die Räume das Problem sind, sondern die Finanzierung der Personalkosten und der Betriebskosten.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Aber auch!)

– Wir sind in Bayern etwas fortschrittlicher gewesen, als das in Ihren Ländern der Fall ist. Wir haben das schon längst in die Schulfinanzierung hineingenommen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch lächerlich!)

– Wissen Sie was: Ihr 4-Milliarden-Programm ist ein richtiger Rohrkrepierer, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist ein Rohrkrepierer, weil Ihre großen Ankündigungen im Wahlkampf, dass Sie phantastische Ganztagschulen schaffen werden, damit enden, dass Sie glatt die Mensa und den Mehrzweckraum bezahlen; aber die kompletten Kosten für qualitativ hochwertige Ganztagsangebote und Ganztagschulen tragen Länder und Kommunen und sonst niemand. Das ganze Programm ist ein Riesenpopanz.

(Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wie wäre es denn mit dem klugen Vorschlag gewesen, den A-Länder und B-Länder geteilt haben? – Ihre Kollegen Kultusminister sind mit uns einer Meinung, dass diese 4 Milliarden € in Umsatzsteuerpunkten an die Länder hätten gegeben werden sollen und für Personal, Betriebskosten und Räume hätten ausgegeben werden sollen, je nachdem, wie sich die Länder entscheiden.

Wenn Ihre Kollegen von der SPD dieser Meinung sind, dann sollten Sie in Bayern endlich einmal für Bayern Partei ergreifen und nicht Steigbügelhalter für die rot-grüne Regierung in Berlin spielen. Das wäre wesentlich vernünftiger.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt nicht!)

– Frau Werner-Muggendorfer, Sie können nachher reden. Vielleicht hören Sie einmal zu: Das gehört nämlich auch zum demokratischen Verhalten, das man in der Schule lernen soll. Man soll zuhören können und anschließend reden. Dafür gibt es das Rednerpult; das steht anschließend zur Verfügung.

(Gartzke (SPD): Es gibt keine Benimm-Noten mehr!)

Frau Schieder, ich freue mich, dass Sie gesagt haben, dass die Ganztagsangebote hervorragend angenommen werden. Das stimmt tatsächlich. Sie sagten, dass auch die Lehrer sehr zufrieden und die Eltern erleichtert seien und dass die Schüler Hilfe erhalten würden. Das widerspricht allerdings dem, was Frau Münzel gesagt hat. Es ist aber richtig, was Frau Schieder gesagt hat. Tatsächlich ist es so, dass sich auch die Unterrichtsqualität im Zusammenhang mit den Ganztagsangeboten verbessert, weil die Schüler in speziellen Bildungsbereichen extra Förderangebote erhalten und sich die Lehrer in der Sache stark engagieren. Daneben finden die Schüler ein sinnvolles freizeitpädagogisches Angebot vor.

Frau Münzel, Sie verwenden immer wieder bewusst das Wort „Betreuung“. In der heutigen Zeit wissen wir aber schon lang, dass Erziehung, Bildung und Betreuung sowie Förderung zusammengehören. Das eine gibt es nicht ohne das andere. Kein Mensch will Aufbewahranstalten, und unsere Ganztagsangebote sind dies auch nicht. Darüber hinaus haben wir inzwischen auch einige Ganztagschulen. Wir werden sie am Freitag vorstellen. Frau Bulmahn sagt, an jeder dritten Schule soll eine Ganztagschule entstehen. Interessant an der Verwaltungsvereinbarung ist für mich, dass man unter Ganztagschule auch das Ganztagsangebot Bayerns versteht. Das heißt, für die Bundesbildungsministerin ist das Ganztagsangebot Bayerns eine Ganztagschule im Sinne der Verwaltungsvereinbarung des Bundes. Deshalb sollte man hier vorsichtig sein.

(Frau Marianne Schieder (SPD): Darum ändern Sie jetzt den Titel in „Ganztagsangebote“!)

– „Ganztagsangebote“ haben wir zu Anfang gesagt, und das werden wir auch in Zukunft sagen, dabei bleibe ich. Ich habe das von Anfang an gesagt. Ich habe meine Diktion nie verändert. Die Bundesbildungsministerin hat ihre Diktion allerdings schon verändert. Sie nannte das zuerst „offene Ganztagschule“. Ich bin einverstanden. Wie immer man es nennt, es ist ein qualitativ hochwertiges Angebot, das wir unterbreiten.

Frau Münzel, es stimmt schlichtweg nicht, dass die Ganztagschule immer die bessere Unterrichtsqualität

bietet. Das ist nicht wahr. Man kann an einer Halbtagschule einen genauso exzellenten Unterricht durchführen, wie man das an einer Ganztagschule kann. Letztlich kommt es auf die Schüler an. Es gibt Schüler, die Ganztagschulen brauchen, weil sie bei einer ganztägigen schulischen Förderung und einer Rhythmisierung des Unterrichts besser lernen können. Für diese Schüler eröffnen wir in Zukunft in größerem Ausmaß die Chance, eine Ganztagschule besuchen zu können. Aber die Abqualifizierung der Ganztagsangebote, die oftmals eine hervorragende Qualität haben, ist schlicht falsch.

Die Verwaltungsvereinbarung ist ein reines Raumprogramm. Mit der Qualität von Schule, mit der Finanzierung von Personal, mit einer Zukunftsinvestition in die Bildung und mit einer besseren Ausstattung der von Ihnen ruinierten Kommunen hat das ganze Programm sehr wenig zu tun.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU.

(Unruhe – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist nicht die Mehrheit!)

– Entschuldigung, ich habe mitgezählt, bin aber unterbrochen worden. Wir geben der CSU die Gelegenheit, ihre Mehrheit zu beweisen.

(Zuruf von der CSU: Die Kultusministerin haben wir auch noch!)

– Jetzt ist noch ein Staatsminister gekommen. Ich glaube, jetzt liegt die Mehrheit eindeutig bei der CSU. Ich stelle fest, dass der Dringlichkeitsantrag mit knapper Mehrheit abgelehnt ist. Wird das bezweifelt? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so entschieden.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Kellner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Subventionsabbau in Bayern (Drucksache 14/11621)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Ach, Sackmann und anderer und Fraktion (CSU)**

**Ziele des Abbaus von Subventionen sowie der Deregulierung und des Bürokratieabbaus weiterverfolgen (Drucksache 14/11633)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Wortmeldungen? – Herr Kollege Dr. Runge.

**Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, nicht sehr zahlreich anwesende Kolleginnen und

Kollegen! Der Herr Finanzminister ist auch noch unterwegs, wie mir gerade gesagt wurde; ich hoffe, er trifft demnächst ein, weil speziell sein Ressort betroffen ist.

Am vergangenen Montag gab es große Demonstrationen in Berlin und München. Unter dem Motto „Jetzt reicht ‚s“ haben sich Handwerker, Kleinunternehmer, vor allem waren es auch Bauern, auf die Straße begeben. Diese Demo war und ist Teil einer Kampagne, die zurzeit unter dem Motto „Aufbruch jetzt“ stattfindet, die von breiten Kreisen der Wirtschaft getragen bzw. unterstützt wird. Unter anderem werden in der Kampagne 100 Tage lang Anzeigen in der berühmten Wirtschaftsfachzeitung „Bild“ geschaltet, daneben macht man auch sehr viel über das Internet. Ziele der Initiative sind Subventionsabbau, Vereinfachung des Steuerrechts, Eindämmung unnötiger bürokratischer Hemmnisse, Reformierung der sozialen Sicherungssysteme und Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Einzelne Abgeordnete der CSU sind am Montag mitmarschiert, andere haben diese Kampagne unterstützt. Auch wir sagen ganz klar: Wir stehen hinter den Zielen, die ich eben aufgelistet habe. Der Freistaat Bayern soll hier mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb haben wir den Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem wir die Staatsregierung auffordern, einen Katalog der Subventionen des Freistaates vorzulegen, welche ihrer Meinung nach mittelfristig gestrichen oder gekürzt werden können. Daneben haben wir noch eine Bitte, die den Subventionsbericht betrifft: Wir hätten gerne alle Subventionen, alle Finanzierungshilfen des Freistaates in diesem Bericht. Wir finden immer wieder einige, die im Subventionsbericht nicht enthalten sind, aber im Haushaltsplan schon. Außerdem wäre es für uns, Herr Finanzminister, schön, wenn wir tatsächlich die Ist-Zahlen vorfinden und nicht immer nur Soll-Ansätze.

Gehen wir zum Thema der Kampagne „Aufbruch jetzt“, zurück. Da muss man ganz klar festhalten: Selbstverständlich sollen die Verbände und die Unternehmen hier mit gutem Beispiel vorangehen, gerade die Verbände und Unternehmen, die am Montag mit dabei waren, und diejenigen, die die Kampagne tragen bzw. unterstützen. Wir freuen uns genauso wie die Kolleginnen und Kollegen von der SPD auf sinnvolle Vorschläge des Bayerischen Bauernverbandes zum Subventionsabbau. Wir begrüßen und fordern es sogar ein, dass unsere Kammern – die sind ein Hort der Regulierung und Bürokratie – mit gutem Beispiel vorangehen und beispielsweise die Zwangsmitgliedschaft infrage stellen. Auch sie sollten sich selbst an der Nase packen und sagen: Es kann nicht richtig sein, dass wir unseren Mitgliedsunternehmen – Zwangsmitgliedern – über diverse kommerzielle Betätigungen Konkurrenz machen. Qualitätsmanagement, Qualitätssicherung, Umweltmanagement, Ideenmanagement, Wissensmanagement: Überall werden Schulungen und Seminare angeboten, was gleichzeitig aber auch kleine Unternehmen machen.

Die skizzierten Forderungen richten sich gerade an Bayern. Gerade in Bayern sind Bürokratie- und Subventionsabbau notwendig, weniger Staat und weniger Filz. Bei Staatswirtschaft und Interventionismus ist Bayern ganz oben. Ich denke an CD-Pilz und Dorfhelferinnen, Deut-

scher Orden, Maxhütte, Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft, Kirch. Das sind alles wunderbare Beispiele, wo der Staat massiv reingelangt und danebenge-langt hat; das gilt es zu beenden. Wir sollten uns in dieser Forderung einig sein.

Zur Steuerpolitik: Es gibt einerseits wahrlich gute Gründe, um über unser Steuersystem zu lamentieren. Es gibt zu viele Steuerarten, zu viele Schlupflöcher, es gibt viel zu wenig Transparenz. Auf der anderen Seite sollte man auch die Fakten zur Kenntnis nehmen. Die Steuerquote in Deutschland ist mit die niedrigste aller Dienstleistungs- und Industriegesellschaften. Fakt ist auch, dass die deutschen Unternehmen – ganz egal, ob es Kapitalgesellschaften oder Personengesellschaften sind – schon weitaus höhere Steuern zahlen mussten, als sie es heute tun.

Zum Subventionsabbau: Es ist kein Geheimnis, dass wir gerade dieses hier in Bayern immer wieder anmahnen. Es gibt zahlreiche Subventionen, die in unseren Augen nicht notwendig sind; ich mache jetzt nicht für Sie die Hausaufgaben und bringe jetzt selbst den Katalog, obwohl ich einen ganzen Paken Beispiele dabei habe. Ich erinnere nur an die 128 Mark, die früher für jeden Fluggast auf der Strecke von Hof nach Frankfurt/Main aufgrund des Verkehrsdurchführungsvertrags gezahlt wurden. Mittlerweile ist der Betrag noch aufgestockt worden mit der schönen Begründung im Haushaltsplan, dass der Deckungsbeitrag höher geworden sei. Das passt noch nicht einmal von der Logik zusammen. Auf jeden Fall sind noch mehr Subventionen dafür eingestellt worden. Ich erinnere an die milliardenschwere Subventionierung der Flughafengesellschaft München über Gesellschafterdarlehen, welche weder getilgt noch verzinst werden. So gibt es zahlreiche andere Beispiele.

Wir freuen uns über den Antrag der CSU-Fraktion; ich habe ihn mir angeschaut. Es gibt in meinen Augen tatsächlich keinen Grund, ihn abzulehnen. Wir werden ihm zustimmen, auch wenn darin auf den Bund verwiesen wird. Selbstverständlich gibt es auch beim Bund Handlungsbedarf. Dass wir uns darüber freuen, hat einen Hintergrund. Gerade ist von der Bürokratie die Rede – Kollege Rotter weiß schon zum Teil, was jetzt kommt –, wir haben reihenweise Paradebeispiele für unsinnige Bürokratie in Bayern. Kollegin Münzel sitzt hier, dann muss ich dieses Beispiel bringen. Das bayerische Weinabsatzförderungsgesetz bedeutet eine zweite Zwangsabgabe für die bayerischen Winzer und sorgt für ein Mehr an Bürokratie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Wirtschaftsausschuss werden immer wieder Anträge der CSU beraten, die eigentlich nach noch mehr Bürokratie schreien, zum Beispiel „Anforderungen an Versicherungskaufleute“. In der letzten Sitzung haben wir diesen schönen Antrag – ich hole ihn schnell hervor –, „Tourismus in Bayern fortentwickeln – Qualitätssicherung durch Sachkundenachweis“ beraten. In den folgenden Bereichen soll ein Sachkundenachweis gefordert werden: Hygiene, Infektionsschutz, Jugendschutz, Betriebswirtschaft, Marketing. Dieser Nachweis ist jeweils nicht

durch irgendeine Teilnahmebestätigung zu bekommen, sondern da müssen Prüfungen abgelegt werden.

Das passt nicht zusammen: auf der einen Seite plakativ nach Bürokratieabbau zu schreien und gleichzeitig reihenweise Anträge zu stellen, die für mehr Bürokratie sorgen.

Ein letztes kleines Beispiel: Ich erinnere mich, dass letztes Jahr im Plenum an dieser Stelle ein Kollege der CSU ganz heftig über die Bauabzugssteuer lamentiert hat. Der Bund hätte wieder für unnütze Bürokratie gesorgt. Ich habe mich sehr darüber gewundert und habe gefragt, ob der Kollege die Grundlagen und die Geschichte der Bauabzugssteuer kennt. Die Bauabzugssteuer ist letztlich auf Initiative des Freistaates Bayern über den Bundesrat eingeführt worden. Es ist immer das gleiche Spiel: Man führt erst etwas ein, um es hinterher madig zu machen.

Fazit: Wir meinen, dass wir sowohl versuchen sollten, unnötige bürokratische Hemmnisse einzugrenzen, als auch an die Diskussion herangehen sollten, Finanzierungshilfen abzubauen. Dies sollte man auf allen Ebenen tun – Bund, Länder und Gemeinden. Der Antrag richtet sich vor allem an die Bayerische Staatsregierung. Reformen sind in Deutschland dringend notwendig. Es darf aber nicht so sein, was wir immer wieder erleben, dass man immer nur zur anderen Seite zeigt und versucht, seine eigene Klientel vor Einbußen und Einschnitten zu schützen. Letztlich muss hier alles offen gestellt werden.

Deswegen werden wir selbstverständlich unserem Antrag zustimmen, aber heute auch dem der CSU-Fraktion.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sackmann.

**Sackmann (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verwaltungsreform und Entbürokratisierung – das darf ich für die CSU-Fraktion feststellen – ist eine zentrale politische Daueraufgabe, die wir als solche auch gestalten. In diesem Zusammenhang verweise ich auf zahlreiche Initiativen der CSU-Fraktion und auf den jüngsten Beschluss des Landtags auf der Drucksache 14/10894 zur Entbürokratisierung, in dem wir unsere Leitlinien dargestellt haben. Ich verweise vor allem darauf, dass Kollege Franz Meyer als Leiter der Arbeitsgruppe „Verwaltungsreform“ und auch sein Vorgänger im Amt, Engelbert Kupka, und viele Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion in den letzten Jahren vieles angestoßen und Neues auf den Weg gebracht haben.

Zu dem Thema, das wir im Dringlichkeitsantrag aufgenommen haben, gehört auch, dass wir die Staatsquote senken wollen. Wir haben den Haushalt so aufgestellt, dass er unter dem geplanten Wirtschaftswachstum steht. Damit senken wir die Staatsquote. Wir haben auch den Abbau von Subventionen nicht nur im Antrag aufgegriffen sondern auch schon umgesetzt.

Ich verweise vor allem auf die zurückliegenden Haushaltsberatungen, wo wir schon Verschiedenes konzentriert, Schwerpunkte gesetzt und Programme zusammengefasst haben und vieles andere mehr. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg und auch gut vorwärts gekommen.

Ich bitte deswegen das Hohe Haus um Zustimmung zu unserem Antrag. Gleichzeitig möchte ich Herrn Kollegen Dr. Runge sagen, dass wir die Idee Ihres Antrags zwar für richtig halten, den Weg aber zum Teil nicht akzeptieren können.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schieder?

**Sackmann (CSU):** Nein, ich möchte meine Ausführungen fortsetzen. Er kann sich nachher zu Wort melden.

(Werner Schieder (SPD): Feigling!)

Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN aus dem ganz einfachen Grund ab, weil die Forderung, einen Subventionskatalog aufzustellen, wieder neue Bürokratie bedeutet.

(Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Forderung ist berechtigt!)

Diese Forderung schafft neue Bürokratie und weitere zentrale Wahrnehmung von Aufgaben. Die CSU-Fraktion ist der Meinung, dass wir streichen und konzentrieren sollten. Wir glauben auch, dass es richtig wäre, nicht nur den Freistaat Bayern aufzufordern, sondern mit unserem Antrag, den wir als zielgerichtet erachten, auch auf die Bundesebene einzuwirken.

Wir wollen grundsätzlich, dass überflüssige Normen und bürokratische Hemmnisse abgebaut werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einige Dinge eingehen. Es gibt viele Statistiken, die in dieser Form nicht gebraucht werden. Dabei appelliere ich an uns selbst. Vor kurzem habe ich eine Anfrage eines Abgeordneten – ich sage nicht welcher „Fakultät“ – in die Hand bekommen, in der ganz dezidiert nachgefragt wurde, wie viele Schüler in welchen Klassen, Regionen oder Landkreisen es gibt. Ich hätte dazu gerne die Anfrage gestellt, wie viele Mann- oder Frau-Stunden in der Verwaltung notwendig waren, um diese Frage überhaupt zu beantworten. Auch wir sollten uns bei manchen Dingen zurücknehmen und uns Gedanken machen, ob diese oder jene Anfrage oder dieser oder jener Antrag nötig ist. Es nützt nichts, die einzelnen Parteien zu benennen. Wir müssen uns alle an die eigene Nase fassen.

Eine Problematik, die der Gemeindetag aufgegriffen hat, muss schnell gelöst werden, nämlich dass die Kommunen umfangreiche Fragen beantworten müssen, um gegenüber dem Finanzamt klarzumachen, dass zum Beispiel ihre Kindergärten kommunale Kindergärten sind. Es müssen berechnete Forderungen zum Bürokratieabbau weitergegeben werden. An diese Dinge müssen wir herangehen und sie verändern.



Richtungweisend war die Änderung der Bauordnung. Hier haben wir in den Kommunen viel erreicht. Ministerpräsident Dr. Stoiber hat in seiner letzten Regierungserklärung angekündigt, dass er betreffend die Bauordnung weitere Schritte unternehmen möchte. Das ist echte Umsetzung von Entbürokratisierung zugunsten der Bürger und zur Verbilligung vieler Baumaßnahmen.

Mit unserem Dringlichkeitsantrag vom Winter letzten Jahres haben wir vor allem gefordert, dass Generalklauseln Vorrang vor Detailregelungen haben sollen. Das ist ein entscheidender Ansatz. Wir wollen insgesamt, dass Normen nur dann erlassen werden, wenn sie zwingend notwendig sind. Inzwischen sagt die Staatsregierung klar, dass vor Einführung einer Norm bewiesen werden muss, dass sie dringend notwendig ist. Das ist ein richtiger Weg. Wir werden diese zentrale Aufgabe weiter wahrnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine rasche und tiefgreifende Entbürokratisierung, um ökonomische Potenziale zu nutzen und Fesseln lösen zu können. Wir haben das Leitbild der neuen Sozial- und Bürgerkultur. Wir wollen der Eigenverantwortung den Vorrang einräumen. Wir wollen die Eigenverantwortung für die persönliche Lebensgestaltung. Das heißt, dass den Bürgern insgesamt eine größere Verantwortung für sich, die Mitmenschen und das Gemeinwesen auferlegt wird. In diese Richtung geht unser Dringlichkeitsantrag. Ich bitte Sie um Unterstützung dieses Antrags.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schieder.

**Werner Schieder (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Kollege Sackmann bedauerlicherweise mir nicht genehmigt hat, eine Zwischenfrage zu stellen, möchte ich anlässlich meiner Wortmeldung die Gelegenheit nutzen, um ein Problem, das mich durchaus bewegt, aufklären zu helfen.

Das Sprichwort sagt, man solle keine Katze im Sack kaufen. In dem „schönen“ CSU-Antrag ist davon die Rede, dass die „Subventionen konsequent abgebaut“ werden sollen. Ich möchte von Ihnen, Herr Kollege Sackmann – oder von wem aus der CSU-Fraktion auch immer – gerne wissen, was Sie damit meinen. Es sagt sich leicht, dass man Subventionen abgebaut haben wolle. Als jemandem, der beispielsweise jahrelang den Agrarhaushalt im Haushaltsausschuss betreut hat und jetzt auch einige Jahre lang den Etat des Wirtschaftsministeriums, sind mir durchaus große Summen bekannt, die in den beiden Etats als Subventionen stecken. Das wird auch jährlich im Bericht der Staatsregierung dargestellt.

Bevor ich einem solchen Antrag zustimme, möchte ich wissen, was Sie meinen. Nur so kann man es den Leuten erklären; denn auch die Bürgerinnen und Bürger sagen gerne, dass Subventionen abgebaut werden müssten. Wenn man aber darauf hinweist, dass sie auch betroffen seien, dann sehen die Dinge anders aus. Um

es konkret zu machen, Herr Kollege Sackmann: Sagen Sie uns doch bitte, ob Sie meinen, dass die nicht geringen Summen für die regionale Wirtschaftsförderung für Unternehmen in Bayern davon betroffen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Sackmann (CSU))

– Nun gut, ich will es nur wissen. Ich will Ihnen weder etwas einreden noch Ihnen einen Ratschlag erteilen. Ich möchte es nur gerne wissen.

(Zuruf des Abgeordneten Sackmann (CSU))

Mindestens so sehr würde mich interessieren, ob Sie mit dem Abbau von Subventionen auch die Subventionen für die Landwirtschaft meinen.

(Sackmann (CSU): Das ist keine große Subvention!)

Das ist einer der größten Bereiche. Mit meiner Fragestellung möchte ich darauf, ob die Subventionen berechtigt sind, gar nicht eingehen. Das wäre eine eigene Debatte.

(Sackmann (CSU): Ihre Meinung wäre aber interessant!)

– Ich erkläre sie Ihnen gerne, wenn Sie sie wissen wollen.

Jetzt möchte ich aber erst, dass der Antragsteller, der locker sagt, er wolle den konsequenten Abbau der Subventionen betreiben, Ross und Reiter nennt.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Dazu müsste ein Gedanke dafür verschwendet worden sein, was gemeint ist!)

Die Frage muss legitim sein. Ansonsten können Sie nicht verlangen, dass wir dem Antrag zustimmen. Eine Antwort ist Ihnen anheim gestellt. Sie können sich auch feige aus der Affäre ziehen und nichts sagen. Das ist Ihnen unbenommen.

Ich möchte von Ihnen wissen – ansonsten gibt es meinerseits keine Zustimmung zu dem Antrag –, ob Sie einen Bereich, der in Rede steht – zum Beispiel den Agrarbereich – damit meinen. Ich muss Ihnen die Zahlen im bayerischen Haushalt nicht schildern. Sagen Sie bitte, ob Sie auch diese Subventionen meinen oder ob Sie diese ausdrücklich ausschließen wollen.

Also soviel Ehrlichkeit und Klarheit muss ich schon noch, denke ich, von einem Haushaltspolitiker verlangen dürfen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Sackmann (CSU))

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege Dr. Runge hat sich noch einmal gemeldet.

**Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte doch noch

einmal bei Herrn Kollegen Sackmann dafür werben, unserem Antrag zuzustimmen. Herr Kollege Sackmann und Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Wir haben bewusst Formulierungen, die man oft vorfindet, wie „die Bemühungen der Bundesregierung sollen unterstützt werden“ vermieden. Solche Dinge werden Sie in unserem Antrag nicht finden. Wir haben uns ausschließlich auf die Finanzierungshilfen des Freistaates Bayern konzentriert. Sie müssen jetzt mitnichten einen großartigen neuen Katalog erarbeiten. Es gibt den Subventionsbericht vom Finanzminister, wenn auch die meisten Kolleginnen und Kollegen das erstaunlicherweise nicht wissen. Erstaunlicherweise war er auch nicht in der Bibliothek, aber dem wird jetzt abgeholfen. Es geht uns nur darum – Herr Schieder hat es schon erwähnt –, dass wir konkrete Vorschläge wollen, wo der Subventionsabbau in Bayern stattfinden soll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Gartzke (SPD): Und welche Auswirkungen das hat!)

Ich habe schon einige Beispiele genannt. Ich habe 20 oder 30 Ideen dabei. Aber ich möchte Ihnen nicht vorgehen. Eines sagen wir aber ganz klar: Es kann nicht angehen – und jetzt bin ich bei der letzten Rede des Ministerpräsidenten an dieser Stelle, die gerade einmal zwei Wochen her ist –, dass man die Sanierung der öffentlichen Haushalte und den Subventionsabbau fordert und im gleichen Atemzug Krokodilstränen über jede geplante Verringerung von Steuervergünstigungen vergießt und gleichzeitig weitere Milliarden vom Bund für Prestigeprojekte fordert. Das passt nicht zusammen. Deshalb sagen wir: Gehen Sie doch einmal mit gutem Beispiel voran.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Staatsminister Prof. Dr. Fallthäuser. Bitte schön.

**Staatsminister Prof. Dr. Fallthäuser** (Finanzministerium): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN fordert zweierlei, und zwar zum einen einen Katalog von Subventionen des Freistaates Bayern vorzulegen, der Maßnahmen enthält, die nach Auffassung der Staatsregierung mittelfristig gestrichen oder verringert werden können, und zum anderen werden Änderungen am Subventionsbericht angemahnt.

Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Ich glaube, wir alle in diesem Hause sind – ich hoffe es wenigstens – der Auffassung, dass Subventionsabbau eine Daueraufgabe ist. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb wiederholt massive Anstrengungen unternommen, Subventionen im eigenem Bereich abzubauen. Der Ministerrat hat, wenn ich das als Beispiel sagen darf, im Zuge der Verwaltungsreformen am 29. Juni 1999 beschlossen, dass die Förderprogramme im Freistaat grundsätzlich zeitlich befristet aufzulegen sind. Sie kennen das Stichwort sunset legislation. Grundsätz-

lich haben wir eine zeitliche Befristung, was bedeutet, dass man in einen neuen Erklärungszwang kommt, wenn man das Programm neu auflegt.

Die von der Staatsregierung eingesetzte Projektgruppe Verwaltungsreform hat in den letzten Jahren alle Förderöpfe überprüft und erheblich reduziert. Ich weiß dies deshalb noch so gut, weil ich den Bericht am 20. April 1998 dem Haushaltsausschuss in meiner damaligen Funktion als Leiter der Staatskanzlei vorgelegt habe.

Der Subventionsabbau ist natürlich in der Praxis ständiger Gegenstand der Haushaltsverhandlungen. Da geht es um die entsprechenden Pakete der Subventionen und Fördermaßnahmen. Wenn Sie einsparen und knappe Haushalte fahren wollen, dann müssen Sie gerade hier ansetzen. Wir beginnen jetzt schon wieder mit der Aufstellung des Nachtragshaushaltes 2004. Wir sind permanent dabei, alles kritisch zu überprüfen.

In dem Zusammenhang würde ich doch bitten, mit zu überlegen, dass man Subventionsabbau eigentlich zu jeder Tag- und Nachtzeit betreiben sollte. Man sollte nicht heute über Subventionsabbau reden und einen Antrag im Parlament einbringen und am nächsten Tag wieder neue Subventionen für irgendwelche Richtungen selbstverständlich fordern.

(Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stoiber! Stoiber!)

Wenn wir dann Nein sagen, dann spricht man schnell von Benachteiligungen der eigentlich mit diesen Subventionen bedachten Gruppen. Wir haben Ihnen, insbesondere von der SPD, wiederholt in diesem Hause eine Gesamtliste vorgehalten. Ich erinnere mich an eine entsprechende Erklärung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Manfred Ach, über die Gesamtsumme Ihrer Forderungen in den letzten Jahren. Also, bitte schön, bleiben Sie bei der Wahrheit. Wir brauchen auf der einen Seite den Subventionsabbau, auf der anderen Seite aber auch Beschränkungen bei der Forderung nach neuen Maßnahmen.

Ich darf noch etwas zu dem formalen Punkt sagen. Die GRÜNEN fordern in ihrem Antrag, einen Katalog von Subventionen des Freistaates vorzulegen. Ich darf doch daran erinnern, dass dieser Subventionsbericht sehr erhellend ist. Den gibt es seit 1986, und er wird zu jedem Doppelhaushalt vorgelegt, sauber aufgegliedert und ist sehr aufschlussreich. Man kann nachprüfen, wie viel der eine oder andere Bereich bekommt. Dann kann man ganz konkret prüfen, was man abbauen will. Es gibt immer sehr starke Damen und Herren in der Wirtschaft, die alle Subventionen streichen wollen. Wenn man dann aber genau nachliest, dann fragt man sich doch, ob man tatsächlich die Förderung von Wohnungen für Behinderte ohne weiteres streichen will. Oder will man in unserem Agrarland Bayern tatsächlich alle Agrarsubventionen streichen, damit die Bauern noch mehr unter Druck geraten, als sie es ohnehin durch die Bundesregierung schon sind?

Ich empfehle, Herr Kollege Runge, eine vertiefte Befassung mit diesem Subventionsbericht. Ich kann Ihnen

ankündigen, dass der neue Subventionsbericht im März kommt. Wir werden im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wiederum intensiv alle Subventionen auf ihre Rechtfertigung und ihre Höhe hin überprüfen.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Runge?

**Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser** (Finanzministerium): Selbstverständlich.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege Dr. Runge, bitte.

**Dr. Runge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Staatsminister, kann es sein, dass es Ihnen entgangen ist, unseren Antrag zu lesen? Denn in dem Antrag wird gefordert, einen Katalog mit Kürzungsvorschlägen vorzulegen. Dann äußern wir einige Bitten in Bezug auf Ihren Bericht, den wir sehr zu schätzen wissen.

(Sackmann (CSU): Machen Sie selber Vorschläge!)

Konkret hätten wir zum einen gern alle Finanzierungshilfen aufgenommen. Einige finde ich nicht in diesem Katalog. Zum anderen hätten wir gerne zum Vergleich die Ist-Zahlen im Subventionsbericht. Im Übrigen kann ich Ihnen hinterher noch einige Beispiele nennen, wo Ihnen Ihr Kollege Otto Wiesheu heftig widerspricht und behauptet, es handle sich nicht um Subventionen. Das betrifft gerade die größten Brocken.

**Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser** (Finanzministerium): Es gehört zum Charakter derjenigen, die die Subventionen erstreiten, dass sie generell behaupten, es handle sich dabei nicht um Subventionen.

(Lachen bei der SPD – Gartzke: Das ist wahr! – Zuruf von der SPD: Sonnleitner!)

Ich kenne kaum einen Bereich, von dem nicht gesagt würde, dass es sich nicht um eine Subvention handle. Dabei haben wir, wenn ich es recht in Erinnerung habe, eine sehr gute Definition in diesem Subventionsbericht. Danach werden in dem Subventionsbericht Finanzhilfen erfasst, die der Staat ohne marktwirtschaftliche Gegenleistung Unternehmen und privaten Haushalten gewährt, um sie zu einem vonseiten des Staates gewünschten Verhalten zu veranlassen, zum Beispiel zu nationaler Energiegewinnung und -verwendung.

Also da ist ziemlich präzise umschrieben, was unter Subvention zu verstehen ist. Ich weise darauf hin, dass es natürlich eine Reihe von Subventionsbüchern gibt – etwa die unserer Freunde vom Bund der Steuerzahler –, die wesentlich umfangreichere Abgrenzungen haben. Sie beziehen alles Mögliche mit ein, aber das ist nach meiner Ansicht nicht so ohne Weiteres nachvollziehbar.

Subventionen haben wir in zwei Bereichen, einerseits bei den Finanzhilfen auf allen Ebenen und andererseits

bei den steuerlichen Subventionen. Die steuerlichen Subventionen sind – im Übrigen auf Bundesebene im Wesentlichen einkommensteuerliche Subventionen – mittlerweile schon sehr stark ausgewunden. Ich habe bisher dreimal in derartigen Subventionsabbaukränzchen mitgewirkt. Bei dem ersten haben wir damals 19,4 Milliarden DM herausgewungen, das zweite Mal 7 Milliarden und das dritte Mal waren es 3,4 Milliarden – wenn ich mich richtig erinnere. Heute betrifft die größte Subvention – es gibt immer noch Leute, die sagen, da sei unglaublich viel drin – die Arbeitnehmer unmittelbar. Sonntags-, Nacht- und Feiertagszuschläge betragen, wenn ich es richtig im Kopf habe rund 2 Milliarden €. Die übrigen Maßnahmen sind alle weit weniger gewichtig, das heißt, die steuerliche Subvention muss man sich auf breiter, breiter Ebene im Einzelnen zusammensammeln.

Das, was Sie meinen, Herr Runge, dass man über diesen Transparenz gebenden Bericht hinaus auch noch eine Liste dessen aufstellt, was wir abbauen wollen, ist das Geschäft unseres täglichen Arbeitens im Haushaltsausschuss. Dazu stellen wir unsere Haushalte auf. Sie sind dazu auch immer eingeladen und in die Haushaltsberatung eingebunden, Frau Kellner. Sie gestalten doch aktiv und hörbar – wie auch jetzt – die Haushalte jeweils mit und sind daran beteiligt, Subventionen entsprechend abzubauen.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der Haushaltsausschuss gerade vor kurzem eine erhebliche Anstrengung zum Subventionsabbau auf sich genommen hat. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung haben wir im Haushaltsausschuss nach der November-Steuerschätzung insgesamt in allen Ministerien zusammengekommen alleine 300 Millionen ganz konkreter Einsparungen vorgenommen. Diese gehen auch an Subventionstatbestände heran. Ich kann mich nicht erinnern, Herr Runge, dass dafür von der Opposition jeweils Beifall kam, sondern es kam eher Protest: Wie kommt ihr denn dazu, diese oder jene Einsparung vorzunehmen?

Die Kampagne „Aufbruch jetzt“, die zitiert wurde – sie fordert Subventionsabbau, Vereinfachung des Steuerrechts und Eindämmung unnötiger Bürokratie –, ist eine Kampagne, die dem Finanzminister hilft und die die Bemühung der Bayerischen Staatsregierung unterstützt, weiterhin Bürokratieabbau zu betreiben und die Subventionen auf einem möglichst niedrigen Stand zu halten. Insofern halte ich es für zielführend, dass wir weiterhin – wie bisher – sehr präzise, transparent und im Zeitablauf übersichtlich alle Subventionsmaßnahmen auflisten. Dann können wir uns Punkt für Punkt auf politischer Ebene darüber unterhalten, wo wir abbauen. Nur so scheint es mir sinnvoll zu sein.

Ein Allerletztes: Die eigentlichen großen Beträge – insbesondere auf der Ebene des Bundes, aber auch durchschlagend auf die Landesebene – sind nicht in dem engen Bereich dessen enthalten, was wir Finanzhilfen nennen, sondern sie sind Ausfluss gesetzlicher Maßnahmen im sozialen Bereich. Zu Größenordnungen: Nehmen Sie den Bundeshaushalt, dort werden von 100 € bereits 31,50 €, also 31,3% an Quersubventionierung an die Rentenversicherung bezahlt. Da sehen Sie, wie wichtig es ist, die Rentenversicherung zu reformieren.

Man ist sofort bei 43% des Bundeshaushalts, wenn man die Arbeitslosenhilfe mit dazunimmt, die der Bund bezahlt. Man kommt schnell zu 50% des gesamten Bundeshaushalts in einer Größenordnung von etwa 250 Milliarden € durch entsprechende Gesetzgebungsmaßnahmen. Wenn ich bei den Haushaltsaufstellungen mit dem einen oder anderen Haus ein Problem habe, dann auch aufgrund entsprechender Automatismen, z.B. in der Jugendhilfe oder bei der Pflege, aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, die eine ungeheure Dynamik in unserer Gesellschaft bewirken – in der die Leute immer älter und dabei aber nicht unbedingt gesünder werden.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schieder?

**Staatsminister Prof. Dr. Fallthäuser** (Finanzministerium): Nein, ich bin schon beim Schluss. – Das sind die eigentlichen Probleme, vor denen wir stehen. Wenn wir von Strukturproblemen in unserem Land reden, die angepackt werden müssen, dann meinen wir vor allem diese gesetzlichen Strukturprobleme, die angegangen werden müssen. Dies erfordert Mut, und genau diesen Mut vermisste ich bei der Bundesregierung – aber nicht nur ich, sondern auch die Europäische Kommission ebenso wie die informierte Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kellner.

**Frau Kellner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, so einfach kommen Sie hier nicht davon. Wissen Sie, es mag ja noch sein, dass Sie und Ihre Beamten prüfen, ob man eine Subvention abbauen kann. Aber bei dem Prüfen bleibt es, weil Sie auf dem Weg vom Finanzministerium in die Staatskanzlei der Mut verlässt, denn es gibt dort – ja, Herr Huber – begnadete Subventionierer. Das sind der Herr Ministerpräsident und der Herr Staatskanzleiminister. Die gefallen sich in der Rolle der Landesfürsten, die da allen geben, und zwar immer vor den Wahlen.

(Ach (CSU): Das stimmt nicht!)

Herr Fallthäuser, ich habe Sie aufgefordert, bei den Haushaltsberatungen habe ich gesagt: Jetzt können Sie zeigen, ob Sie als Reformierender oder als Rasenmäher enden wollen. Sie sind als Rasenmäher geendet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ach (CSU): Leisten Sie doch Ihren Beitrag!)

Herr Ministerpräsident Stoiber hat es ja ganz ehrlich gesagt. Zum Steuerepaket der Bundesregierung hat er gesagt: Es ist vollkommen falsch, über das Streichen einzelner Subventionstatbestände nachzudenken, er würde es vorziehen, überall ein bisschen was wegzunehmen. Was ist denn das? – Das ist Feigheit! Man sagt: Jetzt geht es uns schlecht, da muss jeder 5 bis 10% hergeben, und dann ist alles weiter wie gehabt. Aber so

macht man keine Reformen. Das ist auch nicht unsere Auffassung davon, wie man einen modernen Staat regieren soll.

(Ach (CSU): Welchen Beitrag haben Sie denn bisher geleistet?)

– Herr Kollege Ach, gehen wir doch gleich einmal in einzelne Bereiche hinein. Man sieht ja: Die Stunde der Wahrheit kommt immer dann, wenn man im Haushaltsausschluss beschließen könnte, das oder jenes wird abgebaut. Wir hatten ja passenderweise, Herr Kollege Ach, letzte und vorletzte Woche den Bericht des Obersten Rechnungshofs. Herr Staatsminister, ich bitte Sie wirklich um Ihre Mithilfe: Es ist fast lachhaft, da macht der Oberste Rechnungshof Beanstandungen, und es geht dabei immerhin um mehrere Millionen. Gerade gestern hatten wir mehrere Vorfälle, bei denen auch aus Ihrer Fraktion Murren kam, weil wir feststellen mussten: Alles, was wir ändern wollen, dauert mindestens zehn Jahre plus x.

(Ach (CSU): Nicht alles!)

Herr Staatsminister Huber, Sie können mit Ihrer Entbürokratisierungsoffensive nach Hause gehen, wenn Sie nicht in der Lage sind, Verschwendungen und Fehler, die erkannt sind, innerhalb eines Jahres zu korrigieren. Sogar ein Beschluss, in dem der Haushaltsausschuss festgestellt hatte, dass etwas sofort zu ändern sei, ist nach zwei Jahren plus x immer noch nicht umgesetzt worden. Da brauche ich keine Kommission dazu, sondern das erfordert Handeln, und zwar sofort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir ein Beispiel aus der Landwirtschaft. Hier gibt es ein Landwirtschaftsinvestitionsförderprogramm. Wer eine Fördermaßnahme aus diesem Programm in Anspruch nimmt, muss sich beraten lassen. In einem Land, von dem man meint, es sei marktwirtschaftlich orientiert, gibt es eine Vorschrift zur Zwangsberatung, die der Staat dann auch noch subventioniert. Jeder Landwirt ist doch in der Lage, als Unternehmer selbst zu entscheiden, welche Investition er tätigen will und welche nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

Das sind überholte Tatbestände, die Sie besser heute als morgen auf den Subventionsmüll schmeißen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es würde mich freuen, Herr Staatsminister, wenn Sie sich mit dem Ausschussvorsitzenden gleich darauf einigen könnten, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

Und dann noch etwas. Es gibt auch Subventionen, die in keinem Bericht auftauchen. Ich denke da nur an die Bavaria Film, die Sie, Herr Minister, an einem Standort wie München, der weiß Gott prosperiert, gefördert haben.

(Zuruf von Staatsminister Huber)

– Ja, Sie waren auch dabei. Sie haben der Bavaria eine Filmhalle gebaut, die diese gar nicht wollte. Wenn sie sie gewollt hätte, hätte die Bavaria sie sich selbst leisten können. So haben Sie jemanden dafür bezahlt, dass er etwas tat, was Sie als Aufsichtsratsmitglied wollten. Sie sind ja laut Oberstem Rechnungshof als Staatskanzleiminister über die LfAGV dort drin.

(Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Das ist überholt!)

Zum Zeitpunkt der Subventionsentscheidung war zunächst Minister Faltlhauser im Aufsichtsrat, und nach der Wahl im Jahre 1998 waren Sie in diesem Aufsichtsrat. So gehen Sie mit dem Subventionsabbau um.

Es gibt aber noch andere Beispiele. Es gibt im Bayern ein Landwirtschaftsfördergesetz aus dem Jahre 1972, nach welchem auch die Maschinenringe Subventionen erhalten können. Inzwischen ist bei der EU in Sachen Maschinenringe ein Beihilfeverfahren wegen Wettbewerbsverstoßes anhängig, und trotzdem sind Sie nicht in der Lage, von einem Jahr auf das andere diese Förderrichtlinien zu ändern und die Förderung abzubauen. Das geht zu Lasten der mittelständischen Unternehmen. So schaut es mit Ihrem Subventionsabbau aus. Von den anderen fordern Sie immer den Subventionsabbau, am liebsten natürlich von der Bundesregierung, und da, wo Sie selbst handeln könnten, kneifen Sie, da verlässt Sie der Mut, zumal vor Wahlen, da Sie sich mit ja keiner Interessengruppe anlegen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ihre Politik. Feigheit nennen wir das. So kommen wir nicht weiter.

(Zuruf von Staatsminister Faltlhauser)

Von Ihnen, Herr Finanzminister, lasse ich mir nicht vorwerfen, wir hätten nicht entsprechende Vorschläge eingebracht.

(Ach (CSU): Plakativ!)

– Im Gegenteil. Ich habe Sie immer ermuntert, etwas mehr Mut an den Tag zu legen und nicht immer auf dem Weg vom Odeonsplatz hinüber zur Staatskanzlei zusammenzubrechen und zu Kreuze zu kriechen. Das ist unwürdig. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie hier endlich einen Katalog vorlegen, den Sie im Finanzministerium ja zweifellos auch hätten.

(Neumeier (CSU): Machen Sie doch selbst einen Vorschlag!)

So ist es ja nicht. Es fehlt eigentlich „nur“ der Mut zum Handeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das traurige Ende der Geschichte des Subventionsabbaus in Bayern. Sie trauen sich nicht, weil Sie feige sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/11621 –, das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU und die Kollegin Grabmair. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich stelle nun zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CSU auf Drucksache 14/11633. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Es gibt keine. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Welnhöfer und anderer und Fraktion (CSU)**

**Verbesserung des Sexualstrafrechts (Drucksache 14/11622)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Gülller, Dr. Hahnzog und anderer und Fraktion (SPD)**

**Keine Verzögerung des verschärften Sexualstrafrechts im Bundesrat (Drucksache 14/11630)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Dazu Wortmeldung des Kollegen Welnhöfer.

**Welnhöfer (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus! Der kürzlich in Augsburg verurteilte so genannte Maskenmörder hat Vanessa, ein 12-jähriges Mädchen aus Gersthofen, zum Abschluss einer Faschingsveranstaltung bestialisch ermordet. An diesem Fall zeigt sich einmal mehr: Die Bevölkerung braucht mehr Sicherheit, nicht nur, aber auch vor gefährlichen Sexualstraftätern.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wird aber vom Bund nach wie vor unzulänglich vor solchen und anderen gefährlichen Straftätern geschützt.

Der Fall ist eklatant.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie fragen mich jetzt allen Ernstes: War das ein Sexualstraftäter? – Er hat ein Mädchen mit – soviel ich weiß – 21 Messerstichen umgebracht, und da fragen Sie: War es ein Sexualstraftäter?

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist ein Mörder!)

– Ja, ja. Aber Sie fangen bereits jetzt wieder an, Haarspalterei zu betreiben. Ihnen geht es nicht darum, Verbrecher abzuurteilen, wie es sich gehört, sondern Sie sehen in jedem Verbrecher offenbar einen Kranken, der entweder aufgrund ungünstiger Kindheitserlebnisse oder wegen eines Geburtsfehlers dahin gekommen ist, wo er ist.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

Unterbringung im Hospital oder im Gefängnis – Ihre Präferenz ist im Zweifel immer das Krankenhaus.

(Beifall bei der CSU – Lebhaftige Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen das ganz anders.

(Anhaltende Zurufe und Unruhe)

– Ja, das passt ins Bild. Ihr Bundeskanzler sagt – und gerade das werden Sie noch oft von mir hören –: „Kriminelle Ausländer raus, und zwar sofort.“ Und er sagt auch: „Kinderschänder wegschließen, und zwar für immer.“

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er macht nichts von alledem, aber sagen tut er es, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.

(Anhaltende Zurufe)

Er tut immer so, als würde er die Meinung der Bevölkerung in diesem Sinne teilen. Es geschieht aber so gut wie nichts. Inzwischen hat er sich der äußeren Sicherheit zugewendet und ist auf dem besten Wege, die NATO zu zerstören. Und ich frage Sie: Wer soll uns dann eigentlich schützen?

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer kann heute wissen, in welcher Situation wir morgen sind und wie sich das für uns auswirkt, wenn wir die NATO nicht mehr haben, deren Schutzschild etwa die baltischen Staaten und andere östliche Länder über den Umweg der EU anstreben?

(Anhaltende Unruhe und Zurufe)

Sie fragen mit Recht: Was hat das mit dem Sexualstrafrecht zu tun? – Aber Ihr Bundeskanzler agiert so bodenlos, dass er bei jeder Gelegenheit angesprochen werden muss. Er ist ein Sicherheitsrisiko!

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Der 20-jährige, also längst volljährige Maskenmörder von Augsburg – Ich gebe zu, dass ich mich aufrege. Wer sich über diesen Kanzler und seine Missgriffe – um es vornehm auszudrücken – nicht aufregt, ist aus meiner Sicht nicht ganz bei Trost, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der 20-jährige, also längst volljährige Maskenmörder von Gersthofen wird Anfang Februar wegen Reifeverzögerung nach Jugendstrafrecht zu nur zehn Jahren – das ist derzeit die Höchststrafe – verurteilt. Der Vorsitzende Richter sagt bei der Urteilsbegründung unter anderem:

Wir haben Verständnis für die Ängste und den Ärger bei Eltern und Bevölkerung. Aber es ist Angelegenheit der Politik und der Volksvertreter, die Gesetze zu ändern.

Ich habe gelesen, dass es eine Politikerin gibt, die ihn dafür kritisiert hat. Ich kritisiere ihn nicht. Ich sage: Der Mann hat Recht. Er als Richter sieht sehr deutlich, wo Nachbesserungsbedarf für den Gesetzgeber besteht, damit er im nächsten Fall entsprechend urteilen kann.

Die Worte dieses Richters, seine kritischen Bemerkungen, werden in der Bevölkerung auch weithin geteilt. Sie sind absolut nachvollziehbar und sollten den zuständigen Bundesgesetzgeber endlich zu hinreichendem Handeln veranlassen. Die rot-grüne Koalition hat zwar im Januar den überfälligen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vorschriften über die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in den Bundestag eingebracht. Dieses in Teilen allerdings leider wieder ungenügende Gesetz bringt wenigstens eine positive Tendenz. Ich will Positives nicht verschweigen. Es gibt Strafschärfungen beim sexuellen Missbrauch von Kindern, Jugendlichen und Widerstandsunfähigen. Es gibt eine Fortentwicklung der Straftatbestände bei der Verbreitung von Kinderpornografie. Es gibt auch die Schaffung eines Tatbestands, der es unter Strafe stellt, ein Kind – zum Beispiel im Internet – zum sexuellen Missbrauch anzubieten oder eine solche Tat zu verabreden.

Damit wurde langjährigen, nachdrücklichen und immer wieder bekräftigten bayerischen Forderungen endlich wenigstens teilweise Rechnung getragen. Unter der ideologisch verbohrteten ehemaligen Bundesjustizministerin war nicht einmal das möglich. So, aber auch nur so gesehen waren ihre Verunglimpfungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten im Ergebnis für Deutschland sogar noch vorteilhaft. Sie hat uns damit wenigstens von ihrer eigenen Amtsführung befreit; das war wohl ihr einziges nennenswertes, wenn auch unfreiwilliges Verdienst um die deutsche Rechtspflege, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Volkmann (SPD): Das ist bloß noch unverschämt!)

– Nichts ist verletzender als die Wahrheit, und das ist die Wahrheit.

Der Gesetzentwurf ihrer Nachfolgerin allerdings bleibt weit hinter dem zurück, was dringend notwendig wäre für die Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, insbesondere für die Kinder in unserem Land. Punktueller Strafschärfungen reichen bei weitem nicht aus, die Bevölkerung, vor allem Kinder und Frauen, wirksam vor gefährlichen Gewalt- und Sexualverbrechen zu schützen. Notwendig ist ein Gesamtkonzept, das folgende Reformen einschließt: Sexueller Missbrauch von Kindern muss bereits im Grundtatbestand als Verbrechen eingestuft werden. Man kann dann darüber reden, ob es

minderschwere Fälle gibt, so wenn zum Beispiel ein 15-Jähriger mit einer 13-Jährigen etwas anstellt, was zwar unter Strafe verboten ist, aber wohl nicht so schwer wiegt wie das, was man sich unter sexuellem Missbrauch von Kindern üblicherweise vorzustellen hat. Also, der Grundtatbestand muss jedenfalls als Verbrechen ausgestaltet werden.

In sämtlichen Fällen sexuellen Missbrauchs von Kindern sowie der Verbreitung von Kinderpornografie muss ferner die Möglichkeit von Telefonüberwachung eingeführt werden, weil auf telefonischem Weg in diesem Bereich sehr viel abgewickelt wird.

Die Möglichkeiten des Einsatzes der DNA-Analyse müssen ausgeweitet werden. Der so genannte Anlasstaten-katalog muss erweitert werden. Der Gesetzentwurf von Rot-Grün bezieht zwar endlich alle förmlichen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung im Sinne des Strafgesetzbuchs hier mit ein, also zum Beispiel auch Exhibitionismus, wogegen Sie von der SPD in diesem Hause sich ja immer gewehrt haben. Nicht aber sind enthalten etwa tätliche Beleidigungen mit sexuellem Hintergrund. Von sämtlichen Innenministern der B-Länder wird völlig zu Recht eine Ausweitung des Gentests auf alle Straftäter gefordert, die schon jetzt einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen werden dürfen. Hier müssen Effektivität der Strafverfolgung sowie die besonders wichtige Präventionswirkung eindeutig Vorrang haben vor den aus meiner Sicht nur geringfügig berührten Persönlichkeitsrechten der straffälligen Betroffenen – Stichwort genetischer Fingerabdruck.

Der Bund ist aber auch für eine ganze Reihe weiterer erheblicher Sicherheitsmängel in Deutschland verantwortlich. Die vom Bundestag beschlossene nachträgliche Sicherungsverwahrung gewährleistet gerade keinen ausreichenden Schutz der Bevölkerung, da sie bei bereits verurteilten Straftätern, deren Gefährlichkeit sich erst später herausstellt, nicht greift. Nicht nur der Fall Vanessa, sondern auch andere furchtbare Verbrechen, die zum Teil von einschlägig vorbestraften Personen begangen wurden, haben deutlich gemacht: Der Schutz der Allgemeinheit vor schweren Straftaten muss dringend verbessert werden! In Äußerungen aus den Reihen der Opposition ist zu lesen: Was man einem Jugendlichen – oder einem 20-Jährigen – in zehn Jahren Haft nicht beibringen kann, kann man ihm auch in 15 Jahren nicht beibringen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das mag stimmen, aber gerade das ist falsches Denken. Wir sehen das völlig anders. Strafhaft ist keine Erziehungsanstalt, auch nicht für Jugendliche. Sicherlich gibt es den Resozialisierungsgrundsatz, aber daneben gibt es, für uns von der CSU mindestens gleichgewichtig, die Grundsätze von Schutz, Gerechtigkeit und Sühne. Ich weiß schon, und ich wiederhole es: Für Sie ist ein Verbrecher in erster Linie krank. Für uns ist jeder Verbrecher, wenn seine Krankheit nicht ausnahmsweise nachgewiesen ist, in erster Linie selbst verantwortlich für das, was er tut.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bei uns doch auch! Erzählen Sie doch nicht so einen Käs!)

– Wenn das so wäre, dann könnten Sie nicht sagen – ich weiß nicht, ob Sie persönlich es waren –: Was in zehn Jahren nicht erreicht wird, wird in 15 Jahren auch nicht erreicht. Ihnen geht es nur um Besserung, und Sie verkennen völlig, dass es Menschen gibt, die nicht besserungsfähig sind, und zwar eine ganze Menge.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel der Herr Weinhofer!)

– Da haben Sie allerdings Recht.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind resozialisierungsunfähig!)

– Ich bin nicht resozialisierungsfähig in Ihrem Sinne. Wenn das der Fall wäre, dann müsste ich mir selber Leid tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sicherungsverwahrung muss grundsätzlich auch für entsprechende Taten Heranwachsender eingeführt werden, meine Damen und Herren. Warum soll jemand, der mit 20 Jahren fähig ist, so etwas anzurichten wie der Mörder von Gersthofen, nicht in Sicherungsverwahrung genommen werden können? – Ich halte das für einen Skandal.

Die Gewährleistung der bereits gesetzlich vorgesehenen Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende muss endlich durchgesetzt werden. Die richterliche Praxis ist eine andere. Dieser Praxis muss der Gesetzgeber endlich einen Riegel vorschieben, und er kann es auch in verfassungsrechtlich zulässiger Weise, wenn er nur will – offenbar will er aber nicht. Ich sage das immer wieder, weil Sie für dieses dringende Anliegen bislang kein offenes Ohr haben.

Größtmögliche Sicherheit vor Straftaten zu gewährleisten, hat bei der Bevölkerung sehr hohe Priorität. Dazu gehört auch, dass die Höchstjugendstrafe für schwerste Verbrechen wenigstens um fünf Jahre auf 15 Jahre angehoben wird und dass deswegen die Mindestverbüßungsdauer im Regelfall nicht bei 15 Jahren endet. Sie können einem ganz normalen Menschen sowieso kaum begreiflich machen, dass in der Praxis „lebenslanglich“ 15 Jahre bedeutet und nicht mehr. Für jemanden, der mit 65 Jahren in den Knast kommt, heißt es möglicherweise lebenslanglich. Aber wer beispielsweise mit 22 Jahren einrücken muss, ist noch im Stadium der Jugend bereits wieder draußen. Ich halte dies bei schwersten Verbrechen für grundfalsch.

(Beifall bei der CSU)

Im Einzelnen brauchen wir eine Verschärfung der Möglichkeiten zur Sicherungsverwahrung; Fehlanzeige bei Rot-Grün. Als Gegenmodell zum „zahnlosen Tiger“ der eingeführten Vorbehaltslösung fordern wir insbesondere, dass eine nachträgliche Sicherungsverwahrung bei besonders rückfallgefährdeten Gefangenen auch ohne Richtervorbehalt im Strafurteil jederzeit bis zum Ende der Strafhaft und bei besonders schwerwiegenden Straftaten auch für Ersttäter angeordnet werden kann. Muss denn ein Täter erst noch einmal jemanden umbrin-

gen, damit er in Sicherungsverwahrung genommen werden kann? Ich habe dafür kein Verständnis. Sicherungsverwahrung muss außerdem in Zukunft grundsätzlich auch gegen Heranwachsende angeordnet werden können.

Gerade wieder angesichts der schrecklichen Tat im Fall Vanessa klingen Äußerungen aus der Opposition, nämlich dass mit höheren Strafen nichts zu erreichen sei, in den Augen der Betroffenen wie Hohn und geradezu zynisch. Die CSU wird dafür eintreten, dem Schutz von Verbrechenopfern sowie dem Schutz der Bevölkerung den Belangen des Täters – auch seinen Persönlichkeitsrechten gegenüber – Vorrang zu geben. Ich sage hier nochmals wie schon vor zwei Monaten: Wer fünf Jahre länger sitzt, kann in diesen fünf Jahren wenigstens nicht rückfällig werden, weil er dazu im Knast keine Möglichkeit hat.

Ich freue mich, dass mir die Opposition so intensiv zugehört hat. Das leere Haus zeigt deutlich, das Schutzbedürfnis der Bevölkerung ist der Opposition ein ganz großes Anliegen. Ich will die Geduld derer, die dageblieben sind, nicht noch länger strapazieren, bitte Sie aber eindringlich, Ihre Einstellung zu ändern.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Hahnzog. Bitte, Herr Dr. Hahnzog.

**Dr. Hahnzog (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Herrn Welnhöfer hier eigentlich kaum verstanden, höchstens dahin gehend, dass er den eigenen Antrag überhaupt nicht gelesen hat oder dass er nicht hinter dem Inhalt des eigenen Antrags steht. Er hat über den Irak und Saddam Hussein, Herta Däubler-Gmelin und über eine schreckliche Bluttat geredet, die in Augsburg abgeurteilt wurde und keine Sexualstraftat, sondern ein reiner, fürchterlicher Mord war.

Der Antrag der CSU bezieht sich allein auf die Reform des Sexualstrafrechts; das ist etwas ganz anderes. Sie haben angedeutet, dass Sie vielem in dieser Gesetzesvorlage Berlins zum Sexualstrafrecht zustimmen können. Darauf hätten Sie sich vielleicht konzentrieren sollen, ohne hier einen Rundumschlag zu machen in Gelegenheiten und Situationen, die mit Ihrem eigenen Antrag überhaupt nichts zu tun haben. Deswegen bin ich fast etwas ratlos, wie man mit Ihnen diskutieren kann.

(Welnhöfer (CSU): Zustimmung!)

Mit Ihnen kann man nicht diskutieren. Sie haben hier etwas anderes behandelt, das nicht Gegenstand Ihres eigenen Antrags ist. Herr Präsident, das entspricht den Gebräuchen dieses Hauses nicht so ganz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Wenn es Ihnen ebenso wie uns wirklich darum ginge, zielgerichteter und schärfer gegen Sexualstraftäter vorzugehen, hätten Sie sich diesen Antrag und das, was

dahinter steht, ersparen können. Denn dahinter steht eine Verzögerung dieses Gesetzgebungsverfahrens durch Interventionen im Bundesrat, und damit machen Sie sich selber schuldig, wenn in Berlin bestimmte Vorgaben der Bundesregierung und der Koalition nicht zügig durchgesetzt werden können. Das ist doch die Situation.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen haben wir in unserem Antrag die Zielrichtung dieses Gesetzesvorhabens sehr dezidiert begründet. Wir haben die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries zitiert, die vor weniger als zwei Wochen am 30. Januar im Bundestag Folgendes gesagt hat: „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind abscheulich und verachtenswert. Jeder sexuelle Übergriff ist einer zu viel.“ Herr Welnhöfer, sind Sie dagegen? Wollen Sie das nochmals verzögern? – Frau Zypries hat ferner angeführt, weshalb wir diese Straftaten nicht nur angemessen bestrafen, sondern vor allem verhindern sollten. Herr Welnhöfer, sind Sie dagegen? – Das ist doch Ihre missliche Situation; denn eigentlich müssten Sie sagen, endlich geschieht in Berlin etwas und wird auf diesem Gebiet Etlliches verändert. Weil sie da nicht ansetzen können, eröffnen Sie hier Nebenkriegsschauplätze. Das können Sie im Bierzelt machen, aber bitte schön nicht hier im Parlament.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In bestimmten Bierzelten würden Sie bei solchen Äußerungen ausgepöffeln, weil es da auch Leute gibt, die ein bisschen nachdenken und nicht nur blindwütig Beifall klatschen.

Ich will Ihnen deshalb außer dieser generellen Betrachtungsweise durch die Justizministerin nochmals ein paar Punkte aufzeigen, die in unserem Antrag enthalten sind. Sind Sie denn dagegen, dass für den Grundtatbestand des sexuellen Missbrauchs ein Strafrahmen von sechs bis zehn Jahren gilt? – Sind Sie dagegen, dass hier der besonders schwere Fall mit einer Strafandrohung von ein bis 15 Jahren verschärft wird, wenn Sie sich so auführen, als ob dort nichts geschehe? –

Das Sexualstrafrecht hat natürlich mit widerlichen Handlungen zu tun. Was es in Zukunft bedeutet, dass man einen besonders schweren Fall des sexuellen Missbrauchs von Kindern mit ein bis 15 Jahren bestrafen kann – das war bisher nicht möglich, – haben Sie vornehm umschrieben. Ich kann daher dem Hohen Haus folgende Beispiele nicht ersparen. Es sind die Fälle, die auch in Berlin ausdrücklich als Beispielfälle behandelt wurden: Bisher fielen sehr viele beischlafähnliche Praktiken, zum Beispiel der so genannte Schenkelverkehr oder die Fälle, in denen das Kind am Täter masturbieren muss, unter den einfachen sexuellen Missbrauch.

Künftig wird hier das Gericht aufgrund der Intensität der Tat und der Nähe zum Beischlaf einen besonders schweren Fall annehmen und ihn mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bedenken können. Sind Sie hier dage-



gen? – Hier reagiert man doch auf die tatsächliche Situation. Darüber müssten Sie eigentlich froh sein. Nein, Sie versuchen, das alles ins schiefe Licht zu bringen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Emotionalisieren auf Teufel komm raus!)

Genauso soll bei der Kinderpornografie die Strafe für die Besitzverschaffung auf zwei Jahre verdoppelt werden. Herr Welnhof, sind Sie hier dagegen? – Dabei geht es auch um solche Fälle, die bisher mit dem Strafrecht gar nicht erfasst werden konnten. Ein Beispiel dafür ist der Fall, dass jemand ein Kind – etwa durch Inserat im Internet – für sexuellen Missbrauch anbietet oder anzubieten versucht. Auch das Angebot von Kindern für sexuellen Missbrauch ist in Zukunft strafbar. Die Bestrafung erfolgt unabhängig davon, ob der Täter das Angebot ernst gemeint hat oder nicht. Nur wenn es ein bloßer Witz war – etwa bei einem Kabarettisten –, kann von einer Bestrafung abgesehen werden. Wollen Sie etwa nicht, dass diese Taten in Zukunft verfolgt werden? –

Über diese Fälle wäre eigentlich zu diskutieren, und nicht über den Fall Vanessa, welcher zwar fürchterlich war, aber keine Sexualstraftat darstellte. Das Jugendstrafrecht ist in diesem Gesetzesvorhaben überhaupt nicht angesprochen worden. Darüber haben wir bei uns im Ausschuss schon ein paar Mal diskutiert. Sie haben immer vergessen, dass der Deutsche Juristentag im September letzten Jahres über diese Fragen diskutiert hat. An diesem Juristentag haben sogar Justizminister Weiß und Mitarbeiter aus dem Bayerischen Justizministerium teilgenommen. Dort haben sowohl Wissenschaftlicher als auch Praktiker – Jugendstaatsanwälte, Jugendrichter, Mitarbeiter von Jugendämtern und Beratungsstellen – gesagt, der Vorschlag der CSU sei der falsche Weg, er führe nicht zu mehr Schutz für die Opfer, sondern verfestige im Jugendlichen die Anlagen zur Kriminalität. Darüber können wir ein andermal diskutieren. Hier haben diese Fragen aber keine Rolle zu spielen, weil es um einen ganz anderen Sachverhalt geht.

Eine letzte Bemerkung. Sie haben gesagt, diese Taten müssten in jedem Fall ein Verbrechen sein. Dabei vergessen Sie das, was die Union gesagt hat: Wenn wir in jedem Fall ein Verbrechen annehmen würden, bräuchten wir auch den minderschweren Fall, in dem ein Verbrechen nicht angenommen werden kann. Ich meine damit den Fall, dass zum Beispiel ein Achtzehnjähriger einer Dreizehnjährigen einen Zungenkuss gibt. Soll das ein Verbrechen sein?

(Welnhof (CSU): Das habe ich doch gerade nicht gesagt!)

– Ja, Sie haben es anders gesagt. Sie haben vom Knutschen zwischen Fünfzehn- und Dreizehnjährigen gesprochen. Sie müssen sich erst einmal die diffizile Materie des Sexualstrafrechts vor Augen führen. Wenn Sie Staatsanwalt wären, würde das Gericht, selbst wenn es noch so konservativ wäre, keine Ihrer Anklagen zulassen, weil sie rechtswidrig wären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kein Gericht würde diese Anklagen zulassen. Selbst wenn sie zugelassen würden, würde das Gericht niemals eine rechtskräftige Verurteilung aussprechen. Sie bringen Jugendstrafrecht und Sexualstrafrecht durcheinander. Es gibt im Strafrecht immer noch den Grundsatz der Bestimmtheit der Strafe. Die Strafe muss vorhersehbar sein. Alles das spielt für Sie überhaupt keine Rolle. Sie machen Rundumschläge. Solche Rundumschläge aber hat ein intensiver Kampf gegen solche schrecklichen Taten nicht verdient. Solche Rundumschläge führen nur zu noch mehr Enttäuschung bei der Allgemeinheit wie auch bei den Betroffenen. Deswegen sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Böhm:** Das Wort hat Frau Kollegin Köhler.

**Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das, was uns Kollege Welnhof zu diesen Anträgen geboten hat, war ein plakativer Tiefgang, der dieses Hauses und dieser Debatte nicht würdig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe immer wieder den Antrag gelesen und mich gefragt, wozu Sie eigentlich reden. Die drei Forderungen, die in dem Antrag erhoben werden, sind in Ihrem Redebeitrag so gut wie nicht vorgekommen.

Herr Kollege Welnhof, ich möchte Sie einmal daran erinnern, was die Regierung Kohl in ihren 16 Jahren beim Sexualstrafrecht gemacht hat. Was hat sie auf diesem Gebiet gemacht? – Gar nichts!

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich engagiere mich in vielen Initiativen, die sich um die Opfer von sexuellem Missbrauch kümmern. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie Politikerinnen der Grünen und der SPD in den Kommunalparlamenten und auch hier im Landtag von Ihnen angegiftet worden sind, nur weil sie den sexuellen Missbrauch von Kindern innerhalb von Familien angesprochen haben. Jahrelang wurde gesagt, den Missbrauch, den sie behaupteten, gebe es in einer Familie nicht, weil die Familie ein heiliger Ort ist, wo solche Taten nicht stattfinden.

Wie unglaublich schwierig war es doch, bei Straftaten im familiären Bereich Fortschritte zu erzielen! Jahrelang haben wir Modellprojekte gefordert. Das Justizministerium hat auch einiges eingeleitet, und es hat sich auf diesem Gebiet auch einiges getan. Es hat sich aber nicht deshalb etwas getan, weil Sie die ganzen Jahre hinweg so empört waren, sondern weil die Opfer von sexuellem Missbrauch empört waren und etwas in die Gänge gebracht haben. Soviel nur als Vorbemerkung.

Es steht außer Zweifel, dass sexueller Missbrauch von Kindern und Straftaten gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht verabscheuungswürdig sind und entsprechend bestraft werden müssen. Dafür haben wir jah-

relang gekämpft. Deshalb halte ich es auch für gut und richtig, dass die rot-grüne Regierung einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht hat. Aber auch wir im Landtag haben während der letzten Legislaturperioden über dieses Thema diskutiert und dazu beigetragen, dass einige Strafen verschärft wurden.

Mir fehlt auf diesem Gebiet allerdings die Aussage, was die einzelnen Maßnahmen tatsächlich bewirkt haben. In Bayern werden bei Sexualstraftätern generell Lockerungen versagt. Fachleute, die auf diesem Gebiet aktiv sind oder forschen, sagen, Maßnahmen, die alle gleichermaßen betreffen, seien nicht sinnvoll. Wenn wir dann fordern, diese Maßnahmen daraufhin zu überprüfen, ob sie tatsächlich dem Schutz der Bevölkerung dienen, heißt es auf Ihrer Seite immer, nein, das sei nicht nötig. Das ist Ihre Politik. Sie setzen beim Strafmaß und bei den Tatbeständen immer noch eines darauf. Sie überprüfen aber nie, ob das, was Sie machen, etwas bewirkt.

Die Regierung hat wirklich einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen vorgelegt – Herr Welnhof, Sie haben sie ja teilweise vorgetragen. Ich sehe im Moment nicht, dass es an irgendeiner Stelle ohne Überprüfung noch eine weitere Verschärfung geben soll. Sie haben anhand eines sehr komplizierten Sachverhalts, der eine umfangreiche Diskussion erfordern würde, drei Forderungen herausgezogen, und das sollen wir jetzt mit zehnteiligen Redebeiträgen abhandeln. Damit werden Sie dem Ernst der Problematik, um die es hier geht, nicht gerecht.

Ich möchte es an einem Beispiel vorführen, nämlich am Beispiel der Forderung, dass bei allen Fällen des sexuellen Missbrauchs von Kindern die Telefonüberwachung eingeführt werden muss. Sexueller Missbrauch von Kindern geschieht in sehr vielen Fällen – ich kenne zwar nicht die genaue Zahl, aber es sind 80 oder 90% der Fälle – in der Familie. Ich frage Sie, was hier eine Telefonüberwachung nützt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist Schwachsinn, dafür eine Telefonüberwachung zu fordern. Es nützt viel mehr – dies sieht das Gesetz ja auch vor –, dass diejenigen, die einen sexuellen Missbrauch in der Nachbarschaft oder auch innerhalb der Familie beobachten, bestraft werden können, wenn sie diesen sexuellen Missbrauch nicht melden. Das ist der richtige Ansatz.

Ich sage aber auch, dass zum Beispiel bei der Verbreitung von Kinderpornografie Telefonüberwachung möglicherweise sinnvoll ist. Die Möglichkeiten der Telefonüberwachung sind aber in der letzten Legislaturperiode erheblich ausgeweitet worden. Im Bundestag steht jetzt an zu prüfen, was diese Ausweitung gebracht hat, ob sie tatsächlich der Verbrechensbekämpfung dient. Im Rahmen dieser Überprüfung muss dann diskutiert werden, ob zur Bekämpfung von Kinderpornografie Telefonüberwachung Sinn macht. Wir wollen die Auswertungen und diese Diskussionen abwarten. Wir wollen nicht, so wie Sie es mit Ihrem Antrag gemacht haben, schnell plakativ die Fahne hochheben und Telefonüberwachung bei sexuellem Missbrauch von Kindern fordern.

Des Weiteren – das ist auch schon erwähnt worden – klingt es natürlich sehr gut zu fordern, den sexuellen Missbrauch von Kindern als Verbrechen einzustufen. Wer könnte denn da dagegen sein? – Wenn man aber § 176 StGB näher betrachtet, sieht der Sachverhalt anders aus. Unser rechtspolitischer Sprecher Jerzy Montag hat dies bei der Ersten Lesung im Bundestag dargestellt und gesagt, dass § 176 StGB nicht nur den sexuellen Missbrauch von Kindern durch Erwachsene umfasst, sondern auch den sexuellen Kontakt zum Beispiel zwischen 13- und 15-Jährigen. Auf diesen Sachverhalt hat ja auch Kollege Welnhof hingewiesen und ihn auch als problematisch dargestellt. Ich meine, dass man deshalb nicht einfach so plakativ herangehen und sagen kann: Wir beschließen heute im Bayerischen Landtag, sexueller Missbrauch von Kindern muss zu einem Verbrechen erklärt werden. Sie sind Jurist; Sie kennen sich aus; Sie waren, glaube ich, auch Richter. Diese Herangehensweise ist dieser ernstesten Thematik nicht angemessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnlich verhält es sich bei Ihrer Forderung nach einer DNA-Analyse. Ich habe mich im Bundestag erkundigt. Nun soll ein zweistufiges Verfahren eingeführt werden. So, wie man mir das geschildert hat, meine ich, dass dies ausreicht. Deshalb können wir auch diese Forderung nicht mittragen.

Meine Damen und Herren, insgesamt wünsche ich mir, dass solch ernste Debatten angesichts einer so schwierigen Thematik auf der Grundlage eines differenzierten Antrages geführt werden. Wenn man ernsthaft daran interessiert ist, darüber zu diskutieren, sollte man mit einem solchen Antrag im Ausschuss der Sache auf den Grund gehen und die Probleme ernsthaft angehen. Dieses Thema eignet sich am allerwenigsten für Populismus. Deshalb lehnen wir den Antrag auch ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Böhm:** Das Wort erhält Herr Abgeordneter Welnhof.

**Welnhof (CSU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Ich möchte nur Einiges klarstellen, weil Fragen aufgeworfen worden sind. Zuerst zu den zahlreichen Fragen des Kollegen Dr. Hahnzog, in der einen Frage zusammenfasst, ob wir eigentlich gegen alles sind, was jetzt im Bund auf den Weg gebracht wird. Wir sind natürlich nicht dagegen, dass die Neuregelungen, die auf den Weg gebracht worden sind, möglichst ohne Verzögerung weiter verfolgt werden. Das Problem im Blick auf die Sicherheit unseres Landes ist aber, dass der Eindruck erweckt wird, mit jenem Gesetzeswerk würde den Problemen ausreichend Rechnung getragen. Gerade das können wir Ihnen allerdings nicht durchgehen lassen, denn das bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück. Dies ist unserem Antrag auch ganz klar und eindeutig zu entnehmen. Obwohl zwar deren Tendenz richtig ist, stimmen wir den eingebrachten rot-grünen Vorstellungen deshalb nicht zu, weil das, was neu gere-

gelt werden soll, viel zu wenig ist. Dies möchte ich ganz deutlich klarstellen.

Es wäre nur eine ganz alberne Retourkutsche, wenn ich sagen würde: Offenbar haben Sie auch unseren Antrag nicht gelesen. Derart alberne Bemerkungen verkenne ich mir. Tatsache ist allerdings, dass in unserem Antrag genau jene Forderungen stehen, die ich in meinem Beitrag auch besonders herausgestellt habe.

Nun zum Beitrag der GRÜNEN. Sie mögen vielleicht Recht haben, wenn Sie mir vorhalten, dass zur Regierungszeit der CDU/CSU-FDP-Koalition auf diesem Gebiet zu wenig geschehen ist – das bestreite ich gar nicht. Wir haben immer mit ganz großem Bedauern festgestellt müssen, dass auch intensivste Bemühungen zur Strafverschärfung vom Koalitionspartner nicht akzeptiert worden sind. Es war ja auch eine ehemalige Bundesjustizministerin der FDP, die sich jetzt als erste mit Richterschelte hervorgetan hat. Als der erkennende Richter im Fall Vanessa sinngemäß gesagt hat, wir brauchen schärfere Gesetze, war die Dame die erste, die gesagt hat: Das stehe dem Richter nicht zu; er solle so etwas nicht sagen. Mit genau dieser Grundhaltung ist in unserer Regierungszeit vom Koalitionspartner verhindert worden, dass das Notwendige geschieht.

(Beifall bei der CSU – Schindler (SPD): Aber eine schöne Koalition habt ihr schon gehabt! So wichtig war es dann doch wieder nicht!)

**Präsident Böhm:** Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 14/11622 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. – Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 14/11630 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Jetzt rufe ich zur gemeinsamen Behandlung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Werner-Muggendorfer, Biedefeld und anderer und Fraktion (SPD)**

**Raumordnungsverfahren an der Donau**

**hier: Beibringung der Planunterlagen und Annahme des Gesprächsangebots der Bundesregierung (Drucksache 14/11623)**

und den nachgezogenen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christine Stahl, Kellner, Paulig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Einleitung des Raumordnungsverfahrens für den ökologischen Donauausbau – sofortiger Beginn der Hochwasserschutzmaßnahmen (Drucksache 14/11628)**

Ich eröffne jetzt die gemeinsame Aussprache. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Peters.

**Frau Peters (SPD):** Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Wenn jetzt einige seufzen und „Donau“ sagen, dann seien Sie gewiss: Ich seufze auch. Sie haben ja so Recht. Eigentlich müssen Sie sich fragen, an wem es denn liegt, dass wir dieses Thema wieder auf der Tagesordnung haben. Herr Wiesheu hat heute morgen von ungelösten Verkehrsproblemen gesprochen. – Wie wahr!

Das Problem Donauausbau ist ungelöst. Derzeit wird ein Verwirrspiel getrieben, indem drei Varianten ins Raumordnungsverfahren eingebracht werden, obwohl man ganz genau weiß, wie die einzelnen Varianten wirken. Nicht ohne Grund wurde immer wieder beklagt, dass die Gutachten zu diesem Thema meterhoch sind. Somit besteht keine Notwendigkeit, die Auswirkungen der Varianten noch einmal zu eruieren. Aus diesem Gutachten geht ganz klar hervor, dass die Variante A die umweltverträglichste Variante ist, mit der das prognostizierte Verkehrsaufkommen bewältigt werden könnte. Das Wirtschaftsministerium vertritt jedoch die Auffassung, dass nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf. Dieses Ministerium schreckt auch nicht vor obskuren Fragebogenaktionen und einem nachträglichen Schönrechnen von Kosten-Nutzen-Analysen zurück. Ich bezeichne diese Variante als „Kampagne Bayern“.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser verschärften Variante B „Kampagne Bayern“ betreiben Sie eine Hinterfotzigkeit, die ihresgleichen sucht. Sie ziehen durch die Lande und behaupten, der Bund hätte das Raumordnungsverfahren nicht eingeleitet. Das haben Sie auch im Ausschuss gesagt. Im „Straubinger Tagblatt“ ist zum Beispiel zu lesen „Die Bundesregierung ist jetzt am Zug“. Sie streuen wesentlich Informationen, die nicht zutreffen. Sie wissen nämlich, woran es liegt. Die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens setzt das Vorliegen aller Planungsunterlagen voraus. Dazu gehören die technischen Unterlagen, die bei der RMD in Arbeit sind. Ich frage mich, wie weit die RMD mit diesen Unterlagen ist. Können wir das in unserem Leben noch erwarten? – Allein die Tatsache, dass die RMD, die unbedingt Staustufen will, mit dem Hochwasserschutzkonzept beauftragt wird, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Das ist etwa so, wie wenn man den Hund in den Metzgerladen schickt, damit er auf die Wurst aufpasst.

(Beifall bei der SPD)

Des Weiteren müssen die ökologischen Unterlagen vorliegen. Das Konzept dafür wird von der Bundesanstalt

für Gewässerkunde erarbeitet. Man geht von einer Bearbeitungszeit von neun Monaten aus. Schließlich muss die RMD ein Hochwasserschutzkonzept für die Variante A in Zusammenarbeit mit der Wasserwirtschaft erstellen. Sowohl der Umweltminister als auch der Wirtschaftsminister wissen sehr genau, wer dafür zuständig ist. Der Freistaat Bayern ist für den Hochwasserschutz zuständig. Das gilt auch für die Bundeswasserstraßen. Dies ist eine Ländersache.

Niederbayern hätte diesen Hochwasserschutz eigentlich schon gestern gebraucht. Wie weit wird dieses Konzept im diesjährigen Sommer gediehen sein? – Die Bundesregierung geht davon aus, dass es dann fertig sein wird. Wie werden die Deiche aussehen? – Das hängt allein von der Variante ab. Sie können sich nicht zurücklehnen und sagen, dass Sie zunächst einmal für den Hochwasserschutz sorgen wollen. Sie müssen vorher sagen, welche Variante Sie wollen. Sie wissen auch, dass anschließend der Nachweis der Hochwasserneutralität der Variante A durch ein Testat der Bundesanstalt nötig ist. Damit ist klar: Von Bayern hängt es im Wesentlichen ab, wann das Raumordnungsverfahren eingeleitet wird. Bayern muss dafür die Voraussetzungen schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass die Niederbayern diese Planungen nicht einfach so laufen lassen, wie das Herr Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu will.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben immer noch die Bilder der Hochwässer aus den Jahren 2000 und 2002 vor Augen. Allerdings muss auch klar sein, was jetzt bei den Kommunen vor Ort passiert. Bei anderen Flüssen und Bächen finden Rückbauten und Renaturierungsmaßnahmen statt. Man kann doch gar nicht so viele Scheuklappen haben, um sich nicht ernsthaft zu fragen, warum man ausgerechnet die Donau kanalisieren soll. Das müssen Sie einmal erklären. In der Deggendorfer Ausgabe einer Zeitung habe ich gelesen „Hochwasserschutz vorziehen beim Donauausbau“. Der zuständige Landrat hat erklärt, dass wir uns auf unsere Zuständigkeit konzentrieren und den Schutz vor einem hundertjährigen Hochwasser weiter verbessern müssten. Diese Meinung wollte der Herr Landrat auch vor den Ministerien vertreten. Ich hoffe, dass dieser Landrat im Bayerischen Landtag gute Kollegen hat, die das hier vertreten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Ich möchte hier nicht aufzählen, was alles gemacht wurde, obwohl es mich reizen würde, weil Sie vor Ort immer behaupten, die Bundesregierung hätte nichts gemacht. Ich möchte mich auf ein paar Schwerpunkte konzentrieren: Die Bundesregierung hat am 7. Juni den Donauausbau gemäß der Variante A beschlossen. Bereits am 1. Juli 2002 hat das Ministerium die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd aufgefordert, den Beschluss des Bundestages umzusetzen. Am 16. Juli hat die WSD-Süd die Rhein-Main-Donau AG beauftragt, die erforderlichen Unterlagen für ein Raumordnungsverfahren nach der Variante A zu erstellen und diese mit der WSD-Süd abzustimmen.

Ich könnte noch viele weitere Schritte der Bundesregierung nennen. Am 9. Dezember hat Herr Minister Stolpe seinen bayerischen Kollegen Dr. Wiesheu und Dr. Schnappauf ein Gespräch über das weitere Vorgehen angeboten. Am 17. Dezember fand mit dem Freistaat das Finanzierungsgespräch statt. In diesem Gespräch hat sich das Land Bayern eindeutig positioniert. Zum Raumordnungsverfahren für die Variante A wurde das Einvernehmen nach § 3 des Donaukanalisierungsvertrags ausdrücklich nicht erteilt. Der Ansatz ist zu streichen, auch wenn zunächst noch keine Ausgaben vorgesehen sind.

Liebe Kollegen, vor allem liebe Kollegen aus Niederbayern, Sie müssen wissen, was Sie wollen. Sie wissen, dass der Hochwasserschutz mehr als vordringlich ist. Deshalb haben Sie erklärt, zunächst den Hochwasserschutz betreiben zu wollen. Wenn es um die flussbaulichen Methoden zwischen Straubing und Deggendorf geht, wollen Sie jedoch die drei Varianten nicht ins Raumordnungsverfahren einführen. Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie das Raumordnungsverfahren nur für die Strecke Deggendorf – Vilshofen? – Sie wollen plötzlich den Fluss aufteilen und es so machen, wie Sie es wollen.

Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie inzwischen wegen der Hochwässer eingesehen haben, dass nur eine flussbauliche Lösung möglich ist. Das letzte frei fließende Stück der Donau mit einer Länge von 70 km, mit Auwäldern und Retentionsflächen, liegt schließlich auch Ihnen am Herzen. Wichtig ist, dass dieser Einsicht endlich Taten folgen. Wie lange wollen Sie den Ausbau noch verzögern?

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es für ein Zeichen von Größe und auch von Intelligenz einzugestehen, dass man sich geirrt hat, zumal dann, wenn die Fakten keinen anderen Schluss ermöglichen. In der Zeitung ist zu lesen, dass Herr Dr. Schnappauf mehr Geld für den Hochwasserschutz will. Herr Dr. Schnappauf weiß jedoch ganz genau, dass Hochwasserfreilegung und –finanzierung Ländersache ist. Der Bund beteiligt sich nur bei Kanalisierungen. Man könnte unterstellen, dass Sie gerade deshalb für die Kanalisierung sind. Das traue ich Ihnen aber einfach nicht zu.

Die Bundesregierung hat Ihnen ein Gesprächsangebot gemacht. Sie haben es in der Hand, die zu verwirklichende Variante festzulegen. Der Bund lässt bei der Beteiligung am Hochwasserschutz sicher mit sich reden. Ich wiederhole aber: Dies ist eigentlich Ländersache. Bisher beteiligt sich der Bund nicht in dem von Ihnen geforderten Umfang. Ich frage Sie jedoch, ob Sie mit dem Bund schon einmal geredet haben. Ich möchte noch ein Zitat aus dem Schlussbericht der WSD-Süd vortragen: „Bei allen Varianten ergeben sich jedoch vor allem durch Änderungen der hundertjährigen Hochwasserstände und durch Verwendung überschüssiger Abtragsmassen des Donauausbaus Auswirkungen auf das Hochwasserschutzkonzept.“

Das geht also nicht. Man kann nicht im luftleeren Raum über Hochwasserschutz entscheiden, sondern man muss wissen, welche Variante man will.

Sie können auch heute im „Straubinger Tagblatt“ nachlesen, dass die Bundesregierung ihre Haltung bekräftigt hat für die flussbauliche Variante beim Donauausbau. Es gibt keine Irrungen und Wirrungen. Sie haben es jetzt in der Hand. Sie können den Konflikt zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium ohne Probleme lösen: Sie brauchen nur unserem Antrag zuzustimmen. Die Kommunen erhalten Planungssicherheit vor Ort, und die Menschen an der Donau können in Zukunft besser vor dem Hochwasser geschützt werden. Das ist doch wirklich ein Grund, diesen gordischen Knoten zu durchschlagen. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Böhm:** Jetzt hat Frau Kollegin Kellner das Wort.

**Frau Kellner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis aller Untersuchungen zum geplanten Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen steht fest: Die ökologisch und ökonomisch beste Variante ist die Variante A. Dieser Donauausbau wurde wirklich sehr intensiv untersucht. Seit mehr als zehn Jahren wird ein Gutachten nach dem anderen erstellt. Das war zwar richtig so, aber jetzt, nachdem alles vorliegt und letztlich eine Entscheidung für die Variante A gefallen ist, sollten Sie Ihren Teil dazu beitragen, dass das Raumordnungsverfahren zügig eingeleitet wird. Sie können Ihre Blockadehaltung und Ihren Widerstand aufgeben, weil es außer der Variante A nichts geben wird. Das hat die Bundesregierung auch in der Hand, ob Ihnen das gefällt oder nicht.

Jetzt sind Sie am Zug. Ich warne Sie davor, auf Salami-taktik zu setzen; denn wir bemerken ja auch, was Sie hier jetzt versuchen. Sie sagen: Fangen wir mit dem Hochwasserschutz dort an, wo er unstrittig ist, nämlich zwischen Straubing und Deggendorf; das andere sitzen wir aus. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Zuruf des Abgeordneten Willi Müller (CSU))

Auch ein Hochwasserschutzkonzept, und zwar ein ökologisches, muss in das Raumordnungsverfahren eingebracht werden.

**Präsident Böhm:** Frau Kollegin Kellner, ich möchte nur darauf hinweisen, dass soeben namentliche Abstimmung zum SPD-Antrag beantragt wurde.

**Frau Kellner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem schließe ich mich für unseren Antrag gleich an, weil es in der Tat unwürdig ist, was die CSU hier veranstaltet: Sie von der CSU machen uns draußen immer den Vorwurf, die GRÜNEN und die SPD würden Verbesserungen zugunsten der Schifffahrt behindern. Sie aber sind es, die versuchen, jegliche Verbesserung auf die lange Bank zu schieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt der Hochwasserschutz. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben hautnah die Diskussionen und Verfahren miterlebt und haben beim Verfahren sehr, sehr engagiert mitgearbeitet. Man muss auch einmal darauf hinweisen, dass sehr viele Menschen bei der Vorstellung der Gutachten – zuletzt an der Fachhochschule Deggendorf – anwesend waren, sich Gedanken gemacht und sich beteiligt haben. Auch das gehört honoriert. Sie dürfen das nicht madig machen und Verbesserungen auf die lange Bank schieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann ja sein, dass die Rhein-Main-Donau AG, die sich bisher noch niemals durch ökologische Ansätze hervorgetan hat, nicht in der Lage ist, derartige Konzepte oder Unterlagen beizubringen. Dem könnte aber sehr schnell abgeholfen werden. Unser grüner Umweltminister in Berlin, Jürgen Trittin, hat am 28. Januar dieses Jahres an den Bundesverkehrsminister geschrieben und hat ihm die besondere Hilfe des Bundesamtes für Naturschutz angeboten, wenn es während der weiteren Planungen wegen der zu bewältigenden Probleme, etwa im Zusammenhang mit der FFH-Richtlinie, des Rates von Sachverständigen bedürfte. Sie sehen also, dass es keinerlei Ausrede mehr dafür gibt, um etwas auszusetzen. Wir werden Ihrer Salami-taktik nicht auf den Leim gehen.

Deshalb beantragen wir heute namentliche Abstimmung, damit Sie auch einmal Farbe bekennen müssen. Herr Herrmann, wenn Sie Ihre Deregulierungskommissionen einrichten, beklagen Sie zum einen, dass im Freistaat Bayern alles so lange dauere, und zum anderen verzögern Sie im Freistaat Bayern notwendige Verfahren. Das passt nicht zusammen. Sie müssen hier heute Farbe bekennen, und daher beantragen wir namentliche Abstimmung über unseren Antrag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Herrmann (CSU): Wir bekennen Farbe, schwarz!)

**Präsident Böhm:** Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Schnappauf.

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition hat sich mit ihren Anträgen sicherlich keinen guten Dienst erwiesen. Frau Peters und Frau Kellner, Sie werden gleich sehen, dass beide Anträge nicht nur ins Leere gehen, sondern dass das ein Schuss ist, der nach hinten losgeht. Ich verstehe natürlich, dass Ihnen das Thema am Herzen liegt und Sie alles daran setzen, dieses Thema öffentlich intensiv zu diskutieren. Sie haben sich aber in der Art und Weise, wie Sie das tun, und mit dem Inhalt Ihrer Anträge einen Bärendienst erwiesen.

Genau das Gegenteil dessen, was Sie in den Anträgen darstellen, ist der Fall. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir es jemals erlebt hätten, dass ein Bundesumweltminister und ein Bundesverkehrsminister nur über die Medien miteinander verkehren.

(Frau Peters (SPD): Thema, Herr Schnappauf!)

Frau Kollegin Kellner war so liebenswürdig, soeben auf den Brief hinzuweisen, den der Bundesumweltminister an den Bundesverkehrsminister geschrieben hat. Ich darf genüsslich die Überschrift dazu aus der „Süddeutschen Zeitung“ zitieren: „Trittin ruft Stolpe zur Ordnung“. Gestern kam darauf die Antwort der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, von Iris Gleicke. In der Pressemitteilung des Verkehrsministeriums heißt es dazu: „Sie entgegnete damit jüngst geäußerten Zweifeln aus dem Bundesverkehrsministerium gegenüber dem BMU“. – Wo gibt es denn so etwas, dass zwei Bundesministerien miteinander über die Medien verkehren und sich eine Staatssekretärin via Pressemitteilung gegen den Ordnungsruf des Bundesumweltministers zur Wehr setzen muss? – Sie haben ein Problem im eigenen Lager, das Sie mit einem Dringlichkeitsantrag in Bayern zu übertünchen versuchen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen noch etwas anderes.

(Frau Peters (SPD): Thema!)

– Frau Peters, bis heute hat der Bundesverkehrsminister dem Freistaat Bayern und den zuständigen Behörden keinen Antrag auf Durchführung eines Raumordnungsverfahrens vorgelegt.

(Frau Peters (SPD): Das kann er doch nicht, das wissen Sie ganz genau!)

– Frau Peters, das ist zunächst einmal Fakt: Den bayerischen Raumordnungsbehörden liegt kein Antrag auf Durchführung eines Raumordnungsverfahrens vor, weder zu dieser noch zu einer anderen Variante.

(Anhaltende Zurufe der Frau Abgeordneten Peters (SPD))

Sie versuchen hier, mit Hilfe eines Dringlichkeitsantrags Ihr eigenes zögerliches Verhalten zu vertuschen. Das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall bei der CSU)

Die Bayerische Staatsregierung ist nicht bereit, dieses zögerliche Verhalten des Bundes auch nur einen einzigen Tag länger hinzunehmen.

(Frau Peters (SPD): Das glauben Sie nicht wirklich!)

Die Hochwassergefahr ist, nicht zuletzt durch die Klimaerwärmung, gestiegen. Das ist in den letzten Monaten ganz deutlich geworden, siehe das Winterhochwasser im Jahr 2003, siehe das Sommerhochwasser im Jahr 2002.

Wir alle spüren es doch, dass die Hochwasser häufiger kommen und intensiver ausfallen als je zuvor. Frau Peters, ich sage Ihnen: Wenn das Sommerhochwasser 2002 nicht über Tschechien und Sachsen niedergegangen wäre, sondern im südostbayerischen Raum, dann

wären unsere Bürger in Niederbayern schwer abgesoffen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wer ist daran schuld?)

Ich bin nicht bereit, den Ausbau des Hochwasserschutzes und damit den Schutz der Bürgerinnen und Bürger auch nur einen einzigen Tag länger auf die lange Bank schieben zu lassen wegen der ungelösten Ausbauforderungen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): So geht es nicht! – Gartzke (SPD): Wir haben doch Karneval!)

– Kolleginnen und Kollegen, hören Sie erst einmal zu, dann haben Sie genügend Gelegenheit, sich zu äußern. Hören Sie zu, dann können Sie sich hier substantiiert einbringen.

Ich bin nicht bereit, den Hochwasserschutz auf die lange Bank schieben zu lassen, nur weil Ausbauforderungen ungeklärt sind.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Nichts ist ungeklärt!)

Bis heute liegt kein Antrag des Bundes auf Durchführung eines Raumordnungsverfahrens vor. Deshalb hat sich die Bayerische Staatsregierung – ich sage das in Abstimmung mit Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu – dafür entschieden, den Hochwasserschutz an der Donau in dem Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen zu forcieren, um für unsere Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich Sicherheit vor einem „Hundertjährigen Hochwasser“ herzustellen. Wir haben deshalb entschieden, den Hochwasserschutz an der Donau von den Fragen des Ausbaus abzukoppeln.

(Frau Peters (SPD): Das können Sie nicht!)

Dem Bund haben wir Unterlagen für weitere Hochwasserschutzprojekte zwischen Straubing und Vilshofen vorgelegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie so tun, als ob der Freistaat Bayern hier in irgendeiner Weise die Verantwortung trägt, dann werden sie den Ball, den Sie nach Bayern zu schießen versuchen, in Ihrem Berliner Tor wiederfinden. Seit 2. Januar dieses Jahres liegt in Berlin – Frau Peters, vielleicht schreiben Sie das mit, damit Sie in Berlin nachfragen können –

(Frau Peters (SPD): Jawohl, Herr Lehrer!)

ein Antrag des Bayerischen Umweltministeriums auf Durchführung weiterer Hochwasserschutzmaßnahmen zwischen Straubing und Vilshofen in einem Volumen von 40 Millionen € vor. Inzwischen sind sechs Wochen vergangen. Wir haben bis heute nicht einmal eine Antwort auf dieses Schreiben erhalten. Deshalb werden wir von unserer Seite alles daran setzen, den Hochwasserschutz in diesem Abschnitt, der gerade einem „Zwanzig- bis Dreißigjährigem Hochwasser“ Schutz bietet, weiter zu forcieren und auf das Niveau eines Schutzes vor

einem „Hundertjährigen Hochwasser“ zu bringen. Dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, werden wir für die Hochwasserschutzbaumaßnahmen an der Donau die Variante A zugrunde legen.

Vom Bund ist zu fordern, dass er endlich nicht nur tönt und große Sprüche klopft. Erinnern Sie sich an die Flusskonferenz, die eine Woche vor der Wahl – das hat es noch nie gegeben – stattgefunden hat. Fünf Bundesminister saßen auf ihren Stühlchen, und das eine Woche vor der Bundestagswahl. Damals wurde gesagt, der Hochwasserschutz sei eine nationale Aufgabe. Wenn es aber darum geht, Farbe zu bekennen und nicht nur Sprüche zu klopfen, sondern ein paar Euro für den Hochwasserschutz an der Donau – das ist eine Bundeswasserstraße – herüberzuschieben, warten wir sechs Wochen auf eine Antwort. Daran sieht man doch, wie „ernst“ es dem Bund mit dem Hochwasserschutz ist.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich hier noch einmal: Wir treiben den Hochwasserschutz voran, wir treiben ihn unabhängig von den Ausbaudiskussionen voran. Wir legen die Variante A zugrunde, und wir haben bereits Projekte mit einem Volumen von 40 Millionen € angemeldet. Wenn man weiß, dass der gesamte Ausbau etwa 300 bis 400 Millionen € kostet, dann weiß man, was man noch vor sich hat.

**Präsident Böhm:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten von Rotenhan?

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Gerne, Herr Präsident.

**Freiherr von Rotenhan** (CSU): Herr Staatsminister, kann es sein, dass Sie deshalb keine Antwort auf die Hochwasserfrage aus Berlin bekommen haben, weil den Verantwortlichen dort das Wasser bis zum Hals steht?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Die üben sich im Überlebenskampf!)

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Herr Kollege Rotenhan, ich kann das nicht ausschließen, allerdings würde ich dafür keine Hochwasserschutzmaßnahmen ergreifen wollen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, Sie sollten sowohl den Antrag der SPD als auch den Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in diesem Lichte sehen. Die Gespräche sind im Gange. Herr Kollege Dr. Wiesheu hat mit dem Kollegen Stolpe ein Gespräch geführt. Außerdem hat in dieser Woche ein Gespräch auf Arbeitsebene stattgefunden. Das Schreiben des Umweltministeriums liegt in Berlin und ist nicht beantwortet.

Lassen Sie uns den Weg, den die Bayerische Staatsregierung im Interesse des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger in Niederbayern vor Hochwasserereignissen eingeschlagen hat, fortsetzen. Ich weiß nicht, was Sie wollen. Wenn wir den Hochwasserschutz zwischen Straubing und Vilshofen nach der Variante A verwirklichen, müsste Ihnen eigentlich das Herz höher schlagen. Anstatt Dringlichkeitsanträge in München zu stellen, sollten Sie lieber Ihre Kraft darauf verwenden, in Berlin dafür zu sorgen, dass die Euros herübergeschoben werden, damit wir den Hochwasserschutz so schnell wie möglich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger finanzieren können.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Um das Wort hat Herr Kollege Weber gebeten.

**Weber** (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen! Ich möchte in meinem Beitrag drei inhaltliche Facetten dieses Themas beleuchten. Zum Ersten geht es um das Thema „Hochwasser“. Wir sind uns in diesem Hause darin einig, dass das derzeit das Topthema ist – Frau Kellner hat darauf hingewiesen – und dass bei jeder Variante, die wir jetzt angehen, sichergestellt werden muss, dass der Hochwasserschutz für die betroffenen Bürger den DIN-Standard „Hundertjähriges Hochwasser“ plus einen Meter erreicht. Die Konzepte dafür liegen auf dem Tisch. Der Minister hat darauf hingewiesen. Frau Peters, insofern entbehrt es jeder Grundlage, wenn Sie sagen, RMD soll jetzt planen. Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Ich kann ein paar Beispiele nennen: Kindach, Mariaposching, Herzogbach. Alle diese Projekte wurden schon gebaut auf der Grundlage der bisherigen Vereinbarungen zwischen Berlin und München. Deswegen liegt der Schwarze Peter bei der Blockade wirklich in Berlin. Dort sollte bitte endlich die Unterschrift geleistet werden.

Wir haben die Polder an der Donau entlang, mit denen wir im Jahr 2002 schon hervorragende Erfahrungen gemacht haben. Ich kann Sie nur einladen, als Abgeordnete vor Ort dafür zu werben, dass diese Sache vorangetrieben wird.

Sehr verehrte Kollegin Kellner, Sie haben darauf hingewiesen, dass es keine Trennung zwischen dem Hochwasserschutz und der Variantenfrage geben darf, also die Variantenentscheidung nicht an das Hochwasser gekoppelt werden darf. Ich darf feststellen, dass genau diese Trennung zu einer Blockade führt. Wir müssen akzeptieren, dass es in München und Berlin unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie wir die flussbaulichen Ziele erreichen.

Dazu gibt es unterschiedliche Ansätze. Wenn man nicht bereit ist, den Hochwasserschutz zu entkoppeln und voranzutreiben, dann kommt es wirklich zu einer Blockadehaltung, und es passiert für die Bürger vor Ort nichts.

Das Thema Schifffahrt – das zweite Thema – spielt bei der Opposition leider überhaupt keine Rolle. Ich komme aus dem Landkreis Kelheim. Wir haben am Hafen Saal,

der nach dem Rhein-Main-Donau-Kanal gebaut wurde, mittlerweile 500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das spielt in ihrer Diskussion überhaupt keine Rolle. Wir haben mittlerweile drei Mal so hohe Umschlagszahlen an diesem Hafen, wie für die Gegenwart prognostiziert waren. Mittlerweile werden dort über 1 Million Tonnen an Gütern umgeschlagen. Auf die Frage, wie Sie die erwartete große Zunahme des Verkehrsaufkommens – bis zum Jahr 2015 wird für Bayern eine Zunahme des Lkw-Verkehrs um 35% prognostiziert – abfangen wollen, zucken Sie nur mit den Schultern. Deshalb muss auch die Schifffahrt berücksichtigt werden.

Immer wieder wird insbesondere von Naturschützern die Frage gestellt, was der Donauausbau bringt. Im Straubinger Hafen hatten wir im Jahr 2002 – Gott sei Dank – wenig Zeiten mit Niedrigwasser. Aufgrund dieser guten Situation hatten wir 300% mehr Umschlag im Straubinger Hafen. Das hat zur Steigerung der Wirtschaftskraft und Entwicklung in der Region geführt. Das hatte auch einen positiven ökonomischen Effekt. Leider spielt das in der Diskussion kaum eine Rolle.

Das dritte Thema ist der Naturschutz. Erlauben Sie mir, die Verlogenheit der Umweltapostel, die durch das Land ziehen, bei diesem Thema deutlich zu machen.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie sprechen vom bayerischen Amazonas, sie sprechen vom letzten Stück der frei fließenden Donau.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

– Kollegin Werner-Muggendorfer sagte es gerade. Die Donau ist bis zum Donaudurchbruch bei Weltenburg zwar kanalisiert, aber trotzdem ist sie ein frei fließender Fluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das ist genau der springende Punkt. Wenn Sie ehrlich sind, dann müssen Sie den Bürgern vor Ort erklären, was Sie unter Kanalisierung der Donau verstehen. Der Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen erfolgt in erster Linie aufgrund des Hochwasserschutzes. Wir bauen einen Deich, um künftig den Hochwasserschutz zu gewährleisten. Jede Kanalisierung im Bereich Kelheim dient dem Hochwasserschutz, weil unsere Vorfahren nun einmal an die Donau herangebaut haben. Da können wir im Nachhinein nicht sagen, das sei schlecht; das ist eben so. Den Hochwasserschutz wird wohl niemand in diesem Raum infrage stellen. Die Kanalisierung, die Sie hier kritisieren, wird in erster Linie wegen des Hochwasserschutzes gemacht.

Frau Kollegin Peters hat oft darauf hingewiesen, dass sie viel Zeitung liest. Sie sollte auch die Gutachten lesen. In den Gutachten steht beispielsweise, dass die Isar früher in einem Delta mit vielen Verzweigungen in die Donau einmündete. Wenn wir die Staustufe bei der Mühlheimer Schleife bauen könnten, dann hätten wir die Stabilisierung, die derzeit das natürliche Geschiebe bringt. Wir könnten das Isartal wieder zu einem natürlichen Delta machen. Was Sie hier als Naturschutz praktizieren, ist konservativer, als es sich mancher vorstellen kann. Sie sagen, was derzeit besteht, ist gut. Mit diesem

Argument müsste man jede Rekultivierung einer bestehenden Kanalisierung ablehnen, weil sie im Prinzip zu einer Veränderung der derzeitigen Situation führt. Das Gleiche gilt für die Mühlheimer Schleife und andere Projekte.

Ich habe vor Ort mit den Leuten gesprochen. Die Straubinger Staustufe ist ein mächtiges Bauwerk. Viele ökologisch Denkende werden sagen, das war ein massiver Eingriff in die Natur, es wurde viel zerstört. Mittlerweile ist im Hinterland der Staustufe Straubing ökologisch Wertvolles entstanden. Die Schifffahrtsverwaltung hat dazu eine Broschüre herausgegeben; ich habe sie hier vorliegen. Darin wird dargestellt, was dort entstanden ist. Mittlerweile diskutiert man darüber, ob man diesem Bereich den FFH-Status verleihen sollte. Um die Verlogenheit deutlich zu machen: Die Schifffahrtsverwaltung wurde angewiesen, dass diese Broschüre vor der Bundestagswahl nicht verteilt wird, weil sie positive Aspekte enthält.

(Zurufe der Abgeordneten Kaul (CSU) und Meyer (CSU))

Die Schifffahrtsverwaltung hat angegeben, die Broschüre darf nicht verteilt werden, weil positive Aspekte darin stehen. Das zeigt doch die Verlogenheit. Sie wollen sich nicht mit den Fakten beschäftigen.

(Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Bundesbehörde!)

– Ich werde gerade darauf hingewiesen: Die zuständige Bundesbehörde hat das untersagt.

Ich fasse zusammen: Beim Hochwasserschutz verweisen Sie die aktuelle Situation. Die Planungen liegen in Berlin auf den Schreibtischen und sind gefälligst zu unterschreiben, damit wir an die weitere Umsetzung der Projekte gehen können. Schifffahrt spielt bei Ihnen keine Rolle; die wirtschaftlichen Argumente, Arbeitsplatzargumente spielen bei Ihnen keine Rolle. Beim Naturschutz sind Sie konservativer, als man uns das unterstellen kann. Sie sagen, alles was besteht, sei gut. Sie streuen – aus meiner Sicht – den Menschen Sand in die Augen.

Zum Antrag: Der Punkt 1, das Auffordern zum Gespräch, ist mittlerweile erledigt; auf Arbeitsebene, aber auch auf Ministerebene wird mittlerweile verhandelt. – Zu Punkt 2: Die RMD-Planungen stehen; die Unterlagen liegen in Berlin. – Zu Punkt 3: Sie werden von uns keine Vorfestlegung auf die Variante A erhalten, weil wir in ein offenes Verfahren gehen wollen. Der Antrag ist hinfällig und in der Sache falsch. Deshalb werden wir beide Anträge ablehnen.

Zum Schluss sei mir zunächst noch eine Bemerkung zu Kollegin Kellner gestattet. Sie hat gefragt, wie das die Menschen vor Ort aufnehmen. Als niederbayerischer Abgeordneter möchte ich sagen – ohne dass das falsch verstanden wird: Die Wahlergebnisse vor Ort zeigen auch im Hinblick auf den Wahlkampf, der mit dem Hochwasser und dem Donauausbau gemacht wurde, dass wir, die CSU, zu Recht behaupten können, dass wir für die Bürger vor Ort sprechen und nicht irgendwelche linken Ideologen.



(Beifall bei der CSU)

Ich möchte einen Vorschlag unserer niederbayerischen CSU-Kollegen einbringen, der von Frau Kollegin Kellner schlecht dargestellt worden ist, nämlich das Verfahren zu trennen und zu unterscheiden zwischen Isarmündung aufwärts und abwärts. Wenn wir aus der Blockade herauskommen wollen – wir haben unterschiedliche Meinungen zu der Frage des Ausbaus –, dann lasst uns ab der Isarmündung trennen. Dann kommen wir endlich einen Schritt weiter. Wenn wir die Regierung in Berlin wieder übernehmen, werden wir das auch regeln.

Die SPD und die GRÜNEN sollten sich im Hinblick auf den Naturschutz mehr mit den Fakten beschäftigen und den Menschen keinen Sand in die Augen streuen, wenn es um den Naturschutz geht. Herrn Minister möchte ich dabei bestärken, Druck in Berlin zu machen, damit wir hier weitermachen können.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Um das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Peters gebeten.

**Frau Peters (SPD):** Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Es könnte der Eindruck entstehen, dass heute der „unsinnige Donnerstag“ ist. Ich habe im Kalender nachgeschaut: Er ist es nicht.

(Meyer (CSU): Das war doch mit aller Sachlichkeit!)

– Herr Meyer, wenn Sie ausgetobt haben, mache ich weiter – in aller Sachlichkeit. Wenn Sie es sachlich nennen, dass hier ständig von Lügen gesprochen wurde, dann sei mir das bitte auch gestattet. Herr Meyer weiß ganz genau, was Sache ist.

Umweltminister Schnappauf hätte beim Bundeswirtschaftsministerium nachfragen sollen, wie die Verfahren laufen. Das Raumordnungsverfahren kann erst beantragt werden, wenn die Planungsunterlagen vorliegen. Kاپieren Sie das endlich und hören Sie auf, herumzugehen und zu sagen, der Bund strenge das Raumordnungsverfahren nicht an. Das ist Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schnappauf, Sie haben gesagt, Sie sind nicht bereit, den Hochwasserschutz im Zusammenhang mit den Varianten zu sehen. Sie werden dazu bereit sein müssen, weil der Hochwasserschutz mit der Wahl einer Variante zusammenhängt.

Ich empfehle Ihnen, Herr Meyer, den Schlussbericht der WSD Süd vom Mai 2001 zu lesen. Darin steht es ganz genau. Ich lese es Ihnen noch einmal vor. Ich habe es vorhin schon einmal vorgelesen, Sie hören aber anscheinend nur das, was Sie hören wollen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Er soll selbst lesen!)

In dem Bericht steht:

Bei allen Varianten ergeben sich jedoch vor allem durch Änderungen der hundertjährigen Wasserstände und durch Verwendung überschüssiger Abtragungsmassen des Donausausbaus Auswirkungen auf das Hochwasserschutzkonzept.

Sie können nicht erst Hochwasserschutz machen und sich dann entscheiden. Sie müssen sich vorher entscheiden.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das will die CSU nicht!)

Minister Schnappauf sagt dazu – und meint auch noch, ich solle das aufschreiben –, er habe beim Bund 40 Millionen € für den Hochwasserschutz beantragt. Herr Dr. Schnappauf, Sie wissen, dass der Hochwasserschutz Ländersache ist, und Sie wissen auch, dass sich der Bund nur beteiligt, wenn die Kanalisierung erfolgt.

**Präsident Böhm:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Meyer?

**Frau Peters (SPD):** Nein, meine Redezeit lässt dies nicht zu. Er kann mich aber außerhalb des Plenarsaales fragen.

Minister Schnappauf weiß ganz genau, dass er erst sagen muss, welche Ausbauvariante er will. Trotzdem macht er in der Presse Stimmung und will 40 Millionen € vom Bund haben. Ich habe vorgeschlagen, die Staatsregierung solle der Ausbauvariante zustimmen und dann mit dem Bund verhandeln, ob dieser sich über den Vertrag hinaus an der Finanzierung beteiligt. Ich habe das aber vorhin schon geklärt. Ich hoffe, dass es jetzt angekommen ist.

Herr Dr. Schnappauf, ich bitte Sie, die scharfen Töne sein zu lassen und nicht mehr von „gelogen“ zu sprechen. Ich meine, das ist Ihres Amtes nicht würdig.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Böhm:** Jetzt hat Frau Kollegin Kellner das Wort.

**Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit Zufriedenheit stellen wir GRÜNEN fest, dass Sie heute, Herr Staatsminister Dr. Schnappauf, genau dreimal gesagt haben, Sie würden den Hochwasserschutzmaßnahmen die Ausbauvariante A zugrunde legen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie das wirklich und ehrlich tun, können Sie dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, denn wir haben beantragt, dass Sie Ihren Widerstand gegen die Variante A aufgeben sollen.

(Hofmann (CSU): Ihre Begründung ist falsch!)

– Kollege Hofmann, ich will das nicht Kapitulation nennen, aber ich sehe das als Zustimmung für die Variante A an.

Sie haben auch nicht gesagt „zwischen Straubing und Deggendorf“, wie es Kollege Weber versucht hat ins Spiel zu bringen. Er hat gemeint, nach der Salami-Taktik solle man erst da anfangen, wo es den Ausbau nicht betrifft. Auf dieses Spiel lassen wir uns nicht ein. Herr Staatsminister Dr. Schnappauf, wir nehmen Sie beim Wort. Dreimal haben Sie gesagt, Sie würden die Maßnahmen der Variante A zugrunde legen. Wenn Sie das tun, müssen Sie unserem Antrag zustimmen, der da lautet: Keinen Widerstand gegen Variante A – Zustimmung zum Raumordnungsverfahren und zum integrierten Konzept „Ausbau plus Hochwasserschutz“.

**Präsident Böhm:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Weber?

**Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, meine Redezeit reicht leider nicht aus. Herr Kollege Weber, ich empfehle Ihnen aber, einige Nachhilfekurse bei Naturschutzakademien zu belegen, bevor Sie uns hier einen kanalisierten Fluss als frei fließend verkaufen wollen. Ich habe noch nie einen solchen Unsinn gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Böhm:** Herr Minister Dr. Schnappauf hat noch einmal um das Wort gebeten.

**Staatsminister Dr. Schnappauf (Umweltministerium):** Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen, Frau Peters, gleich gesagt, dass Sie heute ganz schlechte Karten haben.

(Meyer (CSU): Nicht nur heute! – Frau Peters (SPD): Sie haben die schlechten Karten!)

– Ja, nicht nur heute, aber heute ganz besonders.

Ich stelle fest, dass Sie nicht auf der Höhe der Entwicklung sind, und ich stelle weiter fest, dass Sie von Ihren Genossen in Berlin anscheinend nicht abschließend und präzise genug informiert worden sind. Ich gehe deshalb ganz konkret auf Ihre letzten Anmerkungen ein.

(Frau Peters (SPD): Dann informieren Sie mich richtig und schwadronieren Sie nicht herum!)

Sie haben gesagt, das Raumordnungsverfahren könne erst beantragt werden, wenn die Planungsunterlagen vorliegen.

(Frau Peters (SPD): Das war die Auskunft aus Berlin und vom Wirtschaftsministerium!)

Dazu muss ich antworten, dass für die Erstellung und die Vorlage der Planungsunterlage der Bund zuständig ist. Diese Arbeiten sind vom Bund zwar in Auftrag gegeben, liegen aber nicht vor. Solange der Bund die Unterlagen nicht vorlegt, kann die bayerische Raumordnungsbe-

hörde das Verfahren nicht einleiten. – Das war der erste Bumerang.

(Beifall bei der CSU – Hofmann (CSU): Das ist sehr peinlich!)

Der zweite Bumerang: Frau Kellner von den GRÜNEN hat ganz genau zugehört, während Sie, Frau Peters, anscheinend nicht genau zugehört haben. Sie haben im zweiten Wortbeitrag noch einmal gesagt, dass bei den verschiedenen Hochwasserschutzmaßnahmen Variantenabhängigkeit bestehe. Man kann so allgemein sagen, dass je nachdem, welche Variante man wählt, unterschiedliche Hochwasserschutzprojekte nötig sind.

(Frau Peters (SPD): Das steht bei der WSD Süd!)

– Ja, das steht irgendwo, Frau Peters. Ich habe vorhin aber gesagt, dass wir über die allgemeine Erkenntnis längst hinaus sind und dass sich die Bayerische Staatsregierung entschieden hat, die Variante A für den Ausbau des Hochwasserschutzes an der Donau zugrunde zu legen, und zwar – wie Frau Kellner dies richtig aufgenommen hat – zwischen Straubing und Vilshofen.

(Frau Peters (SPD): Das müssen Sie sagen!)

– Das habe ich in meinem ersten Beitrag gesagt. Sie waren anscheinend von mir so begeistert, dass Sie nicht genau zugehört haben.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das wird es gewesen sein!)

– Auch die Generalsekretärin der SPD, die vorhin noch nicht im Saal war, hat es noch nicht mitbekommen.

(Frau Biedefeld (SPD): Ich denke, es ist ergebnisoffen!)

– Ich darf es Ihnen noch einmal sagen, Frau Biedefeld. Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit. Sie wurden von Ihren Genossen in Berlin nicht abschließend informiert. In Abstimmung mit dem Kollegen Dr. Wiesheu – –

(Frau Biedefeld (SPD): Kommen Sie zur Sache!)

– Frau Biedefeld, die Bundesregierung hat gemeint – ich erinnere an die großen Töne –, eine Woche vor der Wahl mit dem Thema Hochwasserschutz von den Bürgerinnen und Bürgern noch ein paar Stimmen bekommen zu können. An einem Sonntag haben fünf Bundesminister große Sprüche geklopft.

(Frau Biedefeld (SPD): Das sagen ausgerechnet Sie, der Sie die größten Sonntagsreden halten!)

Seither ist nicht ein einziger Euro mehr für den Hochwasserschutz in Deutschland nach Bayern geflossen.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie genehmigen in den Überschwemmungsgebieten ständig neue Bauten!)

– Frau Biedefeld, Sie haben immer nur Sprüche auf den Lippen. Die Sprüche nützen den Bürgern zwischen Straubing und Vilshofen gar nichts.

(Frau Biedefeld (SPD): Sie halten Sonntagsreden!)

Die Bürger wollen Hochwasserschutz.

(Frau Biedefeld (SPD): Dann halten Sie nicht nur Sonntagsreden!)

Ich kann Ihnen jede Menge dieser wohlklingenden Formulierungen der Bundesregierung, des Bundesumweltministers und anderer zitieren. In jeder Rede steht, dass die Uferräume von Bebauung freigehalten würden. Formulieren kann man solch allgemeine Dingen sehr schnell. Konkret gemacht haben wir das in Bayern mit dem neuen Landesentwicklungsprogramm, in dem Vorranggebiete für den Hochwasserschutz festgelegt wurden und ein Untersagungsrecht für die gegenteilige Planung geschaffen wurde. Das ist der Unterschied zwischen Reden und Handeln, zwischen Berlin und München.

(Frau Biedefeld (SPD): Was hat denn das Wasserwirtschaftsamt in Nürnberg alles genehmigt!)

– Hören Sie doch mit dem Wasserwirtschaftsamt in Nürnberg auf.

Wir reden über den Hochwasserschutz an der Donau.

**Präsident Böhm:** Zwischenrufe sind zulässig, aber im Duett wird hier nicht gesungen, Frau Biedefeld.

(Beifall bei der CSU)

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Frau Peters hat in ihrem zweiten Beitrag gesagt, es sei Sache des Landes Bayern, die Dinge alleine zu bezahlen. Ich darf Sie, Frau Peters, auf die Vereinbarung hinweisen, die es seit 1998 zwischen dem Freistaat und dem Bund gibt, wonach die Kosten zunächst einmal aufgeteilt und später dann verrechnet werden.

(Frau Peters (SPD): Das weiß ich!)

**Präsident Böhm:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Peters?

**Staatsminister Dr. Schnappauf** (Umweltministerium): Ich bin gern bereit, noch eine Anschlussfrage zu beantworten. Da ich mitten in den Erläuterungen bin, möchte ich meinen Gedanken gern zunächst einmal im Kontext darstellen.

(Dr. Hahnzog (SPD): Man merkt nichts davon!)

1998 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Bund und Bayern über die Durchführung des Hochwasserschutzes geschlossen. Danach werden die Kosten zunächst einmal geteilt und später verrechnet. Nach dieser Vereinbarung sind zwischenzeitlich eine ganze Reihe von Maß-

nahmen verwirklicht worden, und zwar in einem Volumen von ungefähr 35 Millionen €. Wir haben uns jetzt an die Bundesregierung gewandt und gesagt, dass wir dieses fortführen und weitere Hochwasserschutzmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger an der Donau in einem Volumen von ungefähr 40 Millionen € durchführen wollen. Wir wollen uns nicht verträsten lassen, sondern wir wollen den Hochwasserschutz jetzt; denn es geht um Leib und Leben sowie Hab und Gut unserer Bürgerinnen und Bürger.

Ich fordere an dieser Stelle noch einmal ein, dass die Bundesregierung nicht nur sagt, dass der Hochwasserschutz eine nationale Aufgabe sei. Es geht hier um eine Bundeswasserstraße und um eine große Aufgabe. Wir haben im bayerischen Staatshaushalt Jahr für Jahr 115 Millionen € für den Hochwasserschutz. Wir verfolgen ein Gesamtkonzept.

(Frau Peters (SPD): Das ist Ländersache!)

Was wollen Sie eigentlich noch? – Die Staatsregierung hat für den Ausbau des Hochwasserschutzes die Variante A zugrunde gelegt. Das ist der weitestgehende Hochwasserschutz von all den denkbaren Varianten, ob A, B, C, D, D1 oder D2. Wir haben uns entschieden, die Variante A dem Hochwasserschutz zugrunde zu legen. Ich denke, es ist endlich Zeit, dass auch die Opposition in Bayern diesen Weg mitgeht und sich dafür einsetzt, dass der Bund nicht nur redet, sondern den Hochwasserschutz an der Bundeswasserstraße Donau mitfinanziert.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat nun Herr Kollege Franzke.

**Franzke** (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich bei den Anträgen zum Donauausbau hier noch nie zu Wort gemeldet. Herr Kollege Meyer und die anderen wissen das.

(Hofmann (CSU): Das ist auch schön so!)

Ich tue es aber deswegen, weil ich heute das Gefühl habe, dass manche immer wieder bei Adam und Eva anfangen und Redner in die Diskussion geschickt werden, die von der ganzen Angelegenheit keine Ahnung haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Weber, ich bin Präsident des Fischereiverbandes Niederbayern. Ich habe mit dem Donauausbau erhebliche Schwierigkeiten. Ich habe mich bei der Thematik bewusst zurückgehalten, weil ich gedacht habe, die Fachstellen würden das schon selber berücksichtigen. Dann sitzen wir, Herr Weber, gemeinsam in Veranstaltungen der Fischereivereine, und Sie sagen zu, dass Sie bereit sind, die Fischerei voll zu unterstützen. Bei Ihrer heutigen Wortmeldung habe ich aber festgestellt, dass Sie überhaupt keine Ahnung haben. Sie haben sich

nicht einmal informiert und reden hier angeblich zur Sache. Ich finde das schlimm. Warum machen Sie so etwas? – Wären Sie doch vorher gekommen und hätten sich informiert! Ich hätte Sie gerne aufgeklärt.

Ich verstehe auch Sie, Herr Minister, nicht. Ich habe mich auch deshalb bisher nicht zu Wort gemeldet, weil ich dachte, Sie würden aufgrund Ihres Amtseides alle Belange berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie nicht getan. Ihr Vorgänger Dr. Goppel hat es damals noch verstanden und war ganz überrascht, dass es ein Gutachten gibt, das Folgendes besagt: Auf dieser Strecke gibt es nachweislich von den in Europa möglichen 60 Fischarten sage und schreibe 53 und in dem anderen Abschnitt 54. Das sagen Gutachter, die Sie und die Rhein-Main-Donau-Gesellschaft selber bestellt haben. Wer das mit einer Kanalisierung kaputt macht, der versündigt sich an dem, was noch übrig ist.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Herr Kollege Kaul, schütteln Sie doch nicht so schnell den Kopf. Wissen Sie als Vorsitzender des Umweltausschusses nicht einmal, dass im Bereich der Kanalisierung von Kelheim jedes Jahr fünf Fischarten ausgestorben sind? Ich lege es Ihnen gerne vor, aber ich dachte, Sie wissen so etwas.

(Kaul (CSU): Das will ich nicht bestreiten!)

Sie haben wirklich keine Ahnung. Es soll derselbe Ausbau vorgenommen werden wie im Bereich Kelheim.

(Kaul (CSU): Das ist nicht wahr!)

– Natürlich. Neu ist Folgendes:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir können uns gern einmal zusammensetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Sie werfen uns vor, Herr Minister, dass wir bei den Varianten zögern und daher an der Verzögerung schuld seien. Sie haben sich doch erst letzte Woche mit Herrn Wiesheu geeinigt, dass die Variante A zwischen Straubing und Vilshofen möglich wäre. Tun Sie doch nicht so, als ob das seit Jahren feststünde.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Die Staatsregierung und insbesondere Herr Wiesheu haben bisher immer vertreten, dass der Ausbau stattfinden müsse, koste es, was es wolle. Ich war bei jeder Veranstaltung und weiß, welchen Schmarrn er oft dahergeredet hat. Sie haben sich jetzt intensiv eingeschaltet, und eventuell kommt jetzt die Variante A. Warum machen Sie es denn? – Weil Sie sich im Grunde Vorteile erwarten, weil Sie mit dem Hochwasserschutz kostengünstiger zurecht kommen. Dies ist die Situation.

(Kaul (CSU): Wir wollen die Menschen in der Region schützen!)

– Herr Kaul, wir wollen die Menschen schützen und die Kreaturen, die uns anvertraut sind. Wenn Sie davon keine Ahnung haben, dann lade ich Sie gern einmal ein, damit Sie sich genauer darüber informieren können.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Kollegen Gartzke. Herr Gartzke, bitte.

**Gartzke (SPD):** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, dass ich das noch einmal klarstellen muss. Bei der Finanzierungssache ist soviel durcheinander geworfen worden. Deswegen muss ich mich leider noch einmal zu Wort melden und stelle noch einmal ganz klar fest:

Erstens. Hochwasserschutzaufgaben sind Ländersache.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Der Bund stellt über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes Gelder zur Verfügung. Er bezahlt 60%, 40% sind von den Ländern zu bezahlen. Mit diesen Geldern kann man auch Maßnahmen für den Hochwasserschutz durchführen.

Drittens. Es gibt Fördergelder der Europäischen Union. In einigen Fällen ist es möglich, Hochwasserschutz damit zu finanzieren.

Lassen Sie mich nun zum Thema Donau kommen. Bei den Bundeswasserstraßen geht es um den Eingriff. Das geschieht klar nach dem Verursacherprinzip. Wenn der Bund die Variante A durchführt und das Auswirkungen auf den Hochwasserschutz hat, dann muss er selbstverständlich auch die Maßnahmen zum Hochwasserschutz übernehmen. Das ist doch das Konzept. Deswegen gibt es die Vereinbarung, die der Herr Minister richtig zitiert hat. Diese Vereinbarung regelt, dass Hochwasserschutzmaßnahmen dann ergriffen werden müssen, wenn der Bund dort eine Schifffahrtsstraße baut. Das ist die Logik: Zuerst muss man eingreifen und sich für die Variante A entscheiden, und dann ist der Hochwasserschutz die Konsequenz, aber nicht umgekehrt, weil man nach dem Verursacherprinzip auch die Kosten teilt. Alles andere wäre nach Haushaltsrecht nicht zulässig.

(Beifall bei der SPD – Kaul (CSU): Der Bund muss den Antrag stellen, Herr Gartzke!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Weber. Bitte.

**Weber (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf

zunächst Herrn Franzke darauf hinweisen, dass ich zwar ein junger Kollege in diesem Gremium bin, wir aber trotzdem gewisse Umgangsformen wahren sollten.

(Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): So ist es!)

Soweit es mir als jungem Kollegen zusteht, darauf hinzuweisen, bitte ich darum, dass wir uns gegenseitig nicht absprechen, uns mit einem Thema ernsthaft zu beschäftigen und ernsthaft auseinander zu setzen.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie selbst, Herr Franzke, in Ihrer Wortmeldung darauf hingewiesen haben, dass es um eine sachgerechte Auseinandersetzung geht, dass es eine gute – –

(Zuruf des Abgeordneten Franzke (SPD))

– Lassen Sie mich bitte ausreden. Ich habe genauso zugehört, wie Sie zuhören könnten.

Herr Franzke, Sie haben gesagt, es geht um ein Abwägungsverfahren. Ich habe in meinem Beitrag versucht, darauf hinzuweisen, dass in Ihrer Abwägung – das ist legitim, das ist Ihre Position – die Schifffahrt überhaupt keine Rolle spielt, nicht in den Bewertungen und den Wortmeldungen, die Sie heute gemacht haben. Deshalb lassen Sie uns ehrlich und sachgerecht darüber streiten.

Ich möchte noch zwei Argumente einbringen, um die Debatte wirklich sachgerecht zu machen: Zum einen nenne ich den Naturschutz – noch einmal zur Klarstellung: Schauen Sie sich die Mühlheimer Schleife an; wir reden über sieben Kilometer durch Hochwasserschutz kanalisierte Donau. Wenn wir hier die Staustufe, den Stich machen könnten, dann würden durch die Staustufe vom gesamten Donauwasser nur drei oder vier Prozent des Wassers fließen, das für das Ausgleichen der Hubhöhe notwendig ist. Der Rest des Wassers würde komplett durch die Mühlheimer Schleife laufen mit einer ökologischen Wirkung, die beachtlich wäre. Wir haben eine kanalisierte Donau und könnten ökologisch wirklich etwas bewegen, wirklich etwas voranbringen.

Ein zweiter Hinweis sei mir auch noch gestattet, weil der Minister sehr deutlich die Variante A als Grundlage für die Hochwasserplanung genannt hat: Sie müssen dann den Bürgern draußen auch sagen: Wenn wir über Kanalisierung – sprich über die Höhe des Damms – reden, dann muss man sagen: Variante A ist diejenige, die über die gesamte Ausbaustrecke den höchsten Hochwasserschutz benötigt, also die höchsten Donaudämme braucht. Wenn Sie das als Planungsgrundlage nehmen, ist der höchste Hochwasserschutz notwendig. Das heißt: Wer Kanalisierung kritisiert, muss wissen: Um 20 cm am gesamten Donaustrang entlang muss der Damm höher sein, weil die Variante A als Grundlage genommen wird. Das sollte Ihnen zu denken geben, weil Sie immer von der Kanalisierung der Donau sprechen.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste Wortmeldung: Frau Paulig.

**Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich mache es sehr kurz, weil noch der nächste Dringlichkeitsantrag drankommt.

Klar ist: Wir begrüßen es, dass der Hochwasserschutz nach Variante A auf der gesamten geplanten Ausbaustrecke umgesetzt werden soll, nämlich Straubing-Vilshofen. Das haben wir heute auch so im Protokoll festgehalten. Damit ist die Grundlage geschaffen, wirklich Naturschutz zu gewährleisten, die Menschen, die Bewohnerinnen und Bewohner dort zu schützen. Damit ist auch gewährleistet, dass die Schifffahrt stattfinden kann; denn wir wissen, dass Variante A allenfalls Minderungen bis 10% – wenn überhaupt – für die Schifffahrt bedeutet. Wenn man schaut, wie oft Niedrigwasser herrscht oder wie oft Zulaufstrecken gefroren sind, kommt man zum Schluss: Variante A ist ein sehr gutes wirtschaftliches Ergebnis.

Jetzt war ich wieder erstaunt, als ich gehört habe, dass Sie, Herr Weber, Hochwasserschutz mit Dämmen umsetzen wollen. Hochwasserschutz braucht Retentionsflächen, braucht Platz für das Wasser der Fluten. Genau darum geht es und nicht darum, wieder neue und höhere Dämme zu bauen. Dann ist die Variante A auch wirklich ökonomisch und ökologisch sinnvoll, wenn wir endlich dem Fluss, dem Wasser wieder mehr Raum geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Es ist jeweils namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Raumordnungsverfahren an der Donau, Beibringung der Planunterlagen und Annahme des Gesprächsangebots der Bundesregierung“ auf Drucksache 14/11623 in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne befindet sich auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion und die Urne für Stimmenthaltungen wie immer auf dem Stenografentisch. Mit der Abstimmung kann begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.45 bis 16.50 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekannt gegeben.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Einleitung des Raumordnungsverfahrens für den ökologischen

Donauausbau – sofortiger Beginn der Hochwasserschutzmaßnahmen“ auf Drucksache 14/11628 durch. Die Urnen sind wie bei der vorhergehenden Abstimmung bereitgestellt. Für die Abstimmung stehen erneut fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.51 bis 16.56 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird wiederum außerhalb des Saales ermittelt und von mir später bekannt gegeben.

Wir fahren zwischenzeitlich mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge fort.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Elisabeth Köhler, Schopper und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Behandlung auf Chipkarte sicherstellen (Drucksache 14/11624)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Kobler, Unterländer, Dr. Zimmermann und anderer und Fraktion (CSU)**

**Abrechnung vertragszahnärztlicher Leistungen – Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben sicherstellen (Drucksache 14/11632)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Schopper.

**Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Montag hat die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns den Streit auf die Spitze getrieben. Die Versicherten der Ersatzkassen werden nicht mehr auf Chipkarte behandelt. In der Kasse soll vielmehr Bares klingeln. Das heißt, die Patientinnen und Patienten werden in der Praxis abkassiert. Schon im Januar haben die Versicherten Post von ihrer Kassenzahnärztlichen Vereinigung bekommen mit der sehr fragwürdigen Aufforderung, eventuell die Kasse zu wechseln, da es bei den Ersatzkassen keine angemessenen Honorare mehr gebe.

Die Patientinnen und Patienten waren schon damals tief verunsichert. Hintergrund unseres Dringlichkeitsantrags ist, dass die Honorarverhandlungen bisher gescheitert sind. Darauf kann ich aus Zeitgründen leider nicht näher eingehen. Klar ist, dass wir auf jeden Fall Regelungen bekommen müssen, mit denen verhindert wird, dass diese Streitigkeiten auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen werden.

Fakt ist zurzeit: Die Kassenzahnärztliche Vereinigung bastelt sich ihr Recht selbst: Was scheren uns Gesetze? Es herrscht das Motto: Das Gesetz bin ich. Und manchmal erweckt der Vorstand der KZVB den Eindruck, wenn er auf den diversen Versammlungen und Veranstaltungen auftritt, als gäbe es im Sozialministerium eine ge-

wisse Toleranzschwelle und ein mildes Lächeln für diesen Rechtsbruch. Deshalb finde ich es gut, Frau Ministerin, dass Sie hierzu ein klares Wort gesagt und der KZVB ein Ultimatum gesetzt haben. Ich möchte auch heute ein klares Wort von Ihnen dazu hören.

Eines muss klar sein: Auch für die Zahnärzte müssen Recht und Gesetz gelten. Wohin kämen wir, wenn jeder das Recht nach dem Motto anwenden würde: Ich bin zwar zu schnell gefahren, aber mir hat's halt gepasst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann nicht sein, dass das Recht nicht beachtet wird. Das Recht heißt, dass die Zahnärzte verpflichtet sind, die Ersatzkassenpatientinnen und -patienten auf Chipkarte zu behandeln.

Ich habe es schon erwähnt: Die Frau Ministerin hat ein Ultimatum an die Zahnärzte gestellt. Sie sollen sich bis morgen erklären, ob sie weiterhin auf Chip-Karte behandeln wollen. Wer die Herren der KZVB kennt, weiß, dass ein Panzer im Vergleich dazu ein Weichei ist.

(Heiterkeit)

Oberbayerische Dickschädelei, Rechthaberei und die Aussicht auf mehr Geld lässt kein Einlenken zu. Deshalb haben wir den Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Behandlung auf Chipkarte sicherzustellen.

Die Frau Ministerin muss einen Staatskommissar einsetzen. Dieser Staatskommissar soll umgehend sicherstellen, dass die Patientinnen und Patienten wieder auf Chipkarte behandelt werden, und soll sich danach damit beschäftigen, in Gesprächen mit den Ersatzkassen und der KZVB diese Streitigkeiten beizulegen, damit die Chipkarte wieder das Mittel der Wahl ist und die Verunsicherung der Patientinnen und Patienten aufhört. Sie wissen zum Teil ja nicht mehr, ob sie auf Chipkarte behandelt werden oder nicht. Wenn der Zahn schmerzt, werden sie auf Chipkarte behandelt, aber wenn sie einen normalen Termin zum Nachschauen haben, wissen sie nicht, wie sie sich verhalten sollen. Diese Verunsicherung muss umgehend aufhören und die KZVB in die Schranken gewiesen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Vielen Dank, Frau Schopper. Nächste Wortmeldung: Herr Wahnschaffe, bitte.

**Wahnschaffe (SPD):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dies ist kein einmaliger Ausrutscher, sondern ein länger anhaltender politisch motivierter Rechtsbruch, und wir müssen leider feststellen, dass die Kassenzahnärztliche Vereinigung zu diesem Rechtsbruch von der Staatsregierung ermutigt wurde, und das nicht erst seit heute, sondern schon seit 1999.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu ein Zitat aus einer Entscheidung des Sozialgerichts München. Das Sozialgericht München hat festgestellt – damals ging es nicht um den VdAK, sondern um die AOK –:

Davon abgesehen hat die Antragstellerin das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen bereits zweimal vergeblich um geeignetes, also aufsichtsrechtliches Vorgehen gegen die Antragstellerin gebeten.

Ich kann diese Zitate fortsetzen, sie sind noch viel schlimmer für Ihr Haus, Frau Staatsministerin. Im Januar hat der Vorsitzende der KZVB, Herr Löffler, bei einer Versammlung der KZVB in Regensburg gesagt:

Wir wissen zwar, dass wir rechtswidrig handeln, aber wir fühlen uns gedeckt durch das Sozialministerium.

Ich meine, Frau Staatsministerin, es wäre Zeit, in Ihrem Haus aufzuräumen, damit solch rechtswidriges Handeln endlich unterbunden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht hier nicht um den Streit zwischen den Kassen und den Zahnärzten, sondern es geht um die Patienten. Sie werden rechtswidrig seit Anfang dieser Woche nicht mehr, wie es das Gesetz vorschreibt, auf Sachleistungsbasis behandelt, sondern sie müssen dafür bezahlen.

Außerdem hat die KZVB in einem Schreiben unter Missbrauch datenschutzrechtlicher Vorschriften Patienten, Versicherte von Ersatzkassen angeschrieben und mehr oder weniger offen dazu aufgefordert, die Kasse zu verlassen. Meine Damen und Herren von der CSU, wir befinden uns im Augenblick in einem rechtlosen Zustand, und den haben Sie durch Nichtstun mitverschuldet. Deswegen fordern wir Sie auf, endlich durchzugreifen.

Allerdings muss man sagen: Das, was Sie jetzt angekündigt haben, bewegt sich im Rahmen des Gesetzes. Das ist richtig. Sie hätten nur früher handeln müssen; denn die KZVB hat dieses Verhalten bereits im Januar angekündigt. Ich habe am 29. Januar hier eine mündliche Anfrage gestellt. Da haben Sie angekündigt, dass Sie etwas tun. Und wann haben Sie gehandelt? – Erst in dieser Woche. Jetzt ist Handeln angesagt, und zwar in der Weise, dass ein Verpflichtungsbescheid ergeht. Aber wir meinen nicht, dass der Staatskommissar schon auf den Plan treten muss, denn das geschieht erst dann, wenn sich die Selbstverwaltung weiterhin rechtlich ins Abseits stellt.

Aber – meine Damen und Herren von der CSU, und deswegen können wir jedenfalls in einem Punkt Ihrem Antrag nicht zustimmen – es kann nicht sein, dass jetzt der Schwarze Peter hin- und hergeschoben wird, indem man sagt: Der VdAK verhält sich ja auch rechtswidrig. Das stimmt so nicht. Es gibt einen Honorarstreit, und dazu ist ein Sozialgerichtsverfahren anhängig, also ein rechtsstaatliches Verfahren. Es kann also nicht sein, dass die Kassenzahnärztliche Vereinigung sagt: Wir ver-

handeln nicht mehr, weil für uns das gilt, was das Schiedsamt gesagt hat oder was vom Sozialministerium vorgeschlagen wird. Sie wissen ganz genau, dass das, was Sie im Oktober vorgeschlagen haben, schon der Schnee von gestern war. Man hat sich in der letzten Woche in Köln auch nicht einigen können.

Also lassen Sie die Gerichte sprechen und versuchen Sie, auf der Basis rechtlicher Vorschriften – ich sage nur das Wort Veränderungsrate, mehr kann ich hier nicht ausführen – einzugreifen, aber nicht dadurch, indem Sie die Kassenzahnärztliche Vereinigung in ihrem rechtswidrigen Tun noch unterstützen. Insofern ist dieser Antrag der CSU erstens zu spät und zweitens scheinheilig. Wir werden uns zu beiden Anträgen der Stimme enthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Vielen Dank, Herr Wahnschaffe. Das Wort hat Herr Kobler.

**Kobler (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wahnschaffe, Scheinheiligkeit hin oder her, ich meine, es wäre glaubwürdiger gewesen, wenn Sie auch mit einem Antrag angetreten wären und eine entsprechend klare Meinung abgegeben hätten. Das wäre glaubwürdiger gewesen, als sich zu einem Thema aufzuschwingen, das uns sicher alle negativ berührt, weil ja offenbar Woche für Woche die gesundheitspolitische Auseinandersetzung immer neue Blüten treibt, die wir in keiner Weise akzeptieren können. Ich möchte es zwar nicht unbedingt behaupten, aber ich stelle schon in den Raum, dass das, was sich seit Monaten im rot-grünen Chaos in der Gesundheitspolitik auf Bundesebene abspielt, sich nun auch ein wenig zwischen den beiden Leistungserbringern, den Ersatzkassen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, abspielt.

(Frau Steiger (SPD): Das Sozialministerium ist untätig!)

Das sind chaotische Zustände, die man natürlich auf jeden Fall ordnen muss. Ich meine, dass die Staatsministerin sich seit Monaten bemüht, die Wogen zu glätten und Einigkeit herbeizuführen.

(Wahnschaffe (SPD): Das ist Rechtsbruch!)

Herr Kollege Wahnschaffe, Sie haben es angesprochen: Es ist ein Gerichtsverfahren anhängig. Weder die Staatsregierung noch das Parlament können sich über Gerichtsverfahren hinwegsetzen. Bitte nehmen Sie das auch zur Kenntnis. Es hat vielfältige Bemühungen und Einflussnahmen gegeben. Wir versuchen genau wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag, mit diesem letzten Appell auf die beiden Gruppierungen, die Ersatzkassen und die Kassenzahnärztliche Vereinigung, Einfluss zu nehmen. Es grenzt wirklich an Bösartigkeit, wie Sie das hier dargestellt haben.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die täglichen Hiobsbotschaften in den Medien sind uns nicht entgangen. Die Zahnärzte boykottieren die Ersatzkassen, und

die Ersatzkassen verhalten sich entsprechend zugeschnürt. Dieser Streit treibt nun wirklich seltsame Blüten. Leider trifft in diesem Fall der Spruch nicht zu: Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. In diesem Fall ist es so, dass der Dritte der Leidtragende ist, nämlich die Patienten, die Kranken, die Versicherten. Das sind die Leidtragenden, und hier muss an Einsicht und an Gerechtigkeit appelliert werden. Das Hauen und Stechen zwischen den Zahnärzten und den Ersatzkassen hat Züge angenommen – und gestern und heute sind wir von den Medien mit Schlagzeilen auch nicht verschont geblieben –, denen der Patient, der Versicherte mehr oder minder wehrlos gegenübersteht.

Wer bei einer Ersatzkasse versichert ist, wird entgegen dem Gesetz leider nicht mehr auf Krankenversicherungsschipkarte behandelt. Das heißt, aufgrund dieser seit Monaten schwelenden Vergütungsstreitigkeiten zwischen den Ersatzkassen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung werden Ersatzkassen-Versicherte derzeit von zahlreichen bayerischen Zahnärzten nur gegen Kostenerstattung behandelt bzw. ihnen werden Behandlungen leider vorenthalten. Das ist verwerflich. Man müsste sogar einen Schritt weitergehen und überlegen, ob hier gegen das Berufsethos verstoßen wird, sodass möglicherweise auch berufsständische Verfahren die Folge sein müssten.

Wir bitten nun, unseren Antrag so zur Kenntnis zu nehmen. Kollege Wahnschaffe, Kollegin Schopper, wir haben letzte Woche gerade auch über den Ausstieg der KV aus der Notfallversorgung, da das Ziel gleichgelagert war, gemeinsam sachlich und fundiert diskutiert. Ich bitte, heute zumindest über unseren vorliegenden Antrag nicht abzustimmen, sondern ihn in allen Facetten und Details nächste Woche im Fachausschuss zu behandeln.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Um das Wort hat Frau Schopper gebeten.

**Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, ob es verfahrenstechnisch noch geht, den aufgerufenen Antrag in die Fachausschüsse zu überweisen. Ich wollte von unserer Seite Zustimmung signalisieren, wenn auch unser Antrag noch in die Fachberatungen einbezogen wird. Wenn wir heute über den Antrag abstimmen müssen, würde ich noch gerne unser Votum erklären. Inhaltlich stimmen wir dem CSU-Antrag zu, aber in der Begründung konnte er den bundespolitischen Stift wieder nicht lassen. Daher würden wir uns heute bei einer Abstimmung der Stimme enthalten.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens.

**Frau Staatsministerin Stewens** (Sozialministerium): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wahnschaffe, eines möchte ich klar-

stellen: Zu keinem Zeitpunkt habe ich die Kassenzahnärztliche Vereinigung zu diesem Handeln ermutigt, und zu keinem Zeitpunkt habe ich gesagt, dass dieses Handeln von mir gedeckt würde. Ich konnte nicht eher, sondern erst dann einschreiten, als die Kassenzahnärztliche Vereinigung den Ersatzkassen-Patienten die Behandlung auf Chip-Karten tatsächlich verweigerte. An diesem Tag konnte ich einschreiten. Ich habe aber vorher allen klar und deutlich gesagt, dass es dann von unserem Haus eine Verpflichtungsanordnung geben wird.

Am Montag hat die Kassenzahnärztliche Vereinigung angefangen, die Patienten von Ersatzkassen nicht mehr auf Chip-Karten zu behandeln. Am Dienstag ist die Verpflichtungsanordnung unseres Hauses ergangen. Ich habe die Kassenzahnärztliche Vereinigung – auch in den Gesprächen vorher, als ich davon in der Presse gelesen habe – nie darüber im Unklaren gelassen, was ich letztendlich machen werde, wenn hier die Kassenzahnärztliche Vereinigung ohne rechtliche Grundlage handelt. Das ist von uns in allen Pressemitteilungen immer klar und deutlich gesagt worden. Bei den Aussagen in Regensburg war ich nicht dabei. Ich kann nur wiederholen, was ich in der Presse schon immer klar und deutlich gesagt habe.

Herr Kollege Wahnschaffe, wenn wir, wie Sie vorschlagen, die Sozialgerichte sprechen lassen, warten wir sechs Jahre. Dann haben wir in dieser Zeit ungeheure Schwierigkeiten, und genau das will ich nicht. Ich will, dass die Kassenzahnärztliche Vereinigung die Ersatzkassen-Patienten tatsächlich wieder auf Chip-Karten behandelt. Sie haben die derzeitige Situation sehr gut beschrieben. Seit dem Jahr 2000 haben wir mit den Ersatzkassen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung diese Probleme. Insofern wurde keine Vereinbarung abgeschlossen.

Man muss natürlich auch die Situation der Zahnärzte sehen, die seit dem Jahr 2000 vor dem Hintergrund großer Praxen und der Steigerungen in den Lohnrunden im Grunde mit Nullrunden zu kämpfen haben, sodass flächendeckend für die Zahnärzte die Lohnrunden Minusrunden sind. Man muss dazu sagen, dass die Zahnärzte beim Sozialgericht München Rechtsschutz beantragt und in einem einstweiligen Rechtsschutzverfahren den Anspruch, gemäß dem Schiedsspruch abrechnen zu können, vorläufig zugesprochen bekamen. Der Kassenzahnärztlichen Vereinigung ist also im einstweiligen Rechtsschutzverfahren vom Sozialgericht München am 27. 01. gesagt worden, sie hätten einen Rechtsanspruch auf Abrechnung gemäß dem Schiedsspruch. Auch ist hier gesagt worden, dass das Bundesversicherungsamt den Spruch nicht hätte aufheben dürfen. Das heißt, wir haben mit Blick auf die Ersatzkassen eine ausgesprochen schwierige Situation; denn die Ersatzkassen unterstehen dem Rechtsschutz des Bundesversicherungsamtes. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung unterliegt unserer Rechtsaufsicht, und diese Rechtsaufsicht habe ich zu jedem Zeitpunkt wahrgenommen. Da lasse ich mir von Ihnen überhaupt nichts nachsagen; das weiß auch die Kassenzahnärztliche Vereinigung.

(Beifall bei der CSU)



Es ist für mich ganz wichtig, dass der Patient nicht auf der Strecke bleibt und dass wir dem Patienten signalisieren, er dürfe auf keinen Fall bar bezahlen, sondern solle auf der Behandlung mit der Chip-Karte bestehen. Er solle, wenn er denn schon die Rechnung in Empfang nimmt, deren Empfang bestätigen, aber sie unverzüglich bei seiner Ersatzkasse einreichen, aber bei den Zahnärzten kein Bargeld auf den Tisch legen. Das habe ich immer wieder klar und deutlich gesagt; denn – das habe ich heute auch den Zahnärzten gesagt – wo kommen wir hin, wenn plötzlich alle bei Rot über die Ampel fahren? – Es bricht Chaos aus.

Frau Kollegin Schopper, ein Problem habe ich mit dem Begriff „umgehend“, weil ich den Staatskommissar umgehend einsetzen möchte. Ich möchte, dass sich beide Verhandlungspartner noch einmal an einen Tisch setzen und verhandeln. Ich weiß genau, dass wir bei dem, was wir als Einigungsvorschlag vorgelegt haben – diesen Vermittlungsvorschlag hat nur die Kassenzahnärztliche Vereinigung angenommen –, nicht mehr sehr weit auseinander liegen. Deswegen meine ich schon, es geht hier um Prinzipien.

Oft ist es auch ein Problem der handelnden Personen. Vor diesem Hintergrund sollten sich die beiden Parteien möglichst rasch an einen Tisch setzen und zugunsten der Patienten gemeinsam verhandeln; denn in Bayern sind die Patienten ausgesprochen verunsichert, und das kann es nicht sein. Eines kann ich Ihnen sagen: Rechtswidriges Verhalten dulde ich von keiner Seite, weder von den Ersatzkassen noch von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung. Ich habe auch das Bundesversicherungsamt angeschrieben und gebeten, das Verhalten der Ersatzkassen in Bayern zu überprüfen.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Wahnschaffe.

**Wahnschaffe (SPD):** Frau Staatsministerin, Sie haben hier starke Worte gebraucht, aber leider stimmen sie mit der Realität nicht überein; denn wir hatten im August genau dieselbe Situation. Sie wissen, dass damals die Kassenzahnärztliche Vereinigung sagte, sie rechne nicht mehr zum üblichen Punktwert, sondern nur noch auf der Basis der Schiedskommission ab, und sie verlange, dass die Patienten zu ihren Krassenkassen gehen und ein Revers unterschreiben würden, dass sie den erhöhten Satz zahlen würden. Damals sind Sie nicht eingeschritten. Ich habe hier im Landtag mehrfach mündliche Anfragen gestellt, und jedes Mal haben Sie gesagt, für rechtsaufsichtliches Einschreiten bestehe kein Anlass.

Heute haben Sie dafür die Quittung. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung berief sich nicht zuletzt in Regensburg darauf, dass sie in Ihrem Haus gute Freunde habe, die sie rechtlich schützen und unterstützen würden. Solange das der Fall ist, müssen Sie sich nicht wundern, dass sich dann die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns – das ist in Deutschland einmalig – in dieser Weise rechtswidrig verhält.

(Zuruf von der CSU: Namen!)

– Das kann ich Ihnen sagen: 65% der bayerischen Zahnärzte haben die Aufforderung ihrer Körperschaft des öffentlichen Rechts unterschrieben; diese hat zu diesem rechtswidrigen Verhalten aufgefordert. Allein das ist ein rechtswidriges Verhalten, wenn eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ihre Mitglieder zu rechtswidrigem Handeln auffordert.

Nicht zum ersten, sondern mindestens zum vierten Mal ist das passiert. Bisher sind Sie kein einziges Mal eingeschritten. Jetzt haben die Gerichte das letzte Wort. Sie als Aufsichtsbehörde hätten einschreiten können, als dieser Schiedsspruch zustande gekommen ist.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Wahnschaffe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Hofmann?

**Wahnschaffe (SPD):** Ja, wenn es auf meine Redezeit nicht angerechnet wird.

(Herrmann (CSU): Die ist doch sowieso schon zu Ende!)

**Hofmann (CSU)** (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Wahnschaffe, sind Sie bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, um welche Personen es sich handelt, die erklärt haben, sie hätten im Ministerium gute Freunde, und würden Sie uns mitteilen, wer diese guten Freunde sind?

**Wahnschaffe (SPD):** Das werde ich gerne mitteilen, es liegt nämlich schriftlich vor. Diese Äußerung – ich habe sie vorhin schon zitiert – stammt vom Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Vorsitzender ist Herr Dr. Löffler. Diese Äußerung hat er am 8. Januar vor einer Vertreterversammlung ostbayerischer Zahnärzte gemacht. Das ist von Zeugen schriftlich dokumentiert worden. Er hat sich wie folgt ausgedrückt – ich kann es Ihnen zitieren. Er hat keine Namen aus dem Haus genannt, sondern er hat gesagt: Wir haben gute Freunde im Sozialministerium. Wenn dies der oberste Funktionär – –

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Wahnschaffe, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Wahnschaffe (SPD):** Wenn dies der oberste Funktionär vor Zeugen, vor fünfhundert Teilnehmern an dieser Versammlung öffentlich sagt,

(Hofmann (CSU): Na ja!)

dann kann ich nicht nur „na ja“ sagen, sondern dann hätten spätestens nach dieser Äußerung im Ministerium alle Alarmsignale aufleuchten müssen. Man hätte schon damals einschreiten müssen.

(Hofmann (CSU): Das ist schon sehr dünn!)

– Das ist nicht dünn, sondern Sie tragen die Mitverantwortung dafür, dass Kassenpatienten in Bayern derzeit nicht gemäß dem Gesetz behandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Frau Staatsministerin Stewens.

**Frau Staatsministerin Stewens** (Sozialministerium): Herr Kollege Wahnschaffe, zu den Vorfällen in Regensburg: Nachdem ich die Meldungen in der Zeitung gelesen und auch Briefe von Betroffenen bekommen habe, habe ich mich unverzüglich mit Herrn Dr. Löffler in Verbindung gesetzt. Er hat mir gesagt, dass es Tonbandaufnahmen von dieser Versammlung gibt. Er sei gerne bereit, diese Tonbandaufnahme mit mir noch einmal durchzugehen. Er habe dieses so nicht gesagt. Ich werde die Kassenzahnärztliche Vereinigung bitten, Ihnen die Tonbandaufnahmen zuzuschicken, dann können Sie das selbst überprüfen.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: In diese Niederungen der Streitigkeiten zwischen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung und den Ersatzkassen lasse ich mich nicht ein. Von mir gab es noch nie ein Wort – das haben Sie auch heute von mir gehört –, dass ich irgendetwas Illegales bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung decken würde. Die Verpflichtungsanordnung ist sofort hinausgegangen.

Zum Schiedsspruch möchte ich auch noch etwas sagen. Der Schiedsspruch wird zum einen von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, zum anderen auch von den Ersatzkassen beklagt. Wir befinden uns mitten in einem Rechtsstreit. Das sollten Sie in einem Rechtsstaat schon einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Kollege Wahnschaffe.

(Wahnschaffe (SPD): Aber hier steht doch, dass Sie sich eingemischt haben!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Wenn ich die Fraktionen vorher richtig verstanden habe, sollen beide Anträge in die Ausschüsse verwiesen werden. Das ist nur möglich, wenn die Antragsteller damit einverstanden sind. Deshalb frage ich die CSU-Fraktion. – In Ordnung. Ich frage die Grünen. – Auch in Ordnung. Dann können wir die Diskussion im zuständigen federführenden Ausschuss weiterführen.

Damit ist die Beratung der Dringlichkeitsanträge abgeschlossen.

Der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend Kunst und Kultur in allen Regionen Bayerns auf Drucksache 14/11626, welcher nicht mehr aufgerufen werden konnte, wird später zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 12 behandelt.

Ich rufe nun auf:

## Tagesordnungspunkt 11

**Antrag der Abgeordneten Franzke, Naaß, Marianne Schieder und anderer (SPD)**

**Sicherung des Lehrernachwuchses an beruflichen Schulen**

(Drucksache 14/9864)

**Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Sprinkart, Münzel und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen zur Beseitigung des Nachwuchsmangels bei Lehrerinnen und Lehrern**

(Drucksache 14/9906)

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eykmann, Nöth, Heckel und anderer (CSU)**

**Maßnahmen zur Lehrergewinnung in Schularten und Fächern mit Nachwuchsmangel – Einkommensverbesserung von Lehramtsanwärtern an beruflichen Schulen**

(Drucksache 14/9986)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Odenbach.

**Odenbach** (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung gleich vorweg: Für den Fall, dass ich das Kultusministerium oder dessen Leitung ansprechen sollte, mache ich das wohlwollend, dass sowohl die Frau Kultusministerin als auch der Herr Staatssekretär nicht hier sein können. Das ist so akzeptiert und abgesprochen. Aber es könnte sein, dass ich sie doch direkt ansprechen muss. Das wäre dann keine Kritik an ihrer Abwesenheit, sondern eine Kritik an dem, was sie getan bzw. in diesem Fall nicht getan haben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Behandlung des schwierigen Problems der Gewinnung und Sicherung junger Lehrkräfte für unsere beruflichen Schulen in Fächern mit Nachwuchsmangel und der Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen ist wieder einmal ein Beispiel für die Art und Weise, wie die Staatsregierung versucht, mit diesem Parlament umzugehen. Am 22. Oktober und am 5. November 2002 hat sich der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes ausführlich mit Anträgen aller drei Fraktionen zu dieser Problematik befasst. Diese Anträge liegen heute auch vor. Ich kann nur sagen, alle Mitglieder des Ausschusses haben sich in dieser Sache redlich bemüht. Auslöser der Anträge war der an beruflichen Schulen besonders eklatante Nachwuchsmangel. Dieser war zwar lange vorausprognostiziert worden, aber die Staatsregierung hat es trotz aller Warnungen versäumt, rechtzeitig entgegenzusteuern. Darin, dass auf diesem Gebiet massiver Lehrermangel herrscht, waren sich alle Fraktionen im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes einig.

Wie sieht die Entwicklung aus? – Bereits in den Jahren 2003 und 2004 treten 23% der Lehrkräfte an beruflichen

Schulen in den Ruhestand. Bis zum Jahr 2010 werden es 50% sein. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat sich in einer sehr intensiven und engagierten Diskussion darum bemüht, die durch den Bundesgesetzgeber geschaffene Möglichkeit der Gewährung von Sonderzuschlägen für Lehramtsanwärter und Referendare für Bayern zu nutzen. Kollege Nöth hat dabei auf die Bereiche verwiesen, in denen es den größten Nachwuchsmangel gibt. Das sind im beruflichen Schulwesen die Fächer Wirtschaftswissenschaften, Metalltechnik, Elektrotechnik und Ernährungswissenschaften. Er hat eben auch beantragt, dass Anwärtersonderzuschläge, beginnend mit dem Schuljahr 2003/2004, eingeführt werden sollten.

Der Lehrermangel, der Voraussetzung für die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen ist, wurde am 22. Oktober 2002 durch die Vertreter der Staatsregierung bestätigt. Der Vertreter bzw. die Vertreterin der Staatsregierung haben im Ausschuss ausgeführt, dass in den Fachrichtungen, welche ich gerade genannt habe, ein Mangel vorhanden sei, weshalb ein Anwärtersonderzuschlag gewährt werden sollte. Am 22. Oktober 2002 wurde das erklärt. Der Vertreter des Finanzministeriums hat dargelegt, dass ein Anwärtersonderzuschlag nur in den Fachrichtungen gewährt werden könne, in denen ein Mangel bestehe. Nur dort sei es möglich, Anwärtersonderzuschläge zu gewähren. Vom Kultusministerium sei für die vier genannten Fachrichtungen ein Mangel geltend gemacht worden.

Unterschiedliche Auffassungen gab es im Ausschuss nur über die Höhe der Anwärtersonderzuschläge und über die Frage, ob die Studienreferendare im zweiten Jahr ausgeklammert werden sollten oder nicht.

Was aber geschah dann am 27. November im Haushaltsausschuss? Nachdem sich der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes am 22. Oktober und am 6. November, also zweimal damit befasst hatte, hat Staatsministerin Monika Hohlmeier am 27. November im Haushaltsausschuss erläutert, durch die veränderte Arbeitsmarktsituation habe sich eine deutliche Verbesserung ergeben. Weniger Kandidaten würden eine Tätigkeit in der freien Wirtschaft vorziehen, und deshalb sei es nicht notwendig, zu dieser Maßnahme zu greifen.

Der gleiche Vertreter des Finanzministeriums wie im ÖD hat dann erläutert, besoldungsrechtlich sei zur Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern gefordert. Das bedeute, dass die vorhandenen Stellen nicht mehr zu besetzen seien. Eine solche Situation sei nach Aussagen des Kultusministeriums derzeit nicht gegeben – dies war einige Wochen später. Deswegen hat die Frau Staatsministerin ausgeführt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei es aus ihrer Sicht eher problematisch, die Zuschläge zu gewähren, da von einem Mangel nicht gesprochen werden könne. Dazu kann ich eigentlich nur sagen: Halleluja, was kümmert offenbar die Staatsregierung ihr Geschwätz von gestern?

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister hat am 2. Februar Herrn Landtagspräsidenten einen Bericht zukommen lassen, den wir vor kurzem erhalten haben. Nach diesem Bericht habe sich die Situation nach Auskunft des Kultusministeriums so verändert, dass derzeit in diesen Bereichen nicht mehr von einem Mangel auszugehen sei. Ich verweise ausdrücklich auf diesen Bericht. In diesen Fachrichtungen hätten im September 2002 insgesamt 390 Anwärter den Vorbereitungsdienst angetreten. Ich stelle fest: Diese Situation war Anfang September gegeben; da begann das Schuljahr. Am 22. Oktober des gleichen Jahres hat das Kultusministerium in Übereinstimmung mit dem Finanzministerium im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes das Gegenteil behauptet. Das ist für mich eine Verhöhnung dieses Parlaments.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem zweifle ich massiv an, dass diese Aussage wirklich stimmt; denn das, was wir von den Schulen und von den Lehrerverbänden erfahren, beweist genau das Gegenteil. Man muss sehr deutlich sagen: Die Zirkusnummer um den Lehrermangel an beruflichen Schulen macht der Kultusministerin so leicht keiner nach. Das war ein Salto vorwärts mit anschließendem Salto rückwärts; und weil das Ganze so schön war, hat man es noch einmal aufgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Seine Krönung erfährt das Ganze dadurch, dass das Kultusministerium und die CSU-Fraktion im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes noch vor etwa drei Jahren eine hohe Zahl von Petitionen – nach meiner Kenntnis waren es über 80 – von fertig ausgebildeten Berufsschullehrerinnen und -lehrern aus genau diesen Mangelbereichen abgelehnt hat, vor allen Dingen aus dem Metall- und Elektrobereich. Diese Leute hatte man vorher geworben, war dann aber nicht bereit, sie zu übernehmen. Wir haben damals deutlich darauf hingewiesen, dass Lehrermangel ansteht, dass er eigentlich bereits vorhanden ist; im beruflichen Schulwesen war er absehbar. Wir haben dringend eine Übernahme gefordert. Das hat niemanden von der Regierungspartei und aus dem Ministerium interessiert.

Völlig an seinem Verstand – eigentlich muss man sagen: an der Politik des Kultusministeriums – könnte man zweifeln, wenn man nachliest, was am 20. Juni 2001 im Hochschulausschuss abgelaufen ist. Dort wurde nämlich ein Maßnahmenkatalog des Kultusministeriums mit zeitlich befristeten Notmaßnahmen zur Gewinnung von Lehrernachwuchs im Berufsschulwesen beraten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Damals hat der Vertreter des Kultusministeriums ausgeführt, in den vergangenen drei Jahren habe sich beim Lehrernachwuchs für das Berufsschulwesen ein atemberaubender Paradigmenwechsel ergeben. Während man noch einige Jahre vorher überzählige Lehrer gehabt habe, wisse man nun nicht mehr, wo die Lehrer herkämen. Er hat dann auch noch darauf hingewiesen, dass das Ministerium damals über den Bedarf hinaus einge-

stellt hätte. Das ist für mich die größte Unverfrorenheit, die ich in vielen Jahren im Landtag erlebt habe.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die geschilderten Vorgänge exemplarisch zusammenfasst, ist man gezwungen festzustellen: Das Kultusministerium ist weniger denn je in der Lage, sinnvolle Lehrpolitik zu betreiben. Es war bis heute nicht in der Lage, eine mit Blick auf die Schülerzahlen, die Geburtenzahlen, die Übertrittszahlen und andere Paradigmen auch nur einigermaßen vernünftig vorausschauende Personalbedarfsplanung für den Bildungssektor zu betreiben. Stattdessen erleben wir Pfauenräder über die Tabellenführung in der Zweiten Pisa-Liga. Das hilft unseren Schulen wahrhaftig nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Das hilft vor allen Dingen unseren Schülerinnen und Schülern an den beruflichen Schulen nicht weiter. Es verhilft ihnen nicht zur bestmöglichen Förderung, da dazu eine gewisse Zahl an Lehrerinnen und Lehrern notwendig ist.

Das Kultusministerium hat sich damit an Konzeptionslosigkeit selbst überboten. Was gilt denn nun eigentlich? Haben wir einen gravierenden Lehrermangel bei den Metall- und Elektroberufen und bei anderen Berufen oder haben wir ihn nicht? – Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes wurde gesagt: Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer. Im Hochschulausschuss wurden Notmaßnahmen dargestellt. Diese Notmaßnahmen gingen so weit, dass man Ingenieure sofort im Unterricht eingesetzt hat, nach dem Motto: training on the job. Das heißt, Schulenerfahrene, die nichts weiter als ihr Praxiswissen mitbrachten, wurden nach dem Motto „Das bisschen Schule lernt sich von allein, sagt KM“ auf Schülerinnen und Schüler losgelassen.

(Beifall bei der SPD)

Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes wurde dann wiederum gravierender Lehrermangel festgestellt. Finanzielle Anreize, gemeinsame Beschlüsse, all das wurde intensiv miteinander diskutiert, und dann kommt die Frau Kultusministerin höchstpersönlich und schmeißt das Ganze wieder über den Haufen – natürlich nicht im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes oder im Bildungsausschuss, sondern im Haushaltsausschuss. Da hieß es dann: Ätsch, alles war für die Katz. Ich frage mich wirklich: Das soll Schulpolitik sein? Das soll Personalpolitik sein in Verantwortung gegenüber unseren jungen Menschen? – Die Plan- und Kopflosigkeit auf dem Rücken unserer Schulen ist nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD)

Damit hat die Führung des Kultusministeriums wirklich Überblick und Führungsstärke bewiesen. Wir dürfen da schon bescheiden fragen: Was gilt denn nun eigentlich heute amtlich? Das müssen wir wissen, damit wir wenigstens morgen wissen, was übermorgen schon wieder nicht mehr gültig ist.

(Sackmann (CSU): Das steht doch in dem Schreiben!)

– Ja, dieses Schreiben ist eines. Es geht einmal vorwärts, einmal rückwärts. Die Unverschämtheit war, dass dies im September bekannt war. Im September hat man 390 Anwärter eingestellt, während wir Ende Oktober und Anfang November im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes noch darüber diskutiert haben, ob man zur Gewinnung dieser Leute finanzielle Anreize schafft. Das ist eine Verhöhnung des Parlaments.

(Franzke (SPD): Einstimmige Beschlüsse!)

Nach meiner Meinung kann man als Fazit feststellen, dass die Bestandskräftigkeit der Erkenntnisgrundlagen des Kultusministeriums zeitlich gesehen der Halbwertszeit einer Stubenfliege entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Das, was das Kultusministerium dargeboten hat, möchte ich in der modernen Sprache des Ministeriums ausdrücken. Zur Zeit ist da vor allem der Begriff „Modus“ sehr beliebt. Was da abgelaufen ist, war bestenfalls „Modus Aktion Nichts“ oder „Modus Ich weiß nichts“; man könnte auch sagen „Modus pipifax“

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Nöth.

**Nöth (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Odenbach, mein Nachbar aus Bamberg, ist ja nicht nur in Bamberg und in Oberfranken, sondern auch in München für seine deftigen Worte bekannt. Herr Kollege Odenbach, gleichwohl hätten Sie in Ihrem Beitrag auch erwähnen müssen, dass in der berühmten Sitzung des Haushaltsausschusses der gemeinsam formulierte Antrag mit den Stimmen der SPD für erledigt erklärt worden ist.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Darauf haben Sie natürlich nicht hingewiesen.

(Sackmann (CSU): Setzen, sechs!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Odenbach, unabhängig von dieser Tatsache darf ich sagen, dass ich als Mitinitiator dieses gemeinsamen fraktionsübergreifenden Antrags ebenfalls nicht über den Verlauf der Haushaltsausschusssitzung am 27. November glücklich bin.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Kollege Nöth, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Nöth (CSU):** Nein. Herr Kollege Odenbach, wenn man in dem Protokoll des Haushaltsausschusses zwischen den Zeilen liest, wird deutlich, dass hier ein Diktat der leeren Kassen vorliegt. Die Gefahr, dass die geforderten An-

wärterzuschläge über Planstellen im beruflichen Schulwesen finanziert werden, war so groß, dass man sich schließlich auf diesen Konsens geeinigt hat.

Herr Kollege Odenbach, Sie haben erklärt, dass wir im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes sehr intensiv um eine Lösung des Problems des Lehrermangels gerungen haben. Wir wollten die Initiative ergreifen, um für Mangelfächer qualifizierte Bewerber zu gewinnen. Die Möglichkeiten nach dem Sechsten Änderungsgesetz zur Besoldungsordnung wurden von uns bei weitem nicht ausgeschöpft. Mit der Forderung von 20% bei den Anwärterzuschlägen sind wir bewusst an den unteren Level gegangen. Bei der Verabschiedung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes waren wir uns einig, dass es schwierig wird, diesen Kompromiss über die Runden zu retten.

Herr Kollege Odenbach, ich gebe Ihnen Recht, dass die Frage der Lehrergeringfügigkeit ein zentrales Thema ist und bleibt. Die Kultusministerin hat ausgeführt, dass für das kommende Schuljahr in den genannten Mangelfächern über Trainee-Maßnahmen Bewerber gefunden werden können, sodass nach den Buchstaben des Gesetzes zu Beginn des nächsten Schuljahres kein gravierender Mangel vorhanden sein wird. Der Antrag ist insoweit für erledigt zu erklären. Trotzdem müssen wir Zeichen setzen. Ich möchte kurz erklären, was mich persönlich bewogen hat, mich für diesen Antrag stark zu machen: Wir wollten ein sichtbares Zeichen setzen, dass uns der Lehrberuf wichtig ist und dass wir den Lehrberuf auch in den kommenden Jahren stärken müssen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe auf die Ausführungen der Kultusministerin hingewiesen, wonach für das kommende Schuljahr Diplom-Ingenieure, Diplom-Kaufleute und Diplom-Volkswirte eingestellt worden sind. Dadurch wurde eine Entspannung in den „Mangel-Lehrämtern“ erreicht. Eine gravierende Mangelsituation im Sinne des Gesetzes ist somit nicht gegeben.

Das Ziel des Antrags muss nach wie vor weiter verfolgt werden. Für mich persönlich kann ich erklären, dass dieses Thema mit der Erledigung dieses Antrags nicht vom Tisch ist, sondern auch weiterhin auf der Tagesordnung bleiben wird. Die CSU-Fraktion wird weiterhin alles tun, um hier in Bälde Zeichen zu setzen. Abschließend möchte ich mit Schiller sagen: Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, wollen wir diese Anträge für erledigt erklären.

(Beifall bei der CSU – Frau Naaß (SPD): Das ist aber schwach!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Kollege Sackmann.

**Sackmann (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei kurze Bemerkungen zu den Beratungen des Haushaltsausschusses machen: Erstens. Herr Kollege Odenbach, das Ziel dieses Antrags, über den auch

im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes intensiv beraten wurde, findet natürlich auch unsere Unterstützung. Das ist gar keine Frage. Allerdings waren wir aus rechtlichen Gründen gezwungen, diesen Antrag abzulehnen. Nach dem Bundesbesoldungsgesetz gibt es für diese Sonderzuschläge nur dann Geld, wenn ein erheblicher Mangel an qualifizierten Bewerbern vorliegt. Genau diese Frage ist umstritten. Das geht aus den Ausführungen der Kultusministerin und dem Schreiben, das Herr Staatsminister Prof. Dr. Falthausen am 5. Dezember versandt hat, hervor. Die rechtliche Grundlage für zusätzliche Zahlungen ist somit nicht gegeben. Sie haben selbst die Zahlen dargestellt.

Eine zweite Bemerkung: Ich weiß, dass ich damit wahrscheinlich wieder einmal nicht Ihr Gehör finden werde. Jede Forderung muss irgendwie finanziert werden. Sie von der SPD haben bereits bei den Haushaltsberatungen Vorschläge im Umfang von einigen 100 Millionen € unterbreitet, ohne einen Deckungsvorschlag zu machen. Auch diese Maßnahme hätte rund eine Million € gekostet. Wir bitten Sie, künftig Deckungsvorschläge vorzulegen.

Bei Ihrer Klausurtagung in Irsee sind Sie zu keinem Ergebnis gekommen, weil die Bildungspolitik der SPD von den Haushaltspolitikern der SPD gestoppt worden sind. Ihre eigenen Haushaltspolitikern sind nicht mehr bereit mitzutragen, dass Sie alles Mögliche fordern und in keinem einzigen Fall belegen, wie Sie diese Forderungen finanzieren wollen. Ich sage noch einmal: Wir würden diesen Antrag zwar gern unterstützen, aber er ist nicht mehr notwendig. Die rechtlichen Voraussetzungen waren nicht gegeben. Deshalb sollten wir den Antrag gemeinsam für erledigt erklären und dann reagieren, wenn dies notwendig sein sollte.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Im Gegensatz zum federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der eine gemeinsame Neufassung für die drei Anträge vorschlägt, hat der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen die Anträge für erledigt erklärt. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 14/11240.

Zwischenzeitlich wurde mir mitgeteilt, dass die CSU-Fraktion damit einverstanden ist, dass bezüglich ihres Antrags auf der Drucksache 14/9986 der Vorschlag des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen übernommen wird. Dieser Antrag hat damit seine Erledigung gefunden.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN haben mitgeteilt, dass sie ihre Anträge auf den Drucksachen 14/9864 und 14/9906 nicht für erledigt halten. Über diese Anträge ist deshalb abzustimmen. – Gemäß § 132 Absatz 3 Satz 4 der Geschäftsordnung ist der Abstimmung die vom federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes vorgeschlagene gemeinsame Neufassung zugrunde zu legen. Wer dieser Neufassung zustimmen möchte, den bitte ich um

das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist diese Neufassung abgelehnt.

Ich rufe auf:

## Tagesordnungspunkt 12

### Antrag der Abgeordneten Gartzke, Dr. Heinz Köhler, Hartmann und anderer und Fraktion (SPD)

#### Rückführung von wertvollem Kunstbesitz nach Franken (Drucksache 14/10348)

In die Beratung beziehe ich ein:

### Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Herrmann, Dr. Wilhelm und anderer und Fraktion (CSU)

#### Kunst und Kultur in allen Regionen Bayerns (Drucksache 14/11626)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Hartmann.

**Hartmann (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Säkularisation wird gern als Geburtsakt für das moderne Bayern dargestellt. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, weil der Aspekt des Kulturraubes dabei gern unterdrückt wird, auch vom offiziellen Bayern. Ohne Wenn und Aber war es ein Kulturraub im großen Stil, der sich in der Zeit von 1803 bis 1806 abgespielt hat. Deshalb ist es angemessen, wenn wir heute von „Beutekunst“ sprechen und die Rückführung von bedeutsamen Kulturgütern fordern. Heute, 200 Jahre nach dem Beginn dieses Kulturraubes, besteht eine gute Gelegenheit, wichtige Kulturgüter an ihre Ursprungsorte zurückzuführen. Wir fordern bewusst nicht alles, sondern beschränken uns auf wenige herausragende Kunstschatze, Kulturgüter, die für Franken eine besonders identitätsstiftende Wirkung haben.

Deshalb möchte ich eine Lanze für die dauerhafte Rückführung des Herzogsschwerts nach Würzburg brechen.

(Beifall bei der SPD)

Das fränkische Herzogsschwert gelangte nach der Übernahme Frankens durch die altbayerischen Wittelsbacher infolge der Napoleonischen Kriege und der damit verbundenen Säkularisation in die Schatzkammer der Münchner Residenz. Ich formuliere hier bewusst vornehm und zurückhaltend. Im Jahre 1923 wurden dann im Gesetz über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen dem Freistaat Bayern und dem ehemaligen Königshaus die Eigentumsverhältnisse der so genannten Wittelsbacher Landesstiftung für Kunst und Wissenschaft überwiesen. Jetzt, 200 Jahre später, ist es an der Zeit, dieses Kulturgut von besonders identitätsstiftender Bedeutung nach Franken zurückzubringen. Der zweifellos am besten geeignete Ort zur dauerhaften Präsentation ist die Würzburger Residenz als UNESCO-Weltkulturgut und als ehemaliger Sitz der Würzburger

Fürstbischöfe. Hier war das Schwert auch bereits 1989, allerdings nur vorübergehend im Rahmen der Ausstellung „Kilian – aller Franken Patron“, die im Mainfränkischen Museum Würzburg vom Haus der Bayerischen Geschichte konzipiert wurde. Es war auch 1952 und 1968 wiederholt vorübergehend in Würzburg präsentiert worden.

Das Transportproblem wegen des fragilen Zustandes, das Herr Kultusminister Zehetmair wohl als Hinderungsgrund für eine dauerhafte Rückführung genannt hat, ist nach unserer festen Überzeugung, Herr Zehetmair, nur ein Vorwand. Dieses Problem konnte zuletzt 1989 gelöst werden, und es wird mit Sicherheit auch im fortgeschrittenen Hightech-Zeitalter im Jahr 2003 zu lösen sein.

(Beifall bei der SPD)

Falls daran allerdings Zweifel Ihrerseits bestehen, schlage ich eine Hightech-Offensive zur Rückführung von bedeutsamen Kulturgütern nach Franken vor, Herr Zehetmair.

(Beifall bei der SPD)

Kulturgüter finden eindeutig dort die höchste Aufmerksamkeit, wo ihr historischer Ursprung liegt. Das fränkische Herzogsschwert gehört nicht zum zentralen Wittelsbacher Schatz in München; es gehört vielmehr per Gesetzesänderung zurück nach Franken. Hierzu fordern fränkische SPD-Abgeordnete von der Bayerischen Staatsregierung ein Konzept, dessen Ziel sein muss, die Eigentumsverhältnisse, die Sicherheit, Versicherungsfragen, die konservatorischen Rahmenbedingungen sowie ein museumspädagogisches Konzept zur dauerhaften Präsentation in der Würzburger Residenz zu klären.

Die Würzburger Residenz bietet sich aus sicherheits- und versicherungstechnischen Gründen als sehr geeigneter Ort zur dauerhaften Präsentation geradezu an. Das fränkische Herzogsschwert würde so in der Obhut des Freistaats verbleiben, der selbstverständlich auch die finanziellen Auswirkungen der Überführung zu tragen hätte. Auf die Stadt Würzburg kämen keine finanziellen Belastungen zu; sie ist mit den Schullasten genug gebeutelt. Vielmehr könnte sie von der Bereicherung der Würzburger Residenz durch das fränkische Herzogsschwert profitieren.

Mit der baldigen Rückführung, 200 Jahre nach seiner Verbringung, kann die Staatsregierung auch dem hartnäckigen Vorwurf entgegentreten, sie betreibe zumindest teilweise eine zentralistische Politik auf kulturellem Gebiet. Sie könnte mit einem solchen symbolträchtigen Akt das Selbstwertgefühl und die Identität Frankens anerkennen. Die Rückführung fränkischer Kulturgüter als Auftakt zu mehr Gerechtigkeit für Franken, wenn es um Fördergelder und gleichwertige Lebensbedingungen im Freistaat geht – das ist unsere Forderung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An die Adresse der Kolleginnen und Kollegen aus der CSU sage ich: Ihre in Auftrag gegebene, völlig deplatzierte, depperte Studie über das Lebensgefühl und das

Selbstverständnis der Franken, mit der wohl offensichtlich nur Klischees bedient und produziert werden sollten, könnte so ein wenig zurechtgerückt werden.

(Gabsteiger (CSU): Eine Landtagswahl steht bevor!)

Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der CSU zustimmen. Wir werden allerdings nicht zulassen, dass Sie auf Zeit spielen und versuchen, unserer konkreten Forderung durch ein Hintertürchen auszuweichen. Ich bitte selbstverständlich ebenfalls um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Prof. Stockinger.

(Gabsteiger (CSU): Jetzt kämpfen die Unterfranken!)

**Prof. Dr. Stockinger (CSU):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Der gerade vom Kollegen Hartmann erläuterte Antrag der SPD-Fraktion war bereits Gegenstand der Beratungen in der Sitzung des Hochschulausschusses am 23. Oktober 2002. Die CSU hat den Antrag seinerzeit abgelehnt, weil die rechtlichen Voraussetzungen für die Annahme dieses Antrags nicht gegeben waren.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben dies ausdrücklich klargelegt. Zur Beruhigung der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN und der SPD werde ich in meinen Ausführungen noch darauf zu sprechen kommen.

Gleichzeitig hatten wir in dieser Ausschusssitzung – und das ist ein ganz wichtiger Punkt, den ich nicht unerwähnt lassen möchte – über eine Petition des Fränkischen Bundes zu befinden, der sich für die dauerhafte Rückführung des Herzogsschwertes nach Würzburg und des Bamberger Domschatzes nach Bamberg aussprach. Wir haben diese Petition aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung zwar für erledigt erklärt, sie aber zum Anlass genommen, innerhalb unserer Fraktion Überlegungen anzustellen, wie dem berechtigten Wunsch nicht nur Frankens, sondern aller bayerischer Regionen nach Zurschaustellung, egal ob auf Dauer oder als zeitlich begrenzte Leihgabe, von emotional befrachteten Kulturgütern Rechnung getragen werden kann. Das hat letztlich dazu geführt, dass wir den vorliegenden Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/11626 eingereicht haben, zu dem ich jetzt sprechen möchte.

Dieser Dringlichkeitsantrag unterscheidet sich vom Antrag der Kollegen der SPD-Fraktion ganz wesentlich dadurch, dass wir einen Bericht und ein Konzept der Staatsregierung erbitten, in dem alle Regionen Bayerns berücksichtigt werden. Kollege Bernd Kränzle hatte vorhin schon die Sorge geäußert, dass Schwaben nicht berücksichtigt würde. Da Schwaben mit der Formulierung „aller Regionen Bayerns“ auch erfasst ist, wird

selbstverständlich auch Schwaben Berücksichtigung finden können.

(Beifall bei schwäbischen Abgeordneten der CSU)

Wir bitten die Staatsregierung zu prüfen, welche hochrangigen Kunstschatze befristet oder auf Dauer in den Regionen, zum Beispiel in staatlichen Zweigmuseen, in Landesausstellungen, in Schlössern etc., gezeigt werden können. Damit ist zum Beispiel auch die von Ihnen vorhin erwähnte Residenz in Würzburg erfasst.

Wir sind der Meinung, dass der SPD-Antrag, über den wir bereits im Ausschuss beschlossen haben, zu kurz greift und dass er die bisherigen Leistungen für die Regionen, zum Beispiel die neuen Museen in Nürnberg und in Schweinfurt, ganz einfach außer Acht lässt. Auch die Landesausstellungen, die in der Vergangenheit ein großer Erfolg waren, sind von diesem Antrag nicht erfasst. Wir können in Bayern aber schon stolz darauf sein, durch die Landesausstellungen eine so gute Darstellung unserer Kultur und Kunstschatze quer durch den Freistaat Bayern zu haben.

(Zuruf des Abgeordneten Christ (CSU))

Als Beispiele will ich nur die Coburger Ausstellung „Ein Herzogtum und viele Kronen“ im Jahr 1997, die 153000 Besucher hatte, und die im Jahr 2002 im Bamberg durchgeführte Ausstellung „Kaiser Heinrich II.“, die mit 205000 Besuchern geradezu ein Renner war, erwähnen. Wir sollten die Gelegenheit heute wahrnehmen, um dem Haus der Bayerischen Geschichte für diese hervorragende Arbeit in allen Regionen Bayerns ein herzliches Dankeschön auszusprechen.

(Beifall bei der CSU)

Sonderausstellungen in der Region sind ebenfalls ein erprobtes Mittel zur Darstellung unserer Kunstschatze. Ich erinnere Sie: Vor etwa 25 Jahren – bis dahin fristete unsere ägyptische Sammlung mehr oder weniger ein trauriges Leben – gab es die große Tut-ench-Amun-Ausstellung. Diese Ausstellung eröffnete geradezu einen Run auf ägyptische Kunst. Mit dieser Sonderausstellung wurden die ägyptische Kunst und das ägyptische Kunstschaffen für uns wieder präsent gemacht.

Denken Sie zurück an eine interessante Ausstellung in unserer Glyptothek. Sie lief unter dem Titel „Das Feigenblatt“. Was haben Sie in dieser Ausstellung zu sehen bekommen? – Weniger als im Normalzustand der Glyptothek; denn – und das war der Gag dieser Sonderausstellung – die in erster Linie männlichen Statuen erhielten zu ihrem künstlerischen Urzustand zusätzlich ein Feigenblatt. Sie haben also weniger gesehen als üblich, und trotzdem sind die Leute zu Tausenden in die Ausstellung gekommen. Ich meine, das ist ein weiterer Beweis dafür, dass dies eine sehr gute Möglichkeit zur Darstellung unserer vielfältigen Kultur in Bayern ist.

Lassen Sie mich kurz darauf verweisen, dass die Säkularisation kein typisch fränkisches Problem ist, wie man dem SPD-Antrag durchaus entnehmen könnte. Denken Sie nur an das Altarbild des Freisinger Doms, das

1802/1803 nach München kam. Immerhin ist Rubens der Schöpfer dieses Altarbildes. Sie können es seit dieser Zeit in der Pinakothek besichtigen.

Denken Sie bei allem wohlverstandenen Interesse der Regionen bitte auch daran, dass unter dem Gesichtspunkt der Rückgabe auch die Sammlungstätigkeit eines Königshauses ein Zeugnis von hohem geschichtlichen Wert ist, das wir nicht unterschätzen dürfen. Sammlungen, die geschlossen als Sammlungen präsentiert werden, haben einen sehr hohen Stellenwert. Der Wert des Ganzen ist stets höher als die Summe des Wertes der einzelnen Stücke anzusetzen.

Trotzdem sind wir von der CSU der Meinung, dass die Staatsregierung uns in einem Bericht und in einem Vorschlag konkret Möglichkeiten benennen soll, wie bestimmte Kunstgegenstände – historisch belegt und historisch gewachsen – auf Dauer oder zur Leihgabe gänzlich in die Regionalmuseen kommen können. Dabei müssen wir allerdings eines berücksichtigen: Eigentümer der in Frage kommenden Kunstschatze ist nicht der Freistaat Bayern. Eigentümer ist, insbesondere was das Herzogschwert angeht, die Wittelsbacher Landesstiftung, die auf der Rechtsgrundlage des Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung des bayerischen Staates mit dem vormaligen bayerischen Königshaus vom 9. März 1923 sowie der Urkunde über die Errichtung der Wittelsbacher Landesstiftung für Kunst und Wissenschaft vom 12. Mai 1923 basiert.

Worum wir die Staatsregierung bitten, ist, dass sie sich im Rahmen der Erstellung des Berichts und des Konzepts mit der Wittelsbacher Stiftung zusammensetzt und in Gesprächen unseren Wunsch deutlich macht. Ich sage noch einmal: Mit einem Beschluss können wir im Landtag rechtlich nichts bewegen. Es kommt in der Tat auf die gemeinsamen Gespräche an.

Mit der Forderung in unserem Antrag, dass ein Konzept erstellt werden soll, meinen wir, dass dieses Konzept selbstverständlich nicht nur das von der SPD so pointiert behandelte Fränkische Herzogschwert oder den von der SPD ebenso pointiert behandelten Bamberger Domschatz umfassen soll, sondern die gesamten Möglichkeiten, die in den Schätzen unserer Sammlungen vorhanden sind. Dabei ist uns selbstverständlich auch bewusst, dass der emotionale Wert eines Gegenstandes größer sein kann als der tatsächliche historische. Das in Frage kommende Schwert ist wohl nicht das Herzogschwert als Insignie der Würzburger Fürstbischöfe; es wurde vielmehr vom Marschall vorangetragen als Zeichen der Gerichtsbarkeit. Im Inventarverzeichnis der Würzburger Silberkammer von 1797 wird dieses Schwert demzufolge als Marschallschwert bezeichnet.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schieder?

**Prof. Dr. Stockinger (CSU):** Nein, Herr Präsident.

(Schläger (SPD): Schlecht vorbereitet?)

– Herr Kollege Schläger, hier geht es nicht um die Vorbereitung, sondern um die zügige Behandlung eines ernsten Anliegens. Ich bitte Sie, dies bei Ihrem Zwischenruf zu berücksichtigen.

Nach unseren Gesprächen mit der Bayerischen Staatsregierung wird der von uns gewünschte Bericht mit Vorschlägen am 14. Mai 2003 in der Sitzung des zuständigen Hochschulausschusses gegeben werden. Sie merken an dieser kurzfristigen terminlichen Festsetzung, dass es uns sehr ernst mit diesem Anliegen ist.

Wir sind der Meinung, dass das ernsthafte Bemühen der Bayerischen Staatsregierung in diesem Fall Zeichen setzen wird, die unterstreichen, dass Bayern die Kunstschatze der Regionen auch dort zur Schau stellen wird, wo sie von der Bevölkerung gern gesehen werden. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Münzel.

**Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU ist offensichtlich ein Wiedergutmachungsversuch der CSU für ihre unsägliche Frankenstudie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Wie dem auch sei, heute haben wir viel moderatere Töne gehört im Vergleich zur Diskussion im Hochschulausschuss, in dem die Emotionen hochgekocht sind. Das Rededuell Spaenle/Odenbach im Hochschulausschuss war hahnenkampfartig. Wir begrüßen, dass die CSU ihre Blockadehaltung aufgegeben hat.

(Zuruf von der SPD)

– Das ist richtig; ihr habt gewonnen. Obwohl – es ist ein typischer CSU-Antrag. Es soll berichtet und geprüft werden. Mir stellt sich die Frage: Wie ernst ist es der CSU und der Staatsregierung damit, den Willen des Parlaments umzusetzen? Beispiel: Fränkisches Herzogschwert, richtiger: das Marschallschwert.

Wir haben im Ausschuss am 23. Oktober einen Beschluss gefasst. Ich zitiere den Herrn Vorsitzenden. Im Protokoll steht:

Vorsitzender Dr. Paul Wilhelm (CSU) hält fest, die Staatsregierung solle prüfen, unter welchen Bedingungen das Schwert 2004 in Würzburg ausgestellt werden könne.

– „Unter welchen Bedingungen“, heißt es. Ich habe heute im Rahmen der mündlichen Anfragen nachgefragt, wie der Stand der Dinge ist. Ich muss etwas länger zitieren. Meine Frage lautete:

Fand die im Hochschulausschuss beschlossene Prüfung, unter welchen Bedingungen das Fränki-



sche Herzogswert anlässlich der 1300-Jahrfeier in Würzburg im Jahr 2004 ausgestellt werden kann, bereits statt, wenn nein, warum nicht, wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Dazu die Antwort der Staatsregierung:

Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat am 23. 10. 2002 eine Eingabe des Fränkischen Bundes hinsichtlich einer Ausleihe des Fränkischen Herzogswertes – richtiger: Marschallschwert – zur 1300-Jahrfeier in Würzburg im Jahr 2004 der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen. Im Übrigen wurde die Eingabe – Rückgabe des Bamberger Domschatzes nach Bamberg – aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt.

Die erbetene nochmalige Überprüfung hinsichtlich des Fränkischen Herzogswertes hat inzwischen stattgefunden und wird dem Bayerischen Landtag in Kürze schriftlich übermittelt. Danach haben sich sowohl das Staatsministerium der Finanzen als auch der Vorstand der Wittelsbacher Landesstiftung (Haus Wittelsbach, Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und Leiter des Referats Museen und Sammlungen im Wissenschaftsministerium) der eindeutigen fachlichen Stellungnahme der Bayerischen Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen vom 06.09.2002 angeschlossen, wonach eine Ausleihe des Schwertes – und zwar sowohl Schwert als auch Scheide – aus konservatorischen Gründen nicht möglich ist. Das Objekt steht im Eigentum der Wittelsbacher Landesstiftung und befindet sich in der Obhut der Schlösserverwaltung in der Münchner Residenz. Nach der Verwaltungsordnung der Wittelsbacher Landesstiftung obliegt die museale Verwaltung der Sammlungsbestände den Vorständen der Staatssammlungen, mit denen die Bestände des Stiftungsvermögens vereint sind, hier also der Schlösserverwaltung. Die Verwaltung muss nach den gleichen Grundsätzen und mit der gleichen Sorgfalt erfolgen wie die des staatlichen Sammlungsbesitzes.

Also: Vorläufig ist es erst einmal nichts mit dem Fränkischen Herzogswert in Würzburg. Dabei, Herr Vorsitzender, denke ich, hat sich die Staatsregierung nicht viel Mühe gegeben.

Die haben das alte Gutachten hergenommen, das schon vor unserer Ausschusssitzung vorlag, haben draufgeschaut und gesagt: Das geht nicht. Der Wille des Ausschusses war eindeutig zu prüfen, unter welchen Bedingungen das Schwert ausgestellt werden könnte. Offensichtlich ist nicht geprüft worden, ob es dafür Bedingungen gibt. Das sollten wir so nicht auf sich beruhen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Als ich den Antrag der CSU-Fraktion gelesen habe, war ich noch euphorisch.

(Prof. Dr. Stockinger (CSU): Wir sind es immer noch!)

Ich habe gedacht, es bewegt sich doch etwas, aber nach der Mündlichen Anfrage bin ich misstrauisch geworden. Wir müssen da noch sehr viel Arbeit reinstecken, damit wirklich das passiert, was offensichtlich der Wille des Hohen Hauses ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Staatsminister, wir haben noch drei Redner auf der Liste. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Odenbach.

**Odenbach (SPD):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Namens meiner Fraktion beantrage ich für unseren Antrag namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der SPD)

Am 25. Februar dieses Jahres jährt sich der Reichsdeputationsabschluss zum 200. Mal. Politisch ist das kein Thema mehr; wir Franken sind ein integrierter Bestandteil Bayerns.

(Beifall bei der SPD)

Kulturell sind aber noch viele Wunden offen. Darum geht es heute.

Das Ministerium für Kunst umschreibt die Verschleppung von Kunstwerken in der Zeit der Säkularisation nach München vornehm als Verbringung. Die Liste der damals aus fränkischen Archiven, Klöstern, Residenzen, Rathäusern und Kirchen verschleppten Kunst- und Kulturgüter ist von enormer Länge. Allein aus dem Bamberger Domschatz waren es 15 Kisten und 12 Zentner Gold und Silber. Würzburg, Bamberg, Bayreuth, Weißenburg, Ebrach, Langheim, Eichstätt, Aschaffenburg, Hof, Nürnberg, Miltenberg – man könnte die Reihe fortsetzen.

Die Liste ist lang. Allein mit den Werken Dürers oder Grünewalds könnte man zwei eigene großartige fränkische Museen einrichten. Die Zahl der Gemälde wird auf 1500 beziffert. Alle Urkunden aus der Zeit von vor 1400 wurden nach München geschafft. Die Aufforderung an die Staatsregierung, ein Konzept vorzulegen, wertvolle Kulturgüter, ausgewählte Stücke von entscheidender Bedeutung für Franken, dorthin zurückzuführen, ist äußerst bescheiden.

Das Perikopenbuch von Kaiser Heinrich II., das er der Domkirche von Bamberg auf ewige Zeiten vermacht hat – das jetzt in München ist –, die Bamberger Heinrichs- und Kunigundenkrone, das Würzburger Herzogswert, Dürers Vier Apostel, – das sind nur einige bedeutende Kunstwerke. Sie könnten wenigstens ein bisschen dazu beitragen, die Unterschiede in Bayern auszugleichen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Herrmann, es ist sehr gnädig, dass Sie inzwischen für die Rückkehr der fränkischen Kunstwerke sind, dass Sie Ihr Herz entdeckt haben, nachdem ich noch vor kurzem im Ausschuss für Hochschule, For-

schung und Kultur als Dünnbrettbohrer beschimpft und aufgefordert wurde, mich für diese Forderung zu schämen. Es ist schon erstaunlich, welchen Sinneswandel Sie vollziehen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Biedefeld (SPD))

Herr Kollege Herrmann, es ist aber erfreulich, dass sich etwas tut. Sie erlauben so großzügig, dass die Kunigundenkrone wieder nach Bamberg am Main zurückkehrt: Bamberg und Erlangen liegen beide im Regnitztal. Dort möchten wir eigentlich auch bleiben. Laut Pressemeldungen haben Sie von „Bamberg am Main“ gesprochen. Das ist offenbar eine Spätfolge früher Pisa-Schädigung, die bei Ihnen vorliegt, zumindest was das Geografische betrifft.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

– Das haben alle Zeitungen so berichtet; dann ist das auch so gesagt worden.

Der vorliegende Antrag der CSU ist wahrlich ein Großraumantrag, der vieles verspricht, nichts halten will, ein riesiger Fesselballon, den Sie steigen lassen und der wie alle Fesselballone mit heißer Luft gefüllt ist.

München hat alles in kultureller Überfülle; das Meiste verstaubt ungesehen. Zwei Drittel aller Kunstschatze im Land Bayern sind in Kisten verpackt und befinden sich in Kellern. Wir Franken wollen nichts anderes, als das, was uns kulturell gehört. Es geht nicht um Eigentumsveränderungen – es wurden rechtliche Probleme angesprochen –, es geht um Ortsveränderungen. Die Landesausstellungen sind der Beweis dafür, dass das möglich ist. Wir wollen, dass diese identitätsstiftenden Kunstwerke auf Dauer nach Franken kommen. Ich bewundere in diesem Zusammenhang diejenigen, die 1803 – vor 200 Jahren – so intelligent waren, diese Originale nach München zu bringen, in der weisen Voraussicht, dass man im Jahr 2003 nur in München konservatorisch und auch sonst richtig mit ihnen umgehen könnte.

In München gibt es genug, wir brauchen mehr in der angestammten fränkischen Umgebung. Der nicht mehr überschaubare kulturelle Dukatenberg des bayerischen „Dagobert Duck“ ist so groß, dass man in München nicht mehr mit dem Zählen der Kulturstücke nachkommt.

Da jemand mit der Formulierung dahergekommen ist, was sich in der Münchner Schatzkammer befindet, sei kulturell zusammengewachsen, das sei das Zeugnis der Sammlungstätigkeit des Hauses Wittelsbach, möchte ich nur ein Zitat bringen:

Durch die übereilten Säkularisationen, die Kurbayern entsprechend der Befugnisse des Reichsdeputationsabschlusses sowohl in den Stammländern

– Schwaben zum Beispiel –

wie in den neuen Provinzen vornahm, wurde unter der Bevölkerung sehr viel böses Blut und äußerste, noch lange andauernde Empörung gegen München hervorgerufen.

So steht es in Spindlers „Handbuch der Bayerischen Geschichte“ – so viel zur Sammlungstätigkeit des Hauses Wittelsbach. Wir wollen nichts anderes als das, was uns kulturell gehört. Was ich hier fordere, ist ausschließlich kultureller Natur. Ich sage das ausdrücklich.

Zum Abschluss noch eines: Ich möchte Ministerpräsident Stoiber nicht hören, wenn man in gleichem Umfang bayerisches Kulturgut nach Berlin verschleppt hätte.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Herrmann. –

(Abgeordneter Herrmann (CSU) verneint die Wortmeldung)

– Dann hat als Nächster Kollege Dr. Scholz das Wort. Herr Kollege, Sie haben exakt drei Minuten.

**Dr. Scholz (SPD):** – Dann muss ich schnell anfangen und kann leider nicht weiter ausholen. Eines muss ich schon sagen:

(Unruhe)

– Jetzt hören Sie zu.

Ich finde, es steht dem Parlament gut an, dass ein bisschen landsmannschaftliche Farbe hier reinkommt –

(Beifall bei der SPD)

das gilt für alle – und dass ein bisschen klarer wird, dass das ein Parlament mit vielen landsmannschaftlichen Färbungen ist. Darum trage ich auch mit Stolz meinen fränkischen Rechen, der auch im Wappen dort oben deutlich sichtbar ist und mit dem Rot und Weiß besonders schön im bayerischen Wappen hervorstrahlt.

Es ist gut, wenn diese verschiedenen regionalen und landsmannschaftlichen und geschichtlichen Entwicklungen hier diskutiert werden, weil das zeigt, wie groß der Reichtum in Bayern ist. München ist nicht alles. Sowohl geschichtlich als auch kulturell sind wir ein sehr reiches Land; das wollen wir mit unserem Antrag auch zum Ausdruck bringen.

Wir sind stolz darauf, dass sich die CSU zumindest bewegt hat und einsieht, dass es notwendig ist, die Pflöcke woanders einzuschlagen und nicht alles abzuwimmeln, wie Sie es in der Vergangenheit getan hat.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dürer hat seine „Vier Apostel“ der Stadt Nürnberg vermacht – sozusagen auf ewige Zeiten. Die sind im Jahr 1806 den Nürnbergern von den „Altbaiern“, vom Königshaus, abgepresst worden.

(Herrmann (CSU): Das ist so ein Blödsinn! – Prof. Dr. Stockinger (CSU): Das ist falsch!)

Das wird als Geschenk deklariert, damit es offiziell besser aussieht.

(Prof. Dr. Stockinger (CSU): Das war 1627!)

Das ist der Hintergrund. Wir wollen auch nicht aus Florenz, Prag oder Dresden und auch nicht aus München alle Dürer zurückhaben. Aber mit diesem Dürer hat es etwas Besonderes auf sich. Zum einen sagen sie, die „Vier Apostel“ von Dürer hätten für die Alte Pinakothek so großen Wert, dass diese ohne das Gemälde nur noch die Hälfte wert sei. Zum anderen sagen Sie – was wir nicht ohne weiteres hinnehmen – dass das Gemälde nicht transportabel sei. Erst dann, wenn der fachlich schlüssige Nachweis geführt worden ist, dass das wirklich so ist, können wir über Ausgleichsmaßnahmen reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident, viele von uns – teilweise aus der SPD-Fraktion – sagen: schon wieder die Franken. In dem Zusammenhang muss ich auf eines hinweisen: Es ist 200 Jahre her, dass die Zuschlagung der fränkischen Herrschaften zu Bayern erfolgt ist.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege, Sie müssen nun wirklich zum Ende kommen.

**Dr. Scholz (SPD):** 1806 war es, dass der fränkische Reichskreis, der ein Band über die drei fränkischen Kreise war, aufgelöst worden ist.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege, ich bitte Sie, jetzt wirklich zum Schluss zu kommen.

**Dr. Scholz (SPD):** Das war ein Band, das die Franken heute noch in ihrem Herzen tragen. Das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Das Wort hat nun Herr Staatsminister Zehetmair.

**Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium):** Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will in den „Stammeskrieg“ nicht eingreifen.

(Heiterkeit)

Ich habe die Verpflichtung, für den Freistaat Bayern Kunst- und Kulturpolitik zu machen. Darum habe ich mich auch bemüht.

Erstens. Ich begrüße den Antrag außerordentlich, der mir die Möglichkeit bietet, im einschlägigen Ausschuss – und wenn es denn möglich ist –, durchaus auch ergänzend im Plenum die Fülle unserer Bemühungen in den

letzten zehn Jahren um die Landesausstellungen, die Regionalausstellungen und um die Gründungen von staatlichen Zweigmuseen darzulegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens: Vor Ihnen steht nicht einer, der in toto ablehnt, dass man über die Frage, wo etwas hingehört, redet – aber bitte nicht in einem neuen Partikularismus oder Provinzialismus.

(Beifall bei der CSU – Franzke (SPD): Das war nicht beabsichtigt!)

– Das unterstelle ich auch nicht.

Wenn wir die europäische Dimension und den Föderalismus in Deutschland richtig verstehen, müssen wir Akzente setzen, die nicht immer in München sein müssen.

(Allgemeiner Beifall)

Das will ich ganz deutlich sagen. Ich will auch gegenüber dem Hochschulausschuss, dem Vorsitzenden und zu dem, was Kollegin Münzel angesprochen hat, sagen: Meiner Meinung ist zum Herzogswort oder zum Marschallschwert noch nicht das letzte Wort gesprochen. Nur muss klar sein, werte Kolleginnen und Kollegen, das kann nicht mit geschwellter Brust qua Parlamentswillen durchgesetzt werden. An diese hehre Satzung sind auch wir als Rechtsstaat gebunden. Es bedarf der Gespräche mit dem königlichen Haus und der Landesstiftung, und ich biete an, dass ich die auch führe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Scholz (SPD))

Wenn Sie wollen, dass wir der Sache dienen, dann bitte ich Sie, sich der Sache nicht im Brustton der Überzeugung anzunehmen, sondern mit Behutsamkeit. Ich habe schon so viele Personalangelegenheiten behandelt, dass ich weiß, wovon ich rede. Ich bitte Sie, mir die Sache vertrauensvoll zu überlassen. Wir wollen für 2004 eine Lösung finden, wobei wir über den Zustand der Scheide nicht zu reden brauchen; das ist leider nicht diskussionsfähig. Den anderen Bereich halte ich für diskussionsmöglich.

Nachdem der Herzog am 20. Januar 2003 erklärt hat, dass er es ablehne, einen Transport zuzulassen, muss man mit ihm, der ein sehr honoriger Mann ist, reden und sehen, ob in der Güterabwägung etwas anderes erreicht werden kann. Ich will das versuchen.

Ansonsten möchte ich auf keine Details eingehen. Ich bitte, nicht auch noch den Dürer der Säkularisation zuzuordnen. Das Gemälde haben die Ratsherren von Nürnberg 1627 an Maximilian I. verscherbelt. Man kann jetzt nicht so tun, als wäre an allem die Säkularisation schuld.

(Hoderlein (SPD): Das war aus der Not geboren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie doch nicht, uns würden qua jetzige demokratische Gliederungen die

Kunstschätze gehören, die in Franken, Schwaben und der Oberpfalz den Klöstern geraubt wurden, und zwar Klöstern, die zum Teil gar nicht mehr existieren. Ich will das nicht formalrechtlich vertiefen. Tun Sie aber bitte nicht so, als hätten Sie das Verfügungsrecht. Wir haben es nicht. Wir haben in Bayern das Glück, dass wir das Wittelsbacher Haus haben, das die unsäglichen Reichtümer möglich gemacht hat. Ich sage noch einmal: Sie müssen nicht in der Residenz sein, die im Übrigen der Verwaltung des Finanzministeriums obliegt, sondern die Frage der Standorte kann man durchaus in einer Diskussion neu aufrollen. Geben Sie uns die Chance, dass wir sie demokratisch durchführen, um zu einem guten Ergebnis zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Das Wort hat Herr Kollege Herrmann.

**Herrmann (CSU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Herrn Staatsminister Zehetmair sehr dankbar, dass er in seinem Beitrag deutlich gemacht hat, dass an diesem Thema in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren intensiv weitergearbeitet werden wird. Lassen Sie mich in aller Kürze noch einige Punkte ansprechen.

Erstens, die Münchner Museen. Es ist das Anliegen aller bayerischen Landesteile, dass in großen Museen in München, wie der Pinakothek, dem Residenz-Museum oder dem Bayerischen Nationalmuseum, von denen sich einige auf international höchstem Niveau befinden – auf einer Ebene mit Museen in Paris, London oder New York – Kunstschätze aus dem gesamten Bayern zu sehen sind. Es ist durchaus das Anliegen Frankens, dass auch fränkische Kunstwerke in einem solch international bedeutsamen Museum zu sehen sind.

(Franzke (SPD): Wirklich nur aus Bayern?)

Wir sind uns wohl darin einig, dass es keinen Sinn machen würde, sämtliche Kunstwerke dorthin zu schaffen, wo sie irgendwann einmal entstanden sind. Niemand propagiert, dass alle Picassos nur in Spanien ausgestellt werden dürfen.

(Starmann (SPD): Die Ägyptische Staatssammlung zurück nach Ägypten?)

Zweitens. Es gibt sehr wohl – ich denke an das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg – auch in Franken Museen, in denen höchstrangige Kunstwerke nicht nur aus ganz Bayern, sondern aus Deutschland und ganz Europa versammelt sind. Auch darauf sind wir stolz.

Drittens. Herr Staatsminister Zehetmair hat soeben zu Recht darauf hingewiesen, dass man es sich nicht gar so einfach machen darf, Herr Kollege Scholz. Sie haben unter all den Dingen, über die man reden kann, ausgerechnet unter dem Stichwort „Säkularisation“ ein Objekt herausgegriffen haben – die „Vier Apostel“ von Dürer –, die damit nicht das Geringste zu tun haben, sondern die zur Zeit von Kurfürst Maximilian I. 1627 nach München gekommen sind. Das zeigt, dass es einer sehr sachkun-

digen und fachlich fundierten Debatte bedarf und es fraglich ist, ob wir im Landtag einzelne Gegenstände benennen und darüber befinden sollen, wann sie wohin zu bringen sind.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Ich halte es in der Tat für wichtig – und das ist das Positive der Diskussion in den letzten Monaten –, dass wir politisch etwas in Gang gebracht haben und dass das auch politisch weiter begleitet werden muss. Ich unterstreiche noch einmal: Ich spreche hier zwar als Franke, aber das ist eine Sache, die nicht nur Franken berührt. Es geht genauso um Kunstwerke aus Schwaben oder andere Kunstwerke, die während der Säkularisation aus der Oberpfalz weggekommen sind, und dergleichen mehr. All dieses gehört dazu. Deshalb ist unser Antrag umfangreicher formuliert.

Ich will noch einen konkreten Punkt in diesem Zusammenhang ansprechen. Ich bin dankbar, dass sich auch in dieser Hinsicht Herr Staatsminister Zehetmair offen gezeigt hat. Sie haben vorhin die Antwort der Staatsregierung zum Thema Herzogsschwert zitiert, Frau Kollegin Münzel. Ich meine in der Tat: Wir nehmen das zur Kenntnis, aber aus meiner Sicht ist damit noch nicht das letzte Wort in der Frage gesprochen. Wir müssen solche konservatorischen Probleme natürlich ernst nehmen, und man kann sich nicht einfach darüber fachlich hinweg setzen. Aber ich sage jetzt einmal ganz bewusst sehr salopp – so salopp, wie es der Herr Staatsminister wahrscheinlich nicht akzeptieren würde, aber ich sage es trotzdem –: Fränkische Schwerter sind vielleicht doch stabiler, als mancher in Altbayern meint. Deshalb sollte man der Frage, ob dieses Schwert es vielleicht doch aushält, nach Würzburg gebracht zu werden, noch einmal sorgfältig nachgehen. Wir wollen das hier jedenfalls noch nicht ad acta legen.

Der Hinweis auf die Würzburger Residenz als möglichen Ausstellungsort zeigt aber auch – das will ich in positiver Hinsicht unterstreichen –, dass die Staatliche Schlösserverwaltung mit Millionen und Abermillionen sehr wohl auch in Franken in den letzten Jahrzehnten immens viel getan hat. In dem Zustand, in dem sich die Würzburger Residenz heute darstellt, braucht sie keinen Vergleich mit irgendeinem restaurierten Baudenkmal in Oberbayern oder anderen Bezirken zu scheuen. Wir sollten auch die positiven Aspekte ansprechen und in dieser Richtung weiterarbeiten.

Ich komme zum letzten Punkt. Es ist auch der Bamberger Domschatz angesprochen worden. Ich weiß schon, lieber Herr Kollege Odenbach, wo Bamberg liegt. Da brauchen Sie keine Sorge zu haben.

(Zuruf des Abgeordneten Odenbach (SPD))

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Herr Kollege, ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Herrmann (CSU):** Ich komme zum Schluss. Ich meine in der Tat, dass wir uns neben dem Herzogsschwert auch mit dem Bamberger Domschatz, beispielsweise mit den

Kaiserkronen, aber auch mit anderen Dingen noch einmal beschäftigen müssen, weil das in der Tat bis 1803 eine geschlossene Sammlung gewesen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Es ist deshalb zu überprüfen, ob man einer Herstellung oder einer teilweisen Wiederherstellung dieser Sammlung kunsthistorisch sinnvoll näher treten kann. Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Antrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Bei den Redezeiten hat es jetzt je eineinhalb Minuten Frankenbonus gegeben. Den dürfen die Altbayern bei anderer Gelegenheit zurückfordern.

Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Antrag betreffend „Rückführung von wertvollem Kulturbesitz nach Franken“, auf Drucksache 14/10348 abstimmen. Das ist der SPD-Antrag des Tagesordnungspunkts 12. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Seite der Opposition, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion aufgestellt. Die Urne für die Enthaltungen befindet sich auf den Stenografentisch.

Mit der Abstimmung kann jetzt begonnen werden. Wir haben dafür fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.34 bis 18.39 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Kunst und Kultur in allen Regionen Bayerns“ auf Drucksache 14/11626 durch. Die Ja-Urnen sind bei dieser Abstimmung auf beiden Seiten des Plenarsaals. Die Nein-Urne und die Urne für die Enthaltungen befinden sich auf den Stenografentisch.

Mit der Abstimmung kann jetzt begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18:39 bis 18:44 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen, das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekannt gegeben. Wir fahren inzwischen mit der Tagesordnung fort.

Ich gebe in der Zwischenzeit das Ergebnis der vorhergehenden namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Raumordnungsverfahren an der Donau“, Drucksache 14/11623 bekannt.

Mit Ja haben 61 und mit Nein 89 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Einleitung des Raumordnungsverfahrens für den ökologischen Donauausbau“, Drucksache 14/11628: Mit Ja haben 61 Angeordnete gestimmt, mit Nein 87. Auch dieser Antrag ist damit abgelehnt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Ich weise jetzt darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 17 betreffend „Bürokostenentschädigung für Gerichtsvollzieher“ einvernehmlich unter den Fraktionen abgesetzt worden ist. Er ist also für heute erledigt.

Ich rufe auf:

#### **Tagesordnungspunkt 18**

**Antrag der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Schopper und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

#### **Zukunft der Kindergärten I**

**Finanzierung auf drei Säulen stellen (Drucksache 14/9604)**

#### **Tagesordnungspunkt 19**

**Antrag der Abgeordneten Christine Stahl, Dr. Dürr, Schopper und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

#### **Zukunft der Kindergärten II**

**Qualität sichern und ausbauen (Drucksache 14/9606)**

Es findet hierzu keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Antrag „Finanzierung auf drei Säulen stellen“ auf Drucksache 14/9604 – das ist der Tagesordnungspunkt 18 – abstimmen. Der federführende Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in Absatz 1 Satz 1 die Worte „analog zum ISKA-Modell in einem Landkreis und in einer Stadt in Bayern erproben zu lassen“ durch die Worte „in die Prüfung und Auswertung des ISKA-Modells mit einzubeziehen“ ersetzt werden. Dagegen schlägt der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen die Ablehnung des Antrags vor.

Wer entgegen dem Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Antrag mit der vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Fraktion der CSU. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Dann ist dem Antrag mit der vorgeschlagenen Änderung zugestimmt worden.

Nun lasse ich über den Antrag „Qualität sichern und ausbauen“ – das ist Drucksache 14/9606, Tagesordnungspunkt 19 – abstimmen. Die CSU-Fraktion hat beantragt, den Antrag in einer geänderten Fassung zur Abstimmung zu stellen. Danach sollen im Einleitungssatz die Worte „zu veranlassen“ durch die Worte „in die weiteren Modellüberlegungen zur Neugestaltung der Kindergartenfinanzierung mit einzubeziehen“ ersetzt werden. Besteht damit Einverständnis, dass ich über den Antrag in dieser Fassung abstimmen lasse? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer dem Antrag mit der von der CSU-Fraktion vorgeschlagenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der CSU. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit der von der CSU-Fraktion vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Dann gebe ich jetzt die Ergebnisse der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 12 bekannt, zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Rückführung von wertvollem Kulturbesitz nach Franken“ auf Drucksache

14/10348: Mit Ja haben 50 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 73. Es hat 5 Stimmenthaltungen gegeben. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Abstimmungsergebnis zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Kunst und Kultur in allen Regionen Bayerns“ auf Drucksache 14/11626: Hier haben 122 Kolleginnen und Kollegen mit Ja bei einer Stimmenthaltung gestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Jetzt haben wir das Problem, wegen der Kürze der Zeit keine Anträge mehr behandeln zu können. Ich nehme an, Sie sind einverstanden, dass wir zehn Minuten früher schließen. – Ich höre keinen Widerspruch. Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 18.51 Uhr)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.01.2003 zu Tagesordnungspunkt 9: Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Schopper, Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); Kinder in den Mittelpunkt – Qualität in den Kindertagesstätten verbessern (Drucksache 14/10538)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred		×		<b>Grabmair</b> Eleonore			
<b>Appelt</b> Dieter	×			<b>Dr. Gröber</b> Klaus			
<b>Dr. Baumann</b> Dorle	×			<b>Guckert</b> Helmut		×	
<b>Beck</b> Adolf		×		<b>Güller</b> Harald	×		
<b>Dr. Beckstein</b> Günther				<b>Guttenberger</b> Petra			
<b>Berg</b> Irlind	×			<b>Haedke</b> Joachim		×	
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar		×		<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus	×		
<b>Biedefeld</b> Susann				<b>Hartenstein</b> Volker		×	
<b>Blöchl</b> Josef		×		<b>Hartmann</b> Gerhard	×		
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hausmann</b> Heinz		×	
<b>Böhm</b> Johann		×		<b>Hecht</b> Inge			
<b>Boutter</b> Rainer	×			<b>Heckel</b> Dieter			
<b>Brandl</b> Max				<b>Hecker</b> Annemarie			
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		×		<b>Heike</b> Jürgen W.		×	
<b>Brosch</b> Franz		×		<b>Herrmann</b> Joachim		×	
<b>Brunner</b> Helmut		×		<b>Hirschmann</b> Anne	×		
<b>Christ</b> Manfred		×		<b>Hoderlein</b> Wolfgang	×		
<b>Deml</b> Marianne				<b>Hözl</b> Manfred			
<b>Dingreiter</b> Adolf		×		<b>Hofmann</b> Walter		×	
<b>Döbler</b> Thomas	×			<b>Hohlmeier</b> Monika			
<b>Dodell</b> Renate		×		<b>Huber</b> Erwin		×	
<b>Donhauser</b> Heinz		×		<b>Hufe</b> Peter	×		
<b>Dr. Dürr</b> Sepp	×			<b>Jetz</b> Stefan		×	
<b>Eck</b> Gerhard				<b>Dr. Kaiser</b> Heinz	×		
<b>Eckstein</b> Kurt		×		<b>Kaul</b> Henning		×	
<b>Egleder</b> Udo				<b>Kellner</b> Emma	×		
<b>Ettengruber</b> Herbert		×		<b>Dr. Kempfler</b> Herbert		×	
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter		×		<b>Kiesel</b> Robert			
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt				<b>Klinger</b> Rudolf		×	
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid		×		<b>Kobler</b> Konrad		×	
<b>Fink</b> Martin		×		<b>Köhler</b> Elisabeth	×		
<b>Fischer</b> Herbert		×		<b>König</b> Alexander		×	
<b>Förstner</b> Anna-Maria				<b>Kränzle</b> Bernd		×	
<b>Franzke</b> Dietmar	×			<b>Kreidl</b> Jakob			
<b>Freller</b> Karl		×		<b>Kreuzer</b> Thomas		×	
<b>Gabsteiger</b> Günter		×		<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard			
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul				<b>Kuchenbaur</b> Sebastian		×	
<b>Gartzke</b> Wolfgang	×			<b>Kupka</b> Engelbert		×	
<b>Geiger</b> Hermann	×			<b>Kustner</b> Franz			
<b>Glück</b> Alois		×		<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Görlitz</b> Erika				<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Goertz</b> Christine	×			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Götz</b> Christa		×		<b>Lode</b> Arnulf		×	
<b>Dr. Götz</b> Franz				<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich		×	
<b>Dr. Goppel</b> Thomas				<b>Lück</b> Heidi	×		
<b>Gote</b> Ulrike				<b>Prof. Männle</b> Ursula		×	
				<b>Maget</b> Franz	×		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Mehrllich</b> Heinz			
<b>Meißner</b> Christian		X	
<b>Memmel</b> Hermann			
Dr. <b>Merkl</b> Gerhard			
<b>Meyer</b> Franz		X	
<b>Miller</b> Josef			
<b>Möstl</b> Fritz	X		
Dr. <b>Müller</b> Helmut		X	
<b>Müller</b> Herbert	X		
<b>Müller</b> Willi		X	
<b>Münzel</b> Petra	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter			
<b>Narnhammer</b> Bärbel	X		
<b>Neumeier</b> Johann			
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Obermeier</b> Thomas			
<b>Odenbach</b> Friedrich	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
<b>Paulig</b> Ruth	X		
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg		X	
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radermacher</b> Karin	X		
<b>Ranner</b> Sepp		X	
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen		X	
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Riess</b> Roswitha		X	
<b>Ritter</b> Ludwig		X	
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut	X		
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian		X	
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubenbauer</b> Herbert			
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schieder</b> Marianne	X		
<b>Schieder</b> Werner			
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schläger</b> Albrecht	X		
<b>Schmid</b> Albert			
<b>Schmid</b> Berta			
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schneider</b> Siegfried			
Dr. <b>Scholz</b> Manfred	X		
<b>Schopper</b> Theresa	X		
<b>Schreck</b> Helmut		X	
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred			
<b>Schultz</b> Heiko	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweder</b> Christl		X	
<b>Schweiger</b> Rita			
<b>Sibler</b> Bernd			
Dr. <b>Simon</b> Helmut	X		
<b>Simon</b> Hildegard			
<b>Sinner</b> Eberhard			
Dr. <b>Söder</b> Markus		X	
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stahl</b> Georg		X	
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Starzmann</b> Gustav	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Stewens</b> Christa		X	
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thätter</b> Blasius			
<b>Traublinger</b> Heinrich			
von <b>Truchseß</b> Ruth	X		
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen		X	
<b>Vogel</b> Wolfgang	X		
<b>Voget</b> Anne	X		
<b>Volkman</b> Rainer	X		
<b>Wahnschaffe</b> Joachim			
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weber</b> Manfred		X	
<b>Weichenrieder</b> Max		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto			
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Wolftrum</b> Klaus			
<b>Zachert</b> Klaus	X		
<b>Zehetmair</b> Hans			
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons			
<b>Zengerle</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	58	83	–



## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2003 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Elisabeth Köhler, Dr. Runge, Kellner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); Kein Griff in Nahverkehrskassen für das bayerische Transrapid-Vorhaben (Drucksache 14/11619)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred		X		<b>Grabmair</b> Eleonore			
<b>Appelt</b> Dieter			X	<b>Dr. Gröber</b> Klaus		X	
<b>Dr. Baumann</b> Dorle	X			<b>Guckert</b> Helmut		X	
<b>Beck</b> Adolf		X		<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Dr. Beckstein</b> Günther		X		<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Berg</b> Irlind			X	<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar		X		<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus			X
<b>Biedefeld</b> Susann			X	<b>Hartenstein</b> Volker	X		
<b>Blöchl</b> Josef		X		<b>Hartmann</b> Gerhard			X
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hausmann</b> Heinz		X	
<b>Böhm</b> Johann		X		<b>Hecht</b> Inge			
<b>Boutter</b> Rainer			X	<b>Heckel</b> Dieter			
<b>Brandl</b> Max				<b>Hecker</b> Annemarie		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter				<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Brosch</b> Franz				<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Brunner</b> Helmut				<b>Hirschmann</b> Anne			X
<b>Christ</b> Manfred		X		<b>Hoderlein</b> Wolfgang			X
<b>Deml</b> Marianne		X		<b>Hözl</b> Manfred		X	
<b>Dingreiter</b> Adolf		X		<b>Hofmann</b> Walter		X	
<b>Döbler</b> Thomas			X	<b>Hohlmeier</b> Monika		X	
<b>Dodell</b> Renate		X		<b>Huber</b> Erwin			
<b>Donhauser</b> Heinz		X		<b>Hufe</b> Peter			X
<b>Dr. Dürr</b> Sepp				<b>Jetz</b> Stefan		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Dr. Kaiser</b> Heinz			X
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Kaul</b> Henning		X	
<b>Egleder</b> Udo				<b>Kellner</b> Emma	X		
<b>Ettengruber</b> Herbert		X		<b>Dr. Kempfler</b> Herbert		X	
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter		X		<b>Kiesel</b> Robert		X	
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt				<b>Klinger</b> Rudolf		X	
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid		X		<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Fink</b> Martin		X		<b>Köhler</b> Elisabeth	X		
<b>Fischer</b> Herbert		X		<b>König</b> Alexander		X	
<b>Förstner</b> Anna-Maria				<b>Kränzle</b> Bernd		X	
<b>Franzke</b> Dietmar			X	<b>Kreidl</b> Jakob		X	
<b>Freller</b> Karl				<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Gabsteiger</b> Günter		X		<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard			X
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul			X	<b>Kuchenbaur</b> Sebastian		X	
<b>Gartzke</b> Wolfgang			X	<b>Kupka</b> Engelbert		X	
<b>Geiger</b> Hermann			X	<b>Kustner</b> Franz			
<b>Glück</b> Alois		X		<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Görlitz</b> Erika		X		<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Goertz</b> Christine			X	<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Götz</b> Christa		X		<b>Lode</b> Arnulf		X	
<b>Dr. Götz</b> Franz				<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich			
<b>Dr. Goppel</b> Thomas		X		<b>Lück</b> Heidi			X
<b>Gote</b> Ulrike	X			<b>Prof. Männle</b> Ursula		X	
				<b>Maget</b> Franz			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Mehrlich</b> Heinz			X
<b>Meißner</b> Christian		X	
<b>Memmel</b> Hermann			
Dr. <b>Merkel</b> Gerhard		X	
<b>Meyer</b> Franz		X	
<b>Miller</b> Josef			
<b>Möstl</b> Fritz			X
Dr. <b>Müller</b> Helmut		X	
<b>Müller</b> Herbert			X
<b>Müller</b> Willi		X	
<b>Münzel</b> Petra	X		
<b>Naaß</b> Christa			X
<b>Nadler</b> Walter			
<b>Narnhammer</b> Bärbel			X
<b>Neumeier</b> Johann		X	
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Obermeier</b> Thomas		X	
<b>Odenbach</b> Friedrich			X
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
<b>Paulig</b> Ruth	X		
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun			X
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			X
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg		X	
<b>Pranghofer</b> Karin			X
<b>Pschierer</b> Franz		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			X
<b>Radermacher</b> Karin			X
<b>Ranner</b> Sepp		X	
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen		X	
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Riess</b> Roswitha		X	
<b>Ritter</b> Ludwig		X	
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut			X
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian		X	
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubenbauer</b> Herbert		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schieder</b> Marianne			X
<b>Schieder</b> Werner			X
<b>Schindler</b> Franz			X
<b>Schläger</b> Albrecht			X
<b>Schmid</b> Albert		X	
<b>Schmid</b> Berta		X	
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud			X
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
Dr. <b>Scholz</b> Manfred			X
<b>Schopper</b> Theresa	X		
<b>Schreck</b> Helmut		X	
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred			X
<b>Schultz</b> Heiko			X
<b>Schuster</b> Stefan			X
<b>Schweder</b> Christl		X	
<b>Schweiger</b> Rita		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
Dr. <b>Simon</b> Helmut			X
<b>Simon</b> Hildegard			
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus		X	
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stahl</b> Georg			
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Starzmann</b> Gustav	X		
<b>Steiger</b> Christa			X
<b>Stewens</b> Christa			
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thätter</b> Blasius		X	
<b>Traublinger</b> Heinrich			
von <b>Truchseß</b> Ruth			X
<b>Untertländer</b> Joachim			X
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen		X	
<b>Vogel</b> Wolfgang			X
<b>Voget</b> Anne			X
<b>Volkman</b> Rainer			X
<b>Wahnschaffe</b> Joachim			X
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weber</b> Manfred		X	
<b>Weichenrieder</b> Max			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			X
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto		X	
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Wörner</b> Ludwig			X
<b>Wolfrum</b> Klaus			X
<b>Zachert</b> Klaus			X
<b>Zehetmair</b> Hans		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons		X	
<b>Zengerle</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	15	97	53

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2003 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dinglreiter, Kaul u. a. und Fraktion (CSU); Transrapidstrecke zwischen Flughafen München und Hauptbahnhof München unverzichtbar (Drucksache 14/11627)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred	X			<b>Grabmair</b> Eleonore			
<b>Appelt</b> Dieter			X	<b>Dr. Gröber</b> Klaus	X		
<b>Dr. Baumann</b> Dorle			X	<b>Guckert</b> Helmut	X		
<b>Beck</b> Adolf	X			<b>Güller</b> Harald			X
<b>Dr. Beckstein</b> Günther	X			<b>Guttenberger</b> Petra	X		
<b>Berg</b> Irlind			X	<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar	X			<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus			X
<b>Biedefeld</b> Susann			X	<b>Hartenstein</b> Volker		X	
<b>Blöchl</b> Josef	X			<b>Hartmann</b> Gerhard			X
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hausmann</b> Heinz	X		
<b>Böhm</b> Johann	X			<b>Hecht</b> Inge			
<b>Boutter</b> Rainer			X	<b>Heckel</b> Dieter			
<b>Brandl</b> Max				<b>Hecker</b> Annemarie	X		
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter				<b>Heike</b> Jürgen W.	X		
<b>Brosch</b> Franz				<b>Herrmann</b> Joachim	X		
<b>Brunner</b> Helmut				<b>Hirschmann</b> Anne			X
<b>Christ</b> Manfred				<b>Hoderlein</b> Wolfgang			X
<b>Deml</b> Marianne	X			<b>Hözl</b> Manfred	X		
<b>Dinglreiter</b> Adolf	X			<b>Hofmann</b> Walter	X		
<b>Döbler</b> Thomas			X	<b>Hohlmeier</b> Monika	X		
<b>Dodell</b> Renate	X			<b>Huber</b> Erwin			
<b>Donhauser</b> Heinz	X			<b>Hufe</b> Peter			X
<b>Dr. Dürr</b> Sepp				<b>Jetz</b> Stefan	X		
<b>Eck</b> Gerhard	X			<b>Dr. Kaiser</b> Heinz			
<b>Eckstein</b> Kurt	X			<b>Kaul</b> Henning	X		
<b>Egleder</b> Udo				<b>Kellner</b> Emma		X	
<b>Ettengruber</b> Herbert	X			<b>Dr. Kempfler</b> Herbert	X		
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter	X			<b>Kiesel</b> Robert	X		
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt				<b>Klinger</b> Rudolf	X		
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid	X			<b>Kobler</b> Konrad	X		
<b>Fink</b> Martin	X			<b>Köhler</b> Elisabeth		X	
<b>Fischer</b> Herbert	X			<b>König</b> Alexander	X		
<b>Förstner</b> Anna-Maria				<b>Kränzle</b> Bernd	X		
<b>Franzke</b> Dietmar			X	<b>Kreidl</b> Jakob	X		
<b>Freller</b> Karl				<b>Kreuzer</b> Thomas	X		
<b>Gabsteiger</b> Günter	X			<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard			X
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul			X	<b>Kuchenbaur</b> Sebastian	X		
<b>Gartzke</b> Wolfgang			X	<b>Kupka</b> Engelbert	X		
<b>Geiger</b> Hermann			X	<b>Kustner</b> Franz			
<b>Glück</b> Alois	X			<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Görlitz</b> Erika	X			<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Goertz</b> Christine			X	<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Götz</b> Christa	X			<b>Lode</b> Arnulf	X		
<b>Dr. Götz</b> Franz				<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich			
<b>Dr. Goppel</b> Thomas	X			<b>Lück</b> Heidi			X
<b>Gote</b> Ulrike		X		<b>Prof. Männle</b> Ursula	X		
				<b>Maget</b> Franz			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Matschl</b> Christa	X		
<b>Mehrllich</b> Heinz			X
<b>Meißner</b> Christian	X		
<b>Memmel</b> Hermann			
Dr. <b>Merkel</b> Gerhard	X		
<b>Meyer</b> Franz	X		
<b>Miller</b> Josef			
<b>Möstl</b> Fritz			X
Dr. <b>Müller</b> Helmut	X		
<b>Müller</b> Herbert			X
<b>Müller</b> Willi	X		
<b>Münzel</b> Petra		X	
<b>Naaß</b> Christa			X
<b>Nadler</b> Walter			
<b>Narnhammer</b> Bärbel			X
<b>Neumeier</b> Johann	X		
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard	X		
<b>Obermeier</b> Thomas	X		
<b>Odenbach</b> Friedrich			X
<b>Pachner</b> Reinhard	X		
<b>Paulig</b> Ruth		X	
<b>Peterke</b> Rudolf	X		
<b>Peters</b> Gudrun			X
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			X
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg	X		
<b>Pranghofer</b> Karin			X
<b>Pschierer</b> Franz	X		
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			X
<b>Radermacher</b> Karin			X
<b>Ranner</b> Sepp	X		
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen	X		
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Riess</b> Roswitha	X		
<b>Ritter</b> Ludwig	X		
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut			X
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian	X		
<b>Rotter</b> Eberhard	X		
<b>Rubenbauer</b> Herbert	X		
<b>Rudrof</b> Heinrich	X		
Dr. <b>Runge</b> Martin		X	
<b>Sackmann</b> Markus	X		
<b>Sauter</b> Alfred	X		
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria		X	
<b>Schieder</b> Marianne			X
<b>Schieder</b> Werner			X
<b>Schindler</b> Franz			X
<b>Schläger</b> Albrecht			X
<b>Schmid</b> Albert	X		
<b>Schmid</b> Berta	X		
<b>Schmid</b> Georg	X		
<b>Schmid</b> Peter	X		
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud			X
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schneider</b> Siegfried	X		
Dr. <b>Scholz</b> Manfred			X
<b>Schopper</b> Theresa		X	
<b>Schreck</b> Helmut	X		
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred			X
<b>Schultz</b> Heiko			X
<b>Schuster</b> Stefan			X
<b>Schweder</b> Christl	X		
<b>Schweiger</b> Rita	X		
<b>Sibler</b> Bernd	X		
Dr. <b>Simon</b> Helmut			X
<b>Simon</b> Hildegard			
<b>Sinner</b> Eberhard	X		
Dr. <b>Söder</b> Markus	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig	X		
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi		X	
<b>Stahl</b> Christine			
<b>Stahl</b> Georg		X	
<b>Stamm</b> Barbara	X		
<b>Starzmann</b> Gustav		X	
<b>Steiger</b> Christa			X
<b>Stewens</b> Christa			
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard	X		
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max	X		
<b>Tausendfreund</b> Susanna		X	
<b>Thätter</b> Blasius	X		
<b>Traublinger</b> Heinrich			
von <b>Truchseß</b> Ruth			X
<b>Untertländer</b> Joachim			X
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen	X		
<b>Vogel</b> Wolfgang			X
<b>Voget</b> Anne			X
<b>Volkman</b> Rainer			X
<b>Wahnschaffe</b> Joachim			X
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard	X		
<b>Weber</b> Manfred	X		
<b>Weichenrieder</b> Max			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			X
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto	X		
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul	X		
<b>Winter</b> Georg	X		
<b>Wörner</b> Ludwig			X
<b>Wolfrum</b> Klaus			X
<b>Zachert</b> Klaus			X
<b>Zehetmair</b> Hans	X		
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons	X		
<b>Zengerle</b> Josef	X		
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas	X		
<b>Gesamtsumme</b>	96	13	54

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2003 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Schläger, Wörner und Fraktion (SPD); Solide Finanzierung des Transrapidprojekts (Drucksache 14/11629)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred		×		<b>Grabmair</b> Eleonore			
<b>Appelt</b> Dieter	×			<b>Dr. Gröber</b> Klaus		×	
<b>Dr. Baumann</b> Dorle	×			<b>Guckert</b> Helmut		×	
<b>Beck</b> Adolf		×		<b>Güller</b> Harald	×		
<b>Dr. Beckstein</b> Günther				<b>Guttenberger</b> Petra		×	
<b>Berg</b> Irlind	×			<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar		×		<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus	×		
<b>Biedefeld</b> Susann	×			<b>Hartenstein</b> Volker		×	
<b>Blöchl</b> Josef		×		<b>Hartmann</b> Gerhard	×		
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hausmann</b> Heinz		×	
<b>Böhm</b> Johann		×		<b>Hecht</b> Inge			
<b>Boutter</b> Rainer	×			<b>Heckel</b> Dieter			
<b>Brandl</b> Max				<b>Hecker</b> Annemarie		×	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter				<b>Heike</b> Jürgen W.		×	
<b>Brosch</b> Franz				<b>Herrmann</b> Joachim		×	
<b>Brunner</b> Helmut				<b>Hirschmann</b> Anne	×		
<b>Christ</b> Manfred		×		<b>Hoderlein</b> Wolfgang	×		
<b>Deml</b> Marianne		×		<b>Hözl</b> Manfred		×	
<b>Dingreiter</b> Adolf		×		<b>Hofmann</b> Walter		×	
<b>Döbler</b> Thomas	×			<b>Hohlmeier</b> Monika		×	
<b>Dodell</b> Renate		×		<b>Huber</b> Erwin			
<b>Donhauser</b> Heinz		×		<b>Hufe</b> Peter	×		
<b>Dr. Dürr</b> Sepp				<b>Jetz</b> Stefan		×	
<b>Eck</b> Gerhard		×		<b>Dr. Kaiser</b> Heinz	×		
<b>Eckstein</b> Kurt		×		<b>Kaul</b> Henning		×	
<b>Egleder</b> Udo				<b>Kellner</b> Emma		×	
<b>Ettengruber</b> Herbert		×		<b>Dr. Kempfler</b> Herbert		×	
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter		×		<b>Kiesel</b> Robert		×	
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt				<b>Klinger</b> Rudolf		×	
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid		×		<b>Kobler</b> Konrad		×	
<b>Fink</b> Martin				<b>Köhler</b> Elisabeth		×	
<b>Fischer</b> Herbert		×		<b>König</b> Alexander		×	
<b>Förstner</b> Anna-Maria				<b>Kränzle</b> Bernd		×	
<b>Franzke</b> Dietmar	×			<b>Kreidl</b> Jakob		×	
<b>Freller</b> Karl				<b>Kreuzer</b> Thomas		×	
<b>Gabsteiger</b> Günter		×		<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard	×		
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul	×			<b>Kuchenbaur</b> Sebastian		×	
<b>Gartzke</b> Wolfgang	×			<b>Kupka</b> Engelbert		×	
<b>Geiger</b> Hermann	×			<b>Kustner</b> Franz			
<b>Glück</b> Alois		×		<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Görlitz</b> Erika		×		<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Goertz</b> Christine	×			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Götz</b> Christa		×		<b>Lode</b> Arnulf		×	
<b>Dr. Götz</b> Franz				<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich			
<b>Dr. Goppel</b> Thomas		×		<b>Lück</b> Heidi	×		
<b>Gote</b> Ulrike		×		<b>Prof. Männle</b> Ursula		×	
				<b>Maget</b> Franz	×		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Mehrlich</b> Heinz	X		
<b>Meißner</b> Christian		X	
<b>Memmel</b> Hermann			
Dr. <b>Merkl</b> Gerhard		X	
<b>Meyer</b> Franz		X	
<b>Miller</b> Josef			
<b>Möstl</b> Fritz	X		
Dr. <b>Müller</b> Helmut		X	
<b>Müller</b> Herbert	X		
<b>Müller</b> Willi		X	
<b>Münzel</b> Petra		X	
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter			
<b>Narnhammer</b> Bärbel	X		
<b>Neumeier</b> Johann		X	
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Obermeier</b> Thomas		X	
<b>Odenbach</b> Friedrich	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
<b>Paulig</b> Ruth			X
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg		X	
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radermacher</b> Karin	X		
<b>Ranner</b> Sepp		X	
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen		X	
<b>Regensburger</b> Hermann		X	
<b>Riess</b> Roswitha		X	
<b>Ritter</b> Ludwig		X	
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut	X		
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian		X	
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubenbauer</b> Herbert		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin		X	
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria		X	
<b>Schieder</b> Marianne	X		
<b>Schieder</b> Werner	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schläger</b> Albrecht	X		
<b>Schmid</b> Albert		X	
<b>Schmid</b> Berta		X	
<b>Schmid</b> Georg			
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
Dr. <b>Scholz</b> Manfred	X		
<b>Schopper</b> Theresa		X	
<b>Schreck</b> Helmut		X	
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred	X		
<b>Schultz</b> Heiko	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweder</b> Christl		X	
<b>Schweiger</b> Rita		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
Dr. <b>Simon</b> Helmut	X		
<b>Simon</b> Hildegard			
<b>Sinner</b> Eberhard			
Dr. <b>Söder</b> Markus		X	
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi		X	
<b>Stahl</b> Christine		X	
<b>Stahl</b> Georg			
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Starzmann</b> Gustav	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Stewens</b> Christa			
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna		X	
<b>Thätter</b> Blasius		X	
<b>Traublinger</b> Heinrich			
von <b>Truchseß</b> Ruth	X		
<b>Untertländer</b> Joachim			X
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen		X	
<b>Vogel</b> Wolfgang	X		
<b>Voget</b> Anne	X		
<b>Volkman</b> Rainer	X		
<b>Wahnschaffe</b> Joachim	X		
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weber</b> Manfred		X	
<b>Weichenrieder</b> Max			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto		X	
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Wolfrum</b> Klaus	X		
<b>Zachert</b> Klaus	X		
<b>Zehetmair</b> Hans		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons		X	
<b>Zengerle</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	55	105	2

## Beschlußempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

### Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 04. Dezember 2002 (Vf. 14-VII-02) betreffend

Antrag vom 25. November 2002 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit

1. des Art. 16 Nr. 1 i.V.m. Art. 14 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes über die Schwangerenberatung (Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz – BaySchwBerG) vom 9. August 1996 (GVBl S. 320, BayRS 2170–2-A),

2. des Kapitels 10 07 Titelgruppe 77 sowie des Haushaltsvermerks zu 10 07/77 i.V.m. Art. 1 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 (Haushaltsgesetz – HG – 2001/2002) vom 22. Dezember 2000 (GVBl S. 897, BayRS 630–2-10-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 984)

AIII/G-1310/02–12  
Drs. 14/11576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

### Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frauen auf der Datenautobahn (1) Mädchengerechte Unterrichtsdidaktik und -methoden  
Drs. 14/5517, 14/11376 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frauen auf der Datenautobahn (3) Studienreform  
Drs. 14/5519, 14/11377 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frauen auf der Datenautobahn (4) Mentorinnen-Netzwerk  
Drs. 14/5520, 14/11180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frauen auf der Datenautobahn (5) Sommeruniversität für Informatikstudentinnen  
Drs. 14/5521, 14/11378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Frauen auf der Datenautobahn (6)  
Verbleibstudie technisch ausgebildeter Frauen  
Drs. 14/5522, 14/11358 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
7. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Frauen auf der Datenautobahn (8)  
Einbeziehung der Gleichstellungsbeauftragten bei der Gestaltung des Internetauftritts  
Drs. 14/5524, 14/11357 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
8. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Frauen auf der Datenautobahn (9)  
Ausbau der Mädchen-Internet-Cafés  
Drs. 14/5525, 14/11356 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
9. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Frauen auf der Datenautobahn (11)  
Modellprojekt „Perspektiven für Mädchen“  
Drs. 14/6398, 14/11379 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
10. Antrag der Abgeordneten Steiger, Wahnschaffe, Irlinger u.a. SPD  
Fortschreibung des Berichtes der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern  
Drs. 14/9405, 14/11513 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |
11. Antrag der Abgeordneten Kaul, Hofmann u.a. CSU  
Umweltverträglichkeit der Politikbereiche  
Drs. 14/9430, 14/11368 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |
12. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Dürr, Schopper u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Zukunft der Kindergärten III  
Gruppen verkleinern  
Drs. 14/9605, 14/11184 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
13. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Dürr, Schopper u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Zukunft der Kindergärten IV  
Stelle einer Kinderbeauftragten einrichten  
Drs. 14/9607, 14/11312 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
14. Antrag der Abgeordneten Boutter, Hartmann SPD  
Verstaatlichung der weiterführenden beruflichen Schulen (FOS und BOS) in Würzburg  
Drs. 14/9659, 14/11523 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | A   | Z   | Z   |
15. Antrag der Abgeordneten Wörner, Steiger, Wahnschaffe u.a. SPD  
Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten von gehörlosen und hörbehinderten Menschen bei Krankenhausaufenthalten und in Pflegeheimen  
Drs. 14/9949, 14/11514 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |
16. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Waschler, Prof. Dr. Eykmann, Dr. Wilhelm u.a. CSU  
Erforschung der Ursachen der stark gestiegenen Frühpensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern wegen Dienstunfähigkeit und Entwicklung von Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen  
Drs. 14/9953, 14/11404 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes
- |  | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
|  | Z   | Z   | Z   |
17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Kaul, Ach u.a. und Fraktion CSU  
Schlussfolgerungen aus den Hochwasserereignissen im Sommer 2002  
Drs. 14/10240, 14/11569 (E)



- |  |            |            |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
|--|------------|------------|------------|---|------|---|--|------------|------------|------------|---|---|------|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z    | Z | <p>23. Antrag der Abgeordneten Unterländer, Rotter u.a. CSU<br/>Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen<br/>Drs. 14/10454, 14/11571 (E) [X]</p> <p><b>Antrag der CSU-Fraktion gem. § 132 Abs. 3 Satz 7 GeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses</b></p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">ohne</td> </tr> </table> <p><b>Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!</b></p> | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | ohne |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | ohne       |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>18. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Hölzl, Heike u.a. CSU<br/>Schutz der Bevölkerung vor sog. „illegalen Waffen“<br/>Drs. 14/10278, 14/11550 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z    | Z | <p>24. Antrag der Abgeordneten Dr. Baumann, Hufe, Odenbach u.a. SPD<br/>Umsetzung des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes in Landesrecht<br/>Drs. 14/10463, 14/11524 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">A</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>19. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Zeller, Herrmann u.a. CSU<br/>Beteiligungsrecht der Kommunen auf europäischer Ebene<br/>Drs. 14/10282, 14/11548 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z    | Z | <p>25. Antrag der Abgeordneten Möstl, Schuster, Schmitt-Bussinger SPD<br/>Integrierte Leitstellen<br/>Anhörung der beteiligten Verbände und Organisationen<br/>Drs. 14/10467, 14/11552 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">A</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table>  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>20. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Welnhöfer, Ritter u.a. CSU<br/>Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten bei der Verteilung von Asylbewerbern aus Problemstaaten<br/>Drs. 14/10283, 14/11551 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">ENTH</td> <td style="text-align: center;">A</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | ENTH | A | <p>26. Antrag des Abgeordneten Donhauser CSU<br/>Denkmalcharakter von Einrichtungen der Maxhütte<br/>Drs. 14/10487, 14/11570 (E) [X]</p> <p><b>Antrag der CSU-Fraktion gem. § 132 Abs. 3 Satz 7 GeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, der den Antrag für erledigt erklärt hat.</b></p>   |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | ENTH       | A          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>21. Antrag der Abgeordneten Dr. Wilhelm u.a. CSU<br/>Bessere Betreuung ausländischer Studierender und Gastwissenschaftler durch Erledigung der ausländerrechtlichen und melderechtlichen Formalitäten durch Einrichtung einer Außenstelle der Ausländerbehörde – oder von Sprechtagen – direkt an der Hochschule<br/>Drs. 14/10314, 14/11380 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table> | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z    | Z | <p>27. Antrag des Abgeordneten Herrmann CSU<br/>Verleihung des akademischen Grades Diplom-Jurist in Bayern<br/>Drs. 14/10488, 14/11525 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table>  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>22. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Dürr, Köhler Elisabeth u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br/>Schrittweise Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Beratungsstellen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen<br/>Drs. 14/10341, 14/11364 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">A</td> <td style="text-align: center;">Z</td> <td style="text-align: center;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z    | Z | <p>28. Antrag der Abgeordneten Schmitt-Bussinger, Hufe, Naaß u.a. SPD<br/>Bedarfszuweisungen für den Regierungsbezirk Mittelfranken<br/>Drs. 14/10497, 14/11499 (A)</p>  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |      |   |  |            |            |            |   |   |      |

- |  |            |            |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
|--|------------|------------|------------|---|---|---|--|------------|------------|------------|---|---|------|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z | <p>35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Gartzke, Biedefeld u.a. und Fraktion SPD Umweltskandal in Neuendettelsau und Bodenverseuchung mit Tributylphosphat<br/>Drs. 14/10723, 14/11370 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>29. Antrag der Abgeordneten Müller Willi, Zeller, Dinglreiter u.a. und Fraktion CSU<br/>Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nach Tschechien<br/>Drs. 14/10561, 14/11573 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">A</td> </tr> </table> | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | A | <p>36. Antrag des Abgeordneten Hölzl CSU<br/>Gewalt gegen Polizeibeamte<br/>Drs. 14/10766, 14/11555 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | A          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>30. Antrag der Abgeordneten Werner-Muggendorfer, Peters, Egleder u.a. SPD<br/>Bedarfszuweisungen für den Regierungsbezirk Niederbayern<br/>Drs. 14/10562, 14/11502 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>       | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z | <p>37. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Vocke, Guckert, Brunner CSU<br/>Härtefallregelungen bei Biberschäden<br/>Drs. 14/10782, 14/11362 (E) [X]</p> <p><b>Antrag der CSU-Fraktion<br/>gem. § 132 Abs. 3 Satz 7<br/>GeschO:<br/>Abweichendes Votum<br/>des mitberatenden<br/>Ausschusses<br/>Landesentwicklung und<br/>Umweltfragen</b></p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">ENTH</td> </tr> </table> | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | ENTH |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | ENTH       |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>31. Antrag der Abgeordneten Schmitt-Bussinger, Prof. Dr. Gantzer u.a. SPD<br/>Deutsche Stiftung Kriminalprävention<br/>Drs. 14/10686, 14/11553 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>                    | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z | <p>38. Antrag der Abgeordneten Strehle u.a. CSU<br/>Zweiter Handlauf bei Treppenanlagen<br/>Drs. 14/10783, 14/11580 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>32. Antrag der Abgeordneten Strasser, Müller Herbert SPD<br/>Bezirk Schwaben – Verbesserung der Finanzsituation<br/>Drs. 14/10701, 14/11504 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>                              | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z | <p>39. Antrag der Abgeordneten Obermeier, Sibler u.a. CSU<br/>Einberufung von Wehrpflichtigen und Zivildienstleistenden<br/>Drs. 14/10785, 14/11581 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>33. Antrag der Abgeordneten Steiger, Hoderlein u.a. SPD<br/>Bedarfszuweisungen für den Bezirk Oberfranken<br/>Drs. 14/10702, 14/11505 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>                                    | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z | <p>40. Antrag der Abgeordneten Mehrlich, Schmitt-Bussinger, Strasser u.a. SPD<br/>Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs<br/>Drs. 14/10786, 14/11506 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <p>34. Antrag des Abgeordneten Hölzl CSU<br/>„Chaos-Tage“ künftig bundesweit verhindern<br/>Drs. 14/10705, 14/11554 (G)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">A</td> </tr> </table>  | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | Z | Z | A | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td style="text-align: right;"><b>CSU</b></td> <td style="text-align: right;"><b>SPD</b></td> <td style="text-align: right;"><b>GRÜ</b></td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">A</td> <td style="text-align: right;">Z</td> <td style="text-align: right;">Z</td> </tr> </table>   | <b>CSU</b> | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> | A | Z | Z    |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| Z  | Z          | A          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| <b>CSU</b>   | <b>SPD</b> | <b>GRÜ</b> |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |
| A  | Z          | Z          |            |   |   |   |  |            |            |            |   |   |      |

41. Antrag der Abgeordneten Stahl Christine,  
Dr. Dürr, Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN  
Institutionalisierte Forschung und Beratung für den  
ökologischen Landbau  
Drs. 14/10787, 14/11361 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Münzel, Paulig  
u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Verbesserung der Entenmast II  
Drs. 14/10790, 14/11559 (A)

**Antrag der SPD-Fraktion  
gem. § 132 Abs. 3  
Satz 7 GeschO:**

<b>Votum des mitberatenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen</b>	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Köhler Elisabeth,  
Dr. Runge, Paulig u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN  
Bayerische RegioBahnCard als Antwort auf neuen  
BahnCard-Tarif der DB AG  
Drs. 14/10793, 14/11575 (E)

und

Antrag der Abgeordneten Schläger, Dr. Kaiser u.a.  
SPD  
Bayern-Bahncard  
Drs. 14/10898, 14/11575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	Z	Z	Z

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr,  
Köhler Elisabeth, Paulig u.a. und Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Klimaveränderungen – Konsequenzen für die  
Berge  
Drs. 14/10804, 14/11560 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen	<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>GRÜ</b>
	A	Z	Z



## Zu Tagesordnungspunkt 8

## Bestellung von Mitgliedern für den Landesdenkmalrat

Die vorschlagsberechtigten Institutionen haben gem. Art. 14 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz (DSchG) die nachstehend aufgeführten Persönlichkeiten als Mitglieder für den Landesdenkmalrat benannt:

Bayerischer Gemeindetag  
Art. 14 Abs. 2 Buchst. b)  
DSchG

Paul **Kling**  
Oberbürgermeister  
Marktplatz 1  
86720 Nördlingen

Katholische Kirche  
Art. 14 Abs. 2 Buchst. d)  
DSchG

Prälat Luitgar  
**Göller**  
Hohenstaufferstr. 13  
96049 Bamberg

Prälat Dr. Sebastian  
**Anneser**  
Erzbischöfliches  
Ordinariat München  
Maxburgstr. 2  
80333 München

Ev.-Luth. Landeskirche Bayern  
Art. 14 Abs. 2 Buchst. d)  
DSchG

Andreas **Hildmann**  
Sonnenspitzstr. 7 a  
81825 München

Dipl. Ing. Heiner  
**Förderreuther**  
Meiserstr. 13  
80333 München

Verein zur Erhaltung  
privater Baudenkmäler  
und sonstiger Kultur-  
güter in Bayern e.V.  
Art. 14 Abs. 2 Buchst. e)  
DSchG

Albrecht **Graf**  
**Fugger von Glött**  
Hauptstr. 2  
87757 Kirchheim/  
Schwaben

Deutsche Burgenvereini-  
gung e.V.  
Art. 14 Abs. 2 Buchst. e)  
DSchG

Dr. Albrecht  
**Graf von und zu**  
**Egloffstein**  
Marktplatz 5  
91788 Pappenheim

Bayerische Architektenkammer  
Art. 14 Abs. 2 Buchst. g)  
DSchG

Prof. Dipl. Ing. Peter  
C. **von Seidlein**  
Flüggenstr. 11  
80639 München

Bayerischer Landesverein  
für Heimatpflege e.V.  
Art. 14 Abs. 2 Buchst. h) DSchG

Hans **Roth**  
Geschäftsführer des  
Bayerischen Landes-  
vereins für Heimat-  
pflege  
Ludwigstr. 23  
80539 München

Vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung  
und Kunst werden folgende Persönlichkeiten zur  
estellung vorgeschlagen:  
(Art. 14 Abs. 2 Buchst. 1) DSchG)

Prof. Dr. Hubert **Glaser**  
Am Hochrain 2  
85354 Freising-Hohenbachern

Prof. Dr. Otto **Meitinger**  
Arcisstr. 21  
80333 München

Peter **Pracher**  
Weingartenstr. 39 a  
97072 Würzburg



## Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO

**Frau Schmitt-Bussinger** (SPD): *Wie begründet die Bayerische Staatsregierung ihre ablehnende Haltung gegenüber den Lehrkräften der Grundschule St. Leonhard in Nürnberg, die an einer Fortbildung zur integrativen Hochbegabtenförderung der Karg-Stiftung aus Frankfurt teilnehmen wollen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Es wurde sichergestellt, dass die Lehrkräfte an der Fortbildung teilnehmen.

Die Fortbildung zur integrativen Hochbegabtenförderung ist eingebettet in das Projekt „Impulsschulen“ der Karg-Stiftung. Zu diesem Projekt wurde seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus generell Zustimmung erklärt. Auf Grund einiger in der Kürze der Zeit nicht zu klärender Details, u. a. die Übernahme der Fahrt- und Unterbringungskosten, kam es noch nicht zur Unterzeichnung des Kooperationsvertrages.

Für den vorliegenden Fall wurde die Lösung gefunden, die anfallenden Reisekosten zunächst aus Projektmitteln der Stiftung zu finanzieren. Der anschließende Bericht der teilnehmenden Lehrkräfte wird die Grundlage für die Kooperationsverhandlungen darstellen.

**Sprinkart** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Warum wurde der bei der Beantragung der Altersteilzeit geäußerte Wunsch bzw. Vorschlag einer Lehrkraft an der Volksschule in Heimenkirch, Lkr. Lindau, die Freistellungsphase ihrer Altersteilzeit erst mit Ablauf dieses Schuljahres zu beginnen, nicht berücksichtigt, zeugt es nach Meinung der Staatsregierung von weitsichtiger Personalplanung, wenn erst wenige Wochen vor Eintritt in die Freistellungsphase – eine Ersatzlehrkraft angesprochen und gebeten wurde, wenigstens einen Teil des Unterrichts zu übernehmen, obwohl seit zweieinhalb Jahren bekannt ist, dass man zum 1.2.2003 Ersatz für die in Freistellungsphase gehende Lehrerin notwendig wird und der Schulleitung noch zu Beginn des Schuljahres gleichwertiger Ersatz zugesagt wurde, und wie ist die Tatsache, dass als Folge dieser Art der Personalplanung 8 Unterrichtsstunden – darunter Förderkurse – ausfallen müs-*

*sen, mit den Zielen bayerischer Bildungspolitik vereinbar?*

**Antwort der Staatsregierung:** Nach Art. 80 d Abs. 1 Bayerisches Beamtengesetz (BayBG) kann die Altersteilzeit nur mit der Hälfte der in den letzten 5 Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit bewilligt werden. Dabei sind nach Art. 80 d Abs. 2 BayBG zwei Modelle möglich:

- das Teilzeitmodell; hier wird mit der nach Art. 80 d Abs. 1 BayBG festgesetzten Arbeitszeit durchgehend bis zum Beginn des Ruhestandes gearbeitet
- das Blockmodell; hier wird in der ersten Hälfte der bis zum Eintritt in den Ruhestand verbleibenden Zeit mit der durchschnittlichen Arbeitszeit der letzten fünf Jahre weitergearbeitet (= Arbeitsphase), während der zweiten Hälfte wird kein Dienst mehr geleistet (= Freistellungsphase).

Die betreffende Lehrkraft hat auf ihren Antrag hin eine 5-jährige Altersteilzeit im Blockmodell bewilligt erhalten. Die Arbeitsphase begann am 1. 8. 2000 und endete am 31. 1. 2003, die Freistellungsphase begann am 1. 2. 2003 und endet am 31. 7. 2005. Das Gesetz lässt keine andere Möglichkeit der Aufteilung zu. Um einen Wechsel während des Schuljahres zu vermeiden, hätte die Lehrkraft eine Altersteilzeit mit einer „geraden“ Zahl von Jahren (z. B. 4 Jahre) wählen müssen.

Es lag also an der Lehrkraft selbst, den Zeitpunkt ihres Ausscheidens aus dem Unterricht zu bestimmen.

Der Ersatz für eine während des Schuljahres ausscheidende Lehrkraft wird im Regelfall durch die mobile Reserve gestellt. Sofern sich abzeichnet, dass dies wegen anderweitiger Inanspruchnahme der mobilen Reserve nicht (mehr) möglich ist, müssen Alternativen erwogen werden. Es ist schlicht unmöglich, bereits bei Beginn der Arbeitsphase, hier also zweieinhalb Jahre vor dem Ausscheiden der Lehrkraft aus dem aktiven Dienst, eine konkrete Ersatzlehrkraft zu bestimmen. Hier stößt auch die weitsichtigste Personalplanung an ihre Grenzen. Das Bemühen des Staatlichen Schulamtes um

eine Ersatzlösung mehrere Wochen vor dem Wechsel in die Freistellungsphase war zeitgerecht und der derzeitigen Bewerbersituation angemessen.

Es ist auch nicht immer möglich, eine ausscheidende Lehrkraft exakt mit deren bisherigem Stundenmaß zu ersetzen, insbesondere wenn eine vollbeschäftigte Lehrkraft ausscheidet und die Ersatzlehrkraft nur teilzeitbeschäftigt und nicht bereit ist, ihr Stundenmaß zu erhöhen, und auch andere Alternativen wie Mehrarbeit nicht greifen.

**Schläger (SPD):** *Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bayerische Staatsregierung der dramatischen Lehrstellensituation in Nordostbayern gegenzusteuern, wenn, wie an der Alexander-von-Humboldt-Hauptschule in Marktredwitz, in drei Abschlussklassen zu jeweils 30 Schülern lediglich zwei bis drei pro Klasse eine Ausbildungsstelle haben?*

**Antwort der Staatsregierung:** Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass das Berufsberatungsjahr noch nicht einmal zur Hälfte abgelaufen ist. Insoweit ist zu allererst die Arbeitsverwaltung mit ihrer Berufsberatung gefordert, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Richtig ist, dass die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt insbesondere in Nordostbayern nicht befriedigend ist.

Wir haben in den vergangenen Jahren bereits verschiedene Initiativen mit den Beteiligten des Beschäftigungspakts Bayern durchgeführt. Die Gewerkschaft hat dieses Gremium bedauerlicherweise aufgekündigt. Gleichwohl werden die Projekte des Arbeitsmarktfonds fortgeführt. Die Mittel des Fonds werden mit Priorität in den Schwerpunktregionen eingesetzt. Dazu gehört Nordostbayern.

Die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung führt ein Programm für benachteiligte Jugendliche durch. Betriebe, die solche Jugendlichen ausbilden, erhalten ein zinsgünstiges Darlehen.

Seit 2001 werden Betriebe, die einen Absolventen aus einer Praxisklasse ausbilden, mit 2500 € aus ESF-Mitteln bezuschusst.

Bereits im Januar 2003 wurden wegen der angespannten Situation des Ausbildungsstellenmarktes Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaft und der Arbeitsverwaltung aus Oberfranken und der nördlichen Oberpfalz sowie mit der Arbeitsgruppe Ausbildungsstellensituation geführt, um Möglichkeiten zur Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes zu entwickeln und zu erörtern.

Am 25. Februar 2003 wird sich die Staatsregierung in Coburg mit der Situation des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes in Nordostbayern befassen und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog vorlegen.

**Frau Schopper (CSU):** *Angesichts der Tatsache, dass die Krankenkassen ihre 18-prozentige Beteiligung an*

*der Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste zum 01. 01. 2003 eingestellt haben und die Dienste damit in ihrer Existenz bedroht sind, frage ich die Staatsregierung, ob und wie sie die SpDi's sichert und ob sie die SpDi's finanziell unterstützt?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Sozialpsychiatrischen Dienste nehmen in Bayern bei der Versorgung psychisch kranker Menschen eine unverzichtbare Aufgabe wahr. Der bisherige Finanzierungsmodus ist durch die Ankündigung der Krankenkassenverbände, ihre Zahlungen ab 1. Januar 2003 einzustellen, hinfällig geworden. Dadurch ist die Finanzierung von rd. 70 Fachkraftstellen nicht mehr gesichert.

Um gemeinsam eine Lösung des Finanzierungsproblems herbeizuführen, habe ich sämtliche Bezirkstagspräsidenten, Krankenkassen, Wohlfahrtsverbände und die Landesverbände der Psychiatrieerfahrenen und der Angehörigen zu einer Besprechung für Freitag, den 28. Februar 2003, eingeladen.

**Frau Hirschmann (SPD):** *Da in der aktuell problematischen Situation im Honorarstreit zwischen Kassenzahnärztlicher Vereinigung und den Ersatzkassen die KZVB Schreiben an die Versicherten von Ersatzkassen verschickt, in denen sie diese direkt dazu auffordert, ernsthaft über einen Wechsel ihrer Krankenkassen nachzudenken, frage ich die Staatsregierung, wie sie zu diesem Eingriff in den Kassenwettbewerb durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts steht, welche rechtsaufsichtlichen Maßnahmen sie hier zu ergreifen gedenkt und wie sie in dieser Auseinandersetzung ihrer Informationspflicht den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nachkommen wird?*

**Antwort der Staatsregierung:** Wie bereits in der mündlichen Anfrage des Abgeordneten Jochen Wahnschaffe zur Fragestunde am 29. 01. 2003 thematisiert, hat die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB) im Januar ein Informationsschreiben an Versicherte der Ersatzkassen übermittelt, in dem diese unter anderem über ihr Kündigungsrecht sowie die Verwendung von Beitragsmitteln und die Vergütung zahnärztlicher Leistungen durch die Ersatzkassen informiert wurden. Bezüglich der zugrunde liegenden Vergütungsstreitigkeiten nehme ich auf meine damalige Antwort Bezug.

Bei der Frage der Zulässigkeit des Informationsschreibens im Bezug auf den Hinweis auf das Kündigungsrecht gilt folgendes: Grundsätzlich besteht nach der Entscheidung des Bayerischen Landessozialgerichts (LSG) vom 29. November 1995 ein Informationsrecht der Vertragspartner der Vergütungsverträge gegenüber den Mitgliedern des jeweils anderen Vertragspartners. Insofern hat auch das Bundesministerium für Gesundheit, das diesbezüglich Aufsichtsbehörde der Verbände der Ersatzkassen ist, deren Informationsschreiben an die bayerischen Vertragszahnärzte vom April 2002 nicht beanstandet. Nach dem genannten Urteil des LSG ist ein Recht zur Information der Mitglieder des Vertragspartners nur dann nicht (mehr) gegeben, wenn Art und



Weise der Information objektiv geeignet sind, das Zusammenwirken der Partner des Gesamtvertrages zu belasten.

Ein ausdrücklicher Hinweis auf das Kündigungsrecht ist im Allgemeinen sicherlich geeignet, ein intaktes Verhältnis von Vertragsparteien untereinander zu stören. Vorliegend ist das Zusammenwirken der Parteien durch verschiedene Aktionen beider Seiten jedoch bereits massiv belastet. Ein Überschreiten der durch die LSG-Rechtsprechung gezogenen, allerdings sehr unscharfen Grenzen kann insofern nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Darüber hinaus werden gegen das Informationsschreiben datenschutzrechtliche Bedenken geltend gemacht. Mit dem damit bereits befassten Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz hat das Sozialministerium bereits einen entsprechenden Schriftwechsel geführt. Sobald uns das Ergebnis der Prüfung des Datenschutzbeauftragten bekannt ist, wird zu entscheiden sein, ob das Informationsschreiben aus Gründen des Datenschutzes als rechtswidrig zu beanstanden ist.

Das Sozialministerium wird über seine Pressestelle die Öffentlichkeit wie bisher zeitnah informieren.

**Schultz (SPD):** *Wie viele Krippen-, Kindergarten- und Hortplätze (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und nach Ganztags-/Halbtagsplätzen) wurden im Jahr 2002 mit Kostenbeteiligung des Freistaates in Bayern geschaffen und wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass entgegen den vor der Kommunalwahl 2002 gemachten Angaben über den Deckungsgrad bei Kindergartenplätzen von 95 bis 100% in Nürnberg und Fürth tatsächlich über 2000 Kindergartenplätze in Nürnberg und mehr als 700 Plätze in Fürth fehlen?*

#### Antwort der Staatsregierung:

##### 1. Zu den 2002 neu geschaffenen Plätzen:

a) Krippenplätze (Stand 11. 02. 2003):

##### Anzahl der in 2002 neu geförderten Plätze

Obb.	Ndb.	Opf.	Ofr.	Mfr.	Ufr.	Schw.	gesamt
518	51	36	52	84	58	51	850

(LHSt.: 279)

##### Anmerkung:

- Vom Krippenkontingent in Höhe von 1000 Plätzen pro Jahr wurden 75 für das Projekt Tagespflege reserviert.
- Das Krippenkontingent wurde bisher zu 92% ausgeschöpft. Die überwiegende Zahl der Gemeinden hatte ihren Haushalt für 2002 zum Zeitpunkt der Bekannt-

gabe des Gesamtkonzepts Kinderbetreuung bzw. zum Zeitpunkt der verwaltungsmäßigen Umsetzung bereits beschlossen. Planungen zum Ausbau der Kinderbetreuung im Jahr 2003 werden in nicht geringer Zahl erst im Februar 2003 getroffen. Aufgrund des Einbruchs bei den Steuereinnahmen wurden entgegen erster Ankündigungen einige Projekte zurückgestellt oder Planungen verändert (z.B. statt Krippe Ausbau der Tagespflege). Ferner konnten einige Verwaltungsverfahren (Anträge auf Aufnahme in die Förderung) wegen Unvollständigkeit der Antragsunterlagen noch nicht abgeschlossen werden.

- Die Krippenplätze werden statistisch nicht in Ganz- und Halbtagsplätzen erfasst. In der Regel hat eine Krippe ganztägig geöffnet. Nicht selten teilen sich mehrere Kinder einen Platz. Die für eine staatliche Förderung erforderliche Mindestnutzungszeit beträgt 10 Stunden.

b) Kindergartenplätze (Stand: 01. 01. 2002):

Zahlen für den Stand zum 01. 01. 2003 liegen noch nicht vor, die Daten werden derzeit erhoben. Die folgenden Zahlen beziehen sich auf den Stand 01. 01. 2001 bzw. 01. 01. 2002.

##### Anzahl der Plätze – Vergleich 1. 1. 2001 zu 1. 1. 2002

	Obb.	Ndb.	Opf.	Ofr.	Mfr.	Ufr.	Schw.	gesamt
Vergleich	+ 3189	+ 304	+ 588	+ 95	+ 416	+ 206	+ 745	+ 5543

##### Anzahl der betreuten Kinder zum 1. 1. 2002

	Obb.	Ndb.	Opf.	Ofr.	Mfr.	Ufr.	Schw.	gesamt
ganztags	61432	11280	11763	16718	31489	33315	24160	190157
halbtags	58994	23725	21757	17413	21931	13133	30991	187944

##### Anmerkungen:

- Für die Differenzierung nach Ganz- und Halbtagsbetreuung liegen seitens des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nur kind- und nicht platzbezogene Daten vor.
- Die Zahl der Plätze ist nicht identisch mit der Zahl der betreuten Kinder. Die Abweichung beruht darauf, dass bei der Zahl der Plätze die laut Anerkennung vorhandenen (also nicht notwendig auch belegten) Plätze ausgewiesen werden und zudem im Falle von Wechselgruppen auf einem Platz mehrere Kinder betreut werden können.
- Der vergleichsweise geringe Ausbau in Franken liegt darin begründet, dass in weiten Teilen Frankens bereits eine Überversorgung an Kindergartenplätzen besteht, so dass nur in einzelnen Ballungsräumen noch zusätzlicher Bedarf besteht.

c) Hortplätze:

#### Anzahl der in 2002 neu geförderten Plätze

Obb.	Ndb.	Opf.	Ofr.	Mfr.	Ufr.	Schw.	gesamt
850	75	175	50	300	75	250	1775

#### Anmerkung:

- Von dem im jährlichen Gesamtkontingent für Horte vorgesehenen 1850 Plätzen sind 75 für das Projekt Tagespflege reserviert.
- Eine statistische Erfassung der Hortplätze nach Ganz- und Halbtagsplätzen entfällt. Der Hort übernimmt die Kinder in der Regel nach Schulende und weist gewöhnlich eine Öffnungszeit bis 17 Uhr/17.30 Uhr auf. In den Ferien bieten die Horte meist ein Ferienangebot mit bis zu 10 Stunden Öffnungszeit an.

## 2. Zur Betreuungssituation in Nürnberg und Fürth:

a) Nürnberg

Es sind **12388** anerkannte Plätze (ohne vorläufig anerkannte Plätze und Notplätze) vorhanden. Gerechnet auf drei Kindergartenjahrgänge **fehlen 377 Plätze**.

b) Fürth

Es sind **3306** anerkannte Plätze (ohne vorläufig anerkannte Plätze und Notplätze) vorhanden.

Gerechnet auf drei Kindergartenjahrgänge **fehlen 16 Plätze**.

Unter Zugrundlegung von 3 Kindergartenjahrgängen entspricht die konkrete Versorgungssituation in Nürnberg und Fürth damit in etwa der durchschnittlichen **bayerischen Versorgungsquote von 95%**.

Die **Gründe** für die fehlenden Plätze liegen in den mangelnden Räumlichkeiten und fehlendem Personal. Die Zuständigkeit für die Bereithaltung eines bedarfsgerechten Kindergartenplatzangebots liegt bei den Kommunen. **Staatlicherseits ist alles** für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kindergärten **getan** worden:

- Der Freistaat beteiligt sich paritätisch an den Personalkosten für das pädagogische Personal in Kindergärten.
- Mit dem Gesamtkonzept Kinderbetreuung werden die Kommunen in Bayern um rund 120 Mio. Euro entlastet.

**Boutter** (SPD): *Wie beurteilt die Staatsregierung aktuell die besondere Situation am Würzburger Sozialgericht, welche Gründe gab es, die Position des Leiters trotz dieser besonderen Situation bewusst nur vorübergehend zu*

*besetzen und wann/wie wird die seit Jahren versprochene Verstärkung des Richterpersonals realisiert?*

#### Antwort der Staatsregierung:

1. Wie beurteilt die Staatsregierung aktuell die besondere Situation am Würzburger Sozialgericht?

Die Situation am Sozialgericht Würzburg ist nur deshalb „besonders“, weil die **durchschnittliche Verfahrensdauer** den bayerischen Durchschnitt von 16,9 Monaten deutlich überschreitet. Die Laufzeit der Verfahren am Sozialgericht Würzburg betrug zum Jahresende 2002 26,3 Monate. Gegenüber 2001 mit 29,8 Monaten konnte aber ein Rückgang um etwa 12% erzielt werden.

Mit **308,5 neuen Verfahren je Richterstelle** liegt das Sozialgericht Würzburg unter der durchschnittlichen Eingangsbelastung der bayerischen Sozialgerichte von 328,8 Eingängen je Stelle; aktuell nimmt es den siebten Rang ein.

Die **Erledigungsleistung** je Richterstelle konnte von 272,7 Verfahren im Jahr 2001 um 7% auf 292 Verfahren gesteigert werden. Insgesamt ist somit eine positive Entwicklung zu verzeichnen.

2. Welche Gründe gab es, die Position des Leiters trotz dieser besonderen Situation bewusst nur vorübergehend zu besetzen?

Höherwertige Richterstellen unterliegen gem. Art. 15 Bayerisches Richtergesetz der Ausschreibungspflicht. Dementsprechend wurde auch die ab 01. 10. 2001 frei gewordene Stelle des ausgeschiedenen Präsidenten Gerhard Mathein (Besoldungsgruppe R 3) im Allgemeinen Ministerialblatt ausgeschrieben. Bei der Auswahlentscheidung hatte sich das Ministerium auf den Bewerberkreis zu beschränken. Nach dem verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz der Bestenauslese kam der damalige Vizepräsident des SG München Wolfgang Vogel (Besoldungsgruppe R 2 + Amtszulage) zum Zuge. Er wurde mit Wirkung vom 07. 11. 2001 an das SG Würzburg versetzt.

Als ein Jahr später wegen Altersteilzeit die Präsidenten-Stelle des SG München (Besoldungsgruppe R 4) frei wurde, hatte sich Herr Vogel – als einziger Bewerber – auf diese Stelle beworben. Nachdem seine Eignung für dieses Amt zweifellos gegeben war, kehrte er am 01. 01. 2003 als Präsident an das SG München zurück.

Die somit erneut vakant gewordene Stelle des Präsidenten des SG Würzburg wurde unverzüglich im Allgemeinen Amtsblatt vom 23. 12. 2002 erneut ausgeschrieben (Ablauf der Bewerbungsfrist war am 15. 01. 2003). Das Auswahlverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Mit einer baldigen Entscheidung kann gerechnet werden.

3. Wann/wie wird die seit Jahren versprochene Verstärkung des Richterpersonals realisiert?

Nachdem bereits **1997** die Zahl der **Richterstellen von 11 auf 12 erhöht** wurde, wurde dem Sozialgericht Würz-

burg **ab 01.03. 2002 eine Richterstelle** des Bayerischen Landessozialgerichts unterwertig **zur vorübergehenden Verstärkung** zugewiesen – diese Unterstützung soll aufrechterhalten bleiben, bis sich die Laufzeit der Verfahren normalisiert.

**Ab 01.01. 2003** wurde **eine weitere Richterstelle** der BesGr R1 **dauerhaft** zugewiesen.

#### **Interne Anmerkung für Frau Staatsministerin zur Bewerbersituation:**

Neben Herrn Vogel hatte sich noch eine weitere Person beworben, nämlich der damalige Amtsleiter des AVF Würzburg, Herr LtdRD Dr. Rückert, der heute Präsident des Landesamtes für Soziales und Familie in Thüringen ist.

**Frau Förstner (SPD):** *Nachdem sich in der letzten Zeit in erheblichem Umfang Missbrauchsfälle mit sogenannten 0190-Nummern mehren und zwar sowohl bei der Benutzung von Handys und in zunehmendem Maße auch bei Nutzung von Internet-Anschlüssen, frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sie sieht, die Nutzer, häufig auch Kinder, zu schützen und gegen die Anbieter Schritte einzuleiten mit dem Ziel eines Verbotes für den Auftritt im Internet und inwieweit überhaupt die Verpflichtung besteht, solche Wuchergebühren zu bezahlen?*

#### **Antwort der Staatsregierung:**

##### **1. Grundsätzliches**

Das **Problem der sog. 0190-Nummern** ist dem Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz aufgrund zahlreicher Bürgeranfragen bereits hinlänglich bekannt. Bürgerinnen und Bürger klagen zunehmend über unseriöse Geschäftspraktiken, bei denen in massenhaft per **Post, Fax, E-Mail oder SMS** versendeten Werbesendungen oder unter Verwendung von täuschenden Vorwänden zum Anruf gebührenpflichtiger 0190-Telefonnummern aufgefordert wird.

Auch die Staatsregierung ist der Auffassung, dass derartige Praktiken eine nicht hinnehmbare – und oftmals betrügerische – Belästigung für die Betroffenen darstellt und deshalb gesetzgeberische Maßnahmen dringend erforderlich sind.

##### **2. Maßnahmen der Staatsregierung gegen unseriöse Anbieter**

Das **Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz** ist aus diesem Grund bereits wiederholt an die für das Telekommunikationswesen **zuständige Bundesregierung** herangetreten und hat geeignete Maßnahmen, insbesondere eine **Änderung der einschlägigen Telekommunikationsgesetze** gefordert, um diesen Praktiken einen Riegel vorzuschieben.

Erst im **Juli vergangenen Jahres** hat der **Bundesrat** auf Initiative Bayerns die Bundesregierung in einer umfangreichen Entschließung aufgefordert, wirksame Maßnahmen gegen den Missbrauch von 0190-Rufnummern zu ergreifen, um die Stellung des Verbrauchers zu stärken (*Bundesratsbeschluss vom 12. Juli 2002, BR-Drs. 636/02*). Kernpunkte der bayerischen Forderung waren unter anderem:

- **unverlangte Zusendungen, die zum Anruf bei 0190-Nummern auffordern, generell zu verbieten,**
- **verschärfte Hinweis- und Warnpflichten für Netzbetreiber und Anbieter einzuführen,** um Täuschungen von Verbrauchern zu vermeiden und
- **jedes Fehlverhalten von 0190-Anbietern mit spürbaren Bußgeldern zu ahnden.**

Im übrigen hat die Staatsregierung in **Pressemitteilungen** Öffentlichkeit und Verbraucher laufend vor dubiosen Praktiken mit 0190-Diensten **gewarnt**.

Bedauerlicherweise ist die Bundesregierung den Forderungen Bayerns bislang nur unzureichend nachgekommen. **Bundeswirtschaftsminister Clement** hat mittlerweile einen ersten Entwurf für ein „**Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von Mehrwertdiensternummern**“ erarbeitet. Ob diese jetzt eingeleiteten gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundes aber tatsächlich Fortschritte im Sinne des Verbraucherschutzes bringen werden, bleibt abzuwarten. Wir werden hier im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens auf einen wirksamen Verbraucherschutz hinwirken.

##### **3. Zur rechtlichen Verpflichtung Gebühren für 0190-Dienste zu bezahlen**

Für die Inanspruchnahme von 0190-Dienstleitungen gelten die allgemeinen Regeln über den Abschluss und die Wirksamkeit von Verträgen, d.h. es herrscht grundsätzlich **Vertragsfreiheit**. Wenn ein 0190-Dienst ordnungsgemäß betrieben und die entsprechenden Preise transparent darlegt werden, dann müssen **bewusst in Anspruch genommene Leistungen** selbstverständlich auch **bezahlt** werden.

Verweigert werden darf die Leistung aber, wenn der Verbraucher über Art oder Preis des 0190-Dienstes **getäuscht** worden ist, wie es bei vielen unseriösen Anbietern vorkommt.

„Wucher“ ist ein Vertrag nach allgemeinen Regeln des Bürgerlichen Gesetzbuches allenfalls dann nichtig, wenn unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit oder unter sonstigen sittenwidrigen Umständen ein Entgelt verlangt wird, das in einem **auffälligen Missverhältnis zu der Leistung** stehen. Ob dies bei 0190-Diensten zutrifft muss im Einzelfall geklärt werden, kann jedoch nicht pauschal angenommen werden, zumal es auch viele durchaus sinnvolle 0190-Dienste gibt.

Nach **§ 15 Abs. 3 der Telekommunikations-Kundenschutzverordnung** muss der Verbraucher in der Telefonrechnung sogar darauf hingewiesen werden, dass er

als Rechnungsempfänger berechtigt ist, begründete Einwendungen gegen einzelne in der Rechnung gestellte Forderungen zu erheben.

Die erfolgreiche **Geltendmachung von Ansprüchen geschädigter Verbraucher** scheitert in der Praxis jedoch oftmals daran, dass diese nach geltendem Prozessrecht **beweisen** müssen, dass eine Täuschung oder ein sonstiger Grund für die Zahlungsverweigerung vorgelegen hat. Im Übrigen sind die 0190-Anbieter, gegen die die Ansprüche zu richten sind, oft nicht bekannt, im Ausland ansässig oder verbergen sich hinter Scheinadressen.

Die Staatsregierung hat deshalb in der von ihr eingebrachten **Bundesratsentschließung** auch gefordert, in Streitfällen einen

- **verlässlichen Zugriff auf die Anbieter von Mehrwertdiensten durch Registrierungspflichten zu gewährleisten** und
- Verbraucher durch eine **Umkehr der Beweislast** zu schützen.

Auch hier ist der Bund dem Verbraucher noch einiges schuldig geblieben. Das **Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz** wird sich deshalb der Thematik weiterhin intensiv annehmen und sich auch weiter beim Bund dafür einsetzen, hier einen wirksamen Verbraucherschutz einzuführen.

**Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Da meine mündliche Anfrage vom 11. 12. 2002 bis heute trotz Zusagen nicht ausreichend beantwortet wurde, frage ich erneut, welche Werte radioaktiver Belastung von in Staatsforstrevieren bzw. privaten Wäldern geschossenem Wild der Staatsregierung vorliegen, welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift um die Kontrolle/Messung privat und staatlich geschossenen Wildfleisches durchführen zu lassen, um gegebenenfalls sicherzustellen, dass hoch belastetes Wildfleisch nicht in den Verkauf und zum Verzehr gelangt?*

**Antwort der Staatsregierung:**

### **1. Werte radioaktiver Belastung von in Staatsforstrevieren bzw. privaten Wäldern geschossenem Wild**

#### **1.1 Staatsforst**

In den Verdachtsflächen der Regiejagd der Bayerischen Staatsforstverwaltung wird die Wildbretkontamination als Folge des radioaktiven Fallouts aus dem Reaktorunglück von Tschernobyl regelmäßig untersucht.

Nach dem Abschlussbericht der Bundesanstalt für Fleischforschung (BAFF) für das zurückliegende Jagdjahr 2001/2002 gab es beim Rotwild im Jagdjahr 2001/2002 unter allen untersuchten Proben nur eine Messung, die über dem Grenzwert von 600 Bq/kg lag, nämlich 613 Bq/kg im Bereich des ehemaligen Forstam-

tes Zwiesel (liegt jetzt im Erweiterungsgebiet des Nationalparks Bayerischer Wald).

Von den an der BAFF untersuchten Rehwildproben wiesen 111 (ca. 9%) der aus Verdachtszonen stammenden Tiere einen Wert von über 600 Bq/kg auf. Der höchste Wert, der am Forstamt Berchtesgaden gemessen wurde, lag bei 1911 Bq/kg, beim Forstamt Traunstein bei 2304 Bq/kg. Der höchste gemessene Wert beim Rehwild in der Regiejagd stammt aus dem Bereich des ehemaligen Forstamtes Zwiesel und liegt bei 4.114 Bq/kg.

Von den an der BAFF aus der Regiejagd untersuchten Schwarzwildproben hatten 287 (ca. 17%) einen Wert von über 600 Bq/kg. Werte um 3000 Bq/kg traten in den Forstämtern Dinkelsbühl, Zusmarshausen, Pegnitz, Selb und Ebersberg auf. Am Forstamt Regen wurde ein Wert von 6234 Bq/kg und am Forstamt Neuburg a. d. Donau ein Wert von 8531 Bq/kg gemessen. Der Höchstwert in der Regiejagd beim Schwarzwild stammt ebenfalls aus dem Bereich des ehemaligen Forstamtes Zwiesel und liegt bei 27 078 Bq/kg.

#### **1.2 Privatforst**

Private Jagd ausübungs berechtigte haben die Möglichkeit, an einer Reihe sog. „qualifizierter Messstellen“ in Bayern (u.a. auch in Amberg) Orientierungsmessungen durchführen zu lassen. Ergeben sich bei diesen Messungen Radiocäsiumwerte von deutlich unter 600 Bq/kg, so kann die betreffende Ware in den Verkehr gebracht werden. Für Proben, bei denen das Messergebnis im Bereich von 600 Bq/kg oder darüber liegt, werden in Amberg für privates Wild aus ganz Bayern entsprechende Bestätigungsuntersuchungen zur Ermittlung eines endgültigen Ergebnisses durchgeführt.

Aufzeichnungen über diese Messungen liegen dem Landesjagdverband zwar vor, dieser sieht sich aber auf Nachfrage zu einer statistischen Auswertung nicht in der Lage, weil das hierfür erforderliche Personal nicht vorhanden ist. Für die durchgeführten Messungen besteht im übrigen weder eine Aufzeichnungspflicht, noch eine Verpflichtung zur Weitergabe dieser Informationen an staatliche Stellen.

Nach Auskunft des Landesjagdverbandes plant dieser gleichwohl die Einführung eines Programms, mit dem alle in Bayern gemessenen Proben flächendeckend erfasst und ausgewertet werden können.

Aus fachlicher Sicht ist ferner darauf hinzuweisen, dass die Auswertung der Bestätigungsmessungen ein verzerrtes Bild ergäbe, weil es sich hier um eine „Negativauswahl“ von Proben auf Grund der vorangegangenen Orientierungsmessungen handelt. Die entsprechenden Daten wären daher nicht repräsentativ und könnten auch nicht mit den Daten der amtlichen Überwachung verglichen werden.

### **2. Kontrollmessungen der Amtlichen Lebensmittelüberwachung**

Um einen Überblick über die Gesamtsituation bei Wildfleisch in Bayern zu erhalten, wurden im Jahr 2002 am

Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit insgesamt 71 Wildproben (Reh, Wildschwein, Hirsch, Hase) auf Radiocäsium untersucht. Die Probenahme beschränkte sich dabei nicht auf Fallout-Gebiete, vielmehr stammten die Proben aus dem Handel und von Jägern (auf freiwilliger Basis). Dabei wurden in 9 Fällen Radiocäsiumwerte über 600 Bq/kg ermittelt:

Tierart	Eingesandt von:	Radiocäsium in Bq/kg
Reh	Landratsamt Berchtesgadener Land	710
Wildschwein	Landratsamt Ostallgäu	650
Wildschwein	Landratsamt Ostallgäu	930
Wildschwein	Landratsamt Ostallgäu	1153
Wildschwein	Landratsamt Tirschenreuth	620
Wildschwein	Landratsamt Cham	1024
Wildschwein	Landratsamt Cham	1821
Wildschwein	Landratsamt Schwandorf	2006
Wildschwein	Landratsamt Schwandorf	2410

Die entsprechenden Proben wurden als nicht verkehrsfähig beurteilt.

In den Verdachtsflächen der Regiejagd der Bayerischen Staatsforstverwaltung wird die Wildbretkontamination als Folge des radioaktiven Fallouts aus dem Reaktorunglück von Tschernobyl regelmäßig untersucht.

Außerdem untersucht die amtliche Lebensmittelüberwachung Wild entsprechend der Rechtslage regelmäßig stichprobenartig auf Radiocäsium.

Nach gegenwärtiger Rechtslage hat jeder Anbieter von Wildbret im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht dafür zu sorgen, dass kein Wildbret mit einer Radiocäsiumbelastung über 600 Bq/kg in den Handel gelangt. Der Verantwortliche hat durch eigene Untersuchungen sicherzustellen, dass sein Produkt die gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Wildfleisch mit einem Radiocäsiumwert über 600 Bq/kg ist nicht zum Verzehr geeignet und darf nach § 17 Abs. 1 Nr. 1 Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz (LMBG) nicht in Verkehr gebracht werden.

Ein Verstoß gegen § 17 Abs. 1 Nr. 1 LMBG stellt eine Ordnungswidrigkeit, bei Vorsatz eine Straftat dar, die mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft werden kann.

Der Landesjagdverband hat seine Mitglieder über die Rechtslage umfassend informiert.

**Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Werden in Bayern Kormorane mit Lasergewehren der Klasse 3B vergrämt und wenn ja, wie verträgt sich dies mit den Unfallverhütungsvorschriften, wenn beispielsweise die Strahlenschutzkommission empfiehlt, 3B Laserpointer aufgrund der auch bei großen Entfernungen bestehenden Gefahr von Augenverletzungen beim Menschen vom Markt zu nehmen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Im Jahr 2000 wurden von der Fischereigenossenschaft Chiemsee im Bereich der Mündung der Tiroler Ache in den Chiemsee von der Regierung von Oberbayern genehmigte Versuche durchgeführt, Kormorane mit Lasergeräten zu vergrämen. Es wurde dort ein Lasergewehr mit einem Laser der Klasse 3B nach DIN EN 60825-1 eingesetzt. Laser der Klasse 3B besitzen eine Ausgangsleistung von 5mW bis 500 mW. Sie sind gefährlich für das menschliche Auge, in besonderen Fällen auch für die Haut. Das verwendete Gerät projiziert ein Laserstrahlenbündel mit einem Durchmesser von ca. 12 mm, d. h., durch optische Einrichtungen wird der feine Strahl so aufgeweitet, dass er auf eine für das menschliche Auge ungefährliche Leistungsdichte herabgesetzt wird. Dadurch verträgt sich der Einsatz der Lasereinrichtung auch mit den Unfallverhütungsvorschriften und den Vorgaben der Strahlenschutzkommission. Auch die Vögel werden weder verletzt noch wird ihre Sehfähigkeit beeinträchtigt. Die Vertreibung der Kormorane soll dadurch geschehen, dass der Vogel einen starken Kontrast zwischen der umgebenden Helligkeit und dem in seine Richtung projizierten roten Laserstrahlenbündel wahrnimmt. Die größte Wirkung wird deshalb in der Dämmerung erreicht.

Bei den Versuchen wurde aus einer Entfernung von 200 m vom Boot aus ein Laserstrahlbündel schräg nach oben auf die Kormorane gerichtet, die in ihren Nestern in 10 bis 15 m Höhe brüteten. Ziel war es, die Kormorane aus den Nestern zu verscheuchen und das Ausbrüten der Eier zu unterbrechen.

Menschen konnten auch deshalb nicht geschädigt werden, da die Versuche in einem nicht frequentiertem Naturschutzgebiet stattfanden und der Strahl nicht auf Bereiche gerichtet war, in denen sich Personen aufhalten können.

Diese Versuche wurden bereits im Jahr 2000 wegen zu geringer Erfolge eingestellt, weitere Versuche sind nicht geplant.

**Christ (CSU):** *Ich frage die Bayerische Staatsregierung welche Möglichkeiten sie sieht, die Ebertbrücke im Zuge der B 26 zur Mainüberquerung in Aschaffenburg doch noch in die laufende Fortschreibung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen in die erste Dringlichkeitsstufe aufzunehmen und sich auch dafür einzusetzen, dass die erforderlichen Finanzmittel tatsächlich baldmöglichst bereitgestellt werden.*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Staatsregierung hat das Projekt „B 26, Ebert-Brücke in Aschaffenburg“ im

Rahmen der laufenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans beim Bund zur Bewertung angemeldet. Der Bund hat sich zunächst geweigert, das Projekt zu bewerten, da er die Auffassung vertritt, die B26 erfülle im fraglichen Bereich wegen ihres parallelen Verlaufes zur Autobahn A 3 nicht mehr die Funktion einer Bundesstraße und sei daher abzustufen.

Erst nach mehrmaligem Drängen Bayerns hat sich der Bund schließlich bereit erklärt, das Projekt im Zuge der B26 zu bewerten. Der Bund hat jedoch erklärt, dass er nach wie vor beabsichtige, Projekte auf nach seiner Auffassung „abstufungswürdigen“ Streckenabschnitten – unabhängig vom Ausgang der Bewertung – dem Bundestag nicht zur Aufnahme in den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen vorzuschlagen.

Der Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes liegt Bayern noch nicht vor. Deshalb ist noch nicht bekannt, ob der Bund seine Ankündigung, Projekte auf „abstufungswürdigen“ Bundesstraßen nicht mehr zu berücksichtigen, wahr machen wird.

Bayern wird weiterhin darauf drängen, dass der Bund seinen Ausbauverpflichtungen als Baulastträger der Bundesfernstraßen nachkommt. Allein die einseitige Auffassung des Bundes, eine Bundesstraße sei abzustufen, kann jedenfalls nicht Begründung dafür sein, dass sich der Bund von seinen Verpflichtungen als Baulastträger zurückzieht. Das gilt auch für das Projekt „B26, Ebert-Brücke in Aschaffenburg“.

**Hartmann (SPD):** *Wie ist es möglich, dass auf der Grossbaustelle des Klinikums der Uni Würzburg erneut Verstöße gegen die „Vereinbarung zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen bei der Ausführung von Bauleistungen für Baumaßnahmen des Bundes und bei Hochschulbaumaßnahmen“ und gegen die „Mindestentgeltregelungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes“ jetzt durch die jugoslawische Firma Izoprogress als Subunternehmer der Firma Käfer, Pfungstadt, zu beklagen sind, welchen diesbezüglichen Kontrollverpflichtungen unterliegt das Universitätsbauamt Würzburg bei der Bauüberwachung und welche Konsequenzen wird die bayerische Staatsbauverwaltung im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes aus den wiederholten Verstößen ziehen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Für die Prüfung der Arbeitsbedingungen auf Baustellen sind gemäß § 2 Abs. 1 Arbeitnehmer-Entsendegesetz die Bundesanstalt für Arbeit und die Hauptzollämter zuständig. Für den Raum Unterfranken werden sie vertreten von der „Stelle für die Bekämpfung illegaler Beschäftigung“ (seit dem 01.01.2003 umbenannt in „Arbeitsmarktinspektion“) beim Arbeitsamt Aschaffenburg. Das Universitätsbauamt Würzburg wird auf deren Ersuchen tätig, ist jedoch nicht zu Durchsuchungen von Geschäftsräumen oder Anordnung einer richterlichen Vernehmung befugt.

Im Benehmen mit der Arbeitsmarktinspektion wird – wegen eines schon früher beobachteten Verstoßes gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz – von allen Fir-

men, die am Neubau für die Operativen Fächer des Klinikums der Universität Würzburg tätig sind, verlangt, dass die auf der Baustelle eingesetzten Arbeiter sich ständig und deutlich sichtbar ausweisen.

Die Arbeitsmarktinspektion und das Universitätsbauamt Würzburg überprüfen nicht nur stichprobenweise die Lohnabrechnungen der Auftragnehmer und der Nachunternehmer, sondern auch die Arbeiter auf der Baustelle dem Namen und der Zahl nach anhand von in der Bauleitung aufliegenden Kontrolllisten.

So wird auch mit der Firma Käfer verfahren, die im Auftrag des Universitätsbauamtes Dämmarbeiten ausführt. Die Firma Käfer hat mit Erlaubnis des Universitätsbauamtes einen Teil dieses Auftrags an die Firma Izoprogress untervergeben und diesem Subunternehmer – gemäß ihrer eigenen, über die gesetzliche Regelung hinaus auch vertraglichen Verpflichtung – auferlegt, die tarifvertraglichen Bestimmungen bzw. die Mindestentgelt-Regelung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes einzuhalten. Im Vorfeld der Erlaubnis hatte sich das Universitätsbauamt Würzburg bei der Arbeitsmarktinspektion mit positivem Ergebnis nach der Zuverlässigkeit der Firma Izoprogress erkundigt.

Im Juli 2002 tauchten ein erstes Mal Vermutungen auf, dass es hinsichtlich der Einhaltung der tarifvertraglichen Bestimmungen zu Unregelmäßigkeiten komme. Diese Vermutungen konnten aber auch nach intensiven Kontrollen nicht bestätigt werden.

Erst im Oktober 2002 wurde dann in einem Verfahren, das ein Beschäftigter gegen seine Firma vor dem Arbeitsgericht angestrengt hat, deutlich, dass die Firma Izoprogress die gesetzliche Regelung bzw. ihre vertragliche Verpflichtung in einer Weise unterläuft, die zunächst unentdeckt bleiben musste. Es wurde zwar – ausweislich der Lohnabrechnungen – Mindestlohn nach Tarifvertrag bezahlt, es wurde aber in den Lohnabrechnungen ein Teil der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unterschlagen.

Nachdem dieses Vorgehen des Subunternehmers entdeckt war, wurde die Firma Käfer abgemahnt. Sie hat in der Folge versichert, dass sie bei ihrem Subunternehmer korrektes Verhalten durchsetzen werde.

Aufgrund einer erneuten Anzeige eines Beschäftigten gegen die Firma Izoprogress am 5.2.2003 wurden von der Arbeitsmarktinspektion bei einer Durchsuchung auf der Baustelle manipulierte Arbeitsberichte entdeckt. Inzwischen ist der Nachunternehmervertrag zwischen der Firma Käfer und der Firma Izoprogress gekündigt.

**Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Was waren Anlass und Begründung dafür, dass am Abend des 07.02.03 im Tröpferbad bei fast allen der etwa 200 anwesenden Personen eine Überprüfung der Personalien stattfand, dass ein Großteil der auswärtigen Gäste mitgenommen wurde zu einer erweiterten Personalienfeststellung und dass etwa 22 Personen in Gewahrsam genommen wurden?*

**Antwort der Staatsregierung:** Für die Dauer der 39. Münchner Sicherheitskonferenz wurde im ehemaligen Tröpferbad – jetzt Cafe Marat – in der Thalkirchner Straße laut Internetadresse [www.no-nato.de](http://www.no-nato.de) ein sogenanntes „Convergence-Center“ eingerichtet, das als Anlaufstelle für Aktivisten dienen sollte, die an den Demonstrationen gegen die Sicherheitskonferenz in München teilnehmen wollten. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden war zur Sicherheitskonferenz mit der Anreise von bis zu 1000 Personen aus dem links-extremistischen bzw. autonomen Spektrum aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland zu rechnen.

Im Zuge der polizeilichen Maßnahmen wurde bekannt, dass sich am 7. 2. 03, gegen 22.05 Uhr ca. 250 Personen aus der autonomen Szene im Cafe Marat aufhielten und das Verhalten am nächsten Tag absprachen. Dabei wurde verabredet, sich nicht an den geplanten Ablauf der Demonstration zu halten, sondern in den gesperrten Sicherheitsbereich rund um das Hotel „Bayerischer Hof“ einzudringen

Die Polizei überprüfte daraufhin den anwesenden Personenkreis im Cafe Marat am Freitag, 7. 2. 03, in der Zeit von 22.50 Uhr bis Samstag, 8. 2. 03, 02.25 Uhr und stellte die Personalien von insgesamt 264 Personen fest, um die Begehung der bevorstehenden Straftaten wie z. B. schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung u. a. zu verhindern. Soweit sich diese Personen nicht vor Ort ausweisen konnten, wurden sie zu den eingerichteten mobilen Gefangenenstellen verbracht und nach Personalienfeststellung dort entlassen. Nachdem von 22 Personen aus den autonomen Szenen unter anderem auch aus den Städten Berlin, Passau und Göttingen Hinweise vorlagen, dass sie die Begehung von Straftaten verabredet haben, wurden diese in Gewahrsam genommen. Darüber hinaus wurde eine Person wegen Widerstandes festgenommen. Alle 23 Personen wurden – wie gesetzlich vorgeschrieben gem. Art. 18 Abs. 1 PAG – dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Am Samstag Spätnachmittag bzw. Abend wurden sie nach richterlicher Verfügung aus dem Gewahrsam entlassen.

Abschließend ist festzustellen, dass die Polizeimaßnahmen im Cafe Marat durchaus ihre Berechtigung hatten. Schließlich versuchte am 08.02.03 mehrmals eine größere Gruppe von Autonomen gewaltsam eine Polizeikette zu durchbrechen, um in den abgesperrten Bereich um den Tagungsort einzudringen.

**Frau Peters (SPD):** *Welche hochwassergeschädigten Vereine in den einzelnen Landkreisen in Niederbayern haben Anträge für „Aufbauhilfe“ gestellt, welche Programme werden dafür in Anspruch genommen und wie viel Anträge wurden noch nicht genehmigt bzw. ausbezahlt.*

**Antwort der Staatsregierung:** Für hochwassergeschädigte Vereine kommen wohl ausschließlich Mittel nach den vom Staatsministerium des Innern am 8. 10. 2002 erlassenen Richtlinien zur Förderung der Wiederherstel-

lung der vom August-Hochwasser 2002 geschädigten Infrastruktur in den Gemeinden (Infrastrukturwiederherstellungsrichtlinien – InfraWHR) in Betracht. Diesen liegt weitgehend die „Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung (VV) – Aufbauhilfe Infrastruktur in den Gemeinden 2002“ zugrunde. Der Aufbau der VV Infrastruktur legt die Vermutung nahe, dass der Bund die Vereine in seine ersten Überlegungen nicht einbezogen hatte. So hat er beispielsweise auch erst jüngst mitgeteilt, dass jetzt auch Kleingartenanlagen berücksichtigt werden sollen.

Bislang haben zwanzig Vereine aus Niederbayern Schadensmeldungen im Einzelnen vorgelegt. Eine Darstellung im Einzelnen würde den Rahmen einer mündlichen Anfrage sprengen. Sie erhalten die entsprechende Aufstellung schriftlich.

Die Anträge der Vereine konnten anhand der vorliegenden Unterlagen erst teilweise geprüft werden. Bewilligungen und Auszahlungen waren bisher noch nicht möglich, weil

der Stand der Anträge eine Aufnahme in das am 26. 11. 2002 aufgelegte Sofortprogramm 2002, das aus außerplanmäßigen Mittel gespeist war, nicht zuließ und

sich das für 2003 aufzustellende Programm durch unklare Vorgaben des Bundes verzögert und der Bund für 2003 auch noch keine zusätzlichen Mittel förmlich bereitgestellt hat.

Vielmehr hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erst mit Schreiben vom 04. 02. 2003 die nun hoffentlich endgültige Mittelverteilung einschließlich der EU-Mittel bekannt gegeben und darauf hingewiesen, dass Anträge bis zum 31. 05. 2003 gestellt werden können und der Vorschlag für das Gesamtprogramm dem Bund bis spätestens 16. 06. 2003 vorzulegen ist. Erst nach der Zustimmung des Bundes und der entsprechenden Mittelbereitstellung können wir das Programm förmlich in weitere Bewilligungen und Auszahlungen umsetzen. Mit diesem Schreiben wurden uns auch erstmals Vorschläge für die vom Bund erwarteten Formblätter und die Programmübersicht vorgelegt. Diese bedeuten einen erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, in Teilen sogar eine Nachkorrektur der bisherigen Programmplanungen.

Das Staatsministerium des Innern unternimmt alle Anstrengungen, um eine zügige Umsetzung des Programms zu fördern. So erteilen die Regierungen für förderfähige Maßnahmen in erheblichem Umfang Zusicherungen zum vorzeitigen Baubeginn, damit die Vorhabensträger auf gesicherter Grundlage ihre Maßnahmen vorbereiten und durchführen können. Weiterhin werden für die in das Sofortprogramm 2002 aufgenommenen Maßnahmen die noch nicht ausgezahlten Mittel bewilligt, obwohl dies – streng haushaltsrechtlich gesehen – wegen des Verfalls der außerplanmäßigen Mittel am Jahresende eigentlich nicht möglich ist. Außerdem werden die für einzelne Maßnahmen bereits eingeplanten Mittel bei Verzögerungen auf andere Teilmaßnahmen umgeschichtet, um einen möglichst frühen Mittelabruf zu gewährleisten.

**Dr. Scholz (SPD):** *Hat die Staatsregierung bei ihren Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan Priorisierungen vorgenommen und (wie) hat sie die Tatsache des baldigen Beginns der Baumaßnahmen zum Ausbau A6 /Overfly/A73 im Nürnberger Süden und den damit auf absehbare Zeit überflüssigen Ausbau der B2a/A77 in der Priorisierung dem Bund gegenüber zum Ausdruck gebracht?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Staatsregierung hat bei der Projektanmeldung zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans keine Priorisierungen vorgenommen. Da es sich um die Anmeldung von Projekten zur Durchführung des Bewertungsverfahrens gehandelt hat, hätten Vorweg-Priorisierungen ohnehin keinen Sinn gegeben.

Im Bereich Nürnberg/Schwabach haben wir den Bund gebeten, – unter Zugrundelegung des 6-streifigen Ausbaus der A 6 zwischen der Anschlussstelle Roth und dem Autobahnkreuz Nürnberg-Ost mit Direktrampe (Overfly) am Autobahnkreuz Nürnberg-Süd – folgende Planfälle zu bewerten:

1. 2-bahniger (4-streifiger) Neubau der B 2 a
2. 1-bahniger (2-streifiger) Neubau der B 2 a und zusätzlich 8-streifiger Ausbau der A 73 vom AK Nürnberg-Süd bis zur Anschlussstelle Nürnberg-Zollhaus sowie 6-streifiger Ausbau der A 73 zwischen der Anschlussstelle Nürnberg-Zollhaus und der Anschlussstelle Nürnberg-Hafen/Ost
3. Ausbau der A 73 wie soeben genannt, aber ohne Neubau der B 2 a

Bewertungsergebnisse liegen uns noch nicht vor.

**Kobler (CSU):** *Welche Möglichkeiten sieht die Bayerische Staatsregierung, gegenüber dem Bund tätig zu werden, die bayerischen Kommunen vor der weiteren übermäßigen Belastung durch die sog. „soziale Grundsicherung“ zu entlasten, nicht abgerufene Gelder aus dem „Fonds Aufbauhilfe“ für die Hochwasserschäden vom Bund zurückzuholen und sie vor den bereits auftretenden existenziellen Haushaltsnotlagen zu schützen?*

**Antwort der Staatsregierung:**

#### 1. Grundsicherung:

Mit dem „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ – kurz „**Grundsicherungsgesetz**“, das zum 1. Januar 2003 in Kraft getreten ist, hat der Bund das Problem einer Grundrente für Alte und für erwerbsunfähige Behinderte auf die kommunalen Sozialhilfeträger abgewälzt. Offiziell will der Bund den Kommunen die entstehenden Mehrkosten ersetzen. Die hierfür bisher bereitgestellten Mittel von 409 Mio. € bundesweit – auf Bayern entfallen davon knapp 35 Mio. € – dürften jedoch nur einen Bruchteil der Mehrkosten abdecken.

Der **Bundesrat** hat am **29. November 2002 auf Initiative Bayerns** hin eine **Entschießung** verabschiedet, in der die Aufhebung des Grundsicherungsgesetzes, hilfsweise eine ausreichende Erstattung des Mehraufwands der Kommunen gefordert wird. Die Angelegenheit ist im Bundestag noch nicht behandelt worden. Wir werden hier nicht locker lassen.

#### 2. „Fonds Aufbauhilfe“:

Der Fonds Aufbauhilfe wurde durch Bundesgesetz vom 19. September 2002 gegründet, um Hilfe bei der Beseitigung der Schäden zu leisten, die durch das Jahrhunderthochwasser vom August 2002 hervorgerufen wurden. Das Fondsvermögen umfasst rd. 7 Mrd. € und wird in erster Linie aus Steuermehreinnahmen aufgebracht, die durch eine Hinausschiebung der Steuerentlastungsstufe 2003 auf das Jahr 2004 und durch eine auf ein Jahr befristete Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes um 1,5 v. H. erzielt werden.

Da die aus dem Fonds zu speisenden Förderprogramme in den Ländern noch im Laufen sind, kann derzeit noch nicht abgesehen werden, ob und ggf. wieviel Geld übrig bleibt. Sollte sich im Laufe des Jahres herausstellen, dass nicht alle Mittel benötigt werden, sollten die verbliebenen Mittel an diejenigen Körperschaften zurückgegeben werden, denen sie ansonsten zugeflossen wären (Bund, Länder und Gemeinden).

#### 3. Schutz der Gemeinden vor existenziellen Haushaltsnotlagen:

Alle Ebenen der öffentlichen Hand befinden sich derzeit aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen in einer sehr schwierigen Haushaltslage. Die Ursachen hierfür sind – wie hinlänglich erörtert – auf Bundesebene zu suchen. Der Freistaat stützt vor allem die steuerschwachen Kommunen durch zusätzliche Mittel (40 Mio. €), die er in die Schlüsselmasse einspeist und so deren Verbleib auf Vorjahresniveau ermöglicht. Die Bezirke werden in ihrer gegenwärtigen Lage durch einen ungekürzten Sozialhilfeausgleich von 300 Mio. € und die strukturelle Entlastung beim Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von 73 Mio. € jährlich unterstützt. Zahlungsunfähigkeiten bei Kommunen werden über Bedarfszuweisungen verhindert. Darüber hinaus streben wir nachhaltig den Abbau von Standards an, um die Kommunen zusätzlich auf der Kostenseite zu entlasten.

Der Ball ist nun beim Bund, der am 13. Februar seine Kommunalfreundlichkeit unter Beweis stellen kann, indem er den von Bayern initiierten Gesetzentwurf des Bundesrates beschließen kann, die Gewebesteuerumlage auf die vor Inkrafttreten des Steuersenkungsgesetzes gültigen Werte zu senken. Dies würde eine aktuelle Entlastung der Kommunalhaushalte bundesweit von über 2 Mrd. € bedeuten.

**Mehrlich (SPD):** *Mit welcher staatlichen Bezuschussung, ggf. im Rahmen einer Sonderfinanzierung, kann die Stadt Rieneck im Landkreis Main-Spessart bei der Generalsanierung ihrer aus dem Jahr 1960 stammenden*



*Schule rechnen und welche Voraussetzungen muss sie dabei erfüllen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Stadt Rieneck plant seit längerem die Generalinstandsetzung und den Umbau der Volksschule Rieneck. Nach mehreren Vorgesprächen mit der Regierung von Unterfranken hat sie hierzu mit Schreiben vom 21. Dezember 2000 (Eingang bei der Regierung von Unterfranken am 15. Februar 2001) einen Zuwendungsantrag nach Art. 10 FAG gestellt. Dieser konnte bislang allerdings – mangels vollständiger Unterlagen – noch nicht abschließend geprüft werden. Die Stadt Rieneck wurde mehrfach, zuletzt mit Regierungsschreiben vom 04. Februar 2002, aufgefordert, noch offene Fragen zu klären und die Unterlagen zu komplettieren. Zuletzt ging es insbesondere um die Frage, welche der vorliegenden Planungen zur Ausführung kommen soll und welche Auswirkung sich dadurch bei den Kosten ergibt. Der der Regierung bislang vorliegende Kostenstand vom November 2000 dürfte zwischenzeitlich überholt sein.

Nach den ursprünglichen Planungen errechneten sich Gesamtkosten von rund 3,4 Mio. DM; davon wären rund 2,3 Mio. DM zuwendungsfähig gewesen. Die Differenz von 1,1 Mio. DM zwischen Gesamt- und zuwendungsfähigen Kosten erklärt sich daraus, dass zum einen für ein Klassenzimmer der schulische Bedarf auf Dauer nicht bestätigt werden konnte. Zum anderen erreichten nach den ursprünglichen Planungen die Sanierungskosten der Sporthalle nicht den für eine Förderung nötigen Schwellenwert von 50% der Neubaukosten. Ob diese letzte Aussage auch bei den aktuellen Planungen der Stadt Rieneck noch zutrifft, kann derzeit nicht gesagt werden, da eine Antwort der Stadt aussteht.

Nähere Aussagen zur möglichen Förderhöhe sind daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Der Fördersatz für zuschussfähige kommunale Bauvorhaben wird nach ständiger und einheitlicher Verwaltungspraxis erst nach Abschluss des fachlichen Prüfungsverfahrens unter Berücksichtigung der dann vorliegenden aktuellen Finanzdaten der jeweiligen Kommune festgelegt.

Allerdings kann ich bereits jetzt sagen, dass es über die reguläre Förderung nach Art. 10 FAG hinaus keine Sonderfinanzierung gibt.

**Willi Müller (CSU):** *Wie gedenkt die Staatsregierung die finanziellen Verluste jener Kommunen auszugleichen, die sich aus der Anwendung der Schlüsselzahlen 2002 bei der Ermittlung der Einkommensteuerkraft für das Jahr 2003 zwangsläufig ergeben?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Steuerkraft der Gemeinden ist Grundlage für wichtige staatliche Zuweisungen wie die Schlüsselzuweisungen, aber auch für die Berechnung von Umlagen wie der Kreisumlage, Bezirksumlage oder Solidarumlage. Da die Gemeinden und Gemeindeverbände vor Beginn eines Jahres ihre Haushalte aufstellen müssen, sind sie darauf angewiesen, dass ihnen die Steuerkraftzahlen **rechtzeitig vor Beginn des Jahres als sichere Planungsgrundlage**

mitgeteilt werden. Dies ist Voraussetzung für die zeitgerechte Festsetzung von Zuweisungen wie den Schlüsselzuweisungen oder der Umlagen.

In der Steuerkraft wird die **Einkommensteuerbeteiligung mit fiktiven Beträgen** berücksichtigt. Diese ergeben sich aus der den bayerischen Gemeinden vor zwei Jahren zugeflossenen Einkommensteuerbeteiligung insgesamt und der für das aktuelle Jahr geltenden Schlüsselzahl der Gemeinde für die Berechnung ihres Einkommensteueranteils. Für die Einkommensteuerkraft 2003 wären also der allen bayerischen Gemeinden zugeflossene Gesamtbetrag 2001 und für die Zuordnung zur einzelnen Gemeinde deren jeweilige Schlüsselzahl 2003 maßgebend gewesen. **Die Schlüsselzahlen 2003 lagen jedoch nicht rechtzeitig vor.** Die Schlüsselzahlen für die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer geben den Anteil wieder, der einer Gemeinde am Gesamtanteil der Gemeinden in einem Land zusteht. Wie die Schlüsselzahlen berechnet werden, ist **bundesrechtlich** geregelt. Sie werden in dreijährigem Turnus aktualisiert. Diese Fortschreibung steht 2003 wieder an. Hierzu veranlasst der Bund umfangreiche Modellrechnungen als Entscheidungsgrundlage. Diesmal wurden wegen Änderungen im Kindergeldbereich zusätzliche Modellrechnungen angestellt. Nicht zuletzt durch diese zusätzlichen Modellrechnungen hat sich die Entscheidungsfindung über die Schlüsselzahlen 2003 enorm verzögert. **Zum Zeitpunkt der Berechnung der Steuerkraft 2003 im November 2002 war noch völlig unklar, welche Schlüsselzahlen maßgebend sein sollen.** Im Übrigen ist das Gesetzgebungsverfahren im Bund noch immer nicht abgeschlossen. Dies wird voraussichtlich Ende März 2003 der Fall sein. Dann werden die Schlüsselzahlen endgültig berechnet.

Bei dieser Ausgangslage hätte sich die Festsetzung der Steuerkraft 2003 bis in das Jahr 2003 hinein verzögert. Schlüsselzuweisungen und staatliche Umlagen hätten nicht rechtzeitig berechnet, Bezirks- und Kreisumlagesätze nicht rechtzeitig festgesetzt werden können. Um dies zu vermeiden, haben Finanzministerium und Innenministerium **im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Sonderregelung** getroffen und die entsprechende rechtliche Grundlage geschaffen. Danach waren die Schlüsselzahlen 2002 für die Berechnung der Einkommensteuerkraft 2003 maßgeblich.

Durch die nicht zu vermeidende Sonderregelung für die Steuerkraft 2003 fällt die Ausgleichswirkung des kommunalen Finanzausgleichs für ein Jahr aus bzw. greift um ein Jahr verzögert. Dies bedeutet für Gemeinden, deren Anteil an der Einkommensteuer ab dem Jahr 2003 sinkt, im Jahr 2003 kein Ausgleich durch höhere Schlüsselzuweisungen und niedrigere Umlagezahlungen. Umgekehrt wird ein steigender Anteil an der Einkommensteuer noch nicht sofort durch rückläufige Schlüsselzuweisungen und steigende Umlagezahlungen kompensiert.

Um das Ausmaß der Härten im kommunalen Finanzausgleich für die betroffenen Gemeinden festzustellen, habe ich veranlasst, dass Übergangsverluste oder Sonderbelastungen bis Ende April auf der Grundlage der endgültigen Schlüsselzahlen für die Verteilung des Gemeinde-

anteils berechnet werden. Die von einigen Gemeinden selbst ausgerechneten Beträge gehen nicht von den endgültigen Schlüsselzahlen aus. Sie sind Näherungswerte, als Entscheidungsgrundlage sind sie nicht geeignet. Zudem müssen Berechnungen die Daten aller Gemeinden einbeziehen und können nicht isoliert auf den Werten einzelner Gemeinden aufbauen. Hierzu sind allerdings umfangreichere Berechnungen notwendig, als sie die Gemeinden selbst anstellen können. Dies wird die staatliche Verwaltung machen, sobald die Schlüsselzahlen 2003 endgültig berechnet sind. Auf der Grundlage des dann vorhandenen gesicherten Zahlenmaterials und der verfügbaren Haushaltsmittel wird im **Falle gravierender einmaliger Auswirkungen ein Lösungsweg erarbeitet.**

Darüber hinaus lasse ich prüfen, ob der Berechnung der Einkommensteuerkraft nicht regelmäßig Vorjahreswerte zugrunde gelegt werden können. Dann wäre die Sonderregelung im Jahr 2003 als erster Schritt einer Umstellung zu sehen, die in den Folgejahren lediglich zu einer zeitlichen Verschiebung führt.

Welcher Weg zu wählen ist, wird vom Ausgang der Berechnungen und der Interessenlage aller Betroffenen abhängen. Deshalb möchte ich mich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht festlegen. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass wir eine zufrieden stellende Lösung finden werden.

**Werner Schieder (SPD):** *Warum ist die Staatsregierung nicht bereit, den Steuerfahndern, die im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung (u. a. Steuerhinterziehung, Geldwäsche, organisierte Kriminalität) auch strafprozessuale Handlungen wie Durchsuchungen, körperliche Durchsuchungen, Vernehmungen usw. durchzuführen haben, zur Aggressionsabwehr und zum Eigenschutz als Abwehrmittel mindestens das so genannte „Pfefferspray“ (wie es auch bei den polizeilichen Einsatzkräften verwendet wird) an die Hand zu geben?*

**Antwort der Staatsregierung:** Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen steht der Ausrüstung der Steuerfahnder mit Pfefferspray aufgeschlossen gegenüber. Die Oberfinanzdirektionen überprüfen derzeit die Notwendigkeit und die Rahmenbedingungen einer Anschaffung.

Soweit Steuerfahnder bei Ausübung ihres Dienstes vorsehbar gefährdet sind, wird grundsätzlich polizeilicher Schutz beigezogen. Dies gilt z.B. im Bereich der organisierten Kriminalität und der Geldwäsche. Die Ausrüstung mit Pfefferspray könnte aber allgemein zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Steuerfahnder und für die Abwehr unvorhergesehener Angriffe dienen.

**Frau Steiger (SPD):** *Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bayer. Staatsregierung die Personalsituation am Amtsgericht Lichtenfels vor allen Dingen für die Bereiche Zivilverfahren, Strafverfahren, Betreuungsangelegenheiten, Grundbuchamt und bei den Gerichtsvollziehern kurz-, mittel- und langfristig zu verbessern, damit*

*die Beschäftigten in die Lage versetzt werden, den gestiegenen Arbeitsanfall zeitnah im Sinne einer dienstleistungsorientierten Behörde bewältigen zu können?*

**Antwort der Staatsregierung:**

1. Die Personalausstattung des Amtsgerichts Lichtenfels stellt sich in den meisten Laufbahnen rechnerisch günstiger dar, als dies bei der Mehrzahl der anderen Amtsgerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg sowie landesweit der Fall ist.

Bei dem Amtsgericht Lichtenfels sind derzeit 4,25 Richter tätig. Das Gericht ist damit im richterlichen Bereich nahezu entsprechend seinem Soll (4,5 Pensen) besetzt. Die Geschäftsbelastung der Richter des Amtsgerichts Lichtenfels lag im Jahr 2001 (die Personalbedarfszahlen für das Jahr 2002 liegen noch nicht vor) mit einem Pensum von 1,52 zwar etwas über dem Durchschnitt der Amtsgerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg (1,36 Pensen). Bei der geringen Größe des Gerichts haben jedoch bereits kleinere Änderungen des Personalstandes große Auswirkungen auf das Pensum. Eine Verstärkung des Amtsgerichts Lichtenfels im richterlichen Bereich ist im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Bamberg derzeit nicht veranlasst.

Im Rechtspflegerdienst steht einem Personalbedarf von 7,85 Pensen ein tatsächlicher Personaleinsatz von 7,88 Rechtspflegern gegenüber. Dies ergibt eine geringfügige rechnerische Überbesetzung um 0,38%. Demgegenüber liegt die durchschnittliche Unterbesetzung im Rechtspflegerdienst bei den Amtsgerichten im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg zur Zeit bei rund 18 bis 20%.

Die damit vergleichsweise günstig erscheinende Personalsituation der Rechtspfleger in Lichtenfels wurde und wird durch eine Häufung an Krankheits- und Mutterschutzfällen ungünstig beeinflusst. Zur Überbrückung derartiger vorübergehender Personalausfälle wurden dem Amtsgericht Lichtenfels in den beiden letzten Jahren mehrmals Rechtspfleger zur Unterstützung zugewiesen. Auch aktuell ist dies der Fall.

Bei den Justizfachwirten (mittlerer Justizdienst) und Justizangestellten beläuft sich der rechnerische Personalbedarf auf 14,51 Pensen. Dem steht ein aktueller Personalstand von 14,30 Arbeitskraftanteilen gegenüber. Die sich damit ergebende rechnerische Unterbesetzung um 0,21 Kräfte oder – 1,45% liegt deutlich günstiger als der Durchschnittswert aller Amtsgerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg (rund – 4 bis 6%).

Im Gerichtsvollzieherdienst sind drei planmäßige Gerichtsvollzieher eingesetzt, deren durchschnittliche Belastung sich zum 31. Dezember 2001 (aktuellere Zahlen liegen derzeit nicht vor) auf 1,43 Pensen belief. Damit lagen sie geringfügig über dem Durchschnittswert im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg von 1,36 Pensen pro Gerichtsvollzieher. Seit 1. Februar 2003 werden die Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Lichtenfels

um eine Nachwuchskraft verstärkt, womit sich die Durchschnittsbelastung spürbar reduzieren wird.

2. In Bezug auf die Erledigung der Zivilverfahren (einschließlich Familiensachen) und Strafverfahren (einschließlich Bußgeldsachen) bei dem Amtsgericht Lichtenfels sind der Justizverwaltung keine Beschwerden oder Auffälligkeiten bekannt. Zwar bestehen bei den Kostenfestsetzungen in Zivilsachen und bei den Kostenfestsetzungen sowie Prozesskostenhilfe-Abrechnungen in Familiensachen gewisse Rückstände; mit deren Aufarbeitung ist jedoch kurzfristig zu rechnen.

Wie bei den meisten Amtsgerichten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz kam es im Jahr 2002 zu einem deutlichen Anstieg der Geschäftsbelastung in Betreuungssachen. Aufgrund des besonders engagierten Einsatzes des hierfür zuständigen Richters und des Servicebereichs wurde der Geschäftsanfall gleichwohl zeitnah und verfahrensgerecht bewältigt. Zeitliche Verzögerungen haben sich dagegen bei der Bearbeitung der durch Berufsbetreuer gestellten Vergütungsanträge ergeben. Mit der kurzfristigen Rückführung dieser Rückstände ist aber zu rechnen.

Im Grundbuchamt des Amtsgerichts Lichtenfels bestehen derzeit erhebliche Rückstände und lange Erledigungszeiten. Das Staatsministerium der Justiz hat hierzu Berichtspflicht angeordnet. Es wurde veranlasst, dass ein erfahrener Grundbuchamtsleiter eines anderen Amtsgerichts die Arbeitsabläufe bei dem Grundbuchamt in Lichtenfels überprüft und gemeinsam mit den dortigen Rechtspflegern Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Weitere personelle Maßnahmen zur schnellstmöglichen Rückführung der Grundbuchrückstände werden geprüft.

Im Vollstreckungsgericht und bei den Gerichtsvollziehern bestehen derzeit keine Bearbeitungsrückstände mehr.

3. Die Justizverwaltung ist nach Kräften bemüht, durch organisatorische und personelle Maßnahmen auf den Abbau von Rückständen und die Verkürzung von Erledigungszeiten bei dem Amtsgericht Lichtenfels, insbesondere in Grundbuchsachen, hinzuwirken. Freilich ist die Zuweisung zusätzlichen Personals an das Amtsgericht Lichtenfels nur in sehr eingeschränktem Umfang möglich, da solche Maßnahmen nur zu Lasten anderer, höher belasteter Justizbehörden getroffen werden könnten, bei denen dann neue personelle Lücken aufgerissen werden müssten.

**Frau Biedefeld (SPD):** *Wie bewertet die Bayer. Staatsregierung die Personalsituation am Amtsgericht Lichtenfels unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sowohl bei den Zivilrechtsverfahren, bei den Strafrechtsverfahren, wie auch bei den Betreuungsangelegenheiten, beim Grundbuchamt und im Bereich der Gerichtsvollzieher-tätigkeiten deutlich mehr Verfahren und Fälle zu verzeichnen sind und die Aussage des Landrates von Lichtenfels dazu, „dass die sich verschlechternden Zustände einer Rechtsverweigerung nahe kämen und die Bürger eine funktionierende Verwaltung erwarteten“?*

#### Antwort der Staatsregierung:

1. Die Personalausstattung des Amtsgerichts Lichtenfels stellt sich in den meisten Laufbahnen rechnerisch günstiger dar, als dies bei der Mehrzahl der anderen Amtsgerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg sowie landesweit der Fall ist.

Bei dem Amtsgericht Lichtenfels sind derzeit 4,25 Richter tätig. Das Gericht ist damit im richterlichen Bereich nahezu entsprechend seinem Soll (4,5 Pensen) besetzt. Die Geschäftsbelastung der Richter des Amtsgerichts Lichtenfels lag im Jahr 2001 (die Personalbedarfszahlen für das Jahr 2002 liegen noch nicht vor) mit einem Pensum von 1,52 zwar etwas über dem Durchschnitt der Amtsgerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg (1,36 Pensen). Bei der geringen Größe des Gerichts haben jedoch bereits kleinere Änderungen des Personalstandes große Auswirkungen auf das Pensum. Eine Verstärkung des Amtsgerichts Lichtenfels im richterlichen Bereich ist im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Bamberg derzeit nicht veranlasst.

Im Rechtspflegerdienst steht einem Personalbedarf von 7,85 Pensen ein tatsächlicher Personaleinsatz von 7,88 Rechtspflegern gegenüber. Dies ergibt eine geringfügige rechnerische Überbesetzung um 0,38%. Demgegenüber liegt die durchschnittliche Unterbesetzung im Rechtspflegerdienst bei den Amtsgerichten im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg zur Zeit bei rund 18 bis 20%.

Die damit vergleichsweise günstig erscheinende Personalsituation der Rechtspfleger in Lichtenfels wurde und wird durch eine Häufung an Krankheits- und Mutterschutzfällen ungünstig beeinflusst. Zur Überbrückung derartiger vorübergehender Personalausfälle wurden dem Amtsgericht Lichtenfels in den beiden letzten Jahren mehrmals Rechtspfleger zur Unterstützung zugewiesen. Auch aktuell ist dies der Fall.

Bei den Justizfachwirten (mittlerer Justizdienst) und Justizangestellten beläuft sich der rechnerische Personalbedarf auf 14,51 Pensen. Dem steht ein aktueller Personalstand von 14,30 Arbeitskraftanteilen gegenüber. Die sich damit ergebende rechnerische Unterbesetzung um 0,21 Kräfte oder – 1,45% liegt deutlich günstiger als der Durchschnittswert aller Amtsgerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg (rund – 4 bis 6%).

Im Gerichtsvollzieherdienst sind drei planmäßige Gerichtsvollzieher eingesetzt, deren durchschnittliche Belastung sich zum 31. Dezember 2001 (aktuellere Zahlen liegen derzeit nicht vor) auf 1,43 Pensen belief. Damit lagen sie geringfügig über dem Durchschnittswert im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg von 1,36 Pensen pro Gerichtsvollzieher. Seit 1. Februar 2003 werden die Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Lichtenfels um eine Nachwuchskraft verstärkt, womit sich die Durchschnittsbelastung spürbar reduzieren wird.

2. In Bezug auf die Erledigung der Zivilverfahren (einschließlich Familiensachen) und Strafverfahren (einschließlich Bußgeldsachen) bei dem Amtsgericht Lich-

tenfels sind der Justizverwaltung keine Beschwerden oder Auffälligkeiten bekannt. Zwar bestehen bei den Kostenfestsetzungen in Zivilsachen und bei den Kostenfestsetzungen sowie Prozesskostenhilfe-Abrechnungen in Familiensachen gewisse Rückstände; mit deren Aufarbeitung ist jedoch kurzfristig zu rechnen.

Wie bei den meisten Amtsgerichten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz kam es im Jahr 2002 zu einem deutlichen Anstieg der Geschäftsbelastung in Betreuungssachen. Aufgrund des besonders engagierten Einsatzes des hierfür zuständigen Richters und des Servicebereichs wurde der Geschäftsanfall gleichwohl zeitnah und verfahrensgerecht bewältigt. Zeitliche Verzögerungen haben sich dagegen bei der Bearbeitung der durch Berufsbetreuer gestellten Vergütungsanträge ergeben. Mit der kurzfristigen Rückführung dieser Rückstände ist aber zu rechnen.

Im Grundbuchamt des Amtsgerichts Lichtenfels bestehen derzeit erhebliche Rückstände und lange Erledigungszeiten. Das Staatsministerium der Justiz hat hierzu Berichtspflicht angeordnet. Es wurde veranlasst, dass ein erfahrener Grundbuchamtsleiter eines anderen Amtsgerichts die Arbeitsabläufe bei dem Grundbuchamt in Lichtenfels überprüft und gemeinsam mit den dortigen Rechtspflegern Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Weitere personelle Maßnahmen zur schnellstmöglichen Rückführung der Grundbuchrückstände werden geprüft.

Im Vollstreckungsgericht und bei den Gerichtsvollziehern bestehen derzeit keine Bearbeitungsrückstände mehr.

3. Dem Landrat des Landkreises Lichtenfels teilte Staatsminister Dr. Weiß mit Schreiben vom 11. Februar 2003 mit, dass sich die Personalausstattung des Amtsgerichts Lichtenfels im Rechtspflegerdienst und im Servicebereich rechnerisch weitaus günstiger darstellt, als dies bei den meisten anderen Amtsgerichten im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg der Fall ist. Freilich seien wegen einer Häufung von Krankheits- und Mutterschutzfällen bei den Rechtspflegern in der Vollstreckungsabteilung und im Grundbuchamt Rückstände aufgelaufen. Die Justizverwaltung sei nach Kräften bemüht, durch personelle Verstärkungen des Amtsgerichts Lichtenfels auf den Abbau der Rückstände und die Verkürzung der Erledigungszeiten hinzuwirken. Die Zuweisung zusätzlichen Personals an das Amtsgericht Lichtenfels sei allerdings nur in eingeschränktem Umfang möglich, da solche Maßnahmen meist nur zu Lasten anderer, ebenfalls sehr hoch belasteter Justizbehörden getroffen werden könnten, bei denen dann neue Lücken aufgerissen würden.

**Prof. Dr. Gantzer (SPD):** *Hat die Staatsregierung Erkenntnisse darüber, dass im Dachauer Wahlskandal noch weitere Kandidaten für die Stadtratswahl in Wahlfälschungen verwickelt sind, und gedenkt sie – in Anbetracht diesbezüglicher Äußerungen des inzwischen verurteilten CSU-Mitglieds Aechtner – die Staatsanwaltschaft anzuweisen, insoweit ein Ermittlungsverfahren einzuleiten?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Staatsanwaltschaft München II hat berichtet, dass Anhaltspunkte für eine strafbare Anstiftung oder Beihilfe weiterer Stadtratskandidaten zu den Wahlmanipulationen des Verurteilten Aechtner nicht erkennbar seien. Sie hat darauf hingewiesen, dass gegen den Stadtratskandidaten Trifinopoulos wegen eigenständiger Straftaten der Wahlfälschung u.a. Anklage zum Landgericht München II erhoben wurde. Anhaltspunkte für eine strafbare Teilnahme des Beschuldigten Trifinopoulos an den Handlungen des Verurteilten Aechtner hätten sich nicht ergeben. Darüber hinaus gehende Erkenntnisse hat die Staatsregierung nicht.

**Güller (SPD):** *Ich frage die Bayerische Staatsregierung: Überprüft die Bayerische Staatsregierung angesichts vorhandener Hinweise, dass der Münchner Trabrenn- und Zuchtverein e. V. (MTZV) derzeit größte finanzielle Schwierigkeiten hat und sich sogar am Rande der Zahlungsunfähigkeit bewegen soll, die in der Totalisatorgenehmigung für das Jahr 2003 dem MTZV gemachte Auflage die seit dem 01. 01. 2003 ausgelobten Rennpreise jeweils 6 Tage nach dem Renntag auf ein Sonderkonto einzuzahlen zeitnah und welche Ergebnisse erbrachten die Kontrollen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Ziff. 10 der dem MTZV und den anderen bayerischen Trabrennvereinen für das Jahr 2003 erteilte Totalisatorgenehmigung lautet wie folgt:

„Bis zur Einführung einer zentralen Rennpreisverrechnungstelle sind die Rennpreise spätestens am 6. Tag nach Ablauf der Rennveranstaltung bzw. bis spätestens 15. des darauffolgenden Monats, soweit es sich um Beträge der Außenwettannahmestellen handelt, unmittelbar an die Empfangsberechtigten auszuzahlen oder treuhänderisch auf einem „Sonderkonto“ zu verwahren.“

Nach Ziff. 27 der Totalisatorerlaubnis hat hierüber das zuständige Organ des Vereins Beschluss zu fassen, dass das Notwendige veranlasst wurde. Dieser Beschluss ist bis 15. Febr. 2003 dem Staatsministerium mitzuteilen.“

Der MTZV hat zwischenzeitlich diesen Beschluss und die Bank mitgeteilt, bei der dieses Sonderkonto geführt wird.

Die Häufigkeit und Intensität der Überprüfung dieser Auflage richtet sich ebenso wie der übrigen in der Totalisatorerlaubnis enthaltenen Auflagen nach dem pflichtgemäßen Ermessen des Staatsministeriums. Dabei ist von Sinn und Zweck der jeweiligen Auflage unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips und der Angemessenheit der Effektivität auszugehen.

Da der Anteil der Außenwetten z.Zt. bei ca. 2/3 des gesamten Wettaufkommens liegt, erscheint es unter Berücksichtigung der o.g. Gesichtspunkte nicht vertretbar, etwa 6 Tage nach jedem Renntag den ersten Teil der Auflage zu überprüfen. Vielmehr werden die erforderlichen Stichproben unter Berücksichtigung der im 2. Teil

der Auflage genannten Frist vorgenommen und dabei auch die Bahnwetten einbezogen.

Da die erste Rennveranstaltung am 1. Jan. 2003 stattgefunden hat, besteht gegenwärtig unter keinem Gesichtspunkt ein staatliches Kontrolldefizit. Im übrigen liegt dem Staatsministerium keine schriftliche Beschwerde von Traberbesitzern vor, dass sie ihre Rennpreise nicht erhalten hätten.

**Donhauser (CSU):** *Nachdem in Anlehnung an meinen Antrag „Maxhütte unter Denkmalschutz und Ausbau zum Bayerischen Zentrum für Kunst und Industriekultur“ das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege nun ebenfalls zu dem Ergebnis gelangt ist, dass ein Großteil der baulichen und technischen Anlagen der Maxhütte Denkmaleigenschaften besitzt, frage ich die Staatsregierung, wie, mit welcher zeitlichen Abfolge und mit welchem finanziellen Einsatz sie das Gesamtdenkmal Maxhütte, als zweifellos bedeutendstes bayerisches Zeugnis einer Eisen- und Stahlindustrie, der Öffentlichkeit zu erschließen gedenkt?*

**Antwort der Staatsregierung:** Nach Auffassung des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, die vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst nur mit großen Einschränkungen geteilt wird, besitzt ein beträchtlicher Teil der baulichen und technischen Anlagen der Maxhütte Denkmaleigenschaft. Dem Grundsatz nach ergibt sich daraus eine Erhaltungsverpflichtung der Eigentümer und sonst dinglich Verfügungsberechtigten, die jedoch unter dem Vorbehalt steht, dass diesen Pflichtigen die Erhaltung unter besonderer Berücksichtigung ihrer sonstigen Aufgaben und Verpflichtungen zumutbar ist.

Die Erhaltung der baulichen und technischen Anlagen der Maxhütte würde mit Sicherheit hohe mehrstellige Millionenbeträge erfordern. Diese Beträge stehen weder derzeit noch in absehbarer Zeit zur Verfügung; diese Aussage trifft auch auf den Freistaat Bayern zu.

Die Entscheidung über die Erhaltung oder Nichterhaltung der Anlagen und Gebäude wird zeitnah getroffen werden müssen. Anträge seitens des Konkursverwalters sind bereits gestellt. Die Zuständigkeit zur Entscheidung liegt bei der Unteren Denkmalschutzbehörde, der Stadt Sulzbach-Rosenberg. Die Stadt hat alle wesentlichen Gesichtspunkte in ihre Entscheidung einzustellen; dazu zählt auch der finanzielle Aspekt einer Erhaltung.

Auf der Grundlage dieser Sach- und Rechtslage ist eine Beantwortung der gestellten Einzelfragen derzeit nicht möglich. Die Staatsregierung geht davon aus, dass die Erwartung, die baulichen und technischen Anlagen der Maxhütte könnten zu einem Bayerischen Zentrum für Kunst und Industriekultur ausgebaut werden, völlig unrealistisch ist.

**Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Ich frage die Staatsregierung: Fand die im Hochschulausschuss*

*beschlossene Prüfung, unter welchen Bedingungen das Fränkische Herzogsschwert anlässlich der 1300-Jahrfeier in Würzburg im Jahr 2004 ausgestellt werden kann, bereits statt, wenn nein warum nicht, wenn ja mit welchem Ergebnis?*

**Antwort der Staatsregierung:** Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat am 23. 10. 2002 eine Eingabe des Fränkischen Bundes hinsichtlich einer Ausleihe des „Fränkischen Herzogsschwertes“ (richtiger: „Marschallschwert“) zur 1300-Jahrfeier in Würzburg im Jahr 2004 der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen. Im Übrigen wurde die Eingabe („Rückgabe des Bamberger Domschatzes nach Bamberg“) auf Grund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt.

Die erbetene nochmalige Überprüfung hinsichtlich des „Fränkischen Herzogsschwertes“ hat inzwischen stattgefunden und wird dem Bayerischen Landtag in Kürze schriftlich übermittelt.

Danach haben sich sowohl das Staatsministerium der Finanzen als auch der Vorstand der Wittelsbacher Landesstiftung (Haus Wittelsbach, Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen und Leiter des Referats Museen und Sammlungen im Wissenschaftsministerium) der eindeutigen fachlichen Stellungnahme der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen vom 06.09. 2002 angeschlossen, wonach eine Ausleihe des Schwertes (und zwar sowohl Schwert als auch Scheide) aus konservatorischen Gründen nicht möglich ist.

Das Objekt steht im Eigentum der Wittelsbacher Landesstiftung und befindet sich in der Obhut der Schlösserverwaltung in der Münchner Residenz. Nach der Verwaltungsordnung der Wittelsbacher Landesstiftung obliegt die museale Verwaltung der Sammlungsbestände den Vorständen der Staatssammlungen, mit denen die Bestände des Stiftungsvermögens vereint sind, hier also der Schlösserverwaltung. Die

Verwaltung muss nach den gleichen Grundsätzen und mit der gleichen Sorgfalt erfolgen, wie die des staatlichen Sammlungsbesitzes.

**König (CSU):** *Um wie viel Prozent und um welche absoluten Beträge haben sich die Etats der nichtstaatlichen Theater und der nichtstaatlichen Orchester in Bayern in den vergangenen zehn Jahren im einzelnen erhöht und wie haben sich die Zuwendungen des Freistaates Bayern zu diesen Einrichtungen im selben Zeitraum in absoluten Zahlen im einzelnen und prozentual bezüglich der gesamten Leistungen des Freistaates Bayern für diese Einrichtungen entwickelt?*

**Antwort der Staatsregierung:**

1. Nichtstaatliche Orchester

In der Kürze der Zeit war es lediglich möglich, eine Statistik für die Hofer Symphoniker, die Münchner Sympho-

niker, die Nürnberger Symphoniker, das Münchener Kammerorchester, das Philharmonische Orchester Bad Reichenhall und das Kammerorchester Schloss Werneck für die Jahre 1994 bis 2002 zu erstellen. Um Sie nicht mit den umfangreichen statistischen Angaben zu langweilen, übergebe ich dem Herrn Abgeordneten König diese Statistik. Sie wird sicher auch dem Protokoll beigelegt. Eine Tendenz lässt sich aus den Zahlen nicht ablesen.

## 2. Nichtstaatliche Theater

Die Fragestellung, die umfangreiche statistische Erhebungen erfordert, eignet sich – insbesondere in der

Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit – nicht für die Beantwortung im Rahmen einer mündlichen Anfrage. Aus dem Sammelansatz bei Kap. 15 05 TG 73 wurden 2002 mehr als 90 nichtstaatliche Theater und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst gefördert. Die gewünschten Zahlen stehen in dieser Fülle nicht auf Abruf bereit. Für ihre Ermittlung und besonders hinsichtlich der Entwicklung der Etats müssten die jeweiligen Zuschussakten beigelegt werden. Dies ist nur mit einem erheblichen zeitlichen Aufwand möglich.

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2003 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Werner-Muggendorfer, Biedefeld und Fraktion (SPD); Raumordnungsverfahren an der Donau hier: Beibringung der Planunterlagen und Annahme des Gesprächsangebots der Bundesregierung (Drucksache 1/11623)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred				<b>Grabmair</b> Eleonore		X	
<b>Appelt</b> Dieter	X			<b>Dr. Gröber</b> Klaus			
<b>Dr. Baumann</b> Dorle	X			<b>Guckert</b> Helmut		X	
<b>Beck</b> Adolf		X		<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Dr. Beckstein</b> Günther				<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Berg</b> Irlind	X			<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar		X		<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus	X		
<b>Biedefeld</b> Susann	X			<b>Hartenstein</b> Volker	X		
<b>Blöchl</b> Josef		X		<b>Hartmann</b> Gerhard	X		
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hausmann</b> Heinz		X	
<b>Böhm</b> Johann		X		<b>Hecht</b> Inge			
<b>Boutter</b> Rainer	X			<b>Heckel</b> Dieter			
<b>Brandl</b> Max				<b>Hecker</b> Annemarie		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter				<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Brosch</b> Franz				<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Brunner</b> Helmut				<b>Hirschmann</b> Anne	X		
<b>Christ</b> Manfred		X		<b>Hoderlein</b> Wolfgang			
<b>Deml</b> Marianne		X		<b>Hözl</b> Manfred			
<b>Dingreiter</b> Adolf				<b>Hofmann</b> Walter		X	
<b>Döbler</b> Thomas	X			<b>Hohlmeier</b> Monika			
<b>Dodell</b> Renate		X		<b>Huber</b> Erwin			
<b>Donhauser</b> Heinz		X		<b>Hufe</b> Peter	X		
<b>Dr. Dürr</b> Sepp				<b>Jetz</b> Stefan		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Dr. Kaiser</b> Heinz	X		
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Kaul</b> Henning		X	
<b>Egleder</b> Udo				<b>Kellner</b> Emma	X		
<b>Ettengruber</b> Herbert		X		<b>Dr. Kempfler</b> Herbert		X	
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter				<b>Kiesel</b> Robert		X	
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt				<b>Klinger</b> Rudolf		X	
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid		X		<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Fink</b> Martin		X		<b>Köhler</b> Elisabeth	X		
<b>Fischer</b> Herbert		X		<b>König</b> Alexander		X	
<b>Förstner</b> Anna-Maria				<b>Kränzle</b> Bernd		X	
<b>Franzke</b> Dietmar	X			<b>Kreidl</b> Jakob			
<b>Freller</b> Karl				<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Gabsteiger</b> Günter		X		<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard	X		
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul				<b>Kuchenbaur</b> Sebastian		X	
<b>Gartzke</b> Wolfgang	X			<b>Kupka</b> Engelbert		X	
<b>Geiger</b> Hermann	X			<b>Kustner</b> Franz		X	
<b>Glück</b> Alois				<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Görlitz</b> Erika		X		<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Goertz</b> Christine	X			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Götz</b> Christa		X		<b>Lode</b> Arnulf		X	
<b>Dr. Götz</b> Franz				<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich			
<b>Dr. Goppel</b> Thomas		X		<b>Lück</b> Heidi	X		
<b>Gote</b> Ulrike	X			<b>Prof. Männle</b> Ursula		X	
				<b>Maget</b> Franz			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Mehrllich</b> Heinz	X		
<b>Meißner</b> Christian		X	
<b>Memmel</b> Hermann			
Dr. <b>Merkl</b> Gerhard		X	
<b>Meyer</b> Franz		X	
<b>Miller</b> Josef			
<b>Möstl</b> Fritz	X		
Dr. <b>Müller</b> Helmut		X	
<b>Müller</b> Herbert	X		
<b>Müller</b> Willi		X	
<b>Münzel</b> Petra	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter			
<b>Narnhammer</b> Bärbel	X		
<b>Neumeier</b> Johann		X	
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Obermeier</b> Thomas		X	
<b>Odenbach</b> Friedrich	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
<b>Paulig</b> Ruth	X		
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg		X	
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radermacher</b> Karin			
<b>Ranner</b> Sepp			
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen		X	
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Riess</b> Roswitha		X	
<b>Ritter</b> Ludwig		X	
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut	X		
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian		X	
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubenbauer</b> Herbert		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schieder</b> Marianne	X		
<b>Schieder</b> Werner	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schläger</b> Albrecht	X		
<b>Schmid</b> Albert		X	
<b>Schmid</b> Berta		X	
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
Dr. <b>Scholz</b> Manfred	X		
<b>Schopper</b> Theresa	X		
<b>Schreck</b> Helmut		X	
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred	X		
<b>Schultz</b> Heiko	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweder</b> Christl		X	
<b>Schweiger</b> Rita		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
Dr. <b>Simon</b> Helmut	X		
<b>Simon</b> Hildegard			
<b>Sinner</b> Eberhard			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi			
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stahl</b> Georg		X	
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Starzmann</b> Gustav	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Stewens</b> Christa		X	
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thätter</b> Blasius			
<b>Traublinger</b> Heinrich			
von <b>Truchseß</b> Ruth	X		
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen		X	
<b>Vogel</b> Wolfgang	X		
<b>Voget</b> Anne	X		
<b>Volkman</b> Rainer	X		
<b>Wahnschaffe</b> Joachim	X		
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weber</b> Manfred		X	
<b>Weichenrieder</b> Max		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto			
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Wolfrum</b> Klaus	X		
<b>Zachert</b> Klaus	X		
<b>Zehetmair</b> Hans		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons		X	
<b>Zengerle</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	61	89	–



## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2003 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Kellner, Paulig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); Einleitung des Raumordnungsverfahrens für den ökologischen Donauausbau – sofortiger Beginn der Hochwasserschutzmaßnahmen (Drucksache 14/11628)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred				<b>Grabmair</b> Eleonore		X	
<b>Appelt</b> Dieter	X			<b>Dr. Gröber</b> Klaus			
<b>Dr. Baumann</b> Dorle	X			<b>Guckert</b> Helmut		X	
<b>Beck</b> Adolf		X		<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Dr. Beckstein</b> Günther				<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Berg</b> Irlind	X			<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar		X		<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus	X		
<b>Biedefeld</b> Susann	X			<b>Hartenstein</b> Volker	X		
<b>Blöchl</b> Josef		X		<b>Hartmann</b> Gerhard	X		
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hausmann</b> Heinz		X	
<b>Böhm</b> Johann		X		<b>Hecht</b> Inge			
<b>Boutter</b> Rainer	X			<b>Heckel</b> Dieter			
<b>Brandl</b> Max				<b>Hecker</b> Annemarie		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter				<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Brosch</b> Franz				<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Brunner</b> Helmut				<b>Hirschmann</b> Anne	X		
<b>Christ</b> Manfred		X		<b>Hoderlein</b> Wolfgang			
<b>Deml</b> Marianne		X		<b>Hözl</b> Manfred			
<b>Dingreiter</b> Adolf				<b>Hofmann</b> Walter		X	
<b>Döbler</b> Thomas	X			<b>Hohlmeier</b> Monika			
<b>Dodell</b> Renate		X		<b>Huber</b> Erwin			
<b>Donhauser</b> Heinz		X		<b>Hufe</b> Peter	X		
<b>Dr. Dürr</b> Sepp				<b>Jetz</b> Stefan		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Dr. Kaiser</b> Heinz	X		
<b>Eckstein</b> Kurt		X		<b>Kaul</b> Henning		X	
<b>Egleder</b> Udo				<b>Kellner</b> Emma	X		
<b>Ettengruber</b> Herbert		X		<b>Dr. Kempfler</b> Herbert		X	
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter				<b>Kiesel</b> Robert		X	
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt				<b>Klinger</b> Rudolf		X	
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid		X		<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Fink</b> Martin		X		<b>Köhler</b> Elisabeth	X		
<b>Fischer</b> Herbert		X		<b>König</b> Alexander		X	
<b>Förstner</b> Anna-Maria				<b>Kränzle</b> Bernd		X	
<b>Franzke</b> Dietmar	X			<b>Kreidl</b> Jakob			
<b>Freller</b> Karl				<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Gabsteiger</b> Günter		X		<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard	X		
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul				<b>Kuchenbaur</b> Sebastian		X	
<b>Gartzke</b> Wolfgang	X			<b>Kupka</b> Engelbert		X	
<b>Geiger</b> Hermann	X			<b>Kustner</b> Franz		X	
<b>Glück</b> Alois		X		<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Görlitz</b> Erika				<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Goertz</b> Christine	X			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Götz</b> Christa		X		<b>Lode</b> Arnulf		X	
<b>Dr. Götz</b> Franz				<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich			
<b>Dr. Goppel</b> Thomas		X		<b>Lück</b> Heidi	X		
<b>Gote</b> Ulrike	X			<b>Prof. Männle</b> Ursula		X	
				<b>Maget</b> Franz			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Mehrllich</b> Heinz	X		
<b>Meißner</b> Christian		X	
<b>Memmel</b> Hermann			
Dr. <b>Merkl</b> Gerhard		X	
<b>Meyer</b> Franz		X	
<b>Miller</b> Josef			
<b>Möstl</b> Fritz	X		
Dr. <b>Müller</b> Helmut		X	
<b>Müller</b> Herbert	X		
<b>Müller</b> Willi		X	
<b>Münzel</b> Petra	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter			
<b>Narnhammer</b> Bärbel	X		
<b>Neumeier</b> Johann		X	
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Obermeier</b> Thomas		X	
<b>Odenbach</b> Friedrich	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
<b>Paulig</b> Ruth	X		
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg		X	
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radermacher</b> Karin			
<b>Ranner</b> Sepp			
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen		X	
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Riess</b> Roswitha		X	
<b>Ritter</b> Ludwig		X	
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut	X		
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian		X	
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubenbauer</b> Herbert		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schieder</b> Marianne	X		
<b>Schieder</b> Werner	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schläger</b> Albrecht	X		
<b>Schmid</b> Albert		X	
<b>Schmid</b> Berta		X	
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
Dr. <b>Scholz</b> Manfred	X		
<b>Schopper</b> Theresa	X		
<b>Schreck</b> Helmut		X	
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred	X		
<b>Schultz</b> Heiko	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweder</b> Christl		X	
<b>Schweiger</b> Rita		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
Dr. <b>Simon</b> Helmut	X		
<b>Simon</b> Hildegard			
<b>Sinner</b> Eberhard			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi			
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stahl</b> Georg		X	
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Starzmann</b> Gustav	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Stewens</b> Christa		X	
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thätter</b> Blasius			
<b>Traublinger</b> Heinrich			
von <b>Truchseß</b> Ruth	X		
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen		X	
<b>Vogel</b> Wolfgang	X		
<b>Voget</b> Anne	X		
<b>Volkman</b> Rainer	X		
<b>Wahnschaffe</b> Joachim	X		
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weber</b> Manfred		X	
<b>Weichenrieder</b> Max		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto			
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Wolfrum</b> Klaus	X		
<b>Zachert</b> Klaus	X		
<b>Zehetmair</b> Hans		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons		X	
<b>Zengerle</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas			
<b>Gesamtsumme</b>	61	87	–

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2003 zu Tagesordnungspunkt 12: Antrag der Abg. Gartzke, Dr. Heinz Köhler Hartmann u. a. (SPD); „Rückführung von wertvollem Kulturbesitz nach Franken“ (Drucksache 14/10348)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred			
<b>Appelt</b> Dieter	X		
<b>Dr. Baumann</b> Dorle			
<b>Beck</b> Adolf			
<b>Dr. Beckstein</b> Günther		X	
<b>Berg</b> Irlind	X		
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X		
<b>Blöchl</b> Josef		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold			
<b>Böhm</b> Johann		X	
<b>Boutter</b> Rainer	X		
<b>Brandl</b> Max			
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter			
<b>Brosch</b> Franz			
<b>Brunner</b> Helmut			
<b>Christ</b> Manfred			X
<b>Deml</b> Marianne		X	
<b>Dingreiter</b> Adolf			
<b>Döbler</b> Thomas	X		
<b>Dodell</b> Renate		X	
<b>Donhauser</b> Heinz			
<b>Dr. Dürr</b> Sepp			
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X	
<b>Egleder</b> Udo			
<b>Ettengruber</b> Herbert		X	
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter			
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt			
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid		X	
<b>Fink</b> Martin			
<b>Fischer</b> Herbert		X	
<b>Förstner</b> Anna-Maria			
<b>Franzke</b> Dietmar	X		
<b>Freller</b> Karl			
<b>Gabsteiger</b> Günter		X	
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul			
<b>Gartzke</b> Wolfgang	X		
<b>Geiger</b> Hermann	X		
<b>Glück</b> Alois		X	
<b>Görlitz</b> Erika			
<b>Goertz</b> Christine	X		
<b>Götz</b> Christa		X	
<b>Dr. Götz</b> Franz			
<b>Dr. Goppel</b> Thomas			
<b>Gote</b> Ulrike			
<b>Grabmair</b> Eleonore			
<b>Dr. Gröber</b> Klaus			
<b>Guckert</b> Helmut		X	
<b>Güller</b> Harald			
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus	X		
<b>Hartenstein</b> Volker		X	
<b>Hartmann</b> Gerhard	X		
<b>Hausmann</b> Heinz		X	
<b>Hecht</b> Inge			
<b>Heckel</b> Dieter			
<b>Hecker</b> Annemarie			
<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Hirschmann</b> Anne	X		
<b>Hoderlein</b> Wolfgang	X		
<b>Hözl</b> Manfred			
<b>Hofmann</b> Walter		X	
<b>Hohlmeier</b> Monika			
<b>Huber</b> Erwin		X	
<b>Hufe</b> Peter	X		
<b>Jetz</b> Stefan		X	
<b>Dr. Kaiser</b> Heinz			
<b>Kaul</b> Henning		X	
<b>Kellner</b> Emma			
<b>Dr. Kempfler</b> Herbert		X	
<b>Kiesel</b> Robert			X
<b>Klinger</b> Rudolf		X	
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Köhler</b> Elisabeth	X		
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
<b>Kreidl</b> Jakob			
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard			X
<b>Kuchenbaur</b> Sebastian		X	
<b>Kupka</b> Engelbert			
<b>Kustner</b> Franz			
<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Lode</b> Arnulf		X	
<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich			
<b>Lück</b> Heidi	X		
<b>Prof. Männle</b> Ursula			
<b>Maget</b> Franz			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Mehrllich</b> Heinz	X		
<b>Meißner</b> Christian		X	
<b>Memmel</b> Hermann			
Dr. <b>Merkl</b> Gerhard			
<b>Meyer</b> Franz		X	
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Möstl</b> Fritz			
Dr. <b>Müller</b> Helmut			X
<b>Müller</b> Herbert	X		
<b>Müller</b> Willi			
<b>Münzel</b> Petra	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter			
<b>Narnhammer</b> Bärbel	X		
<b>Neumeier</b> Johann		X	
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Obermeier</b> Thomas			
<b>Odenbach</b> Friedrich	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
<b>Paulig</b> Ruth	X		
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg		X	
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radermacher</b> Karin			
<b>Ranner</b> Sepp			
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen		X	
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Riess</b> Roswitha		X	
<b>Ritter</b> Ludwig		X	
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut	X		
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian		X	
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubenbauer</b> Herbert		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schieder</b> Marianne	X		
<b>Schieder</b> Werner	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schläger</b> Albrecht	X		
<b>Schmid</b> Albert			
<b>Schmid</b> Berta		X	
<b>Schmid</b> Georg			
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
Dr. <b>Scholz</b> Manfred	X		
<b>Schopper</b> Theresa	X		
<b>Schreck</b> Helmut		X	
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred			X
<b>Schultz</b> Heiko	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweder</b> Christl		X	
<b>Schweiger</b> Rita			
<b>Sibler</b> Bernd		X	
Dr. <b>Simon</b> Helmut	X		
<b>Simon</b> Hildegard			
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi			
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stahl</b> Georg		X	
<b>Stamm</b> Barbara			
<b>Starzmann</b> Gustav		X	
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Stewens</b> Christa			
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thätter</b> Blasius			
<b>Traublinger</b> Heinrich			
von <b>Truchseß</b> Ruth	X		
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen		X	
<b>Vogel</b> Wolfgang	X		
<b>Voget</b> Anne	X		
<b>Volkman</b> Rainer			
<b>Wahnschaffe</b> Joachim	X		
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weber</b> Manfred		X	
<b>Weichenrieder</b> Max			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto			
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Wolfrum</b> Klaus	X		
<b>Zachert</b> Klaus	X		
<b>Zehetmair</b> Hans		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons		X	
<b>Zengerle</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	50	73	5

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2003 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Herrmann, Dr. Wilhelm u. a. und Fraktion (CSU); Kunst und Kultur in allen Regionen Bayerns (Drucksache 14/11626)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred				<b>Grabmair</b> Eleonore			
<b>Appelt</b> Dieter	X			<b>Dr. Gröber</b> Klaus			
<b>Dr. Baumann</b> Dorle				<b>Guckert</b> Helmut	X		
<b>Beck</b> Adolf				<b>Güller</b> Harald			
<b>Dr. Beckstein</b> Günther	X			<b>Guttenberger</b> Petra	X		
<b>Berg</b> Irlind	X			<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar	X			<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus	X		
<b>Biedefeld</b> Susann	X			<b>Hartenstein</b> Volker	X		
<b>Blöchl</b> Josef	X			<b>Hartmann</b> Gerhard	X		
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hausmann</b> Heinz	X		
<b>Böhm</b> Johann	X			<b>Hecht</b> Inge			
<b>Boutter</b> Rainer	X			<b>Heckel</b> Dieter			
<b>Brandl</b> Max				<b>Hecker</b> Annemarie			
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter				<b>Heike</b> Jürgen W.			
<b>Brosch</b> Franz				<b>Herrmann</b> Joachim	X		
<b>Brunner</b> Helmut				<b>Hirschmann</b> Anne	X		
<b>Christ</b> Manfred	X			<b>Hoderlein</b> Wolfgang	X		
<b>Deml</b> Marianne	X			<b>Hözl</b> Manfred			
<b>Dingreiter</b> Adolf				<b>Hofmann</b> Walter	X		
<b>Döbler</b> Thomas	X			<b>Hohlmeier</b> Monika			
<b>Dodell</b> Renate	X			<b>Huber</b> Erwin			
<b>Donhauser</b> Heinz				<b>Hufe</b> Peter	X		
<b>Dr. Dürr</b> Sepp				<b>Jetz</b> Stefan	X		
<b>Eck</b> Gerhard	X			<b>Dr. Kaiser</b> Heinz			
<b>Eckstein</b> Kurt	X			<b>Kaul</b> Henning	X		
<b>Egleder</b> Udo				<b>Kellner</b> Emma			
<b>Ettengruber</b> Herbert	X			<b>Dr. Kempfler</b> Herbert	X		
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter				<b>Kiesel</b> Robert	X		
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt				<b>Klinger</b> Rudolf	X		
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid	X			<b>Kobler</b> Konrad	X		
<b>Fink</b> Martin				<b>Köhler</b> Elisabeth	X		
<b>Fischer</b> Herbert	X			<b>König</b> Alexander	X		
<b>Förstner</b> Anna-Maria				<b>Kränzle</b> Bernd	X		
<b>Franzke</b> Dietmar	X			<b>Kreidl</b> Jakob			
<b>Freller</b> Karl				<b>Kreuzer</b> Thomas	X		
<b>Gabsteiger</b> Günter	X			<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard	X		
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul				<b>Kuchenbaur</b> Sebastian	X		
<b>Gartzke</b> Wolfgang	X			<b>Kupka</b> Engelbert			
<b>Geiger</b> Hermann	X			<b>Kustner</b> Franz			
<b>Glück</b> Alois	X			<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Görlitz</b> Erika				<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Goertz</b> Christine	X			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Götz</b> Christa				<b>Lode</b> Arnulf	X		
<b>Dr. Götz</b> Franz	X			<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich			
<b>Dr. Goppel</b> Thomas				<b>Lück</b> Heidi			X
<b>Gote</b> Ulrike				<b>Prof. Männle</b> Ursula			
				<b>Maget</b> Franz			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Matschl</b> Christa	X		
<b>Mehrllich</b> Heinz	X		
<b>Meißner</b> Christian	X		
<b>Memmel</b> Hermann			
Dr. <b>Merkl</b> Gerhard			
<b>Meyer</b> Franz	X		
<b>Miller</b> Josef			
<b>Möstl</b> Fritz			
Dr. <b>Müller</b> Helmut	X		
<b>Müller</b> Herbert	X		
<b>Müller</b> Willi			
<b>Münzel</b> Petra	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter			
<b>Narnhammer</b> Bärbel	X		
<b>Neumeier</b> Johann	X		
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard	X		
<b>Obermeier</b> Thomas			
<b>Odenbach</b> Friedrich	X		
<b>Pachner</b> Reinhard	X		
<b>Paulig</b> Ruth	X		
<b>Peterke</b> Rudolf	X		
<b>Peters</b> Gudrun	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg	X		
<b>Pranghofer</b> Karin			
<b>Pschierer</b> Franz	X		
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph			
<b>Radermacher</b> Karin			
<b>Ranner</b> Sepp			
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen	X		
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Riess</b> Roswitha	X		
<b>Ritter</b> Ludwig	X		
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut	X		
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian	X		
<b>Rotter</b> Eberhard	X		
<b>Rubenbauer</b> Herbert	X		
<b>Rudrof</b> Heinrich	X		
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Sackmann</b> Markus	X		
<b>Sauter</b> Alfred	X		
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schieder</b> Marianne	X		
<b>Schieder</b> Werner	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schläger</b> Albrecht	X		
<b>Schmid</b> Albert			
<b>Schmid</b> Berta	X		
<b>Schmid</b> Georg			
<b>Schmid</b> Peter	X		
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schneider</b> Siegfried	X		
Dr. <b>Scholz</b> Manfred	X		
<b>Schopper</b> Theresa	X		
<b>Schreck</b> Helmut	X		
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred	X		
<b>Schultz</b> Heiko	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweder</b> Christl	X		
<b>Schweiger</b> Rita			
<b>Sibler</b> Bernd	X		
Dr. <b>Simon</b> Helmut	X		
<b>Simon</b> Hildegard			
<b>Sinner</b> Eberhard	X		
Dr. <b>Söder</b> Markus			
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig	X		
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi			
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stahl</b> Georg	X		
<b>Stamm</b> Barbara			
<b>Starzmann</b> Gustav	X		
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Stewens</b> Christa			
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard	X		
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max	X		
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thätter</b> Blasius			
<b>Traublinger</b> Heinrich			
von <b>Truchseß</b> Ruth	X		
<b>Untertländer</b> Joachim	X		
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen	X		
<b>Vogel</b> Wolfgang	X		
<b>Voget</b> Anne	X		
<b>Volkman</b> Rainer			
<b>Wahnschaffe</b> Joachim	X		
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard	X		
<b>Weber</b> Manfred	X		
<b>Weichenrieder</b> Max			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto			
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul			
<b>Winter</b> Georg	X		
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Wolfrum</b> Klaus	X		
<b>Zachert</b> Klaus	X		
<b>Zehetmair</b> Hans			
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons	X		
<b>Zengerle</b> Josef	X		
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas	X		
<b>Gesamtsumme</b>	122	-	1



